

Schriftenreihe des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit

Manfred Zoller (Hrsg.):

Der Faktor „Intelligence“

**Das nachrichtendienstliche Metier
in neuer sicherheitspolitischer Verantwortung**

Brühl / Rheinland 2003

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
 Manfred Zoller Die Wiederentdeckung der Spionage. Zur Positionierung des Bundesnachrichtendienstes in der Sicherheits-Community	 7
 Nadja Naumenko Die russische Außenpolitik ab 1991 unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu den USA	 19
 Jan Siebel Information Warfare. Das Gefechtsfeld der Zukunft?	 113
 Christian Comtesse Wirtschaftsspionage im Aufwind? Eine Bedrohungsanalyse der deutschen Wirtschaft	 191

Vorwort

Die sicherheitspolitischen Parameter erfuhren mit dem Ende des Kalten Krieges eine strukturelle Änderung, ihre Neuformulierung ist Gegenstand der politik-wissenschaftlichen Diskussion, ist Aufgabe der politischen Praxis. Diese Herausforderung wurde dramatisch akzentuiert durch die Ereignisse des 11. September 2001, deren Tragweite für das künftige globale Konfliktbild noch nicht eindeutig abzuschätzen ist.

In vorderster Linie betroffen von dieser für die internationale Politik historischen Zäsur sind die Sicherheitsbehörden, die sich auf das neue Bedrohungsszenarium einzustellen haben, die Sicherheit zu gewährleisten haben unter veränderten Bedingungen, nach deren Maßgabe die notwendige Neuorientierung vorzunehmen ist. Affektgeladene Kurzformeln wie „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ mögen dabei hilfreich sein für die Einstimmung der Öffentlichkeit auf Gesetzesverschärfungen und Mittelerhöhungen im Sicherheitsbereich - dies freilich sind reaktive und flankierende Maßnahmen und ersetzen keineswegs die Bemühungen um eine Neubestimmung des sicherheitspolitischen Umfelds. Im Gegenteil: Erst mit seiner Konfiguration können sie zielrichtig eingesetzt werden und so ihre volle Wirkung entfalten.

Umorganisationen im Sicherheitsapparat, wie sie jetzt etwa in den Vereinigten Staaten betrieben werden, mögen augenfälligen Mängeln in der behördlichen Arbeitspraxis Rechnung tragen, sie sind freilich von einem gewissen Aktionismus gekennzeichnet, dem immer der Makel der Behelfsmäßigkeit anhaftet.

Dies kann umso weniger befriedigen, als mit der Neubestimmung der sicherheitspolitischen Parameter auch Grundelemente bundesrepublikanischer Verfassungstradition nicht etwa zur Disposition stehen, wohl aber zu hinterfragen sind: das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten, die Unterteilung in innere und äußere Sicherheit, auch etwa die Alleinzuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) für die Auslandsaufklärung.

Am Beispiel dieser noch immer etwas geheimnisumwitterten, daher auch missverstandenen Behörde werden im e r s t e n Beitrag dieses Sammelbandes diese grundsätzlichen Fragen angesprochen. Zunächst geht es dem Autor um die Herleitung der für einen Nachrichtendienst typischen k o n s p i r a t i v e n Arbeitsweise aus seinem Auftrag: der Beschaffung sicherheitsrelevanter Informationen gegen den Willen des In-

formationsbesitzers, der Herstellung also von T r a n s p a r e n z im sicherheitspolitischen Umfeld. Davon ausgehend verweist der Autor mit Blick auf die Neubestimmung der sicherheitspolitischen Parameter auf die zunehmende Regellosigkeit bei der Konfliktaustragung, die charakteristisch scheint für die so bezeichnete asymmetrische Kriegsführung. Regellosigkeit bedeutet Unberechenbarkeit, hat zur Folge Intransparenz im sicherheitspolitischen Umfeld - das nachrichtendienstliche Metier ist weiterhin – und wohl auch stärker gefordert.

Seine Kernaufgabe ist es, die Lücken im sicherheitspolitischen Lagebild zu schließen, die die offene Informationsgewinnung hinterlässt - es steht zu befürchten, daß diese Lücken umfangreicher werden, der Faktor „Intelligence“ daher an Bedeutung zunehmen wird.

Transparenz ist immer auch ein Indikator für die Qualität der Beziehungen auf internationaler Ebene. Hier ist eine markante Entwicklung auszumachen, die sich auf die Auftragslage von Nachrichtendiensten, auf den Faktor „Intelligence“ auswirkt. Die Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes, ehemals prioritäres Aufklärungsziel westlicher Dienste, öffnen sich innen- wie außenpolitisch: Demokratisierung im Inneren, Einbindung und Verflechtung nach außen (Mitgliedschaft oder Partnerschaft mit EU / NATO) fördern Transparenz - der nachrichtendienstliche Ansatz kann entsprechend reduziert werden.

Der z w e i t e Beitrag zeigt diesen Mechanismus auf am Beispiel der auswärtigen Beziehungen der Russischen Föderation, insbesondere ihrer Positionsbestimmung gegenüber den Vereinigten Staaten.

Bei aller Wachsamkeit gegenüber regressiven Tendenzen wird an diesem Beispiel doch auch deutlich, dass die staatenzentrierte Bedrohungslage, bislang ein Kernelement sicherheitspolitischer Dispositionen, an Signifikanz verloren hat.

Kennzeichnend für das künftige Konfliktbild ist es auch, daß die Information selbst in zunehmendem Maße für die Konfliktaustragung instrumentalisiert wird, eine Entwicklung, für die sich die Bezeichnung Information Warfare durchzusetzen scheint.

Ausgehend vom strategischen Wert der Information, dem Streben nach Informationsüberlegenheit stellt der Autor des d r i t t e n Beitrags die

verschiedenen Einsatzformen von Information Warfare und ihre technischen Ansatzmöglichkeiten vor. Dieses noch recht diffuse Konfliktszenarium wird so einer schlüssigen Systematik zugeführt, die ausgedehnt wird auf mögliche Schutz- und Abwehrmaßnahmen.

Ähnlich diffus, wenn nicht gar konfus ist der Stand der Diskussion über die Problematik der sog. Wirtschaftsspionage, mit der sich der *v i e r t e* Beitrag dieses Bandes befaßt. In Abgrenzung zur Konkurrenz-/Industriespionage wird ein Bedrohungsszenarium für die deutsche Wirtschaft durch nachrichtendienstliche Ansätze entworfen, das zunächst zurückgreift auf die operative Vorgehensweise insbesondere des Sektors Wissenschaft und Technik des Ministeriums für Staatssicherheit der ehem.DDR, das im weiteren eingeht auf aktuelle Bemühungen diverser ausländischer Intelligence-Organen - Vorgänge, über die gerne der Mantel des Schweigens geworfen wird.

Abschließend ist festzuhalten: Bei der Betrachtung des Faktors „Intelligence“ unter sicherheitspolitischen Aspekten fällt auf, dass sich hier geografische, sektorale und akteur-spezifische Veränderungen abzeichnen. Verließ zu Zeiten des Kalten Krieges die „Transparenzgrenze“ entlang des Eisernen Vorhangs quer durch Europa, so verlagert sie sich im Zuge von EU-/NATO-Erweiterung nach Osten und Südosten, gleichzeitig wird sie – denkt man an die terroristische Bedrohung – diffuser, sie ist kaum lokalisierbar. In sektoraler Sicht ist eine relative Verschiebung im Transparenzgrad abzusehen – zunehmend im klassisch politisch-militärischen Bereich, eher abnehmend auf informationellen und ökonomisch-technologischen Gebieten. Zu beobachten schließlich das verstärkte Auftreten substaatlicher Akteure im sicherheitspolitischen Szenarium.

Der Versuch einer Interpretation dieser Entwicklung wäre sicherlich verfrüht – ein Zusammenhang mit dem als Globalisierung bezeichneten Phänomen ist jedoch zu vermuten, ja mag sogar konstitutiv dafür sein.

Brühl, im Dezember 2002

Prof.Dr.M.Zoller, FH Bund, Fb ÖS

Manfred Zoller

Die Wiederentdeckung der Spionage

Zur Positionierung des Bundesnachrichtendienstes in der Sicherheits-Community.

Mit leicht süffisanter Attitüde, die für die journalistische Behandlung nachrichtendienstlicher Themen fast unvermeidlich scheint, schreibt DIE ZEIT im Nachgang zum 11. September 2001: „In Pullach und Berlin wittern die Nachrichtendienstler jetzt Morgenluft. In der neuen Bedrohungslage seit dem 11. September steckt für den BND die große Chance, mit dem Image der schnarchnasigen Schlapphüte ein für alle Mal aufzuräumen.“¹ Gehört dieser Schlapphut, mag man fragen, wirklich zum Standard-Outfit des Nachrichtendienstlers oder nicht eher in die Asservatenkammer publizistischer Stereotypen?

Freilich reflektiert diese Porträtierung des Nachrichtendienstlers in gewissem Maße die öffentliche, zumindest die veröffentlichte Wahrnehmung seines Gewerbes. Es seien daher einige Gedanken vorangestellt zur gesellschaftlichen und politischen Perzeption von Spionage, um dann einzugehen auf die aktuelle Auftragslage des BND und sein Zusammenwirken mit anderen Behörden, namentlich mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Verteidigung, bei der Bewältigung der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

„Spionage ist eine streng verbotene Notwendigkeit“ - dieses Zitat aus RÖNBLOMS Biographie des schwedischen KGB-Spions WENNERSTRÖM² bringt die Problematik nachrichtendienstlicher Tätigkeit auf den Punkt. Ihr eigen ist eine Zwiespältigkeit, ja Widersprüchlichkeit, die sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung manifestiert, reicht diese doch von Aversion bis Faszination. Entsprechend die Image-Bildung: Auf der einen Seite eben der „schnarchnasige Schlapphut“, auf der anderen Seite „James BOND“. Gerade bei dieser Gegenüberstellung wird, so scheint es, deutlich, daß die öffentliche Wahrnehmung nachrichtendienstlicher Tätigkeit auch eine sozialpsychologische Dimension aufweist, die noch

¹ Siehe Die ZEIT v. 15.11.2001

² Siehe Rönblom, H.-K.: Wennerström Spion (Berlin u. a.) (1965), S. 9.

wenig untersucht ist und hier auch nur angerissen werden kann: Die BOND-Figur mit ihrer Lizenz zum Töten und ihren sonstigen, einfach traumhaften Freiräumen als Gegenentwurf zum realen domestizierten bürgerlichen Subjekt. Womöglich besteht da die Neigung - aber das nur so ein Gedanke -, der inneren Ausgeglichenheit wegen den existenten Vertreter des BOND-Gewerbes zur „Schnarchnase“ herabzustilisieren und so auf ein verträgliches Normalmaß zu reduzieren - wenn man so will, ein Quentchen Sozialneid, der - so darf vermutet werden - eher unangebracht ist.

Nun zur politischen Dimension. Hier ist bei Nachrichtendiensten die Verbindung von Staatsmacht und Geheimhaltung ein für ein entwickeltes Demokratieverständnis unbefriedigender, weil zu Mißbrauch verleitender Zustand. Hinzu kommt, daß nachrichtendienstliche Erfolge, der Effizienznachweis, in der Regel aus Quellenschutzgründen nicht publik gemacht werden können.

Zu konstatieren ist also eine dem nachrichtendienstlichen Gewerbe inhärente Diskrepanz zwischen konspirativer Arbeitsweise und dem Transparenzgebot einer reifen politischen Kultur. Diese Diskrepanz braucht keine besondere Virulenz anzunehmen, wie etwa das britische Beispiel zeigt: Der Dienst im Secret Service war und ist höchst respektabel, seine formale Existenz wurde erst zu Zeiten der THATCHER-Regierung „dekonspiriert“. Die „Akzeptanz der Diskrepanz“ ist also auch eine Frage gewachsener liberaler Verfassungstradition - die ist in Deutschland eben nicht verwindungsfrei.

Was ist zu tun? Vorauszuschicken ist, daß Geheimhaltung auch in anderen Branchen gepflegt und akzeptiert wird: „Diskretion ist Ehrensache“ heißt es hier. Zu denken ist an das Firmengeheimnis, das Anwaltsgeheimnis, ja, auch an das Beichtgeheimnis. Es gab auch, und gibt sie noch: Geheimdiplomatie. In all diesen Fällen dient Verschwiegenheit, ganz allgemein gesprochen, dem Schutz eines Gutes, eines Wertes.

Das ist, so ist zu postulieren, bei einem Nachrichtendienst auch nicht anders. Das durch Geheimhaltung, durch konspirative Arbeitsweise zu schützende Gut ist die Quelle und die sicherheitspolitisch relevante Information, über die sie verfügt und die sie weitergibt.

Diese Art von Information ist in der Regel klassifiziert, ihre unbefugte Preisgabe ist strafrechtlich oder gruppenintern sanktioniert. Von daher bestimmt sich die konspirative Arbeitsweise des Nachrichtendienstes als einzig adäquates Mittel, diese Abwehrposition zu überwinden. Man mag

es bedauern, aber noch niemand hat bei einem Pokerspiel mit offenen Karten gewonnen.

Wenn hier Sicherheitsrelevanz und Intransparenz als Grunddeterminanten des nachrichtendienstlichen Ressorts herausgestellt werden, so wird auch deren Veränderung impliziert - gerade auch für den auswärtigen Bereich, für den der Bundesnachrichtendienst nach Gesetzeslage zuständig zeichnet. (Auf die Problematik der Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist noch einzugehen).

Es sind drei Entwicklungen zu beobachten, die hier Wandel bewirken, nämlich

- die verstärkte Interaktion von Staaten
- die fortschreitende Liberalisierung und Demokratisierung von Staaten und
- die grenzüberschreitende kommunikative Vernetzung.

Während der letztgenannte Faktor von potentiell weltweiter Dynamik ist, sind die beiden ersten - und das ist für die Bundesrepublik besonders bedeutsam - in ihrem östlichen und südöstlichen Vorfeld zu registrieren. Allen Faktoren gemeinsam ist, daß sie mehr Offenheit, mehr Transparenz schaffen - der nachrichtendienstliche Ansatz kann entsprechend heruntergefahren werden. Ähnliches gilt für Staaten mit relativ gering zu veranschlagender Sicherheitsrelevanz. In jedem Falle ist kontinuierliche und umfassende Beobachtung - zeitgemäß als „Monitoring“ bezeichnet - unverzichtbar, um bei regressiver Entwicklung die nachrichtendienstliche Aufklärung rechtzeitig wieder „hochfahren“ zu können.

Das sicherheitspolitische Umfeld wirkt sich natürlich nicht nur auf die Auftrags-, sondern auch auf die Sicherheitslage des Bundesnachrichtendienstes selbst aus, auf seine Mitarbeiter und Objekte. Angehörige des Dienstes, deren Berufsethos durch die nachrichtendienstliche Konfrontation zu Zeiten des Kalten Krieges geprägt wurde, hatten wohl Umstellungsschwierigkeiten, als auf der Zufahrtsstraße zum Dienst ein nicht zu übersehendes Hinweisschild aufgestellt wurde. Diese öffentliche Straße beschreitet der Dienst nun verstärkt, freilich mit Augenmaß: Maßgeblich für Geheimhaltung ist nicht die nachrichtendienstliche Tradition, sondern die nachrichtendienstliche Operation.

Diese Feststellung leitet über zum zweiten Teil dieser Betrachtung. Wohin soll das operative Dispositiv des Bundesnachrichtendienstes gerich-

tet werden, welche Aufklärungsschwerpunkte sind zu setzen, insbesondere auch angesichts der Ereignisse vom 11. September letzten Jahres? Zunächst ist dieses ominöse Datum aufzugreifen. Nun, da der Rauch über den Trümmern des World Trade Center sich verzogen hat, wird die Sicht klarer auf die Bedeutung und Einordnung dieser Attacken.

Man mag sie als Fanal ansehen für eine neue Art von Bedrohung, die mit dem 11. September freilich nicht initiiert, sondern lediglich akzentuiert wurde - dies allerdings höchst spektakulär.³

Wie man sich erinnert, werden die Bombenanschläge auf die U. S. Botschaften in Nairobi und Daressalam 1998 und auf den U. S. Zerstörer COLE im Jahre 2000 der AL QAIDA-Gruppierung zugerechnet; schon 1993 gab es eine erste Terrorattacke auf das World Trade Center.

Für diese Art von Konfliktaustragung scheint sich der Begriff „asymmetrische Kriegsführung“⁴ zu etablieren, die gekennzeichnet ist von

- der Disparität im militärischen Dispositiv (Truppenstärke und - vor allem – Rüstungstechnologie),
- der Nichtbeachtung des Regelwerks zur „Einhegung“ des Krieges seitens des Angreifers, vor allem bei der Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten,
- dem Auftreten substaatlicher Akteure als kriegsführende Partei,
- der „Entgrenzung“ des Kriegsschauplatzes und
- einer Abkehr von rationaler Kriegszielformulierung.

Welche Bedeutung hat dieses Konfliktszenarium für die Auftragslage des Bundesnachrichtendienstes?

Heranzuziehen sind dafür die eingangs genannten Kriterien. Die Sicherheitsrelevanz ist für jedermann erkennbar gegeben - ganz besonders signifikant jedoch ist, so scheint es, das Kriterium Intransparenz.

Angesichts seiner enormen Unterlegenheit im militärisch-technologischen Potenzial ist der Angreifer zu maximaler, durchgängiger Konspiration bei Planung und Durchführung seiner Attacken gezwungen, sie ist integrales Element seiner Strategie, sie ist ein Korrektiv für die ungleichen Ausgangsbedingungen beim klassischen Streitkräftedispositiv.

Konspiration - Dekonspiration: In diesem - die Metapher soll noch einmal bemüht werden - in diesem Pokerspiel sind der BND, sind die Nachrichtendienste ganz allgemein, besonders gefordert. Im traditionellen staa-

³ Vgl. Pillar, Paul R.: Fighting International Terrorism: Beyond September 11th. In: Defense Intelligence Journal 11/1 (2002), S. 17-26.

⁴ Vgl. dazu etwa Hoch, Martin: Krieg und Politik im 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20 (2001), S. 17-25.

tenzentrierten Konfliktszenarium, bei dem zwar auch, überwiegend im taktischen Bereich, das Tarnen und Täuschen zur Anwendung kommt, ist der Gegner identifizierbar, mit rein militärischen Mitteln lokalisierbar, die Gegnerschaft war manifest. Nachrichtendienstlich aufzuklären waren die Fähigkeiten und insbesondere die Absichten eines staatlichen Akteurs, der sich offen als Machtkonkurrent präsentierte.

Im Gegensatz hierzu sucht der asymmetrisch agierende Gegner den Überraschungseffekt, der aus der Anonymität erwächst, der noch verstärkt wird durch eine Zielauswahl, die nicht mehr kalkulierbaren militärischen Kategorien folgt, die durch Formeln wie Symbolträchtigkeit und Schockwirkung nur recht unscharf zu umreißen ist.

In einem solchen Konfliktbild kommt der Information besondere Bedeutung zu, strategisch wie taktisch; ihre Geheimhaltung oder Offenlegung ist mitentscheidend für Erfolg oder Mißerfolg bei dieser Art von Kriegsführung - die Nachrichtendienste, der BND, können somit erheblich beitragen zur - wenn man so will - Kampfwertsteigerung unseres Abwehrdispositivs.

Bestätigt und zugleich verstärkt wird der Bedeutungszuwachs der Information als Streitobjekt asymmetrisch agierender Kontrahenten auch im Hinblick auf die strategische Initiative.

Militärhistorische Fallstudien kommen zu dem Ergebnis, daß dem Faktor „Intelligence“ in der Defensive ein höherer Wert zuzumessen ist als in der Offensive. Durch die Reduzierung des Überraschungseffekts nämlich kann der Vorteil des offensiven Gegners, der ihm aus der Handlungsinitiative erwächst, abgeschwächt, wenn nicht gar aufgehoben werden.⁵

Es liegt in der Logik des globalen Entwicklungsgefälles und dem sich daraus ergebenden Spannungsfeld von Saturiertheit und Bedürfnisbefriedigung, von Prädominanz und Selbstbehauptung, daß der Westen sich in dieser Auseinandersetzung strukturell in der Defensive befindet.⁶

Damit stellt sich die Frage nach der Dominanz und Permanenz dieses Konfliktszenariums, die hier freilich nur angerissen werden kann, deren Beantwortung kontinuierlicher und intensiver Analyse bedarf.

Mit einiger Sicherheit läßt sich wohl die Prognose aufstellen, daß die beiden Parameter, die dieses Konfliktszenarium maßgeblich bestimmen,

⁵ Vgl. Kahn, David: An Historical Theory of Intelligence. In: Intelligence and National Security 16/3 (2001), S. 79-92.

⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Asymmetrische Gewalt. Terrorismus als politisch-militärische Strategie. In: Merkur 633 (Jan. 2002), S. 1-12.

von einigem Bestand sein werden:

- die enorme Disparität im Entwicklungsstand zwischen dem „Westen, der OECD-Welt, und dem „Rest der Welt“ und
- die zunehmende Verwundbarkeit eben dieser OECD-Welt auf Grund ihrer hochgradigen Vernetzung und Digitalisierung, aber auch auf Grund ihrer liberal-demokratischen Verfassung.

Dieser, wenn man so will, globalen Asymmetrie, die sich auch und besonders auf dem militär-technologischen Sektor zeigt, entspricht eine besondere Art von Konfliktaustragung, eben die „asymmetrische“, die verstärkt auch die Variante Information Warfare einschließen wird.

Natürlich bedarf diese Gegenüberstellung der beiden Globalzonen der eingehenden Differenzierung, vor allem, was den „Rest der Welt“ angeht - dies insbesondere deshalb, weil das strukturelle Setting des Konfliktszenariums, das hier skizziert wurde, weniger von sich aus kriegsauslösend wirkt, sondern durch Regionalkonflikte aktiviert wird, etwa durch den Nahost-Konflikt.

Das eben beschriebene, vom 11. September markierte Konfliktszenarium sieht den substaatlichen Akteur als Protagonisten - Bedrohungspotenzial ist freilich weiterhin auch staatlichen Akteuren zuzuschreiben. Hier nun ist eine Verbindung der beiden Kategorien festzustellen, eine „unheilige Allianz“ zwischen staatlichem und substaatlichem Akteur - das TALIBAN-Regime und AL QAIDA mögen hier als Prototypen genannt werden. In diesem Fall kommt die Komponente Organisierte Kriminalität noch hinzu, so daß hier die „Büchse der Pandora“ weit geöffnet ist.

Zu verweisen ist hier auf das Phänomen der „failing states“, die nicht nur als Unterstützer und Sanktuarium für Terrorgruppen bereit stehen, in transnationale kriminelle Machenschaften verstrickt sind, sondern auch Auslöser sind für Migrationsbewegungen, die wiederum Betätigungsfelder eröffnen für Organisierte Kriminalität.⁷

Von Bedeutung für unser Thema ist hier, daß „failing states“ in die internationale Staatengemeinschaft nur rudimentär eingebunden sind, eine kritische Medienöffentlichkeit kaum oder überhaupt nicht existiert, von daher also keine Offenheit generiert und transportiert wird - prioritäres Terrain somit für nachrichtendienstliche Aufklärung.

Ähnliches gilt für die Parias auf internationalem Parkett, die ja - auch das von Bedeutung für dieses Thema - diesen Minderstatus attestiert be-

⁷ Vgl. Mallaby, Sebastian: The Reluctant Imperialist. Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire. In: Foreign Affairs 81/1/ (2002), S. 43-59.

kommen, weil sie verdächtigt werden, terroristische Bestrebungen zu unterstützen und/ oder an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu arbeiten - Bedrohungspotential und Intransparenz - die beiden Determinanten für das nachrichtendienstliche Ressort in augenfälliger Weise vereinigt!

Das Bedrohungsspektrum ist also festzumachen an verschiedenen Akteuren, über den Grad an Intransparenz bestimmt sich die Zuständigkeit und die Beauftragung des Bundesnachrichtendienstes, ja der Nachrichtendienste allgemein.

Diese Determinanten wirken additiv - um ihr Zusammenwirken klar herauszustellen: es gibt Bedrohungen oder, wenn man so will, Gefährdungen, die völlig offen liegen, transparent sind, etwa im Bereich Ökologie (Ozonloch, Treibhauseffekt, Meeresverschmutzung). Sie sind Akteuren zuzuschreiben, qualifizieren sich jedoch mangels Intransparenz sicherlich nicht für einen nachrichtendienstlichen Ansatz - im Falle von Umweltkriminalität sieht die Ausgangslage freilich schon wieder anders aus.

Über die Kompetenzbestimmung für das nachrichtendienstliche Ressort ergibt sich die Positionierung des Bundesnachrichtendienstes in der Sicherheits-Community, aus der sich wiederum die Leitlinien für die Zusammenarbeit mit den Nachbar-Behörden ableiten lassen.

Damit kommen wir zu einem weiteren Problemkreis. Vielleicht ist es nicht entgangen, daß ein zusätzliches Einsatzkriterium für den Bundesnachrichtendienst bisher nicht erwähnt wurde - der Auslandsbezug von Bedrohung.

Der 11. September nun hat die transnationale Dimension, die „Entgrenzung“ der terroristischen Bedrohung drastisch vor Augen geführt.

In klassischen Konfliktlagen, noch zu Zeiten des Kalten Krieges, war Bedrohung auf die Grenze fokussiert und militärisch definiert. Diese Bezugspunkte verlieren ihren Bestimmungswert, es ergeben sich damit Auswirkungen auf das Abwehrdispositiv, das nach wie vor staatlich-territorial organisiert ist: Polizei und Verfassungsschutz bis - Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst ab Grenze. Hier auch zu nennen der Auswärtige Dienst.

Die durch den 11. September exemplifizierte Bedrohung tangiert freilich nicht nur das territoriale Organisationsprinzip des Abwehrdispositivs, sondern auch das funktionale, manifestiert im Trennungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten.

Die hier angesprochenen Problemfelder bei Anpassungsüberlegungen in der Sicherheits-Community reflektieren, genau betrachtet, die Eigenheiten asymmetrischer Kriegsführung.

Um den Überraschungseffekt als ihren wesentlichen Vorteil zu gewährleisten, wird das im Kriegsvölkerrecht definierte und somit kalkulierbare Reglement bezüglich Grenze und Kombattantenstatus konspirativ unterlaufen - das „Turnier der edlen Ritter“, immer schon mehr oder weniger eine Fiktion, degeneriert zur willkürlichen Nacht-und-Nebel Attacke, deren einzige Regel die Regellosigkeit ist. Und das heißt nicht nur „Entgrenzung“, sondern auch Kriminalisierung der Kriegsführung (die Schwierigkeiten bei der Statusbestimmung der Gefangenen in Guantanamo ist bezeichnend).

Die entscheidende, etwas pointiert gestellte Frage bei der Anpassung des Abwehrdispositivs ist, ob man die Symmetrie wieder herstellt, indem man sich zur Regellosigkeit verführen läßt.

Die Antwort - ein klares Nein. Die notwendigen Anpassungen müssen dem Gebot der Effektivität folgen - und den Normen unserer politischen Kultur gehorchen.

Sie erstrecken sich auf zwei Bereiche - den innerbehördlichen wie den zwischenbehördlichen.

In der „Intelligence Community“, so auch im BND, ist eine gewisse Neubewertung des nachrichtendienstlichen Registers vorzunehmen: SIGINT (Technische Aufklärung), IMINT (Satellitenaufklärung), HUMINT (Aufklärung mit menschlichen Quellen).

Die technischen Disziplinen SIGINT und IMINT unterliegen bei der nun geforderten Aufklärungsarbeit gewissen Beschränkungen: keine hohe Kommunikationsdichte, keine Truppenmassierungen, die erfaßt werden könnten. Zudem arbeiten sie rezeptiv, es werden nur Informationen aufgezeichnet, deren Produktion keinem nachrichtendienstlichen Auswahlkriterium folgt, die also nicht als Antwort auf ein Aufklärungsinteresse hin

erstellt wurden. Die auftragsgerechte, zielorientierte Informationsbeschaffung ist ein Vorzug der Aufklärungsarbeit mit menschlichen Quellen (HUMINT), die wieder in den Vordergrund rückt.⁸ Sie freilich ist relativ risikoreich, erfordert profunde Expertise, Flexibilität und vor allem auch Geduld.

Die beste Information ist freilich wertlos, wenn sie nicht rechtzeitig den richtigen Adressaten erreicht - behördenintern wie zwischen den Behörden. Mit der Einrichtung der Abteilung 5 im Bundesnachrichtendienst, die für die operative Aufklärung und Auswertung des Internationalen Terrorismus, der Organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, des internationalen Waffenhandels zuständig ist, wurde die organisatorische Grundlage geschaffen für einen umfassenden, engen Kommunikationsverbund. Nicht nur nachrichtendienstlich beschaffte Informationen, im engeren Sinne „Intelligence“, finden hier Eingang, sondern auch einschlägige Berichterstattung von Partnerdiensten sowie offene Informationen.

Kommen wir zum zwischenbehördlichen Bereich. Gefordert sind hier Synergieeffekte.

Zum einen durch eine klare Positions- und Aufgabenzuweisung im Abwehrdispositiv je nach geforderter Expertise, zum anderen durch die Einrichtung interbehördlicher „Schnittstellen“ durch fallbezogene Vernetzung, die Eigenständigkeit bewahrt und Kommunikation und Kooperation befördert.

Zunächst ein Wort zur „Intelligence Community“:

Über den reinen Erkenntnisaustausch mit Partnerdiensten hinaus laufen im BND auch gemeinsame Operationen („joint operations“) mit befreundeten ausländischen Nachrichtendiensten. Dieses Instrument gilt es auszubauen. Wie bereits dargelegt, richtet sich die asymmetrische Kriegsführung als Konfliktform der Zukunft gegen die „überlegene“ westliche Staatenwelt, wobei freilich die Vereinigten Staaten als Führungsmacht und Inbegriff westlicher Lebensart prioritäres Ziel sind. Die deutliche Schere zwischen gemeinsamer Bedrohung und partikularer Abwehr muß sich schließen, gerade im nachrichtendienstlichen Bereich, der, wie gesehen, bei der Gefahrenabwehr von zentraler Bedeutung ist. Die historisch gewachsene Expertise, die jeweiligen Standortvorteile, die Reputation einzelner Dienste in bestimmten Regionen können genutzt wer-

⁸ Vgl. Betts, Richard K.: Fixing Intelligence. In: Foreign Affairs 81/1 (2002), S. 43-59.

den, um Synergieeffekte zu erzielen.⁹ Erste zukunftsweisende Ansätze sind hier zu erkennen im Zuge des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ), im Bereich EUROPOL, bei GASP und ESVP.¹⁰ Anzustreben wäre eine Art „Task Force“ von EU-Mitgliedern unter Heranziehung der jeweils zuständigen staatlichen Sicherheitsorgane.

Eine solche Kooperationsform bietet den Vorteil von

- minimaler Institutionalisierung und
- maximaler Flexibilität

und sollte somit annähernde „Waffengleichheit“ herstellen bei der Abwehr der hier skizzierten Bedrohungen. Diese europäische Perspektive erscheint umso bedeutender und zukunftsweisender, als mit jeder EU-Erweiterung die Zahl der Sicherheitsbehörden proportional ansteigt, das Gebot der Koordinierung ihrer Tätigkeit somit umso dringender wird.¹¹ Die aktuellen Beratungen über die Errichtung einer EU-Grenzpolizei liegen auf dieser Linie.

Zum Abschluß noch einige Überlegungen zur Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Verteidigung in der heutigen Bedrohungslage.

Der Auswärtige Dienst ist immer auch Gradmesser für die Qualität bilateraler Beziehungen, Präsenz und Wirkungskreis der diplomatischen Missionen sind Ausdruck dafür. Bedrohungspotential geht nun, wie oben dargelegt, überwiegend von Staaten aus, die sich in defizitärer Verfassung befinden: „failing states“, Paria-Staaten. Hier ist der Aktionskreis der Botschaften, falls überhaupt vorhanden, sehr eingeschränkt.

Festzustellen ist also eine Diskrepanz zwischen Informationsbedarf und der Möglichkeit offizieller- offener Informationsgewinnung - eine Lücke, die zu schließen im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes liegt.

Bedrohung geht auch aus - dies ein Charakteristikum des heutigen Konfliktszenariums - von Akteuren, die nicht staatlich verfaßt sind, etwa Terror- und OK-Gruppierungen - eine diplomatische Repräsentanz ist hier nicht vorgesehen!

⁹ Dazu etwa Schapper, Claus Henning und Maaten, Hans-Georg: Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. In: Internationale Politik 54 (1999), S. 37-46.

¹⁰ Dazu aktuell Hoyer, Werner und Kaldrack, Gerd F. (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Baden-Baden (2002).

¹¹ Zur Notwendigkeit einer „Internationalisierung“ der Intelligence-Aktivitäten vgl. Herman, Michael: Intelligence Services in the Information Age. London. Portland, OR (2001), S. 228-231.

Diese Bereiche bilden, neben Proliferation und der Aufklärung einzelner Staaten von besonderer sicherheitspolitischer Relevanz, die Kernaufgaben des BND, der nachrichtendienstliche Ansatz ist entsprechend hoch. Im sog. Monitoring-Bereich, vom Auftrag her nicht prioritär, ist zumindest eine Grundaussage zu gewährleisten, auch um im Krisenfall das nachrichtendienstliche Dispositiv „hochfahren“ zu können.

Ein Wort noch, um im auswärtigen Bereich zu bleiben, zur Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst angesichts des neuartigen Konfliktszenariums. Um es pointiert zu formulieren: Die Bundeswehr, auch die KSK, ist keine Anti-Terror Truppe, vergleichbar etwa mit Spezialeinheiten des israelischen Mossad. Der Feldzug in Afghanistan richtet sich im wesentlichen gegen die Truppen eines Unterstützerstaates von AL QAIDA, gehorcht somit, wenn auch mit Einschränkungen, den Regeln klassischer Kriegsführung.

Jedenfalls - und das ist herauszustreichen - findet der Einsatz in höchst instabilem politischen Terrain statt, was im übrigen für die Bundeswehr-Auslandseinsätze ganz generell gilt - ihr Ziel ist ja die Stabilisierung der Verhältnisse vor Ort. Planung, Durchführung und damit Erfolg des Einsatzes hängen infolgedessen nicht mehr nur von rein militärischen Parametern ab - vielmehr werden sie maßgeblich beeinflusst durch das politische Umfeld. Gefechtsfeldaufklärung greift da zu kurz, der Spähtrupp läuft ins Leere.

Auch hier also eine Lücke zwischen Informationsbedarf und den Möglichkeiten militärischer Aufklärung.

Wenn auch hier auf den BND als Lückenfüller zu verweisen ist, so drängt sich ein Gedanke auf, der einen Touch von nachrichtendienstlicher Philosophie hat: Kann es nicht sein, daß wir überall dort auf das nachrichtendienstliche Ressort zurückverwiesen werden, wo die historisch gewachsenen Normen der Interaktion, das Reglement gerade auch der bewaffneten Konfliktaustragung, aus welchem Grunde auch immer, nicht mehr greifen?

Kommt dem Aperçu von der Spionage als dem zweitältesten Gewerbe der Welt - älter als Auswärtiger Dienst und reguläre Streitkräfte - kommt diesem Aperçu nicht auch von daher eine gewisse Sinnhaftigkeit zu?

Der Bundesnachrichtendienst - eine Behörde also, die gegen die Regellosigkeit in der Konfliktaustragung anzutreten hat, selbst jedoch Regeln einzuhalten hat - wir sind wieder angelangt bei der eingangs erwähnten Zwiespältigkeit des nachrichtendienstlichen Gewerbes, die sich auch, wie gesehen, in der öffentlichen Perzeption reflektiert und dort reduziert wird zur schlichten Dichotomie von Schlapphut und James BOND. Die vorstehenden Ausführungen, die Skizzierung der nachrichtendienstlichen Auftragslage sollten Zweifel daran geweckt haben, ob solche, sicherlich eingängige Karikaturen dem Anforderungsprofil des Nachrichtendienstlers angemessen sind, sollten die Frage aufkommen lassen, ob sie nicht vielleicht aus dem Vokabular seriöser Medien getilgt und der Sparte Infotainment überlassen bleiben sollten.

Nadja Naumenko

**Die russische Außenpolitik ab 1991
unter besonderer Berücksichtigung
des Verhältnisses zu den USA.**

1. Einleitung

2. Phase der Westausrichtung 1991 – 1994

- 2.1. Der Zusammenbruch der Sowjetunion
- 2.2. Innenpolitische Konstellationen
- 2.3. Außenpolitisches Engagement
 - 2.3.1. Kooperation mit dem Westen, v.a. USA
 - 2.3.2. Kritik aus dem eigenen Lager
- 2.4. Zwischenergebnis

3. Erste Abkühlung 1994 – 1996

- 3.1. Innenpolitische Konstellationen
- 3.2. Kosyrevs "Neues außenpolitisches Konzept"
- 3.3. Außenpolitisches Engagement
 - 3.3.1. Vertiefung der Beziehungen zum Westen
 - 3.3.2. Streitpunkte
- 3.4. Zwischenergebnis

4. Geopolitik und Großmachtstatus 1996 – 1999

- 4.1. Innenpolitische Konstellationen
- 4.2. Primakows außenpolitische Schwerpunkte
- 4.3. Außenpolitisches Engagement
 - 4.3.1. Entwicklung der Beziehungen
 - 4.3.2. Problembereiche
- 4.4. Zwischenergebnis

5. Neuorientierung ab 1999

- 5.1. Innenpolitische Konstellationen
- 5.2. Akzentuierung in der Außenpolitik
- 5.3. Außenpolitisches Engagement
 - 5.3.1. Fortschreibung der Beziehungen
 - 5.3.2. Streitpunkt Nationale Raketenabwehr
- 5.4. Zwischenergebnis

6. Ausblick und Schluss

7. Anhang

8. Literaturverzeichnis

1. Einleitung

Russland – ein Land, das wegen seiner geographischen Ausdehnung, seiner Lage auf zwei Kontinenten, seiner Kultur und nicht zuletzt seiner historischen Größe ein seit Jahrhunderten faszinierendes Phänomen darstellt. Doch auch in der neuesten Geschichte hält es noch viele Überraschungen bereit: das Experiment eines Gegengewichts zum Kapitalismus mitsamt dessen Scheitern und die sich daran anschließende Transformation bietet viele interessante Entwicklungen und damit fast jedem wissenschaftlichen Bereich etwas noch nie da Gewesenes. Gerade das Unvorhersehbare und die Ungewissheit, vielleicht auch die fremde Mentalität der russischen Bevölkerung, macht die Faszination einer Betrachtung der russischen Zukunft nach dem Zerfall der Sowjetunion aus.

Besonders maßgeblich für die weitere Entwicklung des Landes war und ist ohne Zweifel die innere Umgestaltung: die Einführung der Demokratie, basierend auf den im Westen etablierten Kernelementen, erwies sich nach Jahrzehnten der Unfreiheit als schwierig, besonders da mit der wirtschaftlichen Schwäche des Landes anstatt der versprochenen Wohlfahrt vielmehr eine soziale Talfahrt für die Bevölkerungsmehrheit einsetzte. Die hier angesprochenen inneren und wirtschaftlichen Faktoren determinieren aber auch die russische Außenpolitik ab 1991, die ja zentrales Thema der Arbeit ist. Ausgangsüberlegung dabei war, dass sich Russland als Nachfolgestaat einer Großmacht wie der UdSSR, die sie bis zu ihrem Zerfall gewesen ist, weder von der internationalen Bühne verabschieden konnte noch wollte, bis es seine inneren Probleme bewältigt und als stabiler Machtfaktor erneut in der Weltgemeinschaft in Erscheinung treten konnte. Die Anforderung, die sich daraus ableitete, entsprach einem Spagat zwischen internationalen Erwartungen bei der Lösung von Konflikten und dem Aufbieten eines Gegengewichts zur einzigen verbliebenen Supermacht USA einerseits und der kräftezehrenden totalen inneren Neugestaltung andererseits. Die Lösung dieser schwierigen und facettenreichen Aufgabe hat in gewisser Weise experimentellen Charakter und stellt nicht nur eine Herausforderung für russische, sondern für Politiker in aller Welt dar, da mit Ereignissen solcher Tragweite noch nie jemand befasst war. Die Betrachtung der Geschehnisse unter einem Bezugspunkt wie den Vereinigten Staaten, die vor 1990 ein Pen-

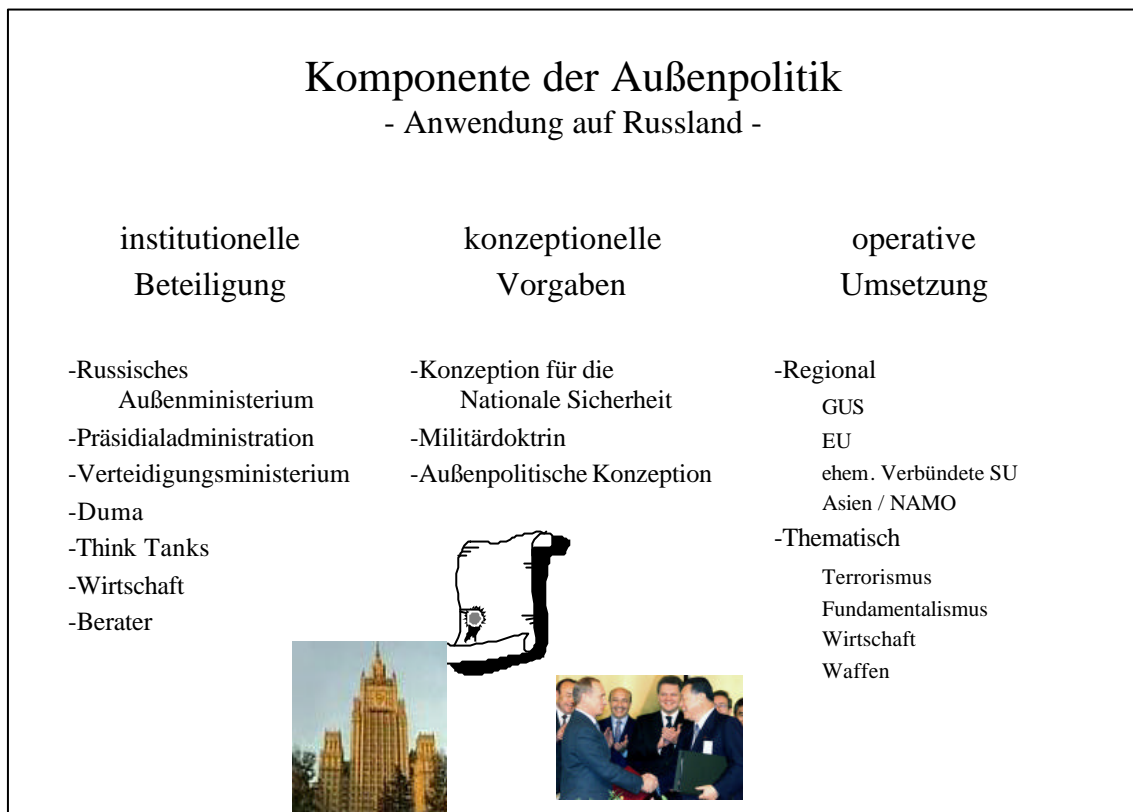
dant zur UdSSR bildeten und mit dem Zerfall derselben plötzlich zur globalen Hegemonialmacht aufstiegen, verstärkt die Brisanz, da von zwei ehemals gleichberechtigten Kontrahenten nun der eine deutlich unterlegen war und sich im Sinne des alten Prinzips des Gleichgewichts der Mächte doch behaupten wollte.

Diese exemplarischen Determinanten russischer Außenpolitik nach 1991 sollen die Bandbreite der inhaltlichen Betrachtung andeuten und in einem Überblick an das Thema heranzuführen, bei dem doch gerade die Vielzahl an zu berücksichtigenden Aspekten den Reiz und die Herausforderung bestimmte.

Die Bearbeitung setzte jedoch aufgrund der Themenvielfalt eine sinnvolle Gliederung voraus, um sowohl zeitlich wie thematisch stringent verfahren und dem Leser ein Mindestmaß an Übersichtlichkeit bieten zu können. Am geeignetsten erschien hierfür wie im Inhaltsverzeichnis ersichtlich, eine auf die Arbeit zugeschnittene Periodisierung analog zu Roger Kanet¹ und Tanja Wagensohn². Sie ermöglicht neben der besten Übersicht über die zeitliche Weiterentwicklung des Verhältnisses zu den USA die sinnvollste Darstellungsmöglichkeit von Ereignissen auf der weltpolitischen Bühne nach thematischen Gesichtspunkten, die für die Periode charakteristisch waren. Daneben bietet sie den Vorteil, auch zeitgerecht auf die innenpolitischen und konzeptionellen Rahmenbedingungen eingehen, damit einen ganzheitlichen Blick auf die Situation in Russland werfen zu können und auf diese Weise die Hintergründe nicht immer logisch erscheinender Entscheidungsfindung zu erhellen.

¹ Kanet, R.: Zwischen Konsens und Konfrontation. Russland und die Vereinigten Staaten, Osteuropa 4-5/2001, S. 509-521

² Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der Sowjetunion, 1. Aufl., Regensburg 2001



Trotz straffer Gliederung kann diese Arbeit aufgrund des sehr umfangreichen Themas nur ein Überblick über die komplexe, selten einheitliche und wechselvolle russische Außenpolitik sein und lediglich exemplarisch einige Ereignisse vorstellen, die die Entwicklung maßgeblich bestimmten. Sie erhebt daher keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, vor allem die in Russland diskutierten Handlungsalternativen können aufgrund des begrenzten Umfangs der Arbeit nur angedeutet werden. Aus diesem Grund wurde auch bewusst auf die Einbeziehung der Gipfeltreffen verzichtet. Denn obwohl sie im allgemeinen als Höhepunkt bilateraler Beziehungen gelten, konzentrierten sich die Treffen der Präsidenten Russlands und der USA in der letzten Dekade meist auf allgemein verbesserte Beziehungen, die in wortreichen Kommuniqués und vollmundigen Absichtserklärungen zwar den Medien mitgeteilt wurden, von der inhaltlichen Dichte aber meist eher bescheiden ausfielen, was sich in der Tendenz bei der Umsetzung der Vereinbarungen noch weiter reduzierte (eine Ausnahme bildete hier die Abrüstung). Der Schwerpunkt liegt daher auf der realen globalen Entwicklung, wie sie z.B. bei der Behandlung von Krisen rund um die Welt sichtbar wurde, und weniger auf den verbalen Spitzfindigkeiten der beiden großen Mächte, was sich in der ausführlichen Erörterung von „Stellvertreter-Schauplätzen“ niederschlägt, die das Verhältnis deutlich nachhaltiger prägten als die meisten Treffen. Hilfreich

für einen Überblick über die Ausrichtung russischer Außenpolitik erschien in diesem Zusammenhang auch die Darstellung der Reisetätigkeit hoher russischer Offizieller, die im Anhang eines jeden Kapitels in Form einer Übersichtskarte veranschaulicht ist und die aktuelle Schwerpunktsetzung unterstreichen mag.

Der zeitliche Betrachtungsrahmen erstreckt sich vom Jahr 1991 bis in den Sommer des Jahres 2001, wobei so gravierende Ereignisse wie der Niedergang der Sowjetunion und die Irakkrise des Jahres 1990 als Voraussetzung für die folgenden Abläufe mit aufgenommen wurden. Die Arbeit endet fließend Mitte des Jahres 2001, was in der aufgrund der Gegenwartsnähe kaum abzuschätzenden Wirkung der Geschehnisse und folglich dem Mangel geeigneter Analysen begründet liegt. Dennoch soll in einem Ausblick kurz auf die Ereignisse nach dem 11. September 2001 eingegangen werden.

Auch die bei der Betrachtung der zwei Lager jahrzehntelang charakteristische Themenfrage musste sich nach dem Zerfall der Sowjetunion ändern. Das mechanistische Isomorphie-Verfahren³ des Gleichgewichtsprinzips, wonach die Stabilität der Staatenwelt vom Gleichgewicht der sich gegenüberstehenden Kräfte abhing, wie dies lange Zeit zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO der Fall war und als Ost-West-Gleichgewicht als Grund Grundbedingung des Friedens angesehen wurde, erfüllt mit dem Ende der Bipolarität seine Funktion nicht mehr, da ein massiver Gewichtsverlust Russlands als Nachfolgestaat der UdSSR die USA als letztes großes Gewicht zurückließ. An seine Stelle musste mit der neuen Weltordnung eine neue Fragestellung treten, die nicht mehr nur in schwarz und weiß unterscheidet, sondern auch viele „Grautöne“ zulässt. Die Aussagen mögen dadurch weniger präzise werden, da die zu berücksichtigenden Indikatoren sich vervielfacht haben, aber diese Pluralität möglicher Entwicklungen sind Erscheinungen der Multipolarität⁴ der Welt.

³ Bellers, J.: Internationale Politik und politische Moral, 1. Aufl., Münster 1982

⁴ Die Begriffe ‚monopolar‘ und ‚multipolar‘ werden in den Ausführungen nebeneinander verwendet, obwohl sie sich eigentlich ausschließen. Der Grund hierfür liegt in der Auffassung des Autors, dass die USA einerseits eine Hegemonialstellung hinsichtlich ihres wirtschaftlichen und militärischen Potentials und ihres politischen Einflusses einnehmen, die den Begriff ‚monopolar‘ im Sinne einer letzten verbliebenen Supermacht rechtfertigt. Andererseits etabliert sich daneben aber ein System der Multipolarität, das weitere Akteure ins Zentrum rückt, das jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch im Entstehen ist und deren Potential sich erst noch zu einem mit den USA vergleichbaren entwickeln wird. Diesem parallel verlaufenden Prozess soll mit der Verwendung beider Begriffe Rechnung getragen werden.

Da die Entwicklung Russlands auf dem Gebiet der Außenpolitik wie auch der internationalen Beziehungen noch schwer abzusehen ist und auch möglichst viele „Grautöne“ aufgezeigt werden sollen, soll hier nach der Topik Aristoteles‘ verfahren werden, die als normatives Hilfsverfahren begrenzte Problembereiche unter Beachtung aller relevanten Gesichtspunkte erschließen, erörtern und einer Lösung näher führen will.⁵ In diesem Fall soll versucht werden, die Entscheidungsfindung nachzuvollziehen, indem der Spielraum durch relevante Gesichtspunkte sinnvoll verengt wird. Dazu dient ein umfangreicher Topikkatalog, dessen Elemente – begrenzt durch den Umfang der Arbeit - jeweils nur fragmentarisch diskutiert werden, darüber hinaus aber durchaus Anregung zu weiteren Gedanken sein können.

Bei der Betrachtung der Außenpolitik eines Staates liegen den Entscheidungsträgern grundsätzlich zwei Optionen vor: im Umgang mit einem anderen Staat können sie die kooperative Methode wählen, wenn sie an einer Zusammenarbeit interessiert sind und diese ihnen voraussichtlich Vorteil bringt. Ist dies nicht der Fall und verfügen sie über ausreichend Indikatoren, die sie annehmen lassen, sie seien dem Gegner überlegen, und erreichten ihr Ziel dadurch besser, ist ihnen der konfrontative Weg in einen Konflikt offen. Welche Variante die günstigere sein mag, kann mit Hilfe der Spieltheorie systematisch nachvollzogen werden. Daneben muss erwogen werden, ob und welche Ebenen möglicher Interaktionen, sei es in einem Bündnis, einer Organisation oder auch mit einem Einzelakteur man sinnvollerweise pflegen möchte. Bei der Beurteilung dieser Aspekte werden wirtschaftliche, politische und soziale Sachverhalte sowie Wertvorstellungen als bedeutendste endogene Faktoren einer au-

⁵ Hennis, W.: Politik und praktische Philosophie, 1. Aufl., Neuwied/Berlin 1963

ußenpolitischen Entscheidung herangezogen, die entweder als Einzel- oder als Gesamtinteresse den Ausschlag geben.

Interaktionsebene	Konflikt	Kooperation
Wirtschaft		
Politik		
Soziales		
Wertvorstellung		

An diesem Modell, das die wichtigsten Faktoren berücksichtigt, sieht man die Parameter einer außenpolitischen Entscheidung in Russland. Je nach Gewichtung der Einzelelemente und der Zielvorstellung des Entscheidungsträgers wurde ein entsprechendes Vorgehen festgelegt, das dann von der internationalen Gemeinschaft entweder als Aktion oder als Reaktion auf laufende Geschehnisse wahrgenommen wurde. Auf diese soll im folgenden näher eingegangen werden, beleuchtet sowohl von russischer Seite wie unter Einbeziehung der amerikanischen.

2. Phase der Westausrichtung 1991 - 1994

2.1. Zusammenbruch der Sowjetunion

Mit dem festen Willen, wirtschaftliche Reformen durchzuführen und die Sowjetunion (SU) nach einer sanften Transformation der sozialistischen



Planwirtschaft zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu formen, trat Michail Gorbatschow im Jahre 1985 das Amt als Staats- und Parteichef der SU an. Als bisher jüngster Inhaber dieser Ämter begann er, die verkrusteten Strukturen des Regimes nach Jahren greisenhafter Sowjetherrschaft zu modernisieren. Er begriff die Nachteile, die die Isolation der Sowjetunion mit sich

brachte - ein nicht länger finanzierbarer Rüstungswettlauf mit den USA, eine totalitäre Machtstruktur, Korruption in den Reihen der Funktionäre, wirtschaftliche Stagnation und ein niedriger Lebensstandard der Bevölkerung - und setzte dort mit seinem Reformkonzept an.

Um den Aufschwung herbeizuführen, lockerte er die Isolation und machte der feindlichen Supermacht USA Konzessionen: er weichte die harten Fronten des Kalten Krieges auf, indem er einseitig abrüstete, Truppen aus Ostmitteleuropa zurückzog und in der Folge die politischen Revolutionen dort akzeptierte. Mit der Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung in den Zwei-Plus-Vier-Gesprächen brach er mit der langen sowjetischen Tradition, Territorium im Einflußgebiet nicht in die Selbständigkeit zu entlassen, und sicherte sich damit die Dankbarkeit nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch den Respekt der Alliierten. Auch seine Zurückhaltung im Golfkrieg, die Ablehnung der irakischen Invasion bei gleichzeitiger Unsicherheit hinsichtlich der Motive der USA und die darauf folgende Distanzierung von dem ehemaligen Verbündeten Irak trugen zu einer positiven Wahrnehmung seitens der USA bei.

Die innenpolitische Lösung fand er in einer teilweisen und schrittweise eingeleiteten Liberalisierung, die ursprünglich den Kommunismus stärken sollte. Dabei bediente er sich zweier Leitlinien, Perestroika und Glasnost, dem Prinzip des Wiederaufbaus und der kontrollierten Offenheit.

Zwischen 1985 und 1987 trieb Gorbatschow vor allem Glasnost voran, eine Reformbestrebung, die als politische Neuerung galt und eine große Bandbreite neuer Gedanken umfaßte. Sie schloß Ansätze persönlicher Freiheit und Menschenrechte ein, sichtbar an größerer Medienfreiheit

und dem Entstehen moderner Kunst. Daneben öffnete man Gulags und entließ politische Häftlinge in die Freiheit. Als zweiten Schritt initiierte er Perestroika, die er jedoch inhaltlich so abzugrenzen suchte: „Any hopes that we will begin to build a different non-socialist society and go over to the capitalist camp are unrealistic and futile“⁶. Diese Basis seines Reformgedankens formulierte er mehrfach und geriet damit bald in Widerspruch zu seinen Umgestaltungsmaßnahmen, seinem „neuen politischen Denken“.

Er favorisierte ein rechtsstaatliches Modell der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz sowie einen neutralen Staat ohne Klassenbewußtsein. Dies realisierte er mit einer Demokratisierung der Strukturen, wobei er für 1989 die ersten Wahlen, die im Wettbewerb ausgetragen werden sollten, anberaumte. Für das Folgejahr sah er die Schaffung eines neuen, funktionstüchtigen Parlaments mit drei Kammern genauso vor wie die Einführung eines präsidentiellen Herrschaftssystems nach us-amerikanischem und französischem Muster, wobei der Präsident die Machtfülle des Generalsekretärs der KPdSU übernehmen sollte. Daraus ergaben sich zahlreiche Konsequenzen von großer Tragweite für die Partei. Bereits nach der Wahl, während der sich aufgrund des Einparteiensystems verschiedene Strömungen im Inneren der KPdSU herauskristallisiert hatten, zeigte sich der Machtverlust. Einige von der Führung gestützte Kandidaten hatten kein Mandat errungen, zudem war die innere Einheit der Partei im Wahlkampf durch die unbekannte Konkurrenzsituation einer harten Probe unterzogen worden. Der Verfall setzte sich fort, als die KPdSU mit dem Artikel VI ihr ‚alleiniges Recht zu herrschen‘ abschaffte. Doch der nach wie vor überzeugte Sozialist Gorbatschow unterschätzte die Kraft der Veränderungen, die er ins Leben gerufen hatte. Eine bürgerliche Gesellschaft war im Entstehen, die verschiedenen Meinungsplattformen, die innerhalb der Partei zugelassen worden waren, vertraten pluralistische Ansichten und die zentrale Macht war nicht länger in der Lage, sich über den Volkswillen hinwegzusetzen.

Doch es mehrten sich kritische Stimmen am Reformkurs, v.a. von seiten der Militärs. Diese beklagten die wirtschaftliche Schwäche und die sich mehrenden ethnischen Spannungen auf dem Gebiet der Sowjetunion und verbanden dies mit der Forderung, dem Vorhaben Perestroika Einhalt zu gebieten. Aus Sorge um den Erhalt seiner Macht bot Gorbatschow Zugeständnisse an und entfernte die Reformer aus seiner Admi-

⁶ Gorbatschow, Michail: Perestroika, 1. Aufl., New York 1989, S. 198

nistration, um sie durch Konservative zu ersetzen. Gleichzeitig übernahm Boris Jelzin am 12.06.1991 die Präsidentschaft der Russischen Föderation und setzte die Souveränitätserklärung Russlands durch. In der Folge verließen mehr und mehr Sowjetrepubliken die Union. Als Gorbatschow seine Reformvorhaben fortsetzen und aus diesem Grund seine liberal-zentristischen Gefolgsleute zurückholen wollte, verweigerten ihm diese die Gefolgschaft. Auch bei Konservativen und Militärs fand er keine Unterstützung mehr. Es folgte ein Staatsstreich, dessen Initiatoren im konservativen Lager und beim Geheimdienst zu suchen waren, die sich aber mangels eines Konzeptes nicht durchsetzen konnten und dessen „Gewinner“ letztlich der demokratische Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, war. Er hatte es verstanden, sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern und sich an die Spitze der führungslosen Soldaten zu setzen. Die Erklärung der Putschisten deklarierte er als verfassungswidrig und unterstellte die Exekutivorgane auf russischem Boden seiner Gewalt. Seine Legitimation als russischer Präsident wurde anerkannt. Nach drei Tagen meist friedlicher und unblutiger Proteste war der Machtkampf zwischen Restauration oder Reform entschieden. Jelzin entwickelte sich zum entscheidenden politischen Akteur und löste die KPdSU auf, woraufhin Gorbatschow zurücktrat.

Die Ereignisse im größten Staat der Union ließen diese nicht unberührt. Die zentrale Führung war auseinandergebrochen, schwelende ethnische Konflikte und Nationalismen verstärkten sich in Anbetracht der steigenden Inflation und der schwächelnden Wirtschaft. Die verschiedenen, noch von Gorbatschow ausgearbeiteten neuen Unionsverträge fanden kaum Zustimmung. In der Folge lösten sich die drei baltischen Staaten aus dem Verbund heraus und erklärten ihre Unabhängigkeit. Um einen Kollaps der Union mit möglicherweise schwerwiegenden Folgen zu verhindern, unterzeichnete Jelzin mit den Präsidenten der Ukraine und Weißrußlands den Vertrag über die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die ein gleichberechtigtes Nebeneinander souveräner Staaten auf der Basis enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung vorsah. Damit wurden sie zu Vorreitern für eine neue Bündnisstruktur, der sich in der Folge auch die anderen Staaten der Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen anschlossen. Am 31.12.1991 hörte die Sowjetunion schließlich auf zu existieren.

An die Stelle einer riesigen nuklear gerüsteten Supermacht war ein Vakuum getreten. Die Machtbalance, die nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Aufziehen des Eisernen Vorhangs dadurch entstanden war, dass

sich zwei etwa gleich große Lager mit jeweils einer Großmacht an der Spitze gegenüberstanden, die sowohl in Wirtschafts- wie in Militärbündnissen zusammengeschlossen waren, hatte sich verschoben. Das euro-asiatische Gewicht brach auseinander, der Warschauer Pakt löste sich auf. Übrig blieb eine desolante Großmacht, deren wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Umgestaltung alle Kräfte im Inneren bündelte und diverse kleinere Staaten, die mit ihrer Selbständigkeit kaum umzugehen wussten. Die stabile Bipolarität vergangener Jahrzehnte war einer einzig verbleibenden Supermacht gewichen, die Welt war monopolar⁷ geworden.

2.2 Innenpolitische Konstellationen

Boris Jelzin trat die Nachfolge Gorbatschows mit einem Team aus überzeugten Reformern an. An seiner Seite zogen der Wirtschaftswissenschaftler Yegor Gaidar sowie der künftige Außenminister Andrej Kosyrev in das Weiße Haus ein, um den „Weg zur radikalen Modernisierung“⁸ zu beschreiten. Dieser führte vorerst über eine wirtschaftliche Neuordnung. Die Versuche Gorbatschows, die Wirtschaft zu liberalisieren und sich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu präsentieren, hatten aufgrund der weiterhin bestehenden Bindung an Pläne und die zahlreiche Gegnerschaft solcher Reformen die Situation weiter verschlimmert. Jelzin begriff, dass dem Volk, das in Armut lebte und wenig Hoffnung auf Besserung hatte, die Notwendigkeit politischer Reformen schwer verständlich zu machen sein würde. Also begann man zur Bekämpfung der Krise mit der Umwandlung der sozialistischen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft. Die Schritte, die nach und nach vollzogen werden sollten, waren die Freigabe der bisher staatlich gelenkten Preise und eine drastische Senkung der Staatsausgaben, ferner die Privatisierung von kleinen und mittelgroßen Betrieben, die über Voucher (Anteilsscheine) in den Besitz der Bevölkerung übergeben wurden, sowie die sorgfältige Entflechtung der Großbetriebe, wobei gleichzeitig die Zerschlagung von Monopolen geplant war. Des Weiteren stand eine Bodenreform bevor, die es dem Agrarsektor ermöglichte, eigenes Land zu bebauen und dadurch Leistungsanreize schaffte. Eine strenge Geldpolitik sollte diese Maßnahmen begleiten und zum Aufschwung führen. Als weitere Ziele formulierte man

⁷ Vgl. Fn. 4

⁸ Zitiert in: Tanja Wagensohn, *Russland nach dem Ende der SU*, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 20

den Eintritt in den Weltmarkt sowie die Akquisition ausländischer Investitionen. All diese Vorhaben startete man gleichzeitig, eine „Schocktherapie“: „Any delay would only make the situation worse with the state facing the very real possibility of bankruptcy and hyperinflation.“⁹ Doch auch das sofortige Anlaufen des Maßnahmenkataloges konnte nicht verhindern, dass aufgrund der ungünstigen Ausgangslage, u.a. aufgestaute Inflation, Widerstand der Oberschicht und die aus Sowjetzeiten übernommene Bürokratie, im Januar 1992 mit der Freigabe der Preise diese um 245% anstiegen. Die Bevölkerung begann, sich untereinander zu verschulden, so dass die auf Stabilität ausgerichtete Geldpolitik bald gelockert werden mußte. Die Inflation galoppierte und betrug im Jahr 1992 insgesamt 1353%¹⁰. So leitete Jelzin 1993 gezwungenermaßen erste Rückschritte ein, indem er wieder Subventionen zuließ und weiche Budgetbeschränkungen akzeptierte, gleichzeitig ging der Außenhandel zurück und qualifizierte Kräfte verließen das Land. Man baute auf Kooperation mit dem Westen und versprach die Beibehaltung des Demokratisierungskurses für Lebensmittellieferungen und Aufbauhilfe.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Entwicklung versuchte Jelzin, die Demokratie zu etablieren. Die Abhängigkeit des Präsidenten von den noch bestehenden Institutionen der Sowjetunion, dem Volksdeputiertenkongress (VDK) und dem Obersten Sowjet, erschwerte dies jedoch massiv. Im April 1992 versammelte sich der VDK, der durchsetzt war mit konservativen lokalen Sowjets, die die Reformen mißbilligten. Obwohl Jelzin bereits im Vorfeld einige Reformer aus seinem Kabinett entlassen hatte, um dem VDK entgegenzukommen, forderte er eine personelle Trennung von Präsident und Regierungschef sowie eine Neubesetzung dieses Postens und eine Begrenzung der Vollmachten des Präsidenten. Jelzin kam der Forderung nach einem neuen Regierungschef auch nach und setzte den Wirtschaftslobbyisten Tschernomyrdin ein, der bald darauf wieder Subventionen für Großbetriebe zu einer Zeit bewilligte, als die Hälfte der Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebte und Energieträger und Agrarprodukte kaum bezahlbar waren.

Jelzins Machtbasis schmolz wegen der zahlreichen konservativen Regierungsmitglieder zusammen. Aus diesem Grund installierte er extrakonstitutionelle Organe, die beratend wirkten und nötigenfalls entsprechende

⁹ Gaidar, Y., zitiert in: Bowker, Mike: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 2000, S. 165

¹⁰ The World Bank Development Report 1996, S. 174

Kompromisse mit den Konservativen aushandelten. Die Konflikte zwischen Präsident und VDK nahmen jedoch weiter zu, so dass Jelzin ein Referendum über eine neue Verfassung vorschlug. VDK und Oberster Sowjet verweigerten ihre Zustimmung, da sie sich damit faktisch selbst abgeschafft hätten, und fassten eigene Beschlüsse, die wiederum Jelzin boykottierte. Dieser „sanfte Staatsstreich“ der überkommenen Sowjetinstitutionen scheiterte an der Unterstützung der Bevölkerung, die Jelzin noch immer hinter sich versammelt hatte. Er übernahm eine „Sonderverwaltung“ im Rahmen seiner Präsidentialherrschaft und ließ sich die Loyalität der Sicherheitskräfte zusichern. In der Folge scheiterte ein Amtsenthebungsverfahren nur knapp. Jelzin setzte endlich die Durchführung des Referendums durch und siegte: 58,7% der Wähler sprachen ihrem Präsidenten das Vertrauen aus, 53% befürworteten die neue Wirtschafts- und Sozialpolitik¹¹. Unter Einbeziehung der Regionen und des Obersten Sowjet setzte er daraufhin eine Verfassungskonferenz ein, die aufgrund von Meinungsverschiedenheiten nicht zustande kam. Verstärkt durch die neuerliche Finanzkrise als Folge einer Begrenzung der Geldmenge und Umtauschmaßnahmen begannen stattdessen Straßenschlachten. Jelzin reagierte mit einer Antikorruptionskampagne, der konservative Regierungsmitglieder zum Opfer fielen, die sogleich durch Reformer ersetzt wurden, um dem Volk Verbesserungswillen zu demonstrieren. Per Dekret löste er auch den VDK und den Obersten Sowjet auf und schrieb für Dezember Neuwahlen aus. Die Institutionen, dominiert von Kommunisten und Nationalisten, beugten sich dieser Entscheidung nicht, etablierten eine Parallelregierung ein und besetzten das Weiße Haus. Jelzin erhielt Unterstützung von den Medien, den Führern der GUS-Staaten und der Bevölkerung, Strassenschlachten tobten. Als er am 04.10.1993 die Erstürmung des Gebäudes befahl, setzten sich die Regierungstruppen durch, entwaffneten und verhafteten die Verantwortlichen. Die sich anschließenden Maßnahmen sollten der Stabilisierung dienen: Auflösung der Verfassungsgerichte und der lokalen Sowjets, Einschränkung der Pressefreiheit und die Ausschreibung von Neuwahlen auf allen Verwaltungsebenen sowie Fortsetzung der Wirtschaftsreformen mit Freigabe des Brotpreises und Einführung von Privateigentum. Russland baute langsam marktwirtschaftliche Züge auf und gewann auch an demokratischer Substanz: im Hinblick auf die zwei Monate später stattfindenden Wahlen fanden Parteigründungen statt, auch die

¹¹ Tanja Wagensohn, *Russland nach dem Ende der SU*, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 45

Kommunistische Partei hatte sich zuvor wieder konstituiert. Am 12.12.1993 entschied die russische Bevölkerung - westlichen Wahlrechtsgrundsätzen weitgehend entsprechend - über den Verfassungsentwurf, der ein präsidentiales System mit einer zweikammerigen Legislative, Duma und Föderationsrat, vorsah, zwei Delegierte des Wahlkreises für den Föderationsrat und einen Direktkandidaten sowie einen Listenplatz für die Duma. Bei einer Wahlbeteiligung von 53% errang das Jelzin-Bündnis zwar eine einfache Mehrheit, nach dem Zusammenschluß der Kommunisten, Nationalisten und der Agrarpartei hielt die Allianz jedoch die absolute Mehrheit in der Duma. Trotz der neuen Verfassung, die großzügig auf den Präsidenten zugeschnitten ist¹², und der Abschaffung der für die erforderlichen Reformen hinderlichen Institutionen der ehemaligen Sowjetunion gestaltete sich das Regieren für Boris Jelzin nicht einfacher, da er für Reformprojekte oftmals die Bestätigung der kommunistisch-nationalistischen Duma gemäß Art. 106¹³ benötigte, diese aber in ihrer neuen Zusammensetzung wohl ebenso auf Restauration bedacht war. Der Spielraum für demokratische Reformen und eine Liberalisierung der Wirtschaft engte sich ein.

2.3. Außenpolitisches Engagement

Eine Weltmacht der Größe und der historischen Bedeutung der SU mit all ihren Beziehungen, die sie zur Zeit des Kalten Krieges auf der Suche

¹² **Article 80.**

1. The President of the Russian Federation shall be the head of state.
2. The President shall be the guarantor of the Constitution of the Russian Federation, and of human and civil rights and freedoms. In accordance with the procedure established by the Constitution of the Russian Federation, he shall take measures to protect the sovereignty of the Russian Federation, its independence and state integrity, and ensure concerted functioning and interaction of all bodies of state power.
3. The President of the Russian Federation shall define the basic domestic and foreign policy guidelines of the state in accordance with the Constitution of the Russian Federation and federal laws.
4. The President of the Russian Federation as head of state shall represent the Russian Federation inside the country and in international relations.

¹³ **Article 106**

The federal laws adopted by the State Duma shall be considered by the Federation Council on a mandatory basis if such laws deal with the issues of: a) the federal budget; b) federal taxes and levies; c) financial, monetary, credit and customs regulations and money emission; d) ratification and denunciation of international treaties of the Russian Federation; e) the status and protection of the state border of the Russian Federation; f) war and peace.

nach Verbündeten genauso aufgebaut hatte wie die USA, entbehrte der Möglichkeit, sich bis zu einem Wiedererstarken aus der internationalen Politik wenigstens partiell herauszuhalten. Da das alte Freund-Feind-Schema nicht mehr existierte und eine Hinwendung zum Westen wie bereits beschrieben schon aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte, ergab sich daraus auch eine Zusammenarbeit mit neuen Verbündeten auf der weltpolitischen Bühne.

Vorreiter dieser auf Partnerschaft ausgerichteten neuen Außenpolitik war Andrej Kosyrev, der als Sohn eines Diplomaten die westliche Welt selbst erlebt hatte, sich nun als weltoffener Reformler präsentierte und eine Zusammenarbeit mit dem Westen, v.a. den USA, überaus positiv bewertete. Das Spektrum politischer Strömungen, zu dem er sich originär zählte, bezeichnete man als die sog. „Westernizer“, die vorrangig zwei Ziele zu erreichen suchten: erstens die Aufnahme Russlands in die westliche Staatengemeinschaft und zweitens die externe Unterstützung der inneren Stabilisierung¹⁴ Russlands, da man zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaft¹⁵ nur eine Zukunft in langfristigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlüssen mit westlichen Staaten sah. Aus diesem Grund sollte Russland als konstruktiver Partner in der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt werden¹⁶. Folgen waren eine Politik der Annäherung, konstruktive Rüstungskontrollgespräche sowie die Neudefinition der russischen Position in internationalen Institutionen. So formulierte man beispielsweise im Jahr 1992 anlässlich eines Besuchs des russischen beim amerikanischen Präsidenten Bush eine „Charta der amerikanisch-russischen Partnerschaft und Freundschaft“, die nicht nur Demokratie und Kooperation, sondern bereits die internationale Sicherheit als zentrales Thema benannte.

Im weiteren Verlauf wandelte sich der Stil der russischen Außenpolitik auf Druck der Nationalisten hin zum Moderat-Liberalen mit Westorientierung bei gleichzeitiger Beachtung der russischen nationalen Interessen unter Berücksichtigung der besonderen geopolitischen Lage, die eine Hervorhebung des Engagements auf dem Gebiet der ehemaligen Sow-

¹⁴ Alexandrova, O.: Entwicklung der außenpolitischen Konzeptionen Russlands, Köln, Berichte des BIOst Nr. 13/1993, S. 11

¹⁵ Weiss G.: Die russische Föderation zwischen imperialer Versuchung und legitimer Interessenpolitik – Zur westlichen Kritik an der russischen Außen- und Sicherheitspolitik, Köln, Berichte des BIOst, Nr. 23/1995

¹⁶ Marantz, P.: Neither adversaries nor partners: Russia and the West search for a new relationship, in: International Journal, Vol. XLIX, No. 4, S. 728

jetunion verlangte¹⁷. Im folgenden wird diese Entwicklung anhand signifikanter Beispiele zu zeigen sein.

2.3.1. Kooperation mit dem Westen, v.a. USA

Gerade die Anfangsphase wies ein hohes Ausmaß an Unterstützung der USA auf der weltpolitischen Bühne aus. So verfolgte man eine gemeinsame Linie gegenüber dem irakischen Diktator Saddam Hussein und im Jugoslawienkonflikt, Erfolge in der Abrüstungsfrage wurden mit den Verhandlungen zum START II¹⁸ – Abkommen erzielt. Darüber hinaus setzte Russland den Truppenrückzug aus Osteuropa fort und erkannte die Unabhängigkeit der GUS-Staaten an, wie es von den westlichen Staaten gewünscht wurde.

Irak

Im Sommer 1990 marschierten irakische Truppen unter der Führung von Saddam Hussein in Kuwait ein und annektierten das Gebiet, das dann zur 19. Irakischen Region ausgerufen wurde. Aufgrund der Abhängigkeit der Amerikaner von den Erdölvorräten der Region mißbilligten diese den Vorstoß Saddams, forderten den sofortigen Abzug und kündigten Handlungsschritte der UNO an. Diese glaubte der irakische Diktator nicht fürchten zu müssen, da er eine Blockade möglicher Resolutionen im Sicherheitsrat von der Sowjetunion erwartete, einem langjährigen Alliierten, mit dem man 1972 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag unterzeichnet hatte. Moskau jedoch zeigte sich betroffen und verurteilte - sensibilisiert durch den eigenen Nationalitätenkonflikt - die gewaltsamen Grenzveränderungen. Man setzte das „new thinking“ Gorbatschows um, das auch regionale Stabilität propagierte: die UdSSR unterstützte eine UN-Resolution, die das Vorgehen Saddams verurteilte, und unterstrich dies mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der USA (James Baker) und der SU (Eduard Schewardnadse). Darüber hinaus beteiligte man sich an den Sanktionen, die gegen den Irak verhängt worden waren. Eine Beteiligung an einer Militäraktion befürwortete Gorbatschow dennoch schon deshalb nicht, weil das konservative Lager dies als Verrat an einem ehemaligen Alliierten bezeichnete, er einen Militäreinsatz unter amerikanischem Kommando kategorisch ausschloss und so kurz nach dem Krieg gegen Afghanistan auch nicht wieder gegen Muslime kämpfen wollte, die sich im Rahmen der Möglichkeiten des

¹⁷ Schmedt, C.: Russische Außenpolitik unter Jelzin, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1997, S. 7

¹⁸ Strategic arms reduction treaty, beschlossen 1996

Glasnost zu einer durchaus einflussreichen Gruppe im Land herausgebildet hatten. Kritische Stimmen, u.a. des späteren Außenministers Kosyrevs, sahen hierin ein Zeichen der Kapitulation als Supermacht und forderten ein energisches Eingreifen. Der Kompromiss wies daraufhin eine „prinzipielle“ Unterstützung einer UNO-Mission aus, konzentrierte sich aber maßgeblich auf Vermittlungsversuche. Die Positionen Bushs und Husseins lagen jedoch zu weit auseinander, als dass ein solcher Versuch gelingen konnte, so dass sich die Amerikaner zum Angriff entschlossen. Moskau boten sie ständige Konsultationen, einen vollständigen Rückzug nach Beendigung der Mission und eine Beteiligung an der Lösung des arabisch-israelischen Konflikts an. Kritiker monierten die Einmischung der Amerikaner in ein arabisches Problem sowie die Häufung amerikanischen Kriegsgeräts in der relativen Nähe der sowjetischen Grenze. Zur Verhinderung eines Krieges setzte jetzt hektische Reisediplomatie ein, die jedoch weder die Luftschläge noch die Bodenoffensive der Amerikaner stoppen konnte, obwohl Saddam Hussein im Februar 1991 den Forderungen der UNO nachgab, „to deal with Security Council Resolution 660, with the aim of reaching an honourable and acceptable solution, including withdrawal“¹⁹. Die Durchführung der amerikanischen Bodenoffensive mehrte kritische Stimmen in der UdSSR, die den Amerikanern vorwarfen, Saddam eine völlige Niederlage beibringen, ihre Verpflichtung Israel gegenüber erfüllen und letztlich den Triumph genießen zu wollen.

Dennoch einigte man sich auf eine gemeinsame Zielsetzung nach dem Krieg, wobei Moskau einwilligte, sowohl die Bedingungen für den Waffenstillstand zu unterstützen wie auch die Sanktionen fortzusetzen.

Mit dem Machtwechsel im Kreml zeichnete sich hier eine Veränderung ab, da Jelzin nicht länger bereit war, Sanktionen mitzutragen, von denen einer der Haupthandelspartner Russlands betroffen war. Ein letzter Vermittlungsversuch Kosyrevs, der durch gegenseitige Anerkennung zur beidseitigen Entspannung beitragen sollte, schlug 1993 fehl. Obwohl einige Moskau vorwarfen, es würde „too closely following its own perceived national interests to be a genuine partner for the United States“²⁰, bleibt doch festzustellen, dass sich Moskau zugunsten der USA und der UN mit einem ehemaligen Alliierten überworfen hatte, sich in Vermittlungsversuchen engagierte und letztlich auf die von den Amerikanern

¹⁹ Freedman, L./ Karsh, E.: *The Gulf Conflict*, Faber, London 1990/91, S. 378

²⁰ Freedman, R.O.: *Moscow and the Gulf War*, in *Problems of Communism*, Vol XL, No. 4

gezeichnete Linie einschwenkte und dadurch einen legalen Schlag gegen den Irak überhaupt erst ermöglichte.

Jugoslawien

Im Gegensatz zu der weitgehend gewaltfreien Unabhängigkeitserklärung Sloweniens vom ‚melting pot‘ Jugoslawien traten in Kroatien ethnische Konflikte zu Tage. Nach der Entlassung von Serben aus dem öffentlichen Dienst befürchteten diese eine Unterdrückung ihrer Minderheit im Land und riefen das hauptsächlich von ihnen bewohnte Gebiet zur serbischen „Autonomen Provinz Krajina“ aus. Kriegshandlungen, bei denen Kroaten gegen die serbischen Rebellen kämpften, die von der überwiegend serbisch geführten „Jugoslawischen Nationalen Armee“ (JNA) unterstützt wurden, waren die Folge. Beim Gipfeltreffen der amerikanischen und sowjetischen Präsidenten im Juli 1991 verurteilte man die Gewalt und forderte eine Beachtung der Menschenrechte. Konkret umgesetzt wurde dies über eine UN-Resolution mittels eines Waffenembargos, das für ganz Jugoslawien galt. Da die Kämpfe weitergingen, versuchte Gorbatschow auf der Basis des Panславismus mit Serbien eine friedliche Lösung auszuhandeln. Die von Gorbatschow und später Jelzin ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen ignorierten jedoch beide Seiten. Die Situation veränderte sich erst mit der Anerkennung der Souveränität Sloweniens und Kroatiens durch Deutschland, dann der EG, Russlands und zuletzt auch der USA. So unterzeichnete man im Januar 1992 einen Waffenstillstand und entsandte im Rahmen der UNO Protection Force 14.000 Soldaten zur Überwachung des Abkommens, wobei sich russische Soldaten an der Friedensmission beteiligten. „The deployment provided a useful opportunity for Yeltsin to emphasise Russia’s break with the past and its willingness to play a more positive and co-operative role in the future of European security. It was the height of Moscow’s pro-Western foreign policy.“²¹

Doch damit war der Zündstoff in der Region nicht ausgegangen. Bosnien sah für seine Zukunft nur zwei Möglichkeiten: entweder den Verbleib in einem Rumpf-Jugoslawien unter nationalistischer serbischer Vorherrschaft oder ebenfalls den Weg in die Unabhängigkeit. In einem Referendum 1992 entschied sich die Mehrheit der Muslime und Kroaten für die Unabhängigkeit, die Serben, die immerhin ein Drittel der befragten Be-

²¹ Bowker, Mike: Russian foreign policy and the end of the Cold War, London 1997, S. 231

völkerung stellten, boykottierten die Abstimmung, da sie für territoriale Integrität eintraten und fürchteten, in einem muslimischen Staat unterdrückt zu werden. Es kam zum Krieg, wobei die Serben die besseren Ausgangsbedingungen vorweisen konnten: die Waffenbestände der proserbischen JNA lagerten in Bosnien, so dass die Serben deutlich besser bewaffnet in den Kampf zogen als die Allianz aus Kroaten und Muslimen. Sie eroberten 70% des Gebietes und vertrieben im Rahmen „ethnischer Säuberungen“ die Allianz. Die UNO nahm mit Unterstützung aus Moskau diplomatische Bemühungen auf und wieder einigte man sich auf Wirtschaftssanktionen, humanitäre Einsätze und eine Flugverbotszone über Bosnien, die von der NATO – ausgestattet mit einem UN-Mandat – überwacht werden sollte (sog. dual key approach). Im Januar wurde der Vance-Owen-Peace-Plan (VOPP) vorgelegt, der vorsah, Bosnien in zehn Kantone zu teilen, diese an die einzelnen Ethnien zu übergeben und es in die Souveränität zu entlassen. England, Frankreich und Russland unterstützten diesen Plan massiv, er scheiterte letztlich am Widerstand der USA²², die mit ihrem Modell des „Lift and Strike“²³ ebenfalls nicht überzeugen konnten. In der Folge zerbrach die Allianz aus Kroaten und Muslimen, und Russland forderte ein Ende des Embargos, die Anerkennung Restjugoslawiens, bestehend aus Serbien und Montenegro und intensivere Diplomatie. Nach einer Bombenexplosion auf dem Markt in Sarajevo 1994 mit einer großen Anzahl ziviler Opfer beschlossen die USA schließlich einen Militärschlag, Russland und China verweigerten jedoch ihre Zustimmung im Sicherheitsrat. Hier ist ein erster Bruch in der Strategie der vorbehaltlosen Kooperation zu verzeichnen.

START I und II

Nachdem die Verhandlungen und auch der Abschluss des START I – Abkommens ob der reduzierten Anzahl des zu verkleinernden Arsenalts viele enttäuscht hatte, verzeichnete man mit dem Machtwechsel im Kreml plötzlich einseitige Abrüstungsbemühungen, so dass einige bereits von einer „disarmament race“²⁴ zu sprechen begannen. Außerdem setzte man die Verhandlungen in den START II-Gesprächen fort. Auf der

²² Eine gegensätzliche Meinung findet sich bei Hans-Joachim Hoppe: Russland und der Jugoslawienkonflikt, Berichte des BIOst, 14-1997, der hier von einem Schulterchluss der USA und der RF hinsichtlich der Durchsetzung des VOPP ausgeht.

²³ Das amerikanische „Lift and Strike“-Modell sah amerikanische Unterstützung aus der Luft für die am Boden kämpfenden Muslime/Kroaten vor.

²⁴ Bowker, Mike: Russian foreign policy and the end of the Cold War, London 1997, S. 78

Basis des START I sollte jeder Beteiligte seine Kapazitäten nochmals um 50% reduzieren, daneben nahm man einen Abbau der Erstschlagskapazität mit in den Vertrag auf. Zusätzlich verzichteten die USA auf die Hälfte ihrer an Bord von U-Booten befindlichen nuklearen Sprengköpfe. Für beide Großmächte waren Konzessionen dieser Art so gravierend, dass man die strategischen Konzepte ändern musste, folglich können hier Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Abrüstung verbucht werden.

	START I		START II (bis 2003)	
	USA	Russia	USA	Russia
ICBMs²⁵	1.400	3.153	500	531
SLBMs²⁶	3.456	1.744	1.728	1.744
Bombers	3.700	1.552	1.272	752
Total	8.556	6.449	3.500	3.027 ²⁷

Rückzug aus Osteuropa und Unabhängigkeit der GUS

Die Staaten Osteuropas hatten während des Kalten Krieges als Puffer zwischen der NATO und der Sowjetunion als führendem Mitglied des Warschauer Paktes (WP) gedient. Mit Gorbatschows Öffnung gen Westen bestand dafür keine Notwendigkeit mehr, im Gegenteil störten zu viele Mediatoren die direkte Kommunikation zwischen Moskau und dem Westen, die vor allem anfangs auf wirtschaftlicher und nach und nach auch auf politischer Ebene eine Achse bilden wollten. Aus diesem Grund und auch in logischer Konsequenz seiner Politik des Glasnost schritt Gorbatschow nicht ein, als Ungarn als erstes Mitglied des WP seine Unabhängigkeit erbat und andere diesem Bestreben folgten. Eine militärische Präsenz schien mit der Eigenständigkeit dieser Staaten kaum mehr zu rechtfertigen zu sein, Russland zog seine Truppen zurück. Am sichtbarsten wurde dies bei der deutschen Wiedervereinigung, womit auch die Zeit der russischen Besatzung in Europa zu Ende zu gehen begann und ein kompletter Rückzug russischer Truppen ausgehandelt wurde. Ein Entgegenkommen entsprach hier nur dem Ideal der freien Selbstbestimmung, das Russland ja anstrebte.

2.3.2. Probleme: Kritik aus dem eigenen Lager

²⁵ Intercontinental Ballistic Missile

²⁶ Sea Launched Ballistic Missile

²⁷ The Arms Control Association, Fact Sheet, 19.06.1992

Bis 1992 richtete sich Russland fast vorbehaltlos prowestlich aus, denn das von Kosyrev vorgegebene Ziel lautete „Aufbau einer strategischen Partnerschaft“ mit den USA sowie Integration in der westlichen Welt zugunsten wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Hierbei verfügte er noch fast über ein Handlungsmonopol²⁸ und verfolgte seinen Kurs deshalb strikt, was - wie bereits beschrieben - besonders an der Zusammenarbeit mit den USA im Bosnienkonflikt sichtbar wurde und darin wohl auch seinen Höhepunkt erreichte. Doch nicht alle sahen diese mit wenigen Bedingungen verknüpfte Zusammenarbeit positiv. Man warf Kosyrev und Jelzin einen Ausverkauf russischer Interessen vor allem im "Nahen Ausland", aber auch an ehemaligen Verbündeten wie Irak oder Serbien vor und verwies auf den eigenständigen Charakter Russlands, der nicht durch übermäßige Adaption westlicher Ansichten verloren gehen sollte. Die Opposition im Lande formierte sich mit der Entstehung des – traditionsgemäß eher konservativ-nationalistisch orientierten – Verteidigungsministeriums, das eine Militärdoktrin verfasste, in der es sich mit eigenen außenpolitischen Zielen befasste. Diese betonte vor allem die Eigenständigkeit Russlands, leitete daraus die Forderung nach einer Abkoppelung vom Westen ab und forcierte eine stärkere Hinwendung zu den Staaten des ‚Nahen Auslands‘, in der Überzeugung, dass „the period of emotional euphoria because of political independence will quickly pass and a new period of mutual gravitation will start“²⁹.

Etwa gleichzeitig setzte Jelzin, der sich gelegentlich der Rhetorik der Opposition anpasste³⁰, eine außenpolitische Kommission³¹ ein, die die liberale Außenpolitik Kosyrev faktisch der Kontrolle des Präsidenten unterstellte.

Auch mehrten sich nationalistische Töne im Volk sowie in der Regierung, wobei sie argumentierten, der Westen sei an der Schwäche Russlands interessiert, um wirtschaftlichen Vorteil ziehen und seine globale Dominanz verstärken zu können. Als Gegenmaßnahmen forderten sie den Wiederaufbau des internationalen Status und eine starke Militärmacht³².

²⁸ Bowker, Mike: Russian foreign policy and the end of the Cold War, London 1997, S. 207

²⁹ Ya. Plyas, Rossiya i..., op.cit., p.62, zitiert in: Bazhanov, Yevgeni: Russia's Changing foreign policy, Berichte des BIOst 30-1996, S. 12

³⁰ Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1997, S. 11

³¹ s. Exkurs „Akteure“ in der Anlage

³² Webber, Mark: The international Politics of Russia and the Successor States, Manchester University Press, Manchester/New York, 1996

An dieser Tendenz war der Westen nicht ganz unschuldig: Nach so umfangreichem Entgegenkommen, wie es die innere Situation³³ erlaubt hatte, erwartete Russland eine konkretere Umsetzung der „Strategischen Partnerschaft“³⁴, mehr Mitspracherecht und hatte sich auch von den Wirtschaftshilfen mehr versprochen. Doch die Gelder, die ins Land flossen, waren in Anbetracht der notwendigen Umgestaltungsmaßnahmen viel zu knapp bemessen und zudem größtenteils zweckgebunden, z.B. für die Begleichung von Auslandsschulden, die ausländischen Investitionen eher marginal, und im internationalen Rahmen übergang man Russland bei so gravierenden Entscheidungen wie den Luftangriffen auf Bosnien. Trotz dieser Enttäuschung hielt Kosyrev an seinem Kurs fest, musste sich aber zunehmend mit seinen Kontrollinstanzen arrangieren. Ein Denkmittel des Volkes folgte bei der Dumawahl 1993 nicht nur aus außenpolitischen Gründen, aber doch mit Auswirkungen auf dieselbe, bei der sowohl Kommunisten wie auch die Nationalisten starke Zugewinne verbuchen konnten.

Dies wiederum bestärkte die Zweifler im Westen: das krisengeschüttelte Land könne keine stabile Demokratie werden, finanzielle Unterstützung käme einer Geldverschwendung gleich, Geschäftsverbindungen seien riskant und eine Machtübernahme durch Extremisten wahrscheinlich³⁵.

Jelzin und Kosyrev zogen ihre Schlüsse aus dem gewandeltem Meinungs- und Mehrheitsbild. Man verlagerte die außenpolitischen Schwerpunkte: „Now, however, Russia has explicitly downgraded relations with the West [...] as a foreign policy priority“³⁶ und wandte sich vermehrt dem ‚Nahen Ausland‘ zu, was Jelzin in einer Rede vor den Vereinten Nationen 1993 als „russische Interessensphäre“ deklarierte und Russland zum Stabilitätsgaranten in der Region machte. Diese Neudefinition außenpolitischer Prioritäten im post-sowjetischen Raum zeigte sich an konkreten Aktionen, wie am Engagement in den militärischen Konflikten in der Dnjestr-Region, in Abchasien und Ossetien, wo evident wurde, dass

³³ Siehe Punkt 2.2

³⁴ Eines der Schlagwörter der „Charta der amerikanisch-russischen Partnerschaft und Freundschaft“ aus dem Jahre 1992, das inhaltlich keine konkrete Bedeutung erlangte.

³⁵ Bazhanov, Yevgeni: Russia's Changing foreign policy, Berichte des BIOst 30-1996, S. 23

³⁶ ITAR-TASS, 30. 01.1993, zitiert in: Crow, Suzanne: Russia adopts a more active foreign policy, in RFE/RL Research Report, Vol. 2, No. 12, 19.03.1993, S.1-6

der Grundsatz, sich nicht in regionale Konflikte der Nachbarstaaten einzumischen, zunehmend an Bedeutung verlor³⁷.

Daneben erneuerte man Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum, da Russland auch dort vitale sicherheitspolitische wie ökonomische Interessen wahrzunehmen habe und seine Brückenfunktion zwischen Europa und Asien als Schlüsselstellung bewahren und nutzen solle³⁸. So ergänzte Kosyrev seine am Westen angelehnte Politik durch vermehrtes Engagement nicht nur in Indien, China und Japan, sondern wandte sich auch den ASEAN-Staaten zu, denen er zum Zweck wirtschaftlicher Zusammenarbeit und politischer Stabilisierung eine Partnerschaft anbot, ohne sich wie „der Elefant im Porzellanladen“³⁹ zu benehmen.

Die Kritik sowohl im eigenen Land wie auch aus dem Ausland hatte also zwar zu einer weniger intensiven Ausrichtung auf die USA geführt, diese Bande aber auch nicht zerschnitten, sondern zeigte sich in einer Verstärkung des Engagements im ‚Nahen Ausland‘ und in Asien.

2.4. Zwischenergebnis

Die Frage, die sich die ganze Welt nach dem Zerfall der Sowjetunion stellte, war die nach dem künftigen Stellenwert, der Entwicklung und der Einbindung dieses Kolosses. Die von Gorbatschow in der SU eingeleiteten Reformen demontierten den totalen Herrschaftsanspruch der Partei und der Ideologie zugunsten des Individuums und höhlichten die heimische Machtbasis der Supermacht aus. Die Folge dieser an westlichen Freiheiten orientierten Politik war das Auseinanderbrechen des Blocks, der den USA über Jahrzehnte hinweg entgegen gestanden hatte und schließlich an ihren freiheitlichen und demokratischen Werten zerbrochen war. Die Zwei-Lager-Theorie hatte sich überlebt, Warschauer Pakt und COMECON als Bindeglieder des euroasiatischen Opponenten existierten nicht länger. Übrig blieben einerseits richtungssuchende, hochsensible und instabile Staatengebilde, denen gravierende Umstrukturierungen bevorstanden, und auf der anderen Seite eine westliche Hegemonialmacht, deren Omnipräsenz in der Welt Ängste hervorrief und Misstrauen schürte. Diese Wahrnehmung verstärkte sich aufgrund der

³⁷ Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1997, S. 13

³⁸ Will, G.: Russlands Südostasienpolitik, Bericht des BIOst Nr. 40/1997

³⁹ ITAR-TASS, 23.07.1994, zitiert nach Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 25.07.1994, S. 17

eigenen Schwäche Russlands, das mit erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wie den meuternden früheren Machthabern, überkommenen Institutionen, einer neuen Verfassung und einer über die künftige Entwicklung verunsicherten Bevölkerung. Als die innenpolitischen Unruhen im Putsch des Jahres 1993 kulminierten, war die politische Umgestaltung vorläufig abgeschlossen und eine Angleichung an westliche demokratische Verhältnisse erfolgt. Doch die Politik war nicht das einzige Sorgenkind: aus einer maroden Planwirtschaft eine konkurrenzfähige Marktwirtschaft zu formen, erwies sich als weitaus schwieriger. So verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage kontinuierlich und der Lebensstandard sank bis zum Existenzminimum. „What they actually should be talking about is survival [...]. Survival means creating the minimal conditions that ensure the basic physical preservation of the individual“⁴⁰.

Die Entwicklung und den Wandel in der russischen Außenpolitik muss man deshalb vor diesem Hintergrund im Kontext der vielen parallel verlaufenden Umbrüche betrachten. Claudia Schmedt formuliert zu diesem Zweck zwei Thesen, wonach der Wandel der russischen Außenpolitik sich aus einer Veränderung der internationalen Verteilungsstruktur nach dem Ende des Kalten Krieges ableiten lässt, der die russische Regierung im Interesse ihres eigenen Machterhalts mit der Stärkung eigener sicherheitspolitischer Allianzen begegnet⁴¹. Des weiteren vertritt sie die Ansicht, dass der Wandel das Resultat politischen Drucks sei, der durch Machtverschiebungen auf innerstaatlicher Ebene bedingt ist. Dabei erhöhe sich der innerstaatliche Druck um so mehr, je instabiler die politische Lage und je größer die Divergenz zwischen dem außenpolitischen Kurs der russischen Regierung und den auf innerstaatlicher Ebene vertretenen Interessen sei⁴². Übertragen auf die Außenpolitik des ‚Westernizer‘ Kosyrev lässt sich die Annäherung an den Westen zu Beginn seiner Amtszeit entsprechend der realistischen Grundannahme erklären, dem gemäß für die Beziehung zwischen den Staaten gilt, dass diese nach ihren Interessen handeln⁴³ und den größtmöglichen Vorteil zu erreichen suchen. In diesem Falle versprach eine Partnerschaft mit dem Westen und v.a. den USA nicht nur eine Anlehnung an das politische System,

⁴⁰ Plyusnin, Y.: A new Russia – or the same old Russia? An alternative Worldview in the making, in: Russia's fate through Russian eyes, Boulder, Colorado, 2001

⁴¹ Schmedt, C.: Russische Außenpolitik unter Jelzin, Frankfurt am Main, 1997, S. 27

⁴² Ebd., S. 38

⁴³ Hartmann, J.: Internationale Beziehungen, Opladen 2001, S. 23ff.

sondern auch Wirtschaftshilfe und eine Einbindung in die internationale Gemeinschaft und damit weiterhin die Beteiligung am weltpolitischen Geschehen wie z.B. im Falle des Konflikts in Kroatien. Als diese Intention von den Amerikanern nur bedingt mitgetragen und Russland zum Junior-Partner degradiert wurde, kam die zweite These zum Tragen. Die kritischen Stimmen im Inland mehrten sich und der Druck wuchs mit der innenpolitischen Instabilität, die mit dem Putsch 1993 ihren Höhepunkt erreichte. Auch an der außenpolitischen Linie ist hier ein Wandel festzumachen, da man sich mit dem Erscheinen der Militärdoktrin vermehrt auf nationale Schwerpunkte konzentrierte und sich darin auch die für den Abstimmungsprozess problematische Akteursvielfalt widerspiegelte. Die Differenzen zwischen Außenminister und den innenpolitischen Akteuren verschärften sich noch nach der Parlamentswahl, als in der Duma konservative Kräfte vorherrschten. Daraufhin musste eine Änderung in der Außenpolitik eintreten, die hin zum moderat-liberalen unter Berücksichtigung nationaler Interessen, v.a. innerhalb der GUS, erfolgte und wo erstmals der Gedanke einer künftigen multipolaren Weltordnung aufschien. Die vorbehaltlose Westorientierung der Jahre 1991/92 war einer größeren Aufmerksamkeit gegenüber den eigenen nationalen Interessen gewichen, wobei sich dieser Wandel kontinuierlich vollzog und bei weitem nicht so gravierend war, dass man von einem neuerlichen Auseinanderdriften der Mächte sprechen könnte. Das Verhältnis näherte sich vielmehr einer vernünftigen Basis gegenseitigen Respekts, war aber von russischer Seite neuerdings durchaus geprägt von einem gewissen Selbstwertgefühl, das an die Stelle völliger Hingabe trat. Trotz aller innenpolitischen Imponderabilien zeigte Russland die Bereitschaft, im Rahmen der UNO und der KSZE global zu kooperieren und sich als Schutzmacht für die Staaten der ehemaligen SU zu positionieren. Eine stärkere Akzeptanz und Einbindung in internationale und regionale Organisationen wäre zu diesem Zeitpunkt wünschenswert gewesen, doch saß das Misstrauen in Anbetracht der folgenden Ereignisse dafür offensichtlich noch zu tief.

3. Erste Abkühlung 1994 - 1996

3.1. Innenpolitische Konstellationen

Mit dem massiven Stimmengewinn der Kommunisten bei der Duma-Wahl im Jahre 1993 kehrten auch die „Roten Ökonomen“ an die Macht zurück und proklamierten sogleich eine „Korrektur des Wirtschaftskurses“⁴⁴ in Richtung staatlicher Lenkung. Doch nicht nur auf dem Wirtschaftssektor dehnten sie ihren Einfluss aus, auch auf allen übrigen Politikfeldern, bei denen die Duma ein Mitspracherecht besaß, galt es künftig Kompromisse zu finden. „Despite the limited power of the new Duma to shape policy its criticism was potent enough to compel the Yeltsin-Kosyrev forces to distance themselves somewhat from their pro-Western line.“⁴⁵ „Hence it is possible to speak of [...] practical signposts of the Russian federation’s policy being worked out at the top on the basis of compromises or tactic behind the scenes agreement between the President and the leadership of the Duma.“⁴⁶ Beispielhaft für diese Mechanismen steht die Amnestie der Putschisten der Jahre 1991 und 1993, die der Präsident auf Antrag der Duma schließlich begnadigte, obwohl er damit frühere Gegner wie A. Ruzkoi auf die politische Bühne zurückholte, oder auch die Rede Jelzins an die Nation im Februar 1994, in der das Bemühen, gleichzeitig allen politischen Lagern gerecht zu werden, spürbar war⁴⁷. Dennoch setzte Jelzin seinen wirtschaftlichen Kurs der Privatisierung fort. Die Voucher, die die Bürger erhalten hatten, blieben gültig und konnten in Investitionsfonds umgewandelt werden, Großbetriebe gingen in die Hand von Investoren über und weitere Betriebe wurden dadurch entstaatlicht. Der Westen verfolgte das Vorgehen zwar mit Skepsis, da man eine Beibehaltung alter Strukturen unter neuem Namen befürchtete, begrüßte aber den Umfang der Maßnahmen und reagierte kulant bei der Vergabe weiterer Kredite. Doch auch diese konnten einen weiteren Kursverfall des Rubels nicht verhindern. Am „Schwarzen Dienstag“, dem 11.10.94, verlor der Rubel als Folge der künstlich niedrig gehaltenen Inflation und zu positiver Haushaltsdaten 21,5% seines Wertes

⁴⁴ Vgl. Wagensohn, Tanja: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 58

⁴⁵ Surovell, J.: Capitalist Russia and the West, Ashgate Publishing Ltd, Hants (GB) 2000, S. 127

⁴⁶ Trofimenko, H.: Russian national interests and the current crisis in Russia, Ashgate Publishing Ltd, Hants (GB) 1999, S. 31

⁴⁷ Vgl. Wagensohn, Tanja: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 59

zum Dollar. Aufgrund mangelnder Währungsreserven erfolgten keine Stützungskäufe, so dass die Preise drastisch anstiegen. Als daraufhin ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett Tschernomyrdin nur knapp scheiterte, reagierte Jelzin mit Personalveränderungen im Kabinett zugunsten der kommunistischen Duma-Mehrheit. Doch auch das Volk bekehrte auf: nachdem sie monatelang keine Löhne erhalten hatten und die Lebenshaltungskosten kontinuierlich stiegen, traten 500.000 Bergarbeiter in Streik. Die von der Duma geforderten Lohnerhöhungen musste Jelzin mit Blick auf die Haushaltslage jedoch abwehren. „This grim perspective was underscored by the impoverishment of even the intelligentsia, who had been the Westernizers' main social base of support and the main beneficiary of their policies.“⁴⁸ Daneben wurde mit der Ermordung des Fernsehdirektors Wladislaw Listjew in Moskau ein weiteres Problem evident: die Ineffizienz der Polizei und der Rechtsorgane begünstigte das Entstehen von organisierter Kriminalität, deren zahlreiche Gruppen das im Wandel befindliche Land zur wirtschaftlichen Vorteilnahme nutzten und sich über ihr Kapital Einfluss auf Politik sowie die Medien verschafften. Darüber hinaus scheiterte im Juli 1995 ein Antrag auf ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten, der sich zu diesem Zeitpunkt mit Herzproblemen im Krankenhaus befand.

Vor diesem Hintergrund fanden im Dezember 1995 erneut Parlamentswahlen statt. Von den 43 Parteien, die sich um eine Teilnahme bemüht hatten, wurden 38 zugelassen, die sämtliche Anschauungen und Berufsgruppen repräsentierten. Bei einer Wahlbeteiligung von 65% zogen dennoch nur vier Parteien über Listen ins Parlament ein, darunter die Kommunisten als stärkste Fraktion, die zudem ihren Stimmenanteil verdreifachen konnten. Die Front der Kritiker einer westorientierten Politik der inneren Umgestaltung und der äußeren Zusammenarbeit war in der kommunistisch dominierten Duma nun so breit geworden, dass Jelzin Außenminister Kosyrev nicht länger im Amt halten konnte, obwohl dieser im Westen nach wie vor sehr beliebt war. Schließlich trat Kosyrev am 05.01.1996 mit der Begründung zurück, er könne nicht sein Amt und das gerade errungene Direktmandat im Parlament zugleich ausfüllen. Damit endete die westfreundliche Phase der russischen Außenpolitik.

Nur ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen war auch die Präsidentschaftswahl angesetzt. Im Hinblick auf die ähnlichen Wahlprogramme, die zudem vor allem auf dem Land schwer zu verbreiten waren, und

⁴⁸ Surovell, J.: Capitalist Russia and the West, Ashgate Publishing Ltd, Hants (GB) 2000, S. 154



die Vielzahl unrealistischer Wirtschaftskonzepte verkam die Wahl zu einer reinen Personenwahl. In dem daraus folgenden Prestigewettkampf erhielt Jelzin nicht nur vom Westen, für den er als Garant für eine demokratische Orientierung stand, sondern auch von den führenden russischen Finanzmagnaten Unterstützung, die sich bei einem Sieg Jelzins wiederum eine Berücksichtigung bei oder sogar eine Beteiligung an der Politik erhofften. The [...] Russia's presidential election was by any measure a closed, highly undemocratic affair, assiduously promoted by the government-controlled media."⁴⁹ Dennoch gelang Jelzin keine Vorentscheidung, Kommunistenführer Sjuganow lag zeitweise sogar in Führung und Gespräche Jelzins mit anderen Kandidaten, um mittels eines Bündnisses bereits im ersten Wahlgang eine Entscheidung herbeizuführen, scheiterten. So lag Jelzin am Wahlabend mit 35,3% auch nur knapp vor Sjuganow mit 32% der Stimmen. Vor der Stichwahl am 03.07.96 gewann Jelzin jedoch den Drittplatzierten Lebed, den er zum Sekretär des Sicherheitsrates ernannte, für ein Bündnis und wurde schließlich mit knapper Mehrheit für eine weitere Amtszeit zum Präsidenten gewählt.

Der Tschetschenienkonflikt

Als der Zerfall der SU absehbar wurde, formierten sich Separatistusbewegungen der vielen verschiedenen Ethnien innerhalb des Territoriums. So beschloss die tschetschenische Führung im Jahre 1990 die Unabhängigkeit, löste den alten Obersten Sowjet auf und setzte einen eigenen ein. Damit provozierte man Moskau, da ein Austreten aus der Union gemäß dem Unionsvertrag nicht zulässig war. Auf den Druck und die Vermittlungsversuche Moskaus antwortete man im September 1991 mit der Mobilmachung und setzte Wahlen an. Der gewählte Präsident D. Dudajew rief daraufhin erneut die Unabhängigkeit aus und verkündete den Austritt aus der SU. Auch nach deren Zerfall weigerte er sich trotz großer Zugeständnisse seitens Russlands, den neu geschaffenen Föderationsvertrag zu unterzeichnen. Die Lage eskalierte, als Russland Umsturzpläne der Opposition unterstützte und Tschetschenien wirtschaftlich blockierte. Nach einem von Jelzin gesetzten und ergebnislos verstrichenen Ultimatum zur Waffenabgabe im November und gescheiterten Verhandlungen marschierten 40.000 Soldaten in das Land ein, die im Januar 1995 die Hauptstadt Grosny einnahmen. Die Zivilbevölkerung floh und

⁴⁹ Ebd., S. 179

die Kämpfer zogen sich aus taktischen Gründen ins Gebirge zurück, wo sie den russischen Soldaten überlegen waren. Als Jelzin die Einstellung der Luftangriffe anordnete, musste er feststellen, dass er weitgehend die Kontrolle über das Kriegsgeschehen verloren hatte, da die Kämpfe unvermindert anhielten. Als ein Waffenstillstand kurz darauf brach, begann eine blutige russische Großoffensive bei gleichzeitiger Aufstockung der Truppen, um den Freischärlern ins Gebirge folgen zu können. Diese jedoch überfielen den Süden Russlands und nahmen über 100 Geiseln, deren Freilassung erst durch Verhandlungen erreicht wurde, nachdem russische Spezialtruppen gescheitert waren. Dieser Vorfall löste beinahe eine Regierungskrise in Moskau aus: das Verfassungsgericht behandelte den Fall, zwei Drittel der Bevölkerung sowie Duma und Föderationsrat verurteilten die militärische Intervention und das Verhältnis Jelzins zu den Reformern wurde dadurch empfindlich gestört⁵⁰.

Im Juli 95 unterzeichnete man ein Militärabkommen, das Entwaffnung, Neuwahlen und den Abzug russischer Truppen vorsah. Die Clanrivalitäten in Tschetschenien aber schwelten weiter, so dass nach Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und Moskautreuen eine neue russische Offensive startete. Ein weiteres Geiseldrama führte zur Forderung nach „Vernichtung der Terroristen um jeden Preis“. Die hohen russischen Verluste und die zunehmende Kritik am Vorgehen Jelzins zwangen zum Frieden, den der neue Emissär Jelzins, Lebed, aushandeln sollte. Er erreichte am 22.08.96 ein Abkommen über das Ende der Kampfhandlungen, bot dafür Truppenabzug und die Anerkennung der Übergangsregierung Jandarbijews an. Dieses Abkommen hielt bis zum Abschluss des Friedensvertrages im Mai 1997, der lediglich fünf Punkte zur künftigen Konfliktlösung enthielt. Der Status Tschetscheniens blieb dabei ungeklärt und der Konflikt schwelte weiter.

3.2. Kosyrevs "Neues außenpolitisches Konzept"⁵¹

Über Jahre hinweg verfügte die Russische Föderation (RF) nicht über eine außenpolitische Leitlinie im Sinne einer Doktrin oder eines Konzeptes. Erst nach langer Diskussion, an der sich eine Vielzahl von Akteuren beteiligte, und häufigen Korrekturen stellte das russische Außenministe-

⁵⁰ Bowker M.: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 1997, S. 201

⁵¹ vgl. Russia's foreign Policy concept, zitiert in: Rahr, A./ Krause, J.: Russia's new foreign policy, 1. Aufl., Bonn 1995

rium im April 1993 das „Konzept der russischen Außenpolitik“ vor, das fortan als Leitfaden dienen sollte. Dieses soll hier vorgestellt und mit späteren Entwicklungstendenzen ergänzt werden, um den Umfang und die Bedeutung der außenpolitischen Diskussion in Russland darzustellen. Vor diesem Hintergrund wird später auch die Umsetzung beim außenpolitischen Vorgehen zu betrachten sein.

Mit dem neuen demokratischen Russland galt es, den Platz der RF in der sich verändernden Welt zu definieren, eine Umverteilung und Neustrukturierung der Macht vorzunehmen. Ein Mittelweg zwischen einer Politik der Harmonie („Jasager-Politik“)⁵² einerseits und einer Wiederauflage der Zwei-Lager-Theorie sollte eingeschlagen werden, wobei die Gestaltung der Weltordnung von den Entwicklungen der RF in ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht abhängig war. Auswirkungen darauf hatten auch die Entwicklungen anderer Regionen, wie z.B. die Stabilität der GUS, das Potential in Asien und der Dritten Welt sowie die fortschreitende Integration des Westens. Zugleich sollte das Nationale Interesse verfolgt werden, das jedoch nicht näher definiert wurde. Die sich daraus ergebenden Prioritäten und Prinzipien⁵³, die entsprechend den Maßgaben von Organisationen wie UNO und KSZE umzusetzen sein sollten, wurden wie folgt formuliert:

- ✓ Sicherheit: Gewährleistung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität
- ✓ Garantie von Freiheit, Recht und Wohlstand für alle Russen
- ✓ Umsetzung demokratischer Reformen und Beschreiten des Weges zu einer Zivilgesellschaft
- ✓ Aufbau einer konkurrenzfähigen Marktwirtschaft
- ✓ Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zu den GUS-Staaten sowie gleichzeitige Fortführung der Partnerschaft mit dem Westen
- ✓ Status als Großmacht mit Einfluss auf multilaterale Beziehungen

Allein die geopolitische Position der RF verlangte schon eine aktive und ausgewogene politische Beteiligung vorrangig im Gebiet der ehem. SU, aber auch darüber hinaus nach Asien und in den europäischen Raum hinein. Dies wirkte sich in den Beziehungen zu den jeweiligen Staaten und Regionen aus:

Die Beziehungen zu den GUS-Staaten zeichnete weiterhin eine starke Interdependenz in allen Bereichen des Lebens aus, so die Problematik

⁵² Huntington S.: Kampf der Kulturen, 4. Aufl., München 1998, S. 35

⁵³ Russia's foreign Policy concept, zitiert in: Rahr, A./ Krause, J.: Russia's new foreign policy, 1. Aufl., Bonn 1995, S. 47

der politischen und wirtschaftlichen Transformation, aber auch besonders der Multiethnizität. Notwendig erschien also bilaterale Kooperation genauso wie die Absprache einer gemeinsamen nach außen zu vertretenden Linie durch straffe zwischenstaatliche Organisationen auf der Basis der Freiwilligkeit und zum beiderseitigen Nutzen. Dennoch blieb der Führungsanspruch der RF latent vorhanden.

„The relations with the United States will retain a prominent place on the scale of Russia’s foreign policy priorities, corresponding to the position and the weight of the United States in world affairs.“⁵⁴ Hauptsächlich verfolgte man hierbei die Schaffung günstiger äußerer Beziehungen zur Stärkung der Wirtschaft und Einflussnahme auf die internationale Politik durch Anerkennung seitens der USA. Die dort vorherrschenden Ressentiments sollte eine besonders aktive und engagierte Rolle Russlands bei der Annäherung kompensieren und - als Basis für eine langfristige Partnerschaft- abbauen helfen. Schwierigkeiten räumte man ein: „The absence of antagonistic contradictions in our relations with the United States does not mean a total absence of conflict“⁵⁵, doch stützte man sich auf Dialog, Initiative und Interaktion zur Lösung der Konflikte, ohne dabei die eigene Unabhängigkeit opfern zu wollen. Hilfe erwartete man bei der Transformation der Wirtschaft mit der Perspektive auf späteren regen Handel. Dafür bot Russland die Fortführung der Abrüstungsbemühungen sowie eine Funktion als „Lokomotive in westliche Richtung“ für die anderen Staaten der ehem. SU.

Die Beziehungen zu Europa gestalteten sich etwas komplexer: während die Europäische Union als Wirtschaftspartner attraktiv war und gemeinsam mit Russland einen Gegenpol zu den USA formieren konnte, sah man in Mittel-/Osteuropa noch immer einen Puffer. Die Bewertung dieser Tatsache fiel jedoch nicht mehr so positiv aus wie zu Zeiten des Eisernen Vorhanges; er drängte Russland durch die räumlich Distanz zum Westen nun eher in die Isolation, so dass auch hier gute Beziehungen aufgebaut werden mussten, um nicht eine direkte Kommunikation mit dem Westen unmöglich zu machen. Den Balkan verstand Russland aufgrund der Kriege und vor dem Hintergrund des Panlawismus als Einflussphäre im Hinblick auf Unterstützung der Serben, woran sich fast Schwierigkeiten mit dem Westen entzündet hatten.

⁵⁴ Ebd., S. 58

⁵⁵ Ebd., S. 59

Bezüglich des asiatisch-pazifischen Raumes forcierte Russland eine „independent role in the polycentric systems of regional international relations“⁵⁶ und schwor dem Expansionismus und der kommunistischen Ideologie offiziell ab. Die Entwicklung der Beziehungen in West- und Süd-asien schrieb man vorläufig nicht fest, da diese Staaten teilweise noch keine eigene außenpolitische Orientierung verlauten ließen. Der Mittlere Osten interessierte einerseits wegen seiner Ölvorräte, darüber hinaus wollte sich Russland aber auch an der Vermittlung im israelisch-arabischen Konflikt beteiligen.

Um den Überblick abzuschließen und die Wertigkeit des Papiers zu verdeutlichen, bleibt zu sagen, dass die russische Außenpolitik weiterhin eine klare Linie vermissen ließ⁵⁷. Sie begibt sich zwar theoretisch auf „Schmusekurs“ mit der ganzen Welt, konkrete Ansätze für die Praxis fehlen jedoch. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, dass Kosyrev ein solch prowestlich orientiertes Papier durchsetzen konnte.

Nach innenpolitischen Differenzen war Kosyrev gezwungen, das Konzept im April 1995 entsprechend der neuen Meinungsbilder im Land zu korrigieren und zu konkretisieren. Er vertrat den neuen Standpunkt des ‚Nationalen Interesses‘ als nach demokratischen Prozessen erwachsenen legitimen Anspruch auf Selbstbestimmung und zog zum Vergleich die USA heran, für die dies ein normaler Vorgang sei. Auch die Weltordnung bezeichnete er erstmals als „pluripolar“⁵⁸ und betonte die Bedeutung eines Interessenausgleichs im Falle divergierender Ansichten, wobei er deutliche Kritik an der Haltung der USA als einziger Supermacht übte, die solch eine offene Diskussion sogleich als „Abschreckung“ empfinde.

Der Wandel in der russischen Außenpolitik vom stark prowestlichen Kurs der „romantischen Phase“ der Jahre 1992/93 zum verstärkt interessenorientierten ab 1995 zeigte sich folglich bald nach Inkrafttreten des Konzepts, dessen Konkretisierung als Folge der innenpolitischen Machtverschiebungen ohnehin unumgänglich war, da Jelzin aufgrund der Mehrheitsverhältnisse unter Druck geraten war und den kommunistischen Abgeordneten entgegenkommen musste.

⁵⁶ Ebd., S. 68

⁵⁷ Rahr, A./ Krause, J.: *Russia's new foreign policy*, 1. Aufl., Bonn 1995, S. 40

⁵⁸ Kosyrev, A.: Rede an der Johns-Hopkins-Universität Washington, zitiert in: *Internationale Politik* 11/95, S.98

3.3 Außenpolitisches Engagement

Obwohl sich das neue Selbstverständnis auf die Außenpolitik auswirkte, blieb diese in ihrer kooperativen Ausrichtung - mit Ausnahme der nationalen Rhetorik im Vorfeld der Wahlen, die der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung entsprechen sollte - auf den Westen weitgehend konstant, dazugekommen waren lediglich einige wenige eigene außenpolitische Initiativen, z.B. in Asien. Dennoch vertieften sich die Beziehungen zum Westen weiter, so dass die Unterstützung der USA auf dem Gebiet des ehem. Jugoslawien trotz auftretender Meinungsverschiedenheiten auch im Bosnienkonflikt beibehalten wurde. Die Auflösung des Warschauer Paktes hatte die Aufgabe der NATO in Frage gestellt, deren Behandlung prinzipiell eine Streitfrage im Verhältnis der beiden Mächte darstellte. Eine Neudefinition der Aufgaben war nötig, aber auch die Erweiterung auf die ehem. WP-Staaten möglich geworden. So entschloss man sich, die Staaten langsam mittels des Programms Partnership for Peace (PfP) an die NATO heranzuführen und eine Kooperation zu versuchen. Auch Russland wurde Mitglied und bewarb sich darüber hinaus ebenso erfolgreich um eine Mitgliedschaft im Europarat wie es bei den G-7-Treffen als politisches Element integriert wurde. Dennoch traten zwischen den USA und Russland zunehmend Konflikte auf. So missfiel der russischen Regierung die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten wie den Tschetschenienkrieg oder auch die Sanktionen gegen den früher alliierten Irak genauso wie die von den USA ins Gespräch gebrachte Osterweiterung der NATO. Die USA ihrerseits betrachteten mit Missfallen die wieder zunehmenden Waffenverkäufe Russlands, die v.a. in Form der atomaren Kooperation zwischen Russland und Iran vermeintlich die amerikanischen Sicherheitsinteressen bedrohte. Die grundsätzliche Kontinuität in der Westausrichtung Russlands wurde also ergänzt durch den Versuch, wieder entsprechend der innenpolitischen Notwendigkeit eigenständige Außenpolitik, orientiert am nicht näher definierten Nationalen Interesse, zu betreiben. Daneben traten Spannungen zutage, die auf den gegensätzlichen Interessen der beiden großen Mächte fußten und für die nur sehr schwer Kompromisse gefunden werden konnten. Deutlich spürbar war jedoch, dass die ‚romantische Phase‘ der russischen Außenpolitik ihr Ende gefunden hatte und sich Russland zu einem für den Westen schwerer kalkulierbarer Spieler auf der weltpolitischen Bühne entwickelt hatte. Es forderte mehr Rücksicht auf die inneren Befindlichkeiten und zeigte sich aufgrund der beginnenden Rückbesinnung auf

seinen Großmachtstatus selbstbewusster im Umgang mit der Hegemonialmacht USA. Wie diese agierten und Russland reagierte, wird im folgenden näher dargestellt werden.

3.3.1. Vertiefung der Beziehungen zum Westen

Jugoslawien

Nach dem Massaker auf dem Marktplatz von Sarajevo 1994 plädierten die US-Amerikaner erneut für Luftschläge, falls die Serben ihr schweres Gerät nicht aus Sarajevo abzögen. Die dafür notwendige Zustimmung des UN-Sicherheitsrates kam jedoch aufgrund der Ablehnung Moskaus und Pekings nicht zustande. Als sich die bosnischen Serben aus Angst vor der Übernahme der Stadt durch die Muslime weigerten, den Forderungen nachzukommen, schaltete sich Moskau als Vermittler ein. Mit dem Angebot der Verlegung russischer Truppen nach Sarajevo zum Schutz der Serben gewann Vermittler V. Tschurkin die Zustimmung der Serben für einen Abzug ihrer Waffen und „Russland verhalf den Serben zu einem Sieg durch Rückzug“⁵⁹. Dieser Triumph stärkte Jelzin sowohl innenpolitisch in der Auseinandersetzung mit der Duma wie auch außenpolitisch im Sinne einer Machtdemonstration gegenüber den USA. Dennoch missfiel der russische Erfolg den Amerikanern, weil sie die serbische Position in der Region durch die Präsenz des „großen Bruders“⁶⁰ als gestärkt ansahen: „Moscow, once again, is supporting the aggressor in a regional conflict against an American ally.“⁶¹

Die Serben verlegten ihren Waffen in die Nähe des noch friedlichen Gorazde und begannen dort erneut mit Bombardements. Diesmal ließ sich die NATO nicht aufhalten und startete auf der Basis der UN-Resolution UNSCR 824 ‚zum Schutz der vor Ort befindlichen Militärbeobachter‘ Luftangriffe, wobei viele die Resolution als „a little more than a convenient fig-leaf“⁶² für den amerikanischen Einsatz ansahen. Diesen Eindruck hatte auch Moskau, v.a. weil vorher wiederum keine Konsultationen abgehalten worden waren, und nicht nur die russischen nationalen, sondern auch die moderaten Kräfte darin eine Verletzung ihrer strategischen Interessen sahen. Die Situation entspannte sich, als die Schläge leicht

⁵⁹ Hoppe, H.-J.: Russland und der Jugoslawienkonflikt, Berichte des BIOst 14-1997, S. 15

⁶⁰ Oschlies, W.: (Kon)Föderation – Bosnien-Herzegowina?, Aktuelle Analysen des BIOst 14-1994

⁶¹ Bowker, M.: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 2000, S. 236

⁶² International Herald Tribune, 13.04.1994

und weitgehend ineffektiv blieben, die Serben bald einlenkten und die Bombardements endeten. Damit sah sich der russische „großen Bruder“ von den Serben vor den USA brüskiert, da die militärische Lösung der NATO den diplomatischen Erfolg, der im Falle Sarajevos von Russland erreicht worden war, schmälerte und bewies, dass der russische Einfluss nicht so groß wie beschrieben war. „As a result, Moscow’s objections to a second round of air strikes [...] were lifted.“⁶³ In der Folge verstärkten die USA ihre diplomatischen Bemühungen und erreichten die Gründung einer muslimisch-kroatischen Föderation, die die Gewichtung der Kriegsparteien zu Ungunsten der Serben verschob. Ein Vorschlag der neu gegründeten Kontaktgruppe, bestehend aus Russland, den USA, England, Frankreich und Deutschland, über die künftige Aufteilung des Territoriums lehnte Serbenführer Karadzic ab und isolierte Serbien damit endgültig. Als Milosevic und Karadzic miteinander brachen und sich Moskau auf die Seite Milosevics schlug, weil er den Friedensprozess voranzutreiben suchte, rief Karadzic mit einer vollmundigen Ausrufung des „Totalen Krieges“ nicht einmal mehr eine russischen Reaktion hervor. Der von Jimmy Carter ausgehandelte und über den Winter stabile Waffenstillstand brach im Frühling und die Kämpfe flammten wieder auf. Die Auseinandersetzung kulminierte im Mai 1995 mit der Geiselnahme von 300 Blauhelmen durch Serben. Die NATO beschloss daraufhin die Stationierung einer schnellen Eingreiftruppe und verlegte die Blauhelme in ungefährlichere Gebiete, was den Serben zu kurzfristigen Gebietsgewinnen verhalf. Doch die Föderation hatte sich über Winter verstärkt und forderte die serbische Übermacht heraus. Gleichzeitig trat eine neue US-Strategie in Kraft: beginnend mit zwei Wochen dauernden präzisen Militärschlägen gegen serbische Stellungen wurden diese in das ihnen im Friedensplan der Kontaktgruppe zugewiesene Gebiet zurückgedrängt. Die zweite Stufe waren Verhandlungen, in denen Milosevic zuerst ein Waffenstillstandsabkommen aushandelte, auf das die Friedensgespräche in Dayton folgten, wo am 22.11.1995 der Frieden unterzeichnet wurde. Obwohl die Amerikaner den Vermittlungserfolg für sich beanspruchten, kommt auch Russland keine unwesentliche Rolle zu, der Krieg wäre einerseits wohl sogar früher mittels des VOPP⁶⁴ beendet gewesen⁶⁵ und andererseits wäre kein Erfolg denkbar gewesen,

⁶³ Bowker, M.: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 2000, S. 237

⁶⁴ Siehe S. 17

⁶⁵ Ebd., S. 237

andererseits wäre kein Erfolg denkbar gewesen, hätten die Russen nicht trotz der Alleingänge der USA die Unterstützung der Serben aufgegeben. Die russische Seite sah jedoch nachhaltig alle Ansätze einer strategischen Partnerschaft zerstört, da sie nicht auf offiziellem Weg miteinbezogen worden war, sondern häufig völlig übergangen wurde.

Partnership for Peace (PfP)

Der Krieg in Bosnien war aufgrund der zeitweiligen Verstimmung der russischen Regierung gegenüber dem Westen auch ein Grund für die Verzögerung der Unterzeichnung des NATO-Partnerschaftsabkommens. Dieses war für die Staaten der ehem. UdSSR in Leben gerufen worden, um eine schrittweise Annäherung an den früherer gegnerischen Block zu ermöglichen und sie langfristig einzubinden. Es bot dabei gemeinsame militärische Übungen wie auch wirtschaftliche Zusammenarbeit und weitere Projekte, die in einem jeweils spezifisch auf das Land zugeschnittenen Dokument festgelegt wurden. Die Diskussion um einen Beitritt Russlands führte man dort sehr kontrovers: es wurde entweder als „a matter of protecting Russian security“ oder auch als „how best to obfuscate the inevitable capitulation to NATO [-expansion]“⁶⁶ bezeichnet. Russland forderte seinerseits verbindliche Konsultationsmechanismen und eine Diskussion über eine neue europäische Sicherheitsstruktur, z.B. im Rahmen der OSZE. Diese Sonderrolle lehnten die NATO-Verteidigungsminister aber ab, so dass Russland letztlich zu den ihm ungünstigen Konditionen zustimmte und am 22.06.1994 unterschrieb, was wiederum innenpolitischen Widerstand provozierte. Trotz aller Differenzen hielten die USA und Russland bald darauf gemeinsame Manöver ab, was sowohl dem bilateralen Dialog förderlich war, wie es auch eine gewisse Integrationsfunktion aufwies und allzu antiamerikanische Stimmen, wie z.B. bei den Militärs vertreten, in Russland zu einem Entgegenkommen zwang.

Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE)

Der Vertrag stammte aus dem Jahr 1990 und beinhaltete sowohl Bestimmungen über eine Reduzierung der Streitkräfte wie auch eine Begrenzung der Stationierung v.a. von schwerem Gerät innerhalb bestimmter Regionen, um zu Zeiten des Kalten Krieges einem Blitzkrieg vorzubeugen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem Rückzug russischer Truppen aus Osteuropa musste dieser modifiziert werden, was

⁶⁶ Surovell, J.: Capitalist Russia and the West, 1. Aufl., Aldershot 2000, S. 134

im Jahre 1992 geschah. Im Zusammenhang mit der neu hinzugekommenen Notwendigkeit der Grenzsicherung und dem Krieg in Tschechien forderte Moskau jedoch größeren Spielraum bei der Verteilung seiner Kapazitäten sowie Entgegenkommen bei deren Reduzierung und drohte mit dem Bruch des Vertrages. Da die Bitten durchaus verständlich erschienen und eine Bedrohung angrenzender Staaten kaum zu befürchten stand, legten die NATO-Botschafter einen Kompromissvorschlag zu den russischen Forderungen nach Änderung des Vertrages vor, auf den sich die USA und Russland am 29.10.95 verständigten und womit die USA einen kleinen Beweis für die Beachtung der Befindlichkeiten des anderen und das verbesserte gegenseitige Verständnis lieferten.

Europarat und Partnerschaft mit der Europäischen Union, G-7

Die Partnerschaft mit der Europäischen Union vom 25.06.1994 diente eher wirtschaftlichen Zwecken und basierte auf europäischem Entgegenkommen beim Handel mit Russland. Da Russland sowieso eine Anbindung an Europa favorisierte, bildete dieses Abkommen eine von Moskau gerne in Anspruch genommene Option. Einen weiteren Schritt machte Russland mit der Teilnahme an den Treffen der G-7, wo es im Juli 1994 erstmals in vollem Umfang in die politischen Beratungen miteinbezogen und die Runde damit zur G-8 wurde. Eine weitere Bindung an den Westen ging Moskau mit seiner Mitgliedschaft im Europarat im Februar 1996 ein. Die Aufnahme Russlands in eine Organisation, die sich hauptsächlich mit der Stärkung von Menschenrechten und Demokratie befasst, erschien vielen Kritikern im Lichte des Tschetschenienkrieges verfehlt, doch erhoffte man sich davon positive Ergebnisse für den Demokratisierungsprozess.

Die Integration der RF schritt also voran, doch da diese aufgrund der innenpolitischen Konstellation nicht allzu viele Zugeständnisse machen konnte und die USA als ‚Senior Partner‘ demonstrativ Stärke und alleinigen Führungsanspruch für sich beanspruchten, zerbrach die Idealvorstellung der angestrebten strategischen Partnerschaft. Dieser Prozess fügte dem westfreundlichen Außenminister Kosyrev nachhaltigen Schaden zu und Jelzin war im Rahmen des Wahlkampfes häufig gezwungen, auf die nationale Rhetorik einzuschwenken. Dies und die Tatsache, dass Russland sich zunehmend auf seine nationalen Interessen besann, kühlten das Verhältnis ab.

3.3.2. Streitpunkte

NATO-Osterweiterung

Die NATO-Osterweiterung sollte sich zur größten Herausforderung in den russischen Beziehungen zum Westen entwickeln. Die Meinungsverschiedenheiten, die anfangs als normal verstanden worden waren, entwickelten Eigendynamik und damit die Kraft, zu einem Konflikt zu werden.⁶⁷ Grund hierfür war, dass „Cold War thinking and the idea of ‚sides‘ did not completely disappear“⁶⁸. Politiker in aller Welt betrachtete die Staaten Osteuropas als Vakuum, auf die keine Macht direkten Einfluss hatte, so dass folglich jeder sie für sich gewinnen wollte. Russland geriet dabei ins Hintertreffen, da keine einheitliche Verfahrensweise im Falle von Beitrittswünschen ehem. Bruderstaaten zur NATO abgestimmt worden war und Jelzin deshalb 1993 einer Aufnahme Polens in das Bündnis erst zustimmte, um diese nur Tage später zu widerrufen. Die Befürchtungen Moskaus waren zahlreich: man sah sich bei einer Expansion des Bündnisses einer amerikanisch dominierten militärischen Übermacht gegenüber, die sich durch die Aufnahme ehem. Warschauer Pakt-Staaten bis an die Grenzen Russlands erstreckte und damit alle Puffer zerstörte. Gleichzeitig war Russland militärisch deutlich unterlegen, da das Potential nach diversen Abrüstungsverträgen dahingeschmolzen war und die finanziellen Mittel für eine Instandhaltung oder Modernisierung des noch Vorhandenen fehlten. Bei kontinuierlichem Anwachsen der Mitgliederzahl wäre Russland bald vom früher gegnerischen Block eingeschlossen. Es verlöre damit jedwede strategischen geopolitischen Vorteile, da die direkte Verbindung zu Europa abgeschnitten wäre. Die Bitte, Russland einen Sonderstatus zu gewähren, lehnte die NATO ab, was den nationalen Kräfte in Russland bei den Parlamentswahlen hohe Zugewinne bescherte. Um diesem innen- wie sicherheitspolitischen Dilemma auszuweichen, gäbe es nach H. Trofimenko nur eine Möglichkeit: „To stop the retreat of Russia is possible only by generating counter-pressure, if and when Russia is able to do it.“⁶⁹ Nicht zuletzt aus diesem Grund ging Russland auf das Partnerschaftsabkommen mit der NATO ein, da es die Hoffnung damit verband, eine endgültige Entscheidung über die Erweite-

⁶⁷ Rahr, A./Krause, J.: Russia's new foreign policy, 1. Aufl., Bonn 1995, S. 21

⁶⁸ Trofimenko, H.: Russian national interests and the current crisis in Russia, 1. Aufl., Aldershot 1999, S. 158

⁶⁹ Ebd., S. 159

rung sei vorläufig aufgeschoben⁷⁰. Als Alternative propagierten die Russen einen Konfliktlösungsmechanismus im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE⁷¹), die für sie den Vorteil hatte, dass es sich um eine hauptsächlich europäische Institution unter Beteiligung der USA und Kanada handelte, die nicht durch die Nachkriegswirren des 2. Weltkrieges geprägt war. Sie wies jedoch den Nachteil auf, dass sie über keine Möglichkeit verfügte, die Durchsetzung ihrer Beschlüsse zu erzwingen, so dass Russland effektiv kaum Möglichkeiten verblieben, einer Erweiterung der NATO etwas entgegen zu setzen.

Russisch-iranisches Reaktorgeschäft

Spannungen mit den USA schürten die Waffenverkäufe der RF, die diese aus wirtschaftlichen Gründen dringend benötigte, da die amerikanische Finanzhilfe stark zurückgegangen war. Besonders kritisch sah man in den USA den Verkauf zweier alter russischer Leichtwasserreaktoren im Wert von einer Milliarde Dollar an das iranische Kernkraftwerk Bushehr, das von russischen Experten aufgebaut werden und der Energiegewinnung dienen sollte. Washington missbilligte die Kooperation auf dem atomaren Sektor, da eine CIA-Studie warnte, Iran sei seit Jahren bemüht, Kenntnisse und Material für sein atomares Waffenprogramm zu beschaffen. Washington vermutete hinter den Anstrengungen des Iran die Entwicklung einer Atombombe und tat die Begründung Russlands mit dem Argument ab, Iran verfüge über ausreichend Erdöl und benötige daher keine atomare Energiegewinnung. Da die IAEO⁷² die Reaktoren jedoch als ungeeignet für die Atomwaffenproduktion einstufte, mehrten sich in Moskau die Stimmen, die den Amerikanern „desire to keep out effective competition“⁷³ auf dem Markt vorwarfen. Dazu kam, dass die USA kurz vorher ähnliche Reaktoren an Pjöngjang verkauft hatten, was nach amerikanischen Angaben als Plan zur Eindämmung von Proliferation dargestellt wurde⁷⁴. Und obwohl Moskau letztlich einlenkte und auf die Lieferung einer Gaszentrifuge verzichtete, die zur Anreicherung von Uran hätte genutzt werden können, verschlechterten sich die russisch-amerikanischen Beziehungen, da man in Russland einerseits nicht auf den Gewinn verzichten konnte und andererseits beklagte, die USA wür-

⁷⁰ Rahr, A./Krause, J.: Russia's new foreign policy, 1. Aufl., Bonn 1995, S. 20

⁷¹ Seit 1995: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

⁷² Internationale Atomenergiebehörde

⁷³ Bowker, M.: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 2000, S. 222

⁷⁴ Ebd.

den zu ihren Gunsten mit verschiedenen Maßstäben messen. Diese wiederum fürchteten sicherheitspolitische Auswirkungen.

Asienpolitik

„Unter den Stichworten der ‚Diversifizierung‘ der russischen Außenpolitik und Schaffung einer ‚multipolaren Weltordnung‘ gewannen nun jene Kräfte größeren Einfluss, die eine Rückbesinnung auf den ‚eurasischen‘ Charakter Russlands und eine stärkere Anbindung an Asien gefordert hatten, da Russland dort vitale sicherheitspolitische und ökonomische Interessen wahrzunehmen habe.“⁷⁵ Der russische Außenminister trug diesen Forderungen Rechnung, indem er durch intensive (Reise-) Diplomatie die in der Anfangsphase der Außenpolitik der RF etwas vernachlässigten Beziehungen zu den asiatischen Staaten aufzubessern versuchte. Mit den ASEAN-Staaten verband Russland in erster Linie die Suche nach einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Konzept im Dreieck zwischen den USA, China und Japan, deren Übermacht man fürchtete. Auch die wirtschaftliche Integration vertiefte man schrittweise, so dass sich die ASEAN-Staaten zum drittgrößten Handelspartner Russlands in Asien entwickelten.

Mit China ging man eine strategische Partnerschaft ein, die dennoch von gegenseitiger Vorsicht geprägt war. So achtete man peinlich genau auf einen Kräfteausgleich auf militärischem Gebiet unter dem Gesichtspunkt „man wolle China nicht hochrüsten“⁷⁶, genauso wie auf eine strategische Balance in der Region bei der Zusammenarbeit im Dreieck mit Washington und Tokio.

In bezug auf Japan war Russland daran interessiert, „die ökonomische Macht Japans und sein technologisches Know-how für die eigene Entwicklung zu nutzen und auf sicherheitspolitischer Ebene Gesprächsthemen zu schaffen, auf denen gegenseitige Interessen abgeklärt und Konfliktmechanismen erarbeitet werden können.“⁷⁷ Durch diese breitgefächerte Orientierung stellte Russland seine Außenpolitik auf eine stabilere Basis und erhielt dabei die Gelegenheit, wechselseitige Beziehungen zu seinem Nutzen zu gestalten sowie an der Gestaltung der Weltpolitik in-

⁷⁵ Will, G.: Russlands Südostasienpolitik, Berichte des BIOst 40-1997

⁷⁶ Liparit, K.: Der chinesische Faktor in Russlands Ostasienpolitik. Teil II: „Strategische Partnerschaft“ oder kollektives Sicherheitssystem. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 26-1997

⁷⁷ Will, G.: Russlands Südostasienpolitik, Berichte des BIOst 40-1997

sofern mitzuwirken, als sich damit ein neuer Faktor in der internationalen Politik erst noch konkret herausbildete.

Tschetschenienkrieg und das Verhältnis zu den Staaten der GUS

Die russische Kriegsführung in Tschetschenien rief fast überall in der Welt Kritik aufgrund der blutigen Offensiven, denen besonders viele Zivilisten zum Opfer fielen, und der Menschenrechtsverletzungen hervor. Internationale Friedensbemühungen, auch unter intensiver Beteiligung der USA, scheiterten und führten zu Verstimmung u.a. mit dem Europarat. Dennoch bestand Russland auf einer Bewertung als innenpolitischer Vorgang und verbat sich Einmischung von außen, nachdem UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali keine UN-Unterstützung in Form der erbetenen Blauhelme gewährt hatte. Für weitere Verstimmung sorgte eine Äußerung des russischen Außenministers Kosyrev, wonach er militärischen Schutz von im „Nahen Ausland“ lebenden Russen nicht ausschloss, sollten diese überhand nehmenden Diskriminierungen ausgesetzt sein. Hiervon bedroht fühlten sich v.a. die baltischen Staaten, die einen hohen Bevölkerungsanteil ethnischer Russen aufwiesen und bereits einmal unter sowjetischer Invasion zu leiden hatten. Die USA als selbsternannte Schutzmacht sahen sich in der Pflicht, neues Konfliktpotential wurde evident.

Das Verhältnis zu den GUS-Staaten rückte mit der Abkühlung der West-Ausrichtung zunehmend ins Zentrum, „the promotion of friendly ties with former Soviet republics – now independent states – became the second component of the new Russia’s foreign policy.“⁷⁸ Diese verhielten sich trotz bestehender Interdependenzen und erkennbarer Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zurückhaltend, um nicht in einen Sog hineinzugeraten, der ihre Unabhängigkeit einschränken würde.

3.4 Zwischenergebnis

Die demokratische Geburt der RF war mit der Verfassungsgebung und den ersten Wahlen entsprechend demokratischen Grundsätzen erfolgt, jetzt galt es die Strukturen zu festigen und die Ergebnisse gemäß den Mehrheitsverhältnissen umzusetzen. Dies bedeutete innenpolitisch eine Anpassung an die kommunistisch dominierte Duma, die programmatische Schwerpunkte auf die soziale Komponente legte und eine schritt-

⁷⁸ Bazhanov, Y.: Russia’s Changing foreign policy, Berichte des BIOst 30-1996, S.11

weise Restauration plante. Mehr staatliche Lenkung der Wirtschaft und eine Besserstellung der sozial Schwächeren durch Lohn- und Rentenerhöhung waren jedoch Ziele, die der Präsident nicht mittragen konnte. Einerseits war die Liberalisierung der Wirtschaft nicht mehr rückgängig zu machen und wurde zudem vom Westen als Bemessungsgrundlage für die dringend benötigten Kreditzahlungen gesehen, andererseits mussten zusätzliche Zahlungen an sozial Schwache finanziert werden, ohne volkswirtschaftlichen Schaden in Gestalt von Hyperinflation oder Überschuldung zu verursachen. Die Differenzen zwischen den Verfassungsorganen, die sich hier auszugsweise andeuteten, setzten sich im Laufe der Legislaturperiode fort, und Jelzin musste einen großen Teil der Zeit auf die Aushandlung von Kompromisslösungen verwenden, wollte er seine Politik fortsetzen und dabei verfassungsmäßige Richtigkeit in den Verfahrensabläufen bewahren. Gleiche Schwierigkeiten traten auch bei der Gestaltung der Außenpolitik auf. Nachdem die ‚romantische Phase‘ der Außenpolitik, die die Jahre 1991 bis 1993 geprägt hatte, beendet war und mit der neu ins Leben gerufenen außenpolitischen Doktrin auch das Nationale Interesse an Bedeutung gewann, rückte dieses mit der Bestätigung der kommunistisch-nationalistischen Mehrheit im Parlament zunehmend ins Zentrum. Kosyrev modifizierte seine Linie auf Druck Jelzins, den die Rückendeckung für seinen prowestlichen Außenminister immer mehr Ansehen kostete, und vertrat künftig einen geopolitischen Realismus in den Beziehungen zu anderen Staaten. „Für die Beziehungen zwischen den Staaten gilt, dass diese nach ihren Interessen handeln.“⁷⁹ Diesen Anspruch hatte Kosyrev für Russland plötzlich nach außen zu vertreten, wobei die Definition des ‚Interesses‘ in diesem Zusammenhang problematisch war. Die außenpolitische Doktrin hatte viel Raum zur Interpretation gelassen, so dass das russische Nationale Interesse - nicht wie von Morgenthau formuliert – „eine feststehende Größe ist“⁸⁰, sondern die Ansichten sich abhängig von der Mehrheitsmeinung und der Einflussnahme entsprechender außenpolitischer Akteure so sprunghaft entwickelten, dass sich die Aussagen Jelzin und Kosyrev häufig widersprachen oder wenige Tage später zurückgenommen werden mussten, wie es bei Kommentaren zur NATO-Osterweiterung geschehen war. Relativ eindeutig war dagegen die Forderung nach Vertiefung der Geopolitik, die zu vermehrter Streuung der außenpolitischen

⁷⁹ Hartmann, J.: Internationale Beziehungen, 1. Aufl., Opladen 2001, S. 23 ff

⁸⁰ Morgenthau, H.: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S. 57ff

Kontakte führte und bei der sich schon die spätere Leitlinie Primakows, das Prinzip der Multipolarität, andeutete. Auch das Verhältnis zu den USA unterlag einem Wandel: da es wenige natürliche kulturelle Bezugspunkte zwischen Russland und den USA gab, erwies sich eine langfristige strategische Partnerschaft als kaum realistisch, Kooperation schien nur bei der Vertretung gemeinsamer Interessen und zur Sicherung der Stabilität in Krisenregionen⁸¹ möglich. Untermuert wird diese These von den Ereignissen dieser Periode, beispielsweise der untereinander abgestimmten Konfliktlösung im Bosnienkrieg und der Neuregelung des KSE-Vertrages, die trotz kleinerer Spannungen zum Erfolg führten, weil die Interessen des jeweils anderen dadurch kaum berührt wurden oder die Verantwortung als Großmacht auf dem Spiel stand. Wurde hingegen die Souveränität des eigenen Staates berührt, sei es eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheitsinteressen wie beim russisch-iranischen Reaktorgeschäft oder der russischen im Rahmen der Osterweiterung der NATO, sei es in Fragen der russischen territorialen Integrität wie im Falle Tschetscheniens, entstanden sofort tiefe Risse in der bilateralen Kooperation. Zusätzlich verstärkte das Selbstverständnis der beiden Mächte die Abkühlung, indem Russland sich und der Welt zu beweisen suchte, dass es nach wie vor eine Großmacht von relevantem Einfluss auf das weltpolitische Geschehen und als Senior Partner zu behandeln sei, die USA ihm aber höchstens die Rolle des Juniorpartners zugestanden. „The arrogance of power is the gist of the present policy of the West towards Russia“⁸², Russland hatte dies aufgrund der finanziellen Abhängigkeit jedoch zu akzeptieren, was zu Frustration und weiterer Verstimmung führte. Aus dieser Situation heraus sind die Ernennung Primakows zum neuen Außenminister sowie die von ihm programmatisch vorgenommenen Änderungen zu sehen, seine Handhabe der weiteren Geschehnisse spiegeln dieses Bild wider.

⁸¹ Vgl. Bowker, M.: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 2000, S. 223

⁸² Trofimenko, H.: Russian national interest and the current crisis in Russia, 1. Aufl., Aldershot 1999, S. 300

4. Geopolitik und Großmachtstatus 1996 – 1999

4.1. Innenpolitische Konstellationen

Nach seiner Wahl zum Präsidenten versprach Jelzin bei seinem erneuten Amtsantritt mehr soziale Fürsorge, Bekämpfung der Kriminalität und erneut eine Korrektur des Wirtschaftskurses. Diese sah die Anwerbung ausländischer Investoren genauso wie eine Steigerung der Waffenverkäufe vor. Eine Bypass-Operation, der er sich jedoch kurz darauf unterzog, war jedoch unumgänglich. Aus diesem Grund fiel nicht nur der Kurs des Rubels, es kursierten auch Putschgerüchte. Dazu kamen innenpolitische Differenzen zwischen dem Präsidenten und der Duma, die ihn wegen der gefährdeten Haushaltslage und der ungeklärten Finanzlage zur Rechenschaft ziehen wollte. Sie beklagte auch als erste ein „Machtvakuum und die Führungslosigkeit“⁸³ des Staates, als sich Jelzin im Januar wieder ins Krankenhaus begab, und versuchte die Durchsetzung eines Amtsenthebungsverfahrens aus Gesundheitsgründen, was verfassungsrechtlich bedenklich erschien und letztlich auch scheiterte. Nach dem Scheitern eines weiteren Amtsenthebungsverfahrens forderte Jelzin eine Regierungsumbildung zur Stabilisierung der Situation im Land mit Beendigung der Finanzkrise, Abmilderung sozialer Brennpunkte und einer Sanierung des Militärs⁸⁴. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen unterstrich ein Bergarbeiterstreik, der in einen Generalstreik mit 1,8 Millionen Beteiligten in 3000 Städten ausartete. Die Umstrukturierung der Wirtschaft, die Entmonopolisierung und den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption überließ Jelzin nach der Regierungsumbildung demonstrativ „young and dynamic people“⁸⁵ wie B. Nemzov, der sich sogleich an den Energiegiganten GAZPROM heranwagte, um ein Zeichen setzen und den Leuten das Vertrauen in die Regierung wiederzugeben. Neben Differenzen zwischen Präsident und Duma über die Armeereform wurde auch eine Revision des Haushalts notwendig, da die Einnahmen, mit denen man gerechnet hatte, nicht erreicht und die Gesamtausgaben daher um 20% gekürzt werden mussten.

⁸³ Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 117

⁸⁴ vgl. Nagy, P..M.: The Meltdown of the Russian State, 1. Aufl., Cheltenham 2000, S. 98

⁸⁵ Surovell, J.: Capitalist Russia and the West, 1. Aufl., Aldershot 2000, S. 198

Aus dieser Wirtschafts- und Zahlungskrise sollte das Dringlichkeitsprogramm der Regierung mit effektiverer Steuerkontrolle (die Schattenwirtschaft machte bereits ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus⁸⁶), Kreditvergabe an Privatpersonen, Abbau der bürokratischen Hürden etc. herausführen. Die Weltbank honorierte die Bemühungen mit einem weiteren Kredit. Jelzin ergänzte schließlich eine Bodenreform, die fortan privaten Grundbesitz sowie Pacht sogar für ausländische Investoren ermöglichte, was zusätzliches ausländisches Kapital anziehen sollte. Aufgrund der Krise kam Jelzin bei der Fortführung seiner Wirtschaftsreform jedoch nicht ohne Zugeständnisse an die Duma aus und versprach Entgegenkommen bei der Regulierung der Marktwirtschaft, kritisierte aber im Gegenzug die langwierige Verschleppung von Gesetzen im Parlament, den Reformunwillen und den zunehmenden Lobbyismus und forderte seinerseits Kooperation. Trotz dieses Versuchs einer Absprache brachte die Duma im Streit um den Haushalt des folgenden Jahres einen Misstrauensantrag gegen die Regierung ein, den sie erst wieder zurückzog, als Jelzin mit der Auflösung des Parlaments drohte. Stattdessen blockierte sie daraufhin den Haushalt, obwohl die Weltbank bereits einen Kredit in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar für Staatshaushalt und Kohleindustrie zugesagt hatte. Trotz allem zeigte sich die Regierung mit der Bilanz des Jahres 1997 zufrieden: der Produktionsrückgang war gestoppt, leichtes Wachstum zu verzeichnen, das BIP und der Konsum stiegen, Inflation und Arbeitslosigkeit sanken.

Das Jahr 1998 begann mit einer Rubelreform, bei der jeweils drei Nullen des Nennwertes gestrichen wurden, und einem Umschuldungsabkommen. Mit der Begründung, er müsse den Präsidentschaftswahlkampf vorbereiten, entließ Jelzin im März seinem Premier Tschernomyrdin und ersetzte ihn durch Sergej Kirijenko, einen jungen Technokraten, der zwar als reformfreudiger Pragmatiker, aber auch als politisch unerfahrener Gefolgsmann⁸⁷ Jelzins galt und deshalb zweimal vor der Duma durchfiel, bevor er endlich bestätigt wurde. Er plante nur geringe politische Kursänderungen, so wollte er den Haushalt entgegen dem Willen der Duma nicht durch eine Erhöhung der Zölle und Importsteuern konsolidieren, sondern durch weitere Waffenverkäufe. Er stand jedoch bald vor gravierenden Problemen: wegen ausstehender Löhne protestierten die Bergleute erneut, ein finanzieller Zusammenbruch nahte. Das Haushaltsdefi-

⁸⁶ SINUS Moskau 1996

⁸⁷ Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 153

zit betrug im Jahr 1998 130 Milliarden US-Dollar, dazu wurden Altschulden fällig. Dem gegenüber standen eine nicht funktionierende Steuergesetzgebung und niedrige Ölpreise, die kaum Einnahmen brachten. Im Mai geriet der Wertpapiermarkt so unter Druck, dass die Leitzinsen zur Vermeidung eines Kurssturzes um das dreifache erhöht wurden. Ein Krisenstab beschloss ein Antikrisenprogramm, das Ausgabenkürzungen durch weniger Subventionen und Entlassungen vorsah. Daneben wandte man sich mit Hilfsersuchen an den Westen, dem sowohl Weltbank wie der Internationale Währungsfond und Japan auch bald entsprachen. Sogar mit einer Beschlagnahme von GAZPROM-Aktien versuchte man der Situation Herr zu werden. Erfolgversprechender erschien jedoch die neue Steuergesetzgebung, die Jelzin letztlich per Dekret in Kraft setzte, da die Duma ihre Zustimmung verweigerte. Schließlich beschränkte die Zentralbank die Devisenkäufe der russischen Banken und auch der Börsenhandel ging drastisch zurück. Durch die Festsetzung eines Devisenkorridors wertete man kurz darauf den Rubel faktisch ab, setzte den Schuldendienst gegenüber dem Ausland aus und schränkte Devisenoperationen ein, was die wenigen ausländischen Investoren hart traf, da der Rubel kontinuierlich an Wert verlor. „Then in August 1998 Russia became a victim of the global economic crisis as its economy underwent a virtual meltdown“⁸⁸. Die Duma forderte Präsident Jelzin vor diesem Hintergrund mit einer Resolution mehrheitlich zum Rücktritt auf, auf die dieser mit der Entlassung der Regierung Kirijenko reagierte und Tschernomyrdin wieder einsetzte. Hier zeigte sich der Einfluss der Oligarchen, die den jungen Premier als Gefährdung für ihr nicht immer rechtskonformes Finanzgebaren ansahen und bei der Führung seiner Amtsgeschäfte kaum Mitspracherecht eingeräumt bekamen. Der Rubel zeigte sich unbeeindruckt von der neuen Regierung und verlor weiter, bis der Devisenhandel ganz ausgesetzt wurde und der russische Aktienindex seinen historischen Tiefststand erreicht hatte. Dabei nahmen die russischen Währungs- und Goldreserven immer weiter ab, da damit der Rubel gestützt wurde. Die Duma opponierte lautstark gegen Jelzin, der ihr schließlich mit der Entlassung von Reformern zumindest personell entgegenkam. Die Duma lehnte ihrerseits den Premier zweimal ab, so dass Jelzin endlich Außenminister Primakow vorschlug, der im dritten Wahlgang nicht zuletzt, weil er eine „nationale und vaterländische“⁸⁹ Regierung versprach, akzeptiert wurde. Neuer Außenminister wurde Igor Iva-

⁸⁸ Surovell, J.: *Capitalist Russia and the West*, 1. Aufl., Aldershot 2000, S. 224

⁸⁹ Wagensohn, T.: *Russland nach dem Ende der SU*, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 159

nov. Er „war gegenüber Europa sehr positiv eingestellt und kündigte an, den Kurs Primakows hinsichtlich der ‚multipolaren Welt‘ fortzusetzen: Russland werde sich um eine Vielzahl von Ländern kümmern, jedoch nicht auf Kosten der Beziehungen zum Westen“⁹⁰. Die Qualität derselben bewiesen die USA und die EU mit Nahrungsmittellieferungen, da die russische Ernte knapp ausgefallen war und der Winter bevorstand. Doch nach wie vor galt es die Situation im Land zu festigen: so beschlossen Regierung und Zentralbank eine „Gemeinsame Erklärung über Maßnahmen zur Stabilisierung der sozialen und wirtschaftlichen Lage“, die eine lenkende Funktion des Staates vor allem im Hinblick auf Preiskontrolle bei Grundnahrungsmitteln vorsah und Steuersenkungen bei gleichzeitig verschärfter Kontrolle beinhaltete. Außerdem kalkulierte man mit ausländischen Finanzhilfen und schuf eine Behörde, die das Bankensystem ordnen sollte. Obwohl sich die Situation damit langsam stabilisierte, stand die Regierung vor einer Vielzahl kaum lösbarer Probleme. Der Rubel hatte bis dato 300% seines Wertes verloren, die Duma musste einen deutlich defizitären Haushalt mit unrealistischer Einnahmenseite billigen und ein weiterer Antrag auf Amtsenthebungsverfahren des Präsidenten, der letztlich ebenfalls scheiterte, lag vor. Im Mai 1999 entließ Jelzin die Regierung Primakow, obwohl diese zwar ihre „taktische Aufgabe erfüllt“⁹¹, die Wirtschaft sich aber nicht weiterentwickelt hatte. Den neuen Premier Stepaschin setzte Jelzin gegen den Willen der Duma durch, sein Programm stützte sich auf die Entkriminalisierung der Wirtschaft sowie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, da er den Kosovokrieg als Schlag gegen Russland empfand. Er konnte sich damit aber nicht durchsetzen, so dass er im August wieder entlassen wurde und Wladimir Putin an seine Stelle nachrückte.

Die Ministerpräsidenten der Ära Jelzin

Jegor Gaidar	06/1992 – 12/1992	6 Monate
Wiktor Tschernomyrdin	12/1992 – 03/1998	6 Jahre
Sergej Kirijenko	03/1998 – 08/1998	5 Monate
Wiktor Tschernomyrdin	08/1998 – 09/1998	1 Monat
Jewgeni Primakow	09/1998 – 05/1999	8 Monate
Sergej Stepaschin	05/1999 – 08/1999	3 Monate
Wladimir Putin	08/1999 – 03/2000	7 Monate

⁹⁰ Ebd., S. 158

⁹¹ Ebd., S. 171

4.2. Primakows außenpolitische Schwerpunkte

Nach der Ablösung des westfreundlichen russischen Außenministers Andrej Kosyrev durch den als Hardliner bekannten Jewgenij Primakow aus innenpolitischen Gründen trat auch die Frage nach einer möglichen



konzeptionellen Änderung der russischen Außenpolitik auf. Zu mindest nach Aktenlage erfolgte ein solche nicht, d.h. Primakow formulierte kein neues außenpolitisches Konzept, sondern er griff auf das bestehende aus dem Jahre 1993 zurück. Für die Ausgestaltung setzte er jedoch andere Schwerpunkte, die man mit dem Stichwort „multipolare Weltordnung“ überschreiben könnte. Mangels eines eigenen Konzeptes war Primakow gezwungen, seine Ideen einer Neugestaltung mittels Interviews und Reden der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. An einem dieser Interviews⁹², dem ersten und damit großteils richtungsweisenden, soll im folgenden exemplarisch die neue Ausrichtung aufgezeigt werden. Eingangs betonte Primakow den Wechsel hin zu einer aktiveren Vertretung russischer nationaler Interessen auf der weltpolitischen Bühne mit dem besonderen Hinweis, dass Russland trotz seiner derzeit schwierigen Lage Großmacht sei, bleibe und entsprechend diesem Status zu handeln gedenke. Auch er baute - wie sein Vorgänger - auf eine Stärkung der einheimischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur durch ein günstiges äußeres Umfeld, also Hilfen aus dem Westen. Gleichzeitig negierte er entschieden eine Rückkehr zu den Fronten des Kalten Krieges, schloss allerdings daran die Bedingung einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA zu beidseitigem Nutzen an. Weiterhin beharrte er auf einer Diversifizierung der Außenbeziehungen Russlands und damit einer Weiterentwicklung der Beziehungen zu den USA, Europa, Indien und Japan, dem Nahen und Mittleren Osten sowie den asiatisch-pazifischen Staaten und ergänzte damit die hauptsächlich am Westen orientierte Politik seines Vorgängers. Er nannte vier Hauptaufgaben der künftigen Außenpolitik Russlands:

- ✓ Stärkung der territorialen Integrität Russlands
- ✓ Vertiefung der Reintegrationsprozesse innerhalb des Territoriums der GUS
- ✓ Stabilisierung der Region

⁹² Erste Pressekonferenz des neuen russländischen Außenministers, Jewgenij Primakow, am 12.01.1996 in Moskau, Diplomatitscheskij Westnik Nr. 2/1996, zitiert in: Internationale Politik 07/1996, S. 104ff

✓ Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen zur Konfliktprävention und Eindämmung von Proliferation

In diesem Zusammenhang hob er besonders hervor, dass der Kalte Krieg keine Sieger und Besiegte kannte, sondern das „Gespenst“ gemeinsam besiegt wurde und man sich künftig genauso den Konflikten der Welt zuwenden werde. Einer Zusammenarbeit mit den USA gegenüber gab er sich aufgeschlossen, immer im Hinblick auf die „Verantwortung der beiden Großmächte für die Stabilität in der Welt“⁹³. Den Vorbehalten in den USA seiner Person gegenüber hielt er entgegen, dass die verstärkte Vertretung des russischen nationalen Interesses nicht mit der angestrebte Partnerschaft mit den USA kollidieren würden, da man nur die Beziehungen zu anderen Ländern weiterentwickle. Anders äußerte er sich zur Frage der NATO-Osterweiterung, die er als kontraproduktiv und eine Gefahr für die strategische Position Russlands nach der Vernichtung des Arsenal an Mittelstreckenraketen bei gleichzeitigem Vorrücken der militärischen Infrastruktur der NATO bezeichnete. Er erhoffte sich davon keine Verschlechterung der geopolitischen Situation für Russland. Des weiteren verlieh er seiner Hoffnung Ausdruck, dass Russland den START-II-Vertrag ratifizieren werde und gleichzeitig die USA sich für eine Aufrechterhaltung des ABM-Vertrages entschließen könnten. Die Nutzung von Kernenergie betreffend unterschied er zwischen der friedlichen fortschrittsorientierten und der feindlichen zur Produktion von Atomwaffen, wobei er nachdrücklich die Nuklearkooperationen Russlands, z.B. mit Iran, zu rechtfertigen suchte. Im allgemeinen hob er die Bedeutung mehrerer globaler Akteure neben den USA für die Welt, den Aufbau engerer Beziehungen zu den GUS-Staaten sowie eine am nationalen Interesse orientierte Politik in den Mittelpunkt seiner Amtsausübung. Ergänzt wurde diese Eckpunkte der Außenpolitik im Dezember 1997 mit dem „Konzept der nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation“⁹⁴, das Staatspräsident Boris Jelzin in Moskau vorlegte. In vier Kapiteln befasste es sich mit der Rolle Russlands in der Weltgemeinschaft, den Nationalinteressen, den Bedrohungen für die nationale Sicherheit und der Gewährleistung derselben. Trotz eines immer stärker werdenden Trends zu einer multipolaren Welt, in der nicht mehr militärische Potenz, sondern Wirtschaft, Technologie, Politik und Information die Schlüsselrolle spielten, seien weiterhin Lösungen denkbar, die auf militä-

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Konzept der nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation, 17.12.1997, zitiert in: Internationale Politik 10/1998, S. 70ff

rischer Gewalt basierten, solange es unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungsstadien auf der Welt zu verzeichnen gebe. Deshalb müssten vor einer Demilitarisierung Konfliktlösungsmechanismen nicht-militärischer Art festgelegt werden, die auf Integration beruhen und auch die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Drogen und die Nuklearsicherheit berücksichtigen. In diesem Zusammenhang gestand er ein, dass die Bedeutung der Rolle Russlands auf der internationalen Bühne zugunsten anderer Staaten (z.B. der USA) abgenommen hatte. Man müsse diese Verschiebung des Gleichgewichts aber durch die Schaffung wirkungsvoller internationaler Mechanismen unter Beteiligung Russlands kompensieren. Daneben sprach er eine Reihe von Problemfeldern an, schloss aber mit der Betonung des Potentials, das die nationale Sicherheit für das Land im 21. Jahrhundert verlässlich gewährleisten werde.

Die Nationalinteressen Russlands definierte er als „Gesamtheit der grundlegenden Interessen des Individuums, der Gesellschaft und des Staates“⁹⁵. Die Interessen des Individuums bestehen demnach in der Sicherung verfassungsmäßiger Rechte, Freiheiten und Sicherheit sowie in einer Steigerung der Lebensqualität und persönlicher Weiterentwicklung. Das Gesellschaftsinteresse ergänzt Festigung der Demokratie, Erreichung sozialer Gleichheit, Förderung des kreativen Outputs der Bevölkerung sowie kulturelle Identität. Das Staatsinteresse umschließt beide mit dem verfassungsmäßigen System, Souveränität und Integrität, Stabilität, Rechtssicherheit und internationaler Zusammenarbeit. Diese drei bestimmen die Nationalinteressen Russlands, die sich vorrangig in der wirtschaftlichen Entwicklung niederschlagen, deren Stabilität und Wachstum allem folgenden zugrunde liege. Innenpolitisch diene ziviler Frieden, Demokratie sowie eine verantwortungsvolle Nationalitätenpolitik und die Förderung von Kultur und Wissenschaft und der Erhalt nationaler Werte dem Interesse aller, Verbrechen und Korruption müssen deshalb eingedämmt werden. Auch die nationale Verteidigung und ein verantwortungsvoller Umgang mit Information müsse gewährleistet sein. Diese langfristigen Interessen sollten schließlich zu nationaler Übereinstimmung und sozialpolitischer Stabilität führen.

Doch die Bedrohungen der nationalen Sicherheit scheinen zahlreich: die Instabilität der Wirtschaft begünstige den Verfall wissenschaftlichen und

⁹⁵ Ebd.

technischen Potentials und führe zu sozialen Spannungsfeldern wie ausufernder Armut und physischer Erschöpfung, die wiederum intellektuelles Potential vernichte. Gleichzeitig fehlen umfangreiche ausländische Investitionen, die anderen Nationen einen immer größer werdenden Technologievorsprung einräumen. Weitere Probleme seien die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, ethnische Spannungen, Terrorismus und Migration. Dazu kämen Differenzen zwischen dem Zentrum und den Regionen, die sich zu einer Bedrohung der territorialen Integrität entwickeln und Spannungen innerhalb der GUS-Staaten erzeugen könnten. Eine Bedrohung durch eine Aggression großen Maßstabs gegen Russland durch führende Mächte trotz bestehender Machtrivalitäten schloss man aus, dennoch sah man eine Bedrohung in der Erweiterung der NATO.

Die nationale Sicherheit sollte in erster Linie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit als Folge der Förderung von Wissenschaft und Technologie gewährleisten und die Gründung von Privatunternehmen forcieren. Für ausländische Unternehmen blieben Devisenbeschränkungen und eine Eingrenzung von Bankaktivitäten bestehen. Die Außenpolitik schwor Konfrontation, Hegemoniebestrebungen und Expansionismus ab, verfolgte stattdessen eine Politik der Integration in die Weltgemeinschaft und strebte konstruktive Partnerschaften sowohl mit dem Nahen wie auch dem Fernen Ausland an. Darüber hinaus blieb aber die Schaffung eines fundamental neuen Sicherheitssystems unter der Ägide der OSZE prioritäres Ziel. Aufgabe der Streitkräfte war die Sicherstellung der nuklearen Abschreckung und die Erfüllung von Bündnispflichten. Damit könnte auch die Notwendigkeit einer militärischen Präsenz russischer Truppen in strategisch wichtigen Regionen einhergehen. Die Notwendigkeit einer Selbstverteidigung mit militärischen Mitteln ist erst bei einer Bedrohung der Existenz des Staates gerechtfertigt, erfolgt auf rechtlicher Grundlage und verbietet den Einsatz gegen Zivilisten.

4.3. Außenpolitisches Engagement

Mit der Ablösung Kosyrevs durch Primakow - und nach dessen Ernennung zum Ministerpräsidenten durch Igor Ivanov - veränderte sich auch der nach außen getragene Tonfall. Die russische Stimme erklang nationalistischer, jedoch nach wie vor orientiert an den Leitlinien, die Kosyrev abgesteckt hatte. Zusätzlich fiel in diesen Zeitraum innenpolitisch der

wirtschaftliche Tiefpunkt Russlands mit dem Rubelcrash 1998 und einem fast völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Angewiesen auf externe Hilfen wurde der Nationalstolz beschworen, das Volk konzentrierte sich jedoch auf das Überleben und zeigte wenig Interesse an der Politik. Selbst der Gestaltungsspielraum der politischen Akteure war aufgrund der häufigen personellen Veränderungen stark begrenzt.

Seine außenpolitischen Schwerpunkte betreffend sprach sich Primakow in seinem Konzept für eine Betonung des Großmachtstatus aus, forderte eine multipolare Weltordnung und formulierte die Notwendigkeit, nationalen Interessen Vorrang vor der Westorientierung einzuräumen. Dazu zählte er auch die Stärkung des Einflusses auf die Staaten der früheren SU und eine Vertiefung der Beziehungen zu den Staaten in Asien. In dieser entschiedenen Form konnte er sein Programm aufgrund der starken Abhängigkeit Russlands von westlichen Finanzhilfen nicht verfolgen, so dass er weiter kooperierte und nur gelegentlich den Ton verschärfte. Zu der Entwicklung der Beziehungen zum Westen war die NATO-Grundakte als Dokument von einschneidender Bedeutung anzuführen, die Klarheit im Verhältnis zueinander schaffen sollte. Sie fixierte, dass sich keine Feinde mehr gegenüberstanden und forderte eine Umgestaltung sowohl der NATO wie auch Russlands zur langfristigen Gewährleistung von Sicherheit und Frieden im euroatlantischen Raum. Konterkariert wurden diese Bemühungen jedoch z.B. von den NATO-Angriffen im Kosovokonflikt. Massiver verlieh man seinem Widerstand gegen die Osterweiterung der NATO Ausdruck, und auch die Forderungen nach einem Ende oder zumindest einer Begrenzung der Sanktionen gegen den Irak wurden lauter. Das Gewicht auf der weltpolitischen Bühne sollte mit einer verstärkten Einbeziehung Russlands in Fragen der internationalen Politik, z.B. im Hinblick auf die serbischen Kriegsverbrechen, gewährleistet werden.

Trotz einer Tendenz der russischen Politik, den amerikanischen Interessen direkt zuwiderzulaufen, erhielten zentrale Komponenten eine gewisse Stabilität im Verhältnis der beiden Mächte. Die Abhängigkeit von westlichen Finanzmitteln diente oftmals als politisches Druckmittel gegenüber Russland, was zu Spannungen führte. Die Amerikaner ihrerseits kritisierten die unvollständigen Reformen, die Korruption und das teilweise herrschende Chaos. Dennoch waren sich beide der Alternativlosigkeit ihrer Kooperation bewusst.

4.3.1. Entwicklung der Beziehungen

Die NATO-Russland-Grundakte

Obwohl der Westen entschlossen war, die NATO-Osterweiterung voranzutreiben, erkannten die Verantwortlichen dennoch, „dass eine funktionierende europäische Sicherheitsarchitektur nicht ohne oder gegen Russland aufgebaut werden konnte.“⁹⁶ NATO-Generalsekretär Solana hob die Bedeutung Russland besonders hervor, indem er betonte, eine europäische Sicherheitsarchitektur, die diesen Namen verdiene, müsse eine sein, die dem größten Staat Europas, Russland, seinen rechtmäßigen Platz einräumt⁹⁷. Es galt also, einen Kompromiss zu finden, der einerseits der NATO erlaubte, ihre Sicherheitsstrukturen zu erweitern und den Beitrittswünschen der ehemaligen WP-Staaten Rechnung zu tragen und andererseits mit Rücksicht auf die innerrussischen Befindlichkeiten zur Stärkung der ‚Westernizer‘, zur Eindämmung sicherheitspolitischer Bedenken und antiamerikanischer Strömungen Russland Zugeständnisse zu machen. Trotz der zu Beginn der Verhandlungen im Januar 1997 weit auseinanderliegenden Standpunkte, die im folgenden näher dargelegt werden, konnten nach intensiven Verhandlungen am 27. Mai 1997 die Regierungschefs der 16 NATO-Staaten und der russische Präsident in Paris die ‚Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation‘ unterzeichnen. Die russische Seite versuchte vor allem ihr regionales und internationales Gewicht festzuschreiben, indem sie einen verbindlichen völkerrechtlichen Vertrag herauszuhandeln wollte, der das besondere Verhältnis der Russischen Föderation zu den ehemaligen WP-Staaten berücksichtigte und Russland eine Sonderstellung im Hinblick auf ein Mitspracherecht einräumte. Gleichrangig daneben standen militärische Bedenken, da die Militärpräsenz der NATO sich nahezu bis an die russischen Grenzen erstrecken würde, während sich der russische Verteidigungshaushalt kontinuierlich verkleinerte, was man im Ganzen als sicherheitspolitische Bedrohung ansah. Diese potentielle Gefahr für die RF negierte das Bündnis entschieden. Ihm lag es an einer sicherheitspolitischen Neugestaltung, um in gewisser Weise sein Fortbestehen zu rechtfertigen, indem es den politischen As-

⁹⁶ Schröder, H.-H.: „...it’s good for America, it’s good for Europe, and it’s good for Russia...“, Osteuropa 02/98, S. 443

⁹⁷ vgl. Solana, J.: Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, zitiert in: Johnson’s Russia List Archive, 17.01.1997

pekt seiner Arbeit in den Vordergrund rückte und mehr die freiheitlich-demokratischen Elemente der Beitrittskandidaten zu stärken suchte denn die militärische Schlagkraft in der Region. Man erkannte auch an, dass sich Probleme in gemeinsamen Einflusssphären, wie z.B. in Jugoslawien, durch Zusammenarbeit leichter lösen lassen würden. Dennoch schloss die NATO kategorisch eine rechtliche Aufwertung der Rolle Russlands sowie eine Beteiligung an bündnisinternen Fragen im Sinne eines Vetorechts aus⁹⁸. Trotz der beschriebenen Differenzen gelang die Einigung durch zahlreiche Kompromisse, wie z.B. eine Aufwertung der Akte durch Zuleitung an UNO und OSZE, obwohl es sich nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag handelte, oder die regelmäßigen Konsultationen, die auch zur Beschlussfassung genutzt werden konnten, obwohl prinzipiell keine rechtliche Verbindlichkeit vorgesehen war.

Das Dokument⁹⁹ selbst enthält in der Präambel explizit die Feststellung, dass sich mit Russland und der NATO keine Feinde mehr gegenüberstehen. Daneben sind Grundprinzipien wie die Wahrung des Friedens, die Stärkung der Demokratie und die sich wandelnde Rolle der NATO festgehalten. Der erste der vier Abschnitte steckt den Rahmen der künftigen Zusammenarbeit mit der Einbettung in völkerrechtliche Verträge wie z.B. die UN-Charta oder die OSZE-Dokumente ab. Dies garantiert der RF immerhin die Beteiligung und eine maßgebliche Rolle an der Sicherheitsstruktur Europas und impliziert die internationale Bedeutung Russlands. Der zweite Abschnitt konkretisiert die Zusammenarbeit mit der Schaffung des ‚Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates‘, der regelmäßig zu Konsultationen zusammentritt, die gegebenenfalls bei hochrangiger Besetzung auch in Beschlüsse münden können, sollte eine Implementierung von beiden Seiten gewünscht werden. Die Themenbereiche definiert der dritte Abschnitt näher, der eine große Anzahl zu behandelnder Themen bereit hält, wobei jedoch zwei herausgehobene Bedeutung zukommt: Zusammenarbeit bei friedenssichernden Missionen und Konfliktprävention, wie bereits beim Jugoslawienkonflikt praktiziert, und die Einrichtung eines Informationszentrums der NATO in Moskau zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Der letzte Abschnitt beinhal-

⁹⁸ vgl. Schröder, H.-H.: „...it's good for America, it's good for Europe, and it's good for Russia...“, Osteuropa 02/98, S. 443

⁹⁹ Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation, Paris 1997, siehe: <http://www.nato.int/docu/comm/m970527/uk-text.htm>

tet sicherheitspolitische Fragen wie Abrüstung, die Stationierung von Kampfverbänden und Atomwaffen. Russischen Bedenken konnte hierbei mit einer Modifikation des KSE-Vertrages wenigstens teilweise Rechnung getragen werden. Die Bewertung der Grundakte fiel stark unterschiedlich aus: die russische Seite gestand sich ein, dass sie einer Osterweiterung der NATO nicht viel entgegenzusetzen hatte und aus diesem Grund mit den Zugeständnissen in dem Papier sowie dem Angebot einer Aufnahme in die G-8-Gruppe realistisch durchaus zufrieden sein konnte, andere sprachen wiederum von einem Ausverkauf russischer Interessen, wobei insgesamt aber die moderate Bewertung überwog. Auch die NATO hatte ihr Ziel erreicht, Russland zwar einzubinden, es aber mit keiner rechtlichen Handhabe im Sinne eines Vetos auszustatten. Zusammenfassend kann man die Akte wie folgt einschätzen: „The Founding Act was the culmination [...] of the NATO expansion charade, epitomized by Yeltsin’s spurious boast that Russia had won the battle with NATO over expansion.“¹⁰⁰

4.3.2. Problembereiche

Jugoslawien

Im selben Maße wie die NATO-Russland-Grundakte das Jahr 1997 prägte, lag 1999 der Kosovo-Krieg im Fokus der russischen Außenpolitik und beeinflusste maßgeblich das Verhältnis zum Westen. Die russische panslawistische Überzeugung verlangte eine Unterstützung der serbischen Linie, während westliche humanitäre Bemühungen die albanische Seite verstärkten, so dass wieder einmal völlig konträre Einstellungen betreffend den Umgang mit dem Konflikt auftraten. Charakteristisch für die russische Seite schien einmal mehr die Konzeptlosigkeit zu sein: „Russia’s policy vis-à-vis Yugoslavia in 1999 was a confused cacaphony of threats and denials“¹⁰¹, während die NATO ihrer Autorität bald mit Militärschlägen Nachdruck verlieh. Serbische Einheiten hatten im Januar und Februar massiv mit der Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo begonnen, wobei sie sich erneut „ethnischer Säuberungen“ bedienten. Die Flüchtlingsströme und die Grausamkeiten vor Ort forderten internationale Vermittlung, doch sowohl russische wie auch westliche Bemühungen scheiterten. Russlands Warnungen vor einer Destabilisierung der gesamten Region im Falle von Militärschlägen der NATO verhallten un-

¹⁰⁰ Surovell, J.: *Capitalist Russia and the West*, 1. Aufl., Aldershot 2000, S. 211

¹⁰¹ Ebd., S. 243

gehört und die NATO entschloss sich im März 1999 trotz erneuter russische Proteste zu Luftschlägen. Der russische Außenminister Primakow, der von dieser Entscheidung auf einem Flug in die USA zu einem Staatsbesuch und zu Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Kenntnis erhielt, ließ sein Flugzeug sogleich zurück Richtung Moskau abdrehen. Dort wertete man die Vorgänge als „Versuch der NATO, im 20. Jahrhundert als Weltpolizist aufzutreten“¹⁰². Vor allem konnte man in der Bevölkerung deutliche antiamerikanische Tendenzen feststellen, so sank die positive Einstellung gegenüber Amerika Meinungsumfragen zufolge um mehr als die Hälfte von 70 auf 33 Prozent¹⁰³. Die Gründe für die Ablehnung auf russischer Seite fanden sich neben der Verbundenheit mit den Serben vor allem in sicherheitspolitischen Bedenken. Die USA hatten mit dem Angriff auf Serben internationale Konventionen verletzt, darunter auch die Russland sehr wichtige Schlussakte von Helsinki, die im Rahmen der OSZE Russland ein Mitspracherecht in europäischen Sicherheitsfragen gewährte. Mit dem Eingreifen der USA wurde hier nach russischer Auslegung die territoriale Integrität Europas verletzt sowie Russland indirekt für seine Unterstützung der Serben bestraft, indem man ihm seine geringe Einwirkungsmöglichkeit vor Augen führte. Des Weiteren hatten die USA das NATO-Statut verletzt, das nur einen Militäreinsatz vorsieht, falls einer der Blockstaaten angegriffen wird (siehe Artikel 5 des Washingtoner Vertrages). Diese Umdeutung der NATO-Grundsätze nach dem Ende des Kalten Krieges interpretierte man aus russischer Perspektive als Beweis für den Ehrgeiz der Amerikaner, die Rolle eines „self-appointed global persecutor“¹⁰⁴ zu übernehmen. Der dritte und wohl bedeutendste Faktor war der Beginn militärischer Aktionen im Rahmen der NATO ohne Mandat der UN sowie ohne Konsultationen des UN-Sicherheitsrates. Man begründete dies mit amerikanischen Vorbehalten gegenüber der UNO, die sich im Zusammenhang mit den Einsätzen in Somalia und Bosnien herausgebildet hatten, doch für Russland bedeutete dieses Übergehen bestehender Institutionen, in denen man sogar über ein Vetorecht verfügte,

¹⁰² Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 169

¹⁰³ Puschkow, A.: Zur Partnerschaft verurteilt? Russland und die USA nach dem Kosovokrieg, in: Internationale Politik, Analysen 09/1999

¹⁰⁴ Shiraev, E./Zubok, V.: Anti-Americanism in Russia, 1. Auflage, Palgrave New York 2000, S. 116

ein Zeichen russischer Unterlegenheit in der internationalen Politik¹⁰⁵. Doch die Möglichkeiten einer russischen Opposition waren der Abhängigkeitsthese zufolge gering, da Russland aufgrund des Mangels an militärischer und wirtschaftlicher Macht seinen Standpunkt nicht mit ausreichend Nachdruck vertreten konnte und zugleich von westlichen Finanzhilfen abhängig war¹⁰⁶. Dennoch zeigte sich der Westen später bemüht, Russland einzubinden, und so baten die USA im April um eine Vermittlung durch Russland. Jelzin reagierte sofort mit der Zusage, mit dem Westen zu kooperieren, da er dies auch innenpolitisch mit dem Hinweis auf die russische Großmachtrolle in der Welt rechtfertigen konnte. Er ersetzte den bisherigen Kosovo-Beauftragten Primakow durch Tschernomyrdin, da dieser als dem Westen gegenüber aufgeschlossener galt und zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit war. Ein weiterer Zwischenfall, der zwar Irritation auf russischer Seite hervorrief, aber keine folgenschweren Konsequenzen nach sich zog, war die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad, der zu russischen Protesten führte, aber die Vermittlungsmission nicht schädigte. So erreichte Tschernomyrdin zusammen mit dem Vertreter der Europäischen Union, Ahtisaari, nach intensiven Verhandlungen letztlich die Zustimmung der Serben zu dem Friedensplan, den diese am 28.05.1999 unterzeichneten, und den Rückzug serbischer Truppen aus dem Kosovo im Juni. Nachdem Russland auf dem G-8-Gipfel in Bonn Anfang Mai auch einer internationalen Militärpräsenz im Kosovo zugestimmt hatte, ging es nun um die Frage der Einbindung russischer Truppen in das NATO-Kontingent. Einen neutralen russischen Sektor lehnten die Amerikaner ab, eine Unterstellung ihrer Truppen unter amerikanischen Befehl die Russen. Man kam schließlich überein, die russischen Truppen unter dem Oberbefehl Moskaus in amerikanischen, französischen und deutschen Sektoren zu beteiligen und die Kontrolle über den Flughafen bei Pristina zu teilen, den die russischen Truppen besetzten hielten, nachdem sie ihn als erste erreicht hatten.

Nach der Beilegung dieses Konflikts, der sich dank verletzter Interessen und mangelhafter Abstimmung schwer auf die russisch-amerikanischen Beziehungen niedergeschlagen hatte, nahm man in beidseitigem Einvernehmen auch die Beziehungen im NATO-Rat wieder auf und entlastete damit das Verhältnis wieder.

¹⁰⁵Vgl. Shiraev, E./Zubok, V.: *Anti-Americanism in Russia*, 1. Auflage, Palgrave New York 2000, S. 116ff

¹⁰⁶Vgl. Surovell, J.: *Capitalist Russia and the West*, 1. Aufl., Aldershot 2000, S. 245

Irak-Krise

UN-Resolutionen forderten von Saddam Hussein, der sich im Besitz sowohl biologischer wie auch chemischer Kampfstoffe befand, die bedingungslose Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen unter internationaler Aufsicht, da man weltweit eine Weitergabe der Gifte an Terroristen befürchtete. Die Situation drohte zu eskalieren, als der Irak im November 1997 mehrfach Beobachter der Vereinten Nationen an der Inspektion militärischer Anlagen hinderte und in der Folge sogar einige von diesen auswies. Die Amerikaner drohten mit erneuten Luftangriffen, sollte den Forderungen der UNO nicht nachgekommen werden und nahmen einen weiteren bewaffneten Konflikt in der ohnehin instabilen Golfregion in Kauf. Diese Kompromisslosigkeit führte sie weitgehend in die internationale Isolation, da der russische Außenminister Primakow mit Rückendeckung Frankreichs und Chinas bereits Vermittlungsversuche unternommen hatte, die mit der Wiederaufnahme der Inspektionen auch Früchte trugen¹⁰⁷. Im Zuge der Verhandlungen mit dem irakischen Vizepremier Tarik Aziz versprach Primakow im Gegenzug, Bagdad bei den Bestrebungen zu unterstützen, das internationale Embargo so bald wie möglich aufzuheben sowie sich bei Ölförderungsprojekten wie z.B. der Erschließung der „Westlichen Kurna“ zu beteiligen¹⁰⁸. Die USA sahen diese Kooperation mit ebenso kritischen Augen wie die intensiven Beziehungen Russlands zu Iran, verfügten aber über keinerlei Einflussmöglichkeiten auf die Geschehnisse. In Russland feierte man den größten außenpolitischen Erfolg seit langem, der eine Vermittlerrolle internationalen Formats sowie die Durchsetzung der eigenen Linie gegenüber den Interessen der USA kombinierte und damit zahlreiche innenpolitische Unterstützer fand und Russland nicht als aus der Defensive handelndes Land, sondern als Weltmacht präsentierte¹⁰⁹.

Asienpolitik

Unter der Prämisse einer „multipolaren Welt“ vertiefte man auch die Zusammenarbeit mit asiatischen Staaten. Im Zentrum des russischen Interesses stand China, das ebenfalls eine amerikanische Hegemonie ablehnte, wobei die bilateralen Beziehungen durchaus nicht unbelastet wa-

¹⁰⁷ von Borcke, A.: Russland und die Irak-Krise 1997/1998, BIOst 36/1998, S. 8ff.

¹⁰⁸ Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 125

¹⁰⁹ vgl. Gornostaev, D., in Nezavisimaja Gazeta, 21.11.1997, zitiert in: Interfax, 22.11.1997; Fernseh- und Hörfunkspiegel (Ausland), 29.01.1998

ren¹¹⁰. Zahlreiche Gipfeltreffen stärkten die Kooperation vor allem im Bereich der Grenzsicherung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, weitere Themenbereiche von eher weitgefächertem Interesse wie die „Deklaration zur Kooperation im Kampf gegen islamischen Fundamentalismus, Separatismus und grenzüberschreitende Kriminalität“¹¹¹ rundeten die Gespräche ab. Trotz aller Bemühungen entwickelten sich die Beziehungen im ökonomischen Bereich nur schwach, was am Beispiel der Vergabe des Drei-Schluchten-Staudamm-Projekts zu sehen war, als die russische Bewerbung wegen der unsicheren Finanzierungslage abgelehnt wurde. Dessen ungeachtet florierte die militärtechnische Kooperation, die China zum zweitgrößten Abnehmer russischer Rüstungsgüter machte.

Obwohl die Kurilen-Frage die Beziehungen zu Japan belastete¹¹², schuf die japanische Regierung mit der Entkoppelung der Territorialfrage und der Wirtschaftskooperation ein besseres Verhandlungsklima. Auf diese Weise konnten wenigstens kleinere Verträge wie das Fischereiabkommen 1998 unterzeichnet werden, auf denen die russische Seite gerne aufbauen würde, um von der Stärke der japanischen Wirtschaft zu profitieren, die ihrerseits einen neuen Absatzmarkt erschließen würde. Durch etwas mehr Rechtssicherheit könnte sogar mit baldigen japanischen Direktinvestitionen in Russland gerechnet werden¹¹³. Daneben suchte man auch die Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südostasiens zu vertiefen. Insgesamt ist dennoch „für den Bereich der bilateralen politischen Beziehungen eine gemischte Bilanz ziehen, die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen aber ist hinter den russischen Erwartungen zurückgeblieben.“¹¹⁴

Europa

Mit dem Ende 1997 in Kraft getretenen Vertrag über Partnerschaft und Kooperation vertieften sich die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland auch auf institutioneller Basis. Das Interesse war jedoch bereits vorher beidseitig ausgeprägt: während Moskau 40%

¹¹⁰siehe Kapitel 3.3.2

¹¹¹Xinhua, 25.08.1999, zitiert nach SWB FE/3624 (27.08.1999), G/2-4

¹¹²vgl. Tschugrow, S.: „Irrungen – Wirrungen. Die Kurilenfrage und die russisch-japanischen Beziehungen“, Berichte des BIOst 20 - 1999

¹¹³Wacker, G.: „Ein Anzug zum Hineinwachsen“ – Russland im asiatisch-pazifischen Raum, Berichte des BIOst 39 – 1999, S. 23f

¹¹⁴Ebd.

seines Außenhandels mit der EU abwickelte, das wachsende Gewicht Europas nach der Einführung einer einheitlichen Währung einkalkulierte und auch die Konkretisierung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Hinblick auf die konzeptionell vorgesehene „multipolare Weltordnung“ befürwortete, lag dem Westen vor allem an einer Einbindung des Kolosses, der immer noch weltpolitisches Gewicht aufwies und sich als aktiver Wirtschaftspartner konstruktiv einbringen könnte, wohingegen ein Kollaps die EU und insbesondere die Kandidaten der nächsten Erweiterungsrounden stark in Mitleidenschaft ziehen würde. Da jedoch beide Seiten sowohl für eine Intensivierung des politischen wie auch wirtschaftlichen Dialoges eintreten, kann Russland seine historische Bindung an Europa zum Wiedererstarken auf allen Sektoren zu Vorteil beider Seiten nutzen und schmälert gleichzeitig die ungeliebte Abhängigkeit von den USA¹¹⁵.

4.4 Zwischenergebnis

Trotz des verbalen Säbelrasselns des neuen russischen Außenministers J. Primakow blieb die russische Außenpolitik den internationalen Kommunikations- und Abstimmungsmechanismen gegenüber aufgeschlossen. Diese Tendenz behielt auch der Nachfolger Primakows, Ivanov, bei, der das Amt im September 1998 ohne programmatische Änderungen übernahm¹¹⁶. Einzig die verstärkte Bemühung um weltweite Kontakte, die bereits Kosyrev 1994/1995 auf Druck des Präsidenten und der Duma begonnen hatte, stellte eine leichte Modifikation der bisherigen Linie dar¹¹⁷. Dabei veränderte sich nur wenig an der Ausrichtung auf den Westen, insbesondere die USA, die in allen programmatischen Äußerungen¹¹⁸ weiterhin an erster Stelle der erstrebenswerten Partnerschaftsoptionen stand. Damit verharrte das schwerste Gewicht konstant auf dem Westen, neu hinzu kamen aber diverse kleinere Gewichte, die Primakow und Jelzin jeweils mit dem Ziel einer sich einpendelnden Balance

¹¹⁵Timmermann, H.: Russland und die internationalen europäischen Strukturen, Berichte des BIOst 29 - 1999

¹¹⁶Baur, J.: Russische Außen- und Sicherheitspolitik: Entwicklungen und Tendenzen, Osteuropa 03/1999

¹¹⁷Thurnherr, W.: Von der Partnerschaft mit dem Westen zur neuen Realpolitik – Ausblick auf die russische Außenpolitik nach dem Rücktritt von A. Kosyrev, Osteuropa 05/1996

¹¹⁸Siehe Konzept der nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation, 17.12.1997, zitiert in: Internationale Politik 10/1998, S. 70ff

aus mehreren globalen Akteuren auf andere Regionen der Welt verteilt. Festzuhalten blieb damit eine Kontinuität der russischen kooperativen Einstellung gegenüber dem Westen bei gleichzeitig aktiverer Außenpolitik zur Umgestaltung der existenten Machtstrukturen, was sie durch internationale Vermittlungsbemühungen und latente Opposition zu der Position der USA wie in der Irak-Krise, durch Reisediplomatie und die Einbeziehung künftiger weltpolitischer Machtzentren wie China und Indien unterstrichen¹¹⁹.

Derartige Kontinuität erkennt man jedoch nur in der Rückschau: der Zeitraum war von einschneidenden Ereignissen geprägt, die der Außenpolitik durchaus einen anderen Verlauf hätten verleihen können. Das Jahr 1997 galt mit der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte, die das angespannte Verhältnis entscheidend auflockerte, als ausgesprochen erfolgreiches Jahr für die russische Politik. Weitere zentrale Elemente hinsichtlich der angestrebten multipolaren Weltordnung bildeten der Ausbau der strategischen Partnerschaft mit China und die Bereinigung der Beziehungen zu Staaten der ehemaligen SU¹²⁰.

1998 verlief dagegen erheblich ruhiger: „die schnell aufeinanderfolgenden Regierungen waren gar nicht in der Lage, außenpolitisch zu handeln – zu sehr waren sie mit der Wirtschaftskrise und dem territorialen Erhalt der Föderation beschäftigt, zu oft wechselten die Personen in wichtigen Ämtern.“¹²¹ So rückten die innenpolitischen Not- und Gefahrensituationen genauso wie die häufige krankheitsbedingte Abwesenheit Jelzins vom Kreml und die eingeschränkte Reisefähigkeit die Außenpolitik in den Hintergrund. Vordergründig kämpfte man mit den innenpolitischen Folgen des Wirtschaftscrashs: als Folge der staatlichen Finanzkrise verarmte die Bevölkerung, die politischen Spannungen zwischen Exekutive und Legislative nahmen durch das Vakuum, das immer in Zeiten der Abwesenheit des Präsidenten entstand, zu und auch die Regionen entfernten sich durch ihr selbständiges Krisenmanagement immer weiter vom Zentrum.

¹¹⁹Vgl. Puschkow, A.: Zur Partnerschaft verurteilt? Russland und die USA nach dem Kosovokrieg, Internationale Politik 09/1999, S. 52

¹²⁰Baur, J.: Russische Außen- und Sicherheitspolitik: Entwicklungen und Tendenzen, Osteuropa 03/1999

¹²¹Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 169

Außenpolitisch beherrschte das Schlagwort „Ökonomisierung der Außenpolitik“ sowie die Erweiterung der NATO die Debatte. Ersteres sollte durch verstärkten Außenhandel einer Verbesserung der desolaten Wirtschaftslage dienen: Ausfuhr Güter waren hauptsächlich Waffen, die einerseits auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig waren und deren Verkauf andererseits den innenpolitisch mächtigen MIK besänftigte. Obwohl dies wirtschaftlichen Aufschwung für Russland und eine Integration in die Weltwirtschaft bedeutete, fürchtete man im Westen überhandnehmende unkontrollierte Waffenexporte.¹²²

Auch die NATO-Osterweiterung beschäftigte Russland. Trotz der Erkenntnis, dass keine Aggressionen von Seiten des Bündnisses zu erwarten seien¹²³, fürchtete man einen Bedeutungsverlust mit der offiziellen Aufgabe der Großmachtambitionen für den Fall des Zugeständnisses zur Erweiterung. Zusätzlich entzündete sich der Widerstand an der Befürchtung, dass die NATO „de facto die Funktion eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems an sich gerissen habe und damit Russland zu einem zweitrangigen Teilnehmer in der europäischen Sicherheitslandschaft werde“¹²⁴, was russischen Sicherheitsinteressen insofern zuwider lief, als sie die Einbindung in ein europäisches Sicherheitssystem favorisierten, nachdem ein NATO-Beitritt unwahrscheinlich erschien und die bestehenden Mitgliedschaften in UNO und OSZE sich als nicht hochgradig wirksam bei der Implementierung ihrer Beschlüsse erwiesen.

Einen Höhepunkt im Jahr 1999 bildete die Irak-Krise – „die russische Diplomatie unter Primakow konnte sich [...] wieder als informeller Führer einer internationalen Allianz fühlen, deren eigentliches Ziel es im Grunde war, Amerika in die Schranken zu weisen“¹²⁵ und sein eigenes Gewicht zu beweisen, was Primakow mit seiner außenpolitischen Linie gelang. Obwohl nur ein kurzer Triumph, verlieh es Russland doch neues außenpolitisches Selbstbewusstsein.

¹²²Vogel, H.: Gesicherte Partnerschaft NATO-Russland?, in: Internationale Politik, 07/1998, S. 33-38

¹²³Siehe Konzept der nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation, 17.12.1997, zitiert in: Internationale Politik 10/1998, S. 70ff

¹²⁴Rogov, S.: Kontory novoj rossijskoj strategii, in: Nesavisimaja Gazeta, 03/1998, zitiert in: Baur, J.: Russische Außen- und Sicherheitspolitik: Entwicklungen und Tendenzen, Osteuropa 03/1999

¹²⁵von Borcke, A.: Russland und die Irak-Krise 1997/1998, Berichte des BIOst 36/1998

5. Neuorientierung ab 1999

5.1. Innenpolitische Konstellationen

Nach der Entlassung von Putins Amtsvorgänger Stepaschin aus Gründen, die mit wahltaktischen Erwägungen der Jelzin-Familie zusammenhängen¹²⁶, insbesondere mit der Weigerung Stepaschins, für die kommende Duma-Wahl Partei zu ergreifen, und seinem Unwillen, entschieden und damit militärisch in Tschetschenien vorzugehen, wurde er mit der Entlassung bestraft. Als neuen Premier ernannte Boris Jelzin völlig überraschend den fast unbekanntenen Juristen Wladimir Putin, der seine



Karriere als KGB-Agent begonnen und nach seinem Ausscheiden politisches Profil in der Administration St. Petersburgs gewonnen hatte. Zugleich kürte er den Neuling als Wunschkandidaten für seine Nachfolge, was dieser für die öffentliche Bekanntgabe seiner Kandidatur für das Präsidentenamt nutzte. Zuerst aber galt es auch für ihn, sich im Amt des Ministerpräsidenten zu bewähren, wobei er sich besonders durch sein hartes und erfolgreiches Durchgreifen im Tschetschenienkrieg die Unterstützung der Bevölkerung sicherte. Die positive Aufnahme in der Bevölkerung spiegelte die russische Staatsdumawahl am 19.12.1999 wider: von den zugelassenen 28 Parteien und Gruppierungen erhielt die neu ins Leben gerufene Partei „Bär“ dank der Unterstützung Putins, der angekündigt hatte, als Privatmann diese Partei zu wählen, 23,32% der Wählerstimmen und schob sich damit knapp an die mit 24,29% führenden Kommunisten heran. Alle anderen Gruppierungen landeten abgeschlagen bei unter 10%. In diesem Ergebnis schlug sich das Fehlen einer „Partei der Macht“¹²⁷ ebenso nieder wie die politische Diversifizierung der Regionen, die mit der vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise des Jahres 1998 gewachsenen Selbständigkeit jetzt vermehrt eigene Vertreter im föderalen Parlament zu installieren versuchten. Für Putin fiel dieser Test fulminant aus, da die Partei, die er unterstützte und die folglich auch hinter ihm stand, trotz der kurzen Lebensdauer zur zweitstärksten Kraft im Parlament avancierte. Insgesamt vereinfachte die neue Zusammensetzung der Duma die Regierungsarbeit, da die Kommunisten/Nationalisten massiv Stimmen einbüßten, die künftige Präsidentenpartei

¹²⁶Schneider, E.: Präsident Putin: Aufstieg zur Macht und erste innenpolitische Schritte, Berichte des BIOst 29/2000

¹²⁷Schneider, E.: Die russische Staatsdumawahl 1999, Bericht des BIOst 03/2000

einen respektablen Stimmenanteil hielt und die Polarisierung folglich im Vergleich zu 1995 abgenommen hatte¹²⁸.

Der nächste innenpolitische Paukenschlag ertönte am 31.12.1999, als Präsident Jelzin in einer Ansprache seinen Rücktritt und die Übergabe der Amtsgeschäfte an den Ministerpräsidenten bekannt gab. Obwohl dieser Schritt lange erwartet worden war, um es dem Wunschnachfolger Putin noch vor den Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen, Schärfe und Programmatik im Amt zu demonstrieren, gelang Jelzin mit der emotionalen Rede ein bewegender Abgang. Selbigen versüßten ihm die Immunität vor Strafverfolgung, die ihm per Dekret garantiert worden war, eine Rente in Höhe von drei Viertel des Präsidentengehalts, die Erlaubnis zur Nutzung einer Regierungsdsatscha sowie weitere Vergünstigungen für ihn und seine Familie¹²⁹.

In der Neujahrsansprache des neuen amtierenden Präsidenten betonte dieser, dass er den bisherigen Kurs von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten weiterverfolgen sowie an der friedlichen Haltung Russland nach außen festhalten werde, und besänftigte damit erste Ängste des Westens vor dem schwer einzuschätzenden neuen Mannes an der Spitze Russlands. Ab diesem Zeitpunkt widmete Putin sich der Regierungsarbeit, die für ihn zugleich der beste Wahlkampf war, da er permanentes Interesse der Medien auf sich gerichtet sah. Aus diesem Grund führte er seinen Wahlkampf weitgehend ohne Programm, und die Demonstration von Tatkraft, Reformwillen und Jugendlichkeit reichte im März aus, um die absolute Mehrheit der Wähler mit 52,94% der Stimmen hinter sich zu versammeln. Obwohl es bei der Wahl in einigen Regionen zu Unregelmäßigkeiten bei der Feststellung der Wahlbeteiligung gekommen sein soll, zweifelte kaum einer den rechtmäßigen Sieg Putins an, der andernfalls möglicherweise erst im zweiten Wahlgang eingetreten wäre. Kurz darauf trat Putin als gewählter Präsident sein Amt an und besetzte zahlreiche Ämter mit Gefolgsleuten aus seiner Petersburger Zeit oder Mitarbeitern des FSB, ein Trend, der sich mit der Regierungsumbildung im März 2001 noch intensivierte. Mit diesen suchte er sein Konzept des „starken Staates“ umzusetzen: die Erneuerung einer starken Staatsgewalt, basierend auf disziplinierten Beamten, dem Kampf gegen die Kor-

¹²⁸Ebd.

¹²⁹vgl. Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 179

ruption und einer straffen Unterordnung der regionalen Exekutive¹³⁰, einer kraftvollen Zivilgesellschaft und der Diktatur des Gesetzes¹³¹. Darauf aufbauend sah er als „Anhänger der Marktwirtschaft und des Privateigentums“¹³² den wirtschaftlichen Aufschwung, der durch längst notwendige Reformen in Gang gebracht werden und Russland in die Weltwirtschaft integrieren sollte. Dennoch war dem modernen Russen Putin noch immer ein aus der Sowjetzeit stammendes autoritäres Weltbild zu eigen, das sich in seinem Regierungsstil niederschlug. „Präsidentieller Autoritarismus und Disziplin einerseits, Freisetzung von Dynamik in der Wirtschaft andererseits bilden die Koordinaten von Putins Programm.“¹³³ Sichtbar wurde dies an den ersten innenpolitischen Schritten Putins: Initiativen zur Rezentralisierung der Regionen, Beeinflussung der Medienlandschaft sowie dem Zurückdrängen der Oligarchen¹³⁴. Um die Zentralgewalt nach Moskau zurückzuholen, setzte Putin sieben neue Gouverneure in den neu geschaffenen ‚föderalen Bezirken‘ ein, die die Kremllinie in ihrem Bezirk kontrollierten, ordnete den Föderationsrat neu und gründete mit dem Staatsrat ein beratendes Gremium, bestehend aus den Verwaltungschefs der Regionen. Den Oligarchen legte er einen Rückzug aus der aktiven Politik nahe, ein Vorschlag, dem er durch Androhung von Ermittlungen Nachdruck verlieh, falls sie die Zustimmung verweigerten. In diesen Zusammenhang fiel auch die Verhaftung des Oligarchen und Besitzers des Medienkonzerns Media-Most, Gussinskij, der sich gegen Putin als Präsidenten ausgesprochen hatte. Zusammen mit der neuen Informationssicherheitsdoktrin des Sicherheitsrates löste dieser Vorfall heftige Diskussionen über die Freiheit der Presse aus. Neben den zahlreichen Reformvorhaben wurden aber auch die Schwächen des Staates sichtbar: im August ereignete sich eine Explosion in einer Moskauer U-Bahn-Station, die tschetschenischen Rebellen zugeschrieben wurde und auf den Brandherd im Kaukasus aufmerksam machte. Kurz darauf sank das russische Atom-U-Boot Kursk, das wahrscheinlich von einem Kreuzer versehentlich abgeschossen worden war und innerhalb

¹³⁰Schneider, E.: Präsident Putin: Aufstieg zur Macht und erste innenpolitische Schritte, Bericht des BIOst 29/2000

¹³¹Luchterhandt, O.: „Starker Staat“ Russland – Putins ehrgeiziges Programm, in: Internationale Politik 05/2000, S. 7-14

¹³²Schneider, E.: Präsident Putin: Aufstieg zur Macht und erste innenpolitische Schritte, Bericht des BIOst 29/2000, S. 13

¹³³Luchterhandt, O.: „Starker Staat“ Russland – Putins ehrgeiziges Programm, in: Internationale Politik 05/2000, S. 14

¹³⁴Schneider, E.: Präsident Putin: Aufstieg zur Macht und erste innenpolitische Schritte, Bericht des BIOst 29/2000

des russischen Militärs die Unzulänglichkeiten ebenso anprangerte wie der Brand im Fernsehturm Ostankino die veralteten zivilen Institutionen¹³⁵. Die Reformbedürftigkeit zeigte sich jeweils unübersehbar, doch suchte man dem zu begegnen, wobei wirtschaftlich sogar erste Erfolge verbucht werden konnten. „Seine programmatischen Äußerungen lassen bemerkenswerten wirtschaftlichen Pragmatismus erkennen und sein ordnungspolitisches Programm baut auf zentrale Systemelemente westlicher Staaten. Aber es bleiben Zweifel an den innenpolitischen Zielen des Präsidenten wie an seiner Rolle als Architekt der Demokratisierung Russlands.“¹³⁶

Tschetschenien

Der Brandherd am Kaukasus war mit dem Ende des ersten Krieges nicht erloschen, sondern die Konfliktpunkte lediglich auf die lange Bank geschoben worden. Das rächte sich: im Februar führte Tschetschenien das Recht der Scharia ein und betonte damit sein muslimisches Rechtsverständnis. Verhandlungen scheiterten, es kam zur Grenzschießung, auf die im Juli wieder russische Luftschläge folgten. Am 07. August 1999 begann der 2. Tschetschenienkrieg mit dem Überfall tschetschenischer Islamisten auf Dagestan, auf den Russland mit einer groß angelegten Luftoffensive reagierte, die sich sowohl auf dagestanische wie tschetschenische Ziele erstreckte. Im Oktober marschierten russische Bodentruppen ein, während die Luftwaffe die Angriffe auf die Hauptstadt Grosny verstärkte. Im Dezember erreichten die Bodentruppen Grosny und nahmen es ein. Die Kämpfe verlagerten sich in das Bergland und die Tschetschenen begannen einen Partisanenkampf¹³⁷. Die erbitterten Kämpfe forderten zahlreiche Todesopfer und begünstigten eklatante Menschenrechtsverletzungen, worauf die internationale Kritik zunehmend schärfer ausfiel und Lösungen angemahnt wurden. Putin reagierte mit dem Aufruf zur „Fortsetzung des Krieges bis zur vollständigen Vernichtung der Separatisten“¹³⁸ und lehnte Verhandlungen ab. Dessen ungeachtet leisteten die Tschetschenen mit ihrer Form des Partisanenkrieges auch nach der Einsetzung eines prorussischen Republikchefs im

¹³⁵ vgl. Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 195

¹³⁶ Vogel, H.: Charisma und Zweifel – Präsident Putin vor großen Herausforderungen, in: Internationale Politik 10/2001, S. 7-16

¹³⁷ Siehe auch Halbach, U.: Zwischen „heißen Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“ – Russlands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa 4/5 2001, S. 481-494

¹³⁸ Archiv der Gegenwart 2000, S. 44104 B/4

Juni 2000 erfolgreich Widerstand, wobei die Umstände der Anschläge in Tschetschenien wie auch in Moskau weiterhin ungeklärt bleiben¹³⁹. Die Kämpfe setzten sich fort, verlagerten sich aber auf russisch kontrolliertes Gebiet, v.a. um Grosny, und erstreckten sich mit der Entführung eines russischen Flugzeugs im März 2001 auch auf die Nutzung terroristischer Mittel. Die Entdeckung von Massengräbern ließ die Kritik und die Rufe nach Ahndung der Menschenrechtsverstöße wieder anschwellen. Im Juli gestand einer der russischen Generäle Kriegsverbrechen ein, für die er vom einem russischen Gericht im Dezember 2001 verurteilt wurde. Die Kämpfe der demoralisierten russischen Armee gegen die tschetschenischen Rebellen setzten sich mit uneingeschränkter Grausamkeit bis in die Gegenwart fort.

5.2. Akzentuierung in der Außenpolitik

„Einige der Erwartungen für ein Entstehen neuer, gleichberechtigter und gegenseitig nützlicher Beziehungen von Partnerschaft mit Russland und der es umgebenden Welt , [wie im Konzept der Außenpolitik der RF vom 23.04.1993 dargestellt] haben sich nicht erfüllt.“¹⁴⁰ Aus diesem Grund erachtete man eine Neuformulierung der Grundsätze der russischen Außenpolitik mit dem Amtsantritt Putins als konzeptionelle Grundlage für eine Modifizierung der weltweiten Beziehungen für notwendig. In vier Abschnitten behandelt das im Juni 2000 verkündete Konzept neben allgemeinen Grundsätzen das Verhältnis von gegenwärtiger Welt und russischer Außenpolitik, die Prioritäten bei der Lösung globaler Probleme sowie die regionalen Prioritäten Russlands.

Grundsätzlich liest man im Vergleich zum Vorgänger nur wenig Neues: über allem steht der Schutz des Individuums und der Gesellschaft, diesem untergeordnet findet man das Interesse an der Sicherheit, Souveränität und territorialen Integrität, den noch stärker zu implementierenden Großmachtstatus Russlands mit dem Ziel der Beeinflussung der Weltordnung unter UN-Ägide und die „allgemeine Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für die fortschreitende Entwicklung Russlands“¹⁴¹. Des

¹³⁹Vgl. Wagensohn, T.: Russland nach dem Ende der SU, 1. Aufl., Regensburg 2001, S. 195

¹⁴⁰Das Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation, vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, am 28.06.2000 gebilligt (gekürzt), in: Internationale Politik 10/2001, S. 86-95

¹⁴¹Ebd.

weiteren findet man das Bestreben, gutnachbarliche Beziehungen zu den an Russland angrenzenden Staaten zu führen und den Schutz im Ausland lebender Russen zu gewährleisten. Neu dagegen ist der explizite Wunsch nach einer positiven Perzeption der Russischen Föderation in der Welt.

Der zweite Abschnitt geht auf die aktuellen weltpolitischen Geschehnisse und die russische Position dazu ein. Die Betonung liegt dabei auf der Dynamik des Wandels, der nach dem Ende der Bipolarität einsetzte, damit militärische Bedrohung minimierte und das Gewicht auf Produktion, Bildung und Information verlagerte. Prägend daneben findet sich das ambivalente Prinzip der Diversifizierung der staatlichen Interessen gegenüber der weltweiten Interdependenz der Staaten¹⁴². Eine so gegliederte Weltordnung bewirke ein multipolares System internationaler Beziehungen auf der Basis der Gegenseitigkeit, die kollektiv gebilligte Lösungen hervorbringe und damit zum Wohl aller beitrage. Das Konzept nennt einige der in diesem Zusammenhang maßgeblichen Entwicklungen, so z.B. die Globalisierung, die Rolle internationaler Institutionen, die Gefahr durch Terrorismus und Separatismus sowie den Beziehungsaufbau regionaler und überregionaler Art.

Prioritäten bei der Lösung globaler Probleme spricht der dritte Abschnitt an, wobei die Ausgewogenheit der Ziele und Möglichkeiten genauso wie die Nationalinteressen, Souveränität und prosperierende Wirtschaft, im Mittelpunkt stehen. Die Errichtung einer neuen Weltordnung vollzieht sich in einem stabilen System gleichberechtigter internationaler Beziehungen unter Führung der UN, deren Reformbedürftigkeit ebenfalls angesprochen wird. Dem folgt die Stärkung der Sicherheit durch Erhöhung der strategischen und regionalen Stabilität, z.B. mittels Reduzierung des Nuklearpotentials, Verhinderung von Proliferation und Eindämmung von Organisierter Kriminalität und Drogenhandel. Kritik findet sich an der selbstdefinierten Hegemonie der NATO, wie sie am Kosovokrieg ersichtlich wurde. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, vor allem Integration sowie höhere Investitionen, und Menschenrechte runden die Prioritätenliste ab.

Mit regionalen Schwerpunkten schließt das Konzept im vierten Abschnitt, wobei hier GUS, OSZE, EU und NATO besondere Bedeutung einneh-

¹⁴²Ebd.

men. Konstruktive Beziehungen mit dem Ziel einer Freihandelszone und einem Regionalforum zur Lösung regionaler Konflikte sollen die zentrale russische Position innerhalb der GUS sichern, in OSZE und EU sieht man den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partner. Gegenüber der NATO bestehen jedoch noch erheblich Differenzen, die explizit angesprochen werden.

Wenige Monate vorher hatte Putin als amtierender Präsident bereits ein neues Nationales Sicherheitskonzept¹⁴³ erlassen, das inhaltlich „noch immer als grundsätzliche Dokument angelegt [ist], das weit über bloße militärische Sicherheit hinausgeht“¹⁴⁴. Daraus ergeben sich



breit gefächerte Themenschwerpunkte wie die Positionierung Russlands in der Weltgemeinschaft, die nationalen Interessen, die Bedrohung für die nationale Sicherheit sowie die Gewährleistung derselben, was eine Erwähnung erforderlich macht. Es wird u.a. von der Furcht bestimmt, die USA wollten ein Weltordnung errichten, in der sie – mit anderen Staaten – eine eindeutig dominierende Rolle spielen. Russland setzt dem das Modell einer multipolaren Welt entgegen, in der es selbstverständlich die Rolle eines der einflussreichen Zentren der multipolaren Welt spielen will. Eine vordringliche Sorge der russischen Führung ist die Gefahr der Schwächung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses in der Welt.¹⁴⁵

Diese Tendenz spiegelt sich auch in den Aussagen des russischen Außenministers Ivanov, der in einem Zeitungsbeitrag¹⁴⁶ zwei konkurrierende Zukunftsmodelle vorträgt. Einerseits befürchtet er ein eindimensionales Vorgehen der am weitesten entwickelten Staaten unter der Führung der USA, was er als konfliktträchtig und einen Weg zurück zur Konfrontation¹⁴⁷ bezeichnet. Die Alternativlösung, zu deren Durchsetzung er Russland an der Spitze der mit dem ersten Modell unzufriedenen Staaten

¹⁴³Erllass des amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, über das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation vom 10.01.2000, in: Internationale Politik 05/2000

¹⁴⁴Chladek, T.: Kommentar zu „Dokumente zu den Beziehungen Russlands mit dem Westen“, in: Internationale Politik 05/2000, S. 63-65

¹⁴⁵Vgl. ebd.

¹⁴⁶Zeitungsbeitrag des russischen Außenministers, Igor Ivanov, über die Außenbeziehungen Russlands vom 20.01.2000, in: Internationale Politik 05/2000, S. 96-99

¹⁴⁷Vgl. Igor Ivanov, über die Außenbeziehungen Russlands vom 20.01.2000, in: Internationale Politik 05/2000

sieht, ist seine „Philosophie des internationalen Lebens“¹⁴⁸, ist die seit Primakow zunehmend lautstark vertretene Idee der Multipolarität. Deutlich wird in diesem Zusammenhang, dass Ivanov die Leitlinien seines Präsidenten¹⁴⁹ aufgreift und sich an dessen Vorgaben orientiert, was beim Vergleich der Konzepte mit den Aussagen des Ministers auffällt. Insgesamt lässt sich programmatische Kontinuität der neuen Regierung an den seit Jahren immer wieder kehrenden Schlagworten¹⁵⁰ ablesen, lediglich die Intensität der Aussagen hat sich erhöht, man hört die Entschlossenheit heraus, das lange Gesagte nun endlich umzusetzen.

5.3. Außenpolitisches Engagement

Ein zunehmend unberechenbarer Präsident begann mit der Auswahl eines Nachfolgers, wobei er auf der Suche etliche politische Persönlichkeiten verschliss. Schließlich inthronisierte er den ehemaligen KGB-Offizier Putin, der sich sogleich mit seinem harten Durchgreifen in Tschetschenien zu profilieren suchte. Innenpolitisch kehrte Ruhe in der Regierungsmannschaft ein, als Putin das Szepter ergriff. Nach seiner rein formalen Wahl zum Präsidenten im März 2000 versuchte er, die Innenpolitik durch effektive Regierungskontrolle zu stabilisieren, ein deutliches Wirtschaftswachstum herbeizuführen und die Separatismusbestrebungen einzudämmen. Problematisch dabei erschien die Beschneidung der demokratischen Substanz und das Ausdehnen der Präsidialmacht.

Die Akzentuierung in der Außenpolitik veränderte sich nicht stark: Putin, der anders als Jelzin rege Anteil an der Außenpolitik nahm, formulierte in seinem außenpolitischen Konzept als Hauptanliegen die Verhinderung der globalen Dominanz der USA sowie des NMD-Programms und strebte an, Russland als ein Zentrum in einer multipolaren Welt zu positionieren. Er sah Russland in seiner zukünftigen Rolle als starke Regionalmacht und internationalen Akteur. Putin engagierte sich bei der Suche nach Bündnispartnern mit dem vorrangigen Ziel, ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen. Er orientierte sich dabei in Richtung der Europäischen Union sowie nach Asien, besonders China und Indien.

¹⁴⁸Ebd.

¹⁴⁹Erlass des amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, über das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation vom 10.01.2000 sowie Das Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation, vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, am 28.06.2000

¹⁵⁰Adomeit, H.: Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Russlands, in: Osteuropa 4/5 2001, S. 353-365

Zusätzlich bemühte sich der us-amerikanische Präsident Clinton, Russland gegenüber nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, es fungiere als Junior-Partner. So kamen u.a. gemeinsame Vermittlungsbemühungen im Nahen Osten zustande. Dieses kooperative Klima kippte mit dem Amtsantritt von G.W. Bush, der sich aus der internationalen Politik zurückzog und Russland nur wenig Beachtung schenkte, bis das Bündnis gegen den Terror die beiden Großmächte wenigstens oberflächlich versöhnte. Nach wie vor strittig war der Umgang mit dem Tschetschenienkrieg, den Putin als innere Angelegenheit definierte, der aber aufgrund der Härte des Einsatzes viel Kritik von westlicher Seite hervorrief. Russland dagegen missfiel die sich weiter nach Osten verschiebende Grenze sowohl der NATO wie auch der Europäischen Union, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem von den USA geplanten Nationalen Raketenabwehrschirm. Auch die Angst vor einer dauerhaften Präsenz der USA im Zusammenhang mit den Offensiven gegen Afghanistan auf dem Gebiet der GUS provozierte Spannungen innerhalb Russlands.

In der Zusammenfassung muss man feststellen, dass die unterschiedlichen Interessenschwerpunkte zu weit divergieren, als dass man von einer Partnerschaft sprechen könnte. Vielmehr kommt es auf „pragmatische Übereinstimmung“¹⁵¹ und sinnvolle Kompromisslösungen nicht zuletzt im Hinblick auf die Geschehnisse auf der weltpolitischen Bühne an, wie am Beispiel der Terrorakte des 11. September demonstriert.

5.3.1.Fortschreibung der Beziehungen

Das Verhältnis zur NATO

Wegen der Luftangriffe auf Jugoslawien waren die Beziehungen zwischen Russland und der NATO im Frühjahr 1999 eingefroren worden. Mit dem Besuch des NATO-Generalsekretärs Robertson in Moskau im Februar 2000 nahm man diese wieder auf, aus russischer Sicht allerdings verknüpft mit der Forderung gleichberechtigter Partnerschaft. Außenminister Ivanov sah in den beiden Akteuren sogar „strategische Partner, die im Interesse der Sicherheit in einem unteilbaren und einigen Europa und der ganzen Welt kooperieren.“¹⁵² Dieser übertriebenen Darstellung lagen zwei Absichten zugrunde:

¹⁵¹Kanet, R.: Zwischen Konsens und Konfrontation. Russland und die Vereinigten Staaten, in: Osteuropa 4-5/2001, S. 521

¹⁵²Archiv der Gegenwart, 16.02.2000, S. 44086

- ✓ die Betonung der russischen Kooperationsbereitschaft durch die Zustimmung zur Wiederaufnahme der Gespräche, womit eine Aufnahme des Schuldgeständnisses der NATO (Verletzung der UN-Charta) in das Abschlussdokument erreicht werden sollte und
- ✓ die daraus abgeleitete Forderung nach einem besonderen Status Russlands im Verhältnis zum transatlantischen Bündnis, nachdem es die Aufnahme der ersten mittel- und osteuropäischen Kandidaten akzeptiert und erkannt hatte, dass seine Einflussmöglichkeiten auf die Begrenzung der weiteren Expansion des Bündnisses stark eingeschränkt seien und sich dem entsprechend zurückhielt.

Robertson kam Russland entgegen, indem er Interesse an „besonderen Beziehungen mit Moskau“ bekundete, die sich in drei Etappen von Kontakt über Kooperation bis hin zu Vertrauen entwickeln sollten, und die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Friedenstruppen im Kosovo lobte. In den anderen weit entscheidenderen Punkten dagegen setzte er sich durch und wies ein Schuldeingeständnis genauso zurück wie er die Situation in Tschetschenien kritisierte. Damit pendelten sich die Themenschwerpunkte im gegenseitigen Verhältnis wieder auf das seit Mitte der Dekade weitgehend identische Spektrum an Forderungen ein, das russischerseits die gleichberechtigte Partnerschaft und einen Stop der Osterweiterung zur Sicherung der eigenen Einflussphäre oder adäquate Sicherheitsgarantien beinhaltete und von Seiten der NATO die Einbindung Mittel- und Osteuropas vorsah und die unbedingte Verhinderung einer Veto-Möglichkeit für Russland in einem NATO-Gremium.

Eine Vertiefung der Beziehungen war genauso wenig zu erwarten wie ernstzunehmende Differenzen, das Verhältnis zueinander stagnierte an einem von der Vernunft diktierten Punkt.

Vor allem in Russland setzten sich jedoch die Diskussionen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Rolle der NATO fort, wobei der Wunsch, sie in eine konsequent politische Organisation umzugestalten, nicht nur bei den USA nicht aufgenommen wurde. Gleichzeitig betonte Moskau, dass die Beziehungen zur Allianz zwar ein sehr wichtiger, aber für das Land nicht der einzige Orientierungspunkt im multipolaren internationalen Gefüge sei.¹⁵³ Dennoch stimmte man der Wiedereröffnung des NATO-Informationsbüro in Moskau im Februar 2001 zu, einigte sich über die in Konsultationen verstärkt zu behandelnden Themen wie Abrüstung,

¹⁵³Archiv der Gegenwart, 30.03.2000, S. 44162

Terrorismus und das organisierte Verbrechen und schlug ein gemeinsames europäisches nichtstrategisches Raketenabwehrsystem in enger Zusammenarbeit mit der NATO als Gegenangebot zu dem von den USA geplanten und von Russland gefürchteten Raketenschutzschild vor.¹⁵⁴ In einem Resumée der Beziehungen zwischen der NATO und Russland in dem zu behandelnden Zeitraum bleibt an konkreter Substanz allerdings wenig: Säbelrasseln und laute Forderungen nach einem höheren Stellenwert einerseits und eine freundliche, aber deutlich distanzierte Einstellung andererseits zeigen die Unsicherheit der Opponenten im Umgang miteinander und die teils weit auseinander liegenden Positionen, deren Vereinbarkeit noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Erschwerend kommt hinzu, „dass im Mittelpunkt der russischen Politik gegenüber der NATO stets die USA und der auf sie fixierte Konkurrenzanspruch der russischen Außenpolitik stehen.“¹⁵⁵

Spannungsfeld Naher Osten

Iran

Der Tschetschenienkrieg unterzog die guten Beziehungen Russlands zum Iran, deren Aufbau gegen Ende des Irak-Iran-Krieges 1987 eingesetzt hatten, einer harten Prüfung. Iran als Führer der Islamischen Konferenzen konnte und wollte das gewalttätige Vorgehen Moskaus gegenüber den tschetschenischen Glaubensbrüdern nicht tolerieren und drohte mit einer Abwendung.¹⁵⁶ Verstärkt wurde diese Drohung durch den Wahlsieg der gemäßigten Kräfte Irans im Februar 2000, die sich nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine Beendigung der Sanktionen der USA diesen zuwenden wollten, was mit einer Entscheidung gegen Russland identisch gewesen wäre. Zwei Tendenzen entschärften die Möglichkeit des Verlustes eines weiteren Verbündeten für Moskau: einerseits die heftige Kritik an den USA, die der iranische Präsident Khatami auf Druck des mächtigen religiösen Führers Khamenei äußerte, und andererseits die russische Bereitschaft, einen weiteren Reaktor im iranischen Bushehr aufzubauen¹⁵⁷ und sich damit von den amerikanisch-russischen Abkommen aus dem Jahre 1995 zu distanzieren, das einen Waffenex-

¹⁵⁴Archiv der Gegenwart, 29.02.2001, S. 44824

¹⁵⁵Umbach, F.: Russland und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa 04-05/2001, S. 425

¹⁵⁶Freedman, R.: Russian-Iranian Relations, in: The Soviet and Post-Soviet Review, Bd. 25 Nr. 3

¹⁵⁷Vishniakov, V.: Russian-Iranian Relations and regional stability, in: International affairs, Moscow 01/1999

portstopp vorsah. Der neuerliche russisch-iranische Schulterschluss, den der iranische Präsident mit den Worten „Ich glaube, dass diese zwei Länder eine lebensfähige und starke Beziehung eingehen können.“¹⁵⁸ demonstrierte, rief in den USA ebenso laute Kritik hervor wie der bereits früher erfolgte Verkauf von Raketentechnologie. So bemühte sich der russische Verteidigungsminister Sergejev bei einem Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen um Schadensbegrenzung, indem er den ausschließlich defensiven Charakter der Waffen hervorhob.¹⁵⁹ Dennoch klafften einmal mehr russische und amerikanische Sicherheitsinteressen im Falle eines schwer zu kalkulierenden und wechselwilligen „Problemkindes“ der Weltgemeinschaft auseinander, auf das sich so unvereinbare Interessen wie Russlands regionaler Einfluss genauso konzentrierten wie amerikanische Energie- und Sicherheitspolitik.

Irak

Auch in das spannungsreiche Dreieck Washington-Bagdad-Moskau kam mit Putin an der Spitze Russlands Bewegung. Er setzte sich für eine gemäßigtere Resolution gegen den Irak ein, die zwar Sanktionen erleichtert, aber die USA nicht brüskiert hätte. Nach seinem Scheitern an der harten Haltung der USA entschied Russland sich dennoch gegen ein Veto im Sicherheitsrat und enthielt sich lediglich der Stimme bei der Annahme der neuen Resolution, die die Schaffung eines neuen UN-Überwachungsorgans vorsah. Im Gegenzug lockerte die UNO die Restriktionen bei der Ölförderung, was russischen Ölunternehmen entgegenkam. Außerdem sollten bei einer bedingungslosen Zusammenarbeit des Irak mit der neuen Kommission (UNMOVIC) die Sanktionen für einen gewissen Zeitraum ausgesetzt werden. Die Umsetzung der Resolution und die Bewertung der Zusammenarbeit hingen jedoch maßgeblich vom Leiter der Kommission ab, mit der Folge, dass sowohl die USA als auch Russland einen Vorschlag für die Besetzung des Postens machten, der ihren Interessen vorrangig Rechnung tragen würde. Mit Hans Blix setzt sich schließlich der Favorit Russlands und des Iraks durch, der seiner Haltung, sich den Zugang zu mutmaßlichen Waffenproduktionsstätten nicht zu erzwingen, um Konfrontationen zu vermeiden¹⁶⁰, sogleich Ausdruck verlieh. Weiteren Einfluss sicherte sich Russland mit dem von

¹⁵⁸James, D.: Iranian President wants strong ties with Russia, in: Washington Times, 08.09.2000

¹⁵⁹Russia says no arms for Teheran, in: New York Times 06.12.2000

¹⁶⁰Top arms inspector to rely on UN in Iraq, in: New York Times, 05.02.2000

der UN beauftragten Julij Voroncov, der die Suche nach ca. 600 kuwaitischen Kriegsgefangenen leiten sollte.

Nach und nach begann Russland auch mit der Aufweichung der Sanktionen, indem es erste Hilfsflüge in Richtung Irak schickte, dabei aber sorgsam darauf achtete, dass der humanitäre Charakter gewahrt und nicht gegen erhebliche Interessen der Amerikaner verstoßen würde. Ein russisch-amerikanischer Konflikt, der sich am Unruhestifter im Nahen Osten entzündet, wurde und wird von beiden Seiten nicht gewünscht.

Israel

Signifikante gemeinsame Vermittlungsversuche der USA und Russlands im israelisch-arabischen Konflikt kamen über die Jahre nicht oder nur in geringem Ausmaß zustande, vielmehr hatten die USA die aktive Rolle übernommen, während Russland sich mit verbaler Unterstützung begnügte. Dazu kam unter Primakow russischerseits eine anti-israelische Haltung. Dieses Verhältnis brach erst Putin auf, indem er bei einem Treffen mit Barak Antisemitismus verurteilte und sich mit dem Tschetschenienkrieg ein gemeinsames Problem im Hinblick auf Territorial- und Religionsschwierigkeiten auftrat, das wechselseitige Unterstützung naheliegend machte. Zwar blieb das Verhältnis durch die russischen Waffenlieferungen an den Iran für Israel einerseits und durch die Kündigung eines gemeinsamen Flugzeugprojekts seitens Israel für Russland andererseits problembehaftet, führte aber immerhin zu weitgehender Neutralität Russlands im Nahost-Konflikt. So machte man im Oktober 2000 nicht die israelische Seite für die Eskalation verantwortlich, sondern „extremistische Kräfte“ - was einer Zurückhaltung der Diktion in bezug auf den Nahen Osten entsprach, gleichzeitig aber die Brücke zu den Extremisten im eigenen Land schlug – und rief die Kontrahenten gleichermaßen zur Beendigung der Gewalt auf. Ein Kurzbesuch Arafats in Moskau Ende November 2000, der mutmaßlich der Überzeugung der russischen Führung zur Wiederaufnahme der Unterstützung für die palästinensische Seite dienen sollte, schlug fehl. Dennoch diente dieser Besuch Arafats in Russland der Demonstration der Weltmachtstellung Russlands kurz nachdem man nicht zu dem von den Amerikanern durchgeführten Gipfel bei Scharm-el-Scheik eingeladen worden war.

Der Kurs Russlands in Nahost dürfte auch in der Zukunft von größtmöglicher Neutralität geprägt sein: die russische Gesellschaft beheimatet 20% Muslime, die die Bestrebungen Palästinas unterstützen und dabei Schützenhilfe aus dem Außenministerium und der Geheimpolizei erhal-

ten, die am Wiederaufbau alter Kontakte zu den Arabern interessiert sind. In der Duma sind noch zahlreiche Antisemiten vertreten und der militärisch-industrielle Komplex wird seine Waffenlieferungen an den Iran fortsetzen. Auf der anderen Seite stehen eine große russische Gemeinde in Israel und die gemeinsamen territorialen und religiösen Schwierigkeiten.

Da Russland aus seiner marginalen Rolle im Friedensprozess nichts gewinnen kann, wenn es sich zu einer der beiden Parteien bekennt und das Feld bereits weitgehend von Amerikanern und Europäern bestellt wird, wird Russland sich bis auf symbolische Akte der Demonstration seiner weltpolitischen Größe hier weitgehend zurückhalten.

5.3.2 Streitpunkt Nationale Raketenabwehr

Eines der Hauptthemen des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes bildete das Projekt eines nationalen Raketenabwehrschildes (National Missile Defense NMD), das in einer Neuauflage der „Strategic Defense Initiative“ (SDI) von US-Präsident Ronald Reagan die Errichtung von Raketenbasen auf und um Nordamerika vorsah, die feindliche, respektive von den sogenannten „rough states“ abgefeuerten Raketen abfangen und die USA so vor Angriffen schützen könnten. In Russland stieß diese Idee auf wenig Gegenliebe, da man eine weitere Verschiebung des strategischen Gleichgewichts fürchtete. Frühzeitig begann Moskau daher mit Gegenmaßnahmen, die die USA indirekt zur Einhaltung bestehender (Abrüstungs-)Verträge verpflichten sollten, indem die Duma im April 2000 den 1996 ausgehandelten START II¹⁶¹-Vertrag genauso ratifizierte wie das Atomteststoppabkommen, das die USA noch nicht angenommen hatten. Man betonte damit das eigene Verantwortungsgefühl als nukleare Großmacht und sein Interesse an einer stabilen Weltordnung.¹⁶² Gleichzeitig warnte man vor der Instabilität, die ein Bruch des ABM-Vertrages¹⁶³ bewirken könnte, da alle anderen Rüstungsabkommen damit nichtig werden könnten. Russische Alternativvorschläge zum NMD-Projekt sahen die Stärkung bestehender Regelungen und die Ausarbeitung neuer Abrüstungsverträge vor. Die Amerikaner konterten mit dem Hinweis auf die gestiegenen Raketenkapazitäten der

¹⁶¹Strategic Arms Reduction Treaty

¹⁶²Archiv der Gegenwart, 14.04.2000, S. 44186

¹⁶³Anti-Ballistic Missile Treaty aus dem Jahr 1972. Dieser untersagt die Schaffung nationaler strategischer Raketenabwehrsysteme

Schurkenstaaten, die eine Anpassung des ABM-Vertrages unumgänglich machten. Dennoch demonstrierten sie Gesprächsbereitschaft: bei einem Treffen der Außenminister Albright und Ivanov traten allerdings die unterschiedlichen Standpunkte zutage. Während die USA mit Hinweis auf die südlichen Unruheherde Russlands die Notwendigkeit eines Raketen Schildes zu beweisen suchten, hielt Russland dagegen, weitere Verhandlungen würden allen Beteiligten mehr Sicherheit bringen als ein unausgegorenes NMD-Programm. Schon im Juni legte Moskau einen neuen Vorschlag nach: ein amerikanisch-europäisch-russisches nichtstrategisches Raketenabwehrsystem mit Beteiligung der NATO, das gleichzeitig vor Angriffen der „rough states“ und einem Ungleichgewicht in der Welt schützen sollte. Warnungen der USA vor einer Spaltung der NATO und vor einer unzureichenden Gewährleistung der Sicherheit trafen auf russische Vorwürfe eines Strebens nach strategischer Überlegenheit und einer Aushebelung des Prinzips der gegenseitigen Abschreckung.¹⁶⁴ Unterstützung fand Putin bei seinen Reisen nach China und Nordkorea, deren Staatsoberhäupter seine Befürchtung einer einseitigen Vormachtstellung der USA und einem neuen Wettrüsten teilten. Putin nutzte diese Besuche, um die Möglichkeit einer Intensivierung der militärisch-technischen Zusammenarbeit mit China anzudeuten und um die gemeinsame Haltung der beiden UN-Sicherheitsratsmitglieder im Bereich der internationalen Sicherheit zu unterstreichen.¹⁶⁵ Im November bot er erneut in einer abrüstungspolitischen Erklärung die russische Bereitschaft zur Reduzierung von Sprengköpfen an, schlug Verhandlungen zur Aufrechterhaltung und Festigung des ABM-Vertrages sowie die Schaffung eines globalen Systems zur Kontrolle über Raketen und –technologien vor.¹⁶⁶ Mit dem Amtsantritt von George W. Bush, der sich die Realisierung des Projekts auf die Fahnen geschrieben hatte, konkretisierte sich dann die Bedrohung für Russland und ließ Widerstand laut werden wie z.B. Ankündigungen, im Falle einer einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages „Gegenmaßnahmen und asymmetrische Schritte zur Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts“¹⁶⁷ zu unternehmen. Verteidigungsminister Rumsfeld konterte mit der Äußerung, NMD sei eine Reaktion auf die von Russland durchgeführten Waffenverkäufe an Schurkenstaaten,

¹⁶⁴Archiv der Gegenwart, 08.06.2000, S. 44293

¹⁶⁵Archiv der Gegenwart, 18.07.2000, S. 44374

¹⁶⁶Archiv der Gegenwart, 13.11.2000, S. 44602

¹⁶⁷Verteidigungsminister I. Sergejev am 20.02.01, s. Archiv der Gegenwart, 20.02.2001, S. 44824

es diene der Verteidigung und sei nicht gegen Russland oder China gerichtet. Beim Besuch des NATO-Generalsekretärs Robertson in Moskau konkretisierte die russische Seite den Vorschlag des europäischen nicht-strategischen Raketenabwehrschirms. In drei Phasen sollte erst die Bedrohungslage durch Experten analysiert werden, dann bei Vorliegen einer solchen nach Wegen zur politischen Beilegung derselben gesucht, und schließlich nach einem Scheitern der politischen Bemühungen „Elemente eines Raketenabwehrschirms“ in Form einer mobilen Anti-Raketen-Truppe in dem am meisten gefährdeten Gebiet stationiert werden. Dies böte die Vorteile einer regional begrenzten, für das Gleichgewicht unmaßgeblichen und zudem vertragskonformen Lösung. Robertson reagierte abwartend und erklärte das strategische Gleichgewicht für antiquiert.¹⁶⁸ Trotzdem beschlossen die Außenminister Powell und Ivanov bilateral die Einsetzung einer Expertenkommission und vereinbarten Informationsaustausch und Abstimmung bei der Weiterentwicklung des Projekts. Eine Demonstration der amerikanischen Interessen bot Präsident Bush im Mai mit seiner Grundsatzrede zum Raketenabwehrschild. Die unsichere Weltlage, verursacht durch Raketen- und Atomwaffenbesitz der Schurkenstaaten und weltweit zunehmende Proliferation mache Sicherheitsmaßnahmen trotz des bestehenden ABM-Vertrages notwendig, da dieser nicht ausreichend Sicherheit böte. Die Ausarbeitung einer neuen Grundlage für Sicherheit und Frieden müsse zusammen mit Russland erfolgen, was beiderseits Offenheit und Vertrauen voraussetze. In Moskau wertete man die Aussagen als brauchbare Verhandlungsbasis, beharrte aber auf einer Beibehaltung des ABM-Vertrages und einem gemeinsamen Vorgehen. Schon zehn Tage später traf eine amerikanische Delegation in Moskau zur Erörterung des NMD-Vorhabens ein, wobei der Beginn des Dialoges von beiden Seiten als Fortschritt gewertet wurde.¹⁶⁹ Auch ein wenig später stattfindendes Treffen der Präsidenten verlief konstruktiv. Doch bald kehrte die Realität zurück: die als Grundlage der Zusammenarbeit ausgehandelten Treffen verkamen zu einem bloßen Meinungsaustausch, Putin warnte erneut vor einem Rüstungswettlauf und drohte mit einer Erhöhung der atomaren Schlagkraft bei einseitiger Kündigung des ABM-Vertrages.¹⁷⁰ Auch die bei einem weiteren Treffen vereinbarte Verknüpfung von Fragen der Nuklearabrüstung und Raketenabwehr brachte keinen Durchbruch. Stattdessen ver-

¹⁶⁸Archiv der Gegenwart, 20.02.2001, S. 44824

¹⁶⁹Archiv der Gegenwart, 11.05.2001, S. 44956

¹⁷⁰Archiv der Gegenwart, 28.06.2001, S. 45071

schärfte sich der Ton weiter, als Sicherheitsberaterin Rice ankündigte, man bemühe sich zwar um Übereinstimmung mit Russland, sollte diese aber zu keinem Ergebnis führen, werde man NMD auch im Alleingang realisieren. Verteidigungsminister Rumsfeld ging noch weiter, indem er den einseitigen Ausstieg androhte, falls Russland bei der Adaption nicht kooperiere.¹⁷¹ Eine Verbesserung in den Beziehungen schien mit dem November-Gipfel eingetreten zu sein: Putin hatte nach den Ereignissen des 11. September Unterstützung bewiesen und erhielt dafür von Präsident Bush die Zusagen sowohl zur Beibehaltung des ABM-Vertrages wie auch zu weiterer Reduzierung der Sprengköpfe. Putins Wunsch nach einer Fixierung der Aussagen in Verträgen wurde jedoch nicht entsprochen, was möglicherweise mit der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA im Dezember in Zusammenhang steht. Dieses von Russland viel kritisierte Ereignis steht nur am Anfang weiterer Differenzen, da die USA damit bewiesen haben, wie wichtig ihnen die Realisierung des Raketenabwehrschirms ungeachtet der Kritik aus aller Welt ist. Mit der einseitigen Kündigung tragen sie auch der Tatsache Rechnung, dass Russland trotz seiner Unmutsbekundungen faktisch gar nicht in der Lage ist, die im Vorfeld laut gewordenen Drohungen wahr zu machen und die momentan im Gang befindliche Annäherung an den Westen auch nicht gefährden möchte. Dennoch fordern die USA damit eine russische Reaktion heraus.¹⁷²

5.4. Zwischenergebnis

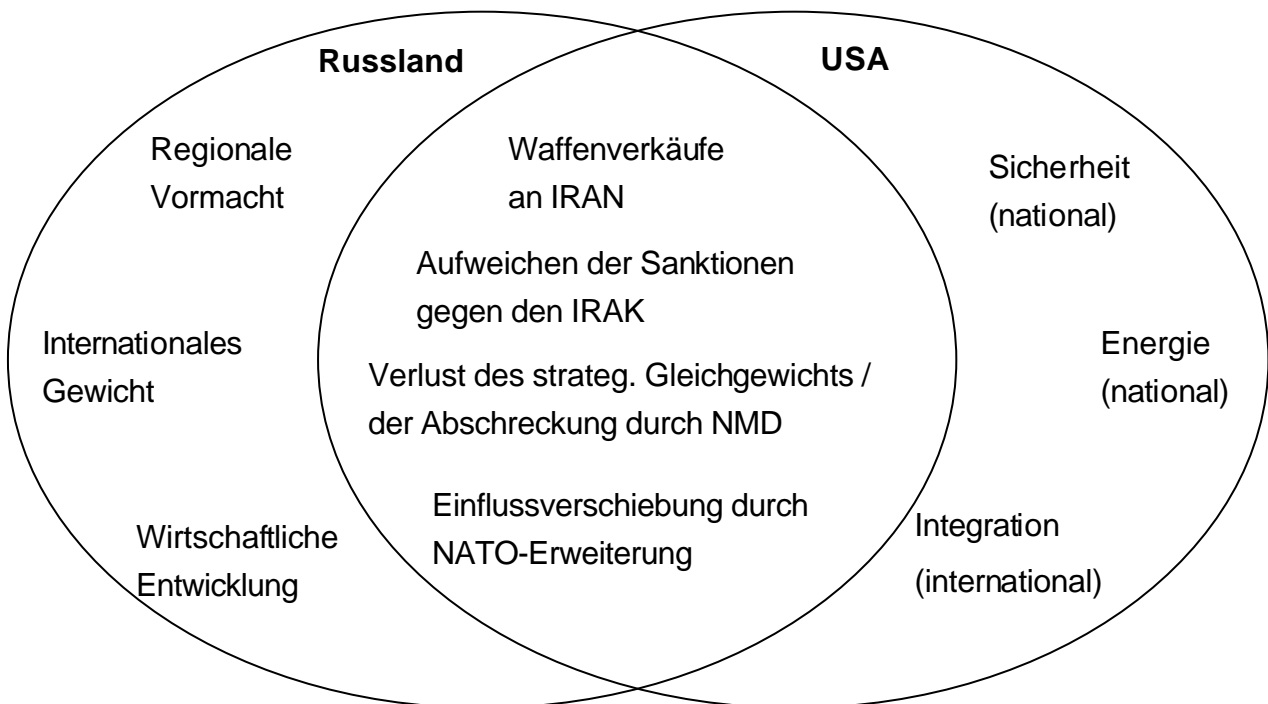
Eine Zusammenfassung und behutsame Bewertung dieses Zeitraumes ist aufgrund der Gegenwartsnähe sehr schwierig und führt im Hinblick auf die Komplexität der Beziehungen leicht zu einem unrichtigen Ergebnis. Auch die Ereignisse des 11. September bleiben aus genannten Gründen hier unerwähnt, auf sie wird im letzten Teil der Arbeit noch eingegangen werden. Daher sollen eine kurze Rückschau der behandelten Themen und der Charakterisierungsversuch eines Experten ausreichen.

Die fortschreitende innere Konsolidierung lässt den Blick frei für die außenpolitische Betrachtung. Was dabei in dieser Periode besonders auffällt, ist das Fehlen expliziter oder fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen

¹⁷¹Archiv der Gegenwart, 13.08.2001, S. 45149

¹⁷²Kulagin, Vladimir: I asked the Topol Missile – Putin's words: a hint or a threat?, in: Novaya Gazeta No. 45, zitiert in: CDI Russia Weekly No. 161, 06.07.2001

Russland und den USA. Vielmehr kreist der Dialog um potentielle Konfliktherde, die je nach Interessenlage mehr oder weniger kooperativ behandelt werden, wobei jede Seite ihre langfristigen nationalen Schwerpunktthemen vorrangig im Blickfeld behält. Für Moskau bedeutet dies - wie im „Außenpolitischen Konzept“¹⁷³ beschrieben- regionale Hegemonie, die langsame Rückkehr als Großmacht in das internationale Gefüge und wirtschaftliches Erstarren. Dem gegenüber stehen die Sicherheits- und Energieinteressen der USA. Die Schnittstellen dieser Themenkreise begünstigen das Entstehen von Konflikten, wie exemplarisch im folgenden Schaubild dargestellt.



Während Russland die Stärkung seines regionalen Einflusses und die wirtschaftliche Gesundung mit dem (Waffen-)Handel mit Iran und Irak zu erreichen sucht, sehen die Amerikaner ihre Sicherheitsinteressen von den Schurkenstaaten bedroht, die andererseits reiche Öl- und Gasreserven vorzuweisen haben, was sie für die USA interessant macht. Russland seinerseits fürchtet um sein internationales Gewicht, sollte die atomare Abschreckung und das Gleichgewicht durch ein amerikanisches Raketenabwehrsystem plötzlich bedeutungslos werden. Dieser Aspekt und die regionale Kompetenz steht für Moskau auch bei einer Osterweiterung des transatlantischen Bündnisses auf dem Spiel, weil es frühere

¹⁷³Siehe auch Punkt 5.2

Warschauer Pakt – Verbündete als direkte Partner verliert, was die NATO als Integrationsaufgabe versteht. So zeigt sich, dass national wie weltweit vitale Interessen der beiden Mächte divergieren.

„Die andauernden Gegensätze, die die beiden Länder entzweit haben, werden wohl nicht so bald verschwinden, besonders da sie aus Kernelementen ihrer jeweiligen außenpolitischen Vorstellungen entspringen. Die Sichtweise der gegenwärtigen Moskauer Führung von Russland als der wichtigsten Regionalmacht und ihr Engagement zur Wiederherstellung seiner Rolle als Weltmacht – trotz seiner derzeitigen sehr schwachen Ressourcengrundlage – sowie die lange etablierte Tendenz in Washington, das Heil der Welt allein durch die Brille der US-Interessen zu betrachten, müssen in eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten, ja Konflikten zwischen den beiden Ländern münden. [...] Der Autor dieses Beitrags ist der Meinung, dass zumindest in nächster Zukunft und so lange, wie die Bush- und Putin-Regierung ihre gegenwärtige Politik verfolgen, mehr als eine pragmatische Übereinstimmung in spezifischen politischen Fragen nicht möglich sein wird. [...] Eine echte Zusammenarbeit, wie sie vor einem Jahrzehnt anvisiert worden war, wird sich nicht entwickeln.“¹⁷⁴

Ein Beispiel für die „pragmatische Übereinstimmung“ bietet die Anti-Terror-Koalition des Präsidenten Bush als Reaktion auf die Attentate des 11. September, die später noch anzusprechen sein wird.

¹⁷⁴Kanet, R.: Zwischen Konsens und Konfrontation. Russland und die Vereinigten Staaten, in: Osteuropa 4-5/2001, S. 520f.

6. Ausblick und Schluss

Über den Betrachtungszeitraum hinweg wurde ersichtlich, dass die russische Außenpolitik vielen Schwankungen unterlag. Sie waren vielfach abhängig von innenpolitischen Gegebenheiten, wirtschaftlichen Schwächen und vielen andere Faktoren, die in dieser Form niemand einkalkuliert hatte.

Sie bildeten jedoch nur die endogene Basis für die weltweiten Ereignisse, die - mindestens ebenso vielfältig und komplex - auf den jungen Staat warteten. Die von Russland wahrgenommene Hegemonie der USA, die sie anfangs im Rahmen der Unterstützungsleistung für das eigene marode System als Hilfe betrachtete und im Gegenzug bei deren globalen Aktionen hinter den Vereinigten Staaten stand, wie z.B. 1990/91 gegenüber dem irakischen Diktator Saddam Hussein, vermittelte der Russischen Föderation nach und nach das Bild einer „Aushilfsgroßmacht“ („Junior-Partner“). Mit zunehmendem Selbstbewusstsein und Nationalismus war man bald nicht mehr bereit, die ererbte Machtstellung derart brach liegen zu lassen, und begann, vermehrt eigene Interessen zu verfolgen. Das Bild der USA als Orientierungspunkt auf politischem, wirtschaftlichem und internationalem Gebiet veränderte sich zugunsten einer Rückbesinnung auf die eigenen tradierten Werte, Vorstellung und Ziele, deren Vertretungsanspruch aber aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht endgültig durchzusetzen war¹⁷⁵. Dennoch forcierte man mittels Bündnisstrategie eine neue Weltordnung, die multipolar ausgerichtet sein sollte, den Stellenwert der USA als „Weltpolizist“ schmälern und Allianzen aus anderen „Polen“ die Möglichkeit zur eigenen Gestaltung der sie betreffenden Regionen verschaffen sollte. Dieses Bestreben, das unter Außenminister Primakow einsetzte, wurde weltweit positiv aufgenommen, scheiterte bis jetzt aber an der mangelnden Abstimmung, der finanziellen und militärischen Schwäche und dem Willen, sich gegenüber den USA zu behaupten, wird aber langfristig das Modell der Zukunft werden¹⁷⁶. Russland selbst sieht sich in dieser Rolle als Anführer einer Gruppe von Staaten, die diese Zielsetzung vor Augen haben. Daran ändern alle Aussöhnungsversuche, die mit der Beteuerung einhergingen, es stünden sich mit dem Endes des Kalten Krieges keine

¹⁷⁵Surovell, J.: Capitalist Russia and the world, 1. Aufl., Aldershot 2000

¹⁷⁶Huntington, S.: Kampf der Kulturen, 4. Aufl., München 1998

Feinde mehr gegenüber, genauso wenig wie die zahlreichen Kooperationsversuche, deren Erfolg manches Mal fragwürdig war. Das Konkurrenzdenken der beiden Mächte ist in dieser Hinsicht derart tief verwurzelt, dass die USA sich nur in kleinen Schritten zur Zusammenarbeit bewegen lassen, während Russland gleichzeitig auf die Restauration seiner Großmachtstellung drängt. Doch um einzelne Aspekte der Entwicklung der russischen Außenpolitik im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten abschließend genauer betrachten zu können, sollen noch einmal die Kriterien, die einleitend aufgestellt wurden, herangezogen werden. Untersuchungsgegenstand war demnach die Frage nach Konflikt oder Kooperation, Interaktionsebenen, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und in Einzelfällen die dahinter stehenden Wertvorstellungen.

In den vorangegangenen Kapiteln fiel auf, dass Russland immer bemüht war, einen offenen Konflikt mit den USA zu vermeiden und sich mit der Verurteilung missliebiger Vorgänge begnügte. Diese Beobachtung wirft die Frage nach dem Grund für diese Zurückhaltung auf.

Ein Konflikt, der zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden soll, setzt Macht voraus, wobei materielle Grundlagen (z.B. Ressourcen), Machtmittel (potente Verbündete) und die Machtfülle¹⁷⁷, die Geschehnisse zum eigenen Vorteil zu beeinflussen, entscheidende Indikatoren sind. Daran ist bereits der Grund für die zögerliche Reaktion Russlands selbst bei schwerwiegender Kritik am amerikanischen Vorgehen (Bsp. Kosovo-Krieg) zu erkennen. Obwohl Ressourcen teilweise im Überfluss vorhanden sind, ist der Wirkungsgrad bei der Ausschöpfung dieses Potentials in Teilen so gering, dass man diese nicht den theoretischen Möglichkeiten entsprechend nutzen kann. Der Besitz nuklearer Waffen ändert an dieser Tatsache deshalb nichts, weil der Einsatz einer zu hohen Hemmschwelle unterliegt und damit lediglich als Drohung fungieren kann. Auch Verbündete gäbe es je nach der Natur des Konflikts genug, doch scheiterte man hier häufig mangels Vertrauen an einer erfolgreichen Zusammenarbeit (Bsp. China). Schließlich birgt auch die Machtfülle Probleme, da international nicht einmal die UNO die Macht besitzt, die Amerikaner maßgeblich zu beeinflussen.

Zusammenfassend muss man Russland unterstellen, nicht die Macht für einen offenen Konflikt mit den Vereinigten Staaten aufbieten zu können.

¹⁷⁷Vgl. Dahl, R.A.: The concept of power, in: Behavioral Science, London 1957, S. 201-215

Und obwohl dies für die Verantwortlichen frustrierend sein mag, bleibt für Russland allein der Weg in die Kooperation. Sie bietet Russland zweifellos manchmal Vorteile: Finanzmittel und ausländische Investitionen einerseits und das Mitspracherecht bei Fragen globaler Schwierigkeiten andererseits nutzen die Amerikaner als positive Sanktionsmöglichkeiten, die sie Moskau immer dann einräumen, wenn sie aus Gründen der Legitimation oder auf der Suche nach einer breiteren Unterstützung im Falle eines militärischen Eingreifens die Rückendeckung der Ex-Großmacht benötigen und diese Kooperationsbereitschaft zu us-amerikanischen Konditionen signalisiert. Dieses Schema gründet sich auf die hegemoniale Stellung der USA in der Welt, ohne deren Funktion als „Weltexekutive“ wohl allgemein nur sehr unzureichend sanktioniert werden könnte, die aber trotzdem nicht alleine tätig werden können, sondern zumindest auf Rückendeckung angewiesen sind. Dass diese Zugeständnisse weniger der Wertschätzung Russlands als Machtelement im internationalen Rahmen zuzurechnen sind, sondern vielmehr der Notwendigkeit für die USA nach Bestätigung ihrer Interventionspolitik entspringt, erleichtert die Kooperation für Russland gerade im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen dem wiedererwachten Nationalstolz und internationaler Anerkennung und Mitsprache nicht.

Auch wegen dieser spürbaren Unterlegenheit und Abhängigkeit versucht Russland, seine sonstigen Interaktionsebenen zu streuen, sich in Bündnisse zu integrieren und diesen eine größere Bedeutung zu verleihen. Hervorgehoben werden müssen hier die UNO und die OSZE. Die UNO spielt für Russland deshalb eine so große Rolle, weil sie die höchste Mitgliederzahl aufweist, nicht unerhebliche Befugnisse hält und Russland über den von der SU ererbten Sitz im mächtigen Sicherheitsrat verfügt, in dem es mittels Veto Aktionen der USA blockieren kann. Gegenüber der weltumspannenden Reichweite der UNO steht die schwerpunktmäßig regional orientierte OSZE, die Russland Europa näher bringen soll, was aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Aspekten der angestrebten Multipolarität sinnvoll erscheint. Das Problem der beiden Organisationen sind die schwachen Durchsetzungsmöglichkeiten für ihre Beschlüsse, und hier erkennt auch Russland die Reformbedürftigkeit an und damit die Schwierigkeit seiner Aufgabe, die Bedeutung dieser Organisationen stärker zu gewichten. Man verspricht sich jedoch von diesem Aufwand langfristig eine schwächere Position der NATO.

Politik, Wirtschaft und Soziales spielten auch bei den bisher angestellten Überlegungen eine Rolle: sie determinierten die Entscheidung über Kooperation und Konflikt. Die Betrachtungen müssen hier aber mit dem Zusammenbruch der SU beginnen. Aus dem Chaos heraus war die Stabilisierung des Kolosses, dessen gesamtes inneres System darnieder lag und der seine sozialistischen Wertvorstellungen hatte scheitern sehen, primäres und anfangs sicher auch einziges Ziel. Einzige Lösungsmöglichkeit war die Übernahme westlicher freiheitlicher Vorstellungen, Institutionen und Wirtschaftsformen. Angewiesen auf die Hilfe der USA orientierte sich die politische Zielsetzung an demokratischen Grundsätzen und am Aufbau stabiler Strukturen, die letztlich dem präsidentialen französischen Verfassungsmodell sehr ähnlich waren. Die wirtschaftliche Transformation vollzog sich nahezu ebenso: als Ziel setzte man sich die Erreichung der Marktwirtschaft, die Methoden spiegelten wider, dass Russland möglichst schnell konkurrenzfähig sein wollte. Auf soziale Belange nahm man dabei kaum Rücksicht, die Armut erreichte ungeahnte Ausmaße. Schließlich beeinflussten all diese Prozesse eine Umwandlung der Werte, die wie alle anderen Prozesse noch immer im Fluss ist.

Insgesamt muss man eine Verwundbarkeit der RF konstatieren, die eigentlich keinen Spielraum für Aktionen außerhalb der Konsolidierung der internen Situation zulässt und die Alternativlosigkeit einer Hinwendung zu den USA als potentestem Nothelfer verdeutlicht.

Nach der Rekapitulation der ereignisreichen letzten Jahre wendet sich die Arbeit abschließend den zukünftigen Konstellationen und Entwicklungsszenarien zu, die gerade im Hinblick auf die Ereignisse des 11. September eine beispiellose Dynamik erlangten.

Präsident Putin sprach nach den Terroranschlägen als eines der ersten Statsoberhäupter den USA das Mitgefühl aus. Als Beweggrund mag man neben der moralischen Seite auch die von russischer Seite gesehene Möglichkeit annehmen, nun einmal nicht als Junior-Partner, sondern als kompetenter Mitstreiter zu agieren. Moskau war sich der militärischen Folgen des Angriffs bewusst und hob sofort seine regionale Kompetenz, die langjährige Erfahrung mit dem potentiellen Gegner und seine umfangreichen Geheimdiensterkenntnisse hervor. Damit diente es sich den USA als notwendiges Element im Anti-Terror-Krieg an. Die Beziehung in Richtung einer neuen, beidseitig fruchtbaren Zusammenarbeit zu verän-

dern, gleichzeitig durch seine Präsenz im Kriegsgebiet die regionale Einflusszone auch im Hinblick auf Tschetschenien zu sichern und außerdem durch die bereitwillige Unterstützung der USA noch Zugeständnisse v.a. beim Streitpunkt Nationale Raketenabwehr herauszuhandeln, dürften die Hauptanliegen russischer Außenpolitik nach dem 11. September 2001 gewesen sein. Nach einem vielversprechenden Beginn wurden die russischen Hoffnungen ein weiteres Mal enttäuscht: die Informationen flossen nach dem Einbahnstraßenprinzip, eine dauerhafte Präsenz der Amerikaner deutete sich an, die großzügigen Abrüstungsangebote wollte die amerikanische Seite nicht einmal schriftlich festhalten und das erwartete Entgegenkommen beim Thema NMD endete mit der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages durch die Amerikaner. Vorstöße v.a. seitens der Briten betreffend einer Integration Russlands in die NATO gipfelten in der leicht modifizierten Version eines ohnehin bestehenden Gremiums¹⁷⁸. Die Erwartungen, die Russland zu Beginn des Anti-Terror-Krieges trugen, erfüllten sich mit Ausnahme der vorläufig freien Handhabe in Tschetschenien nicht.

Dieser Prozess muss für Russland erneut sehr schmerzhaft gewesen sein, da die Bemühungen zur Hilfeleistung im Krieg nicht unerheblich waren, Moskau aber dennoch kaum Gegenleistung erhielt. Doch allein die notwendige Unterstützung für die Amerikaner ließ Russland wieder das Gefühl von Macht spüren, die es gerne mehr ausgekostet hätte. Momentan stehen aber die inneren Probleme noch im Vordergrund: solange Russland nicht stabile wirtschaftliche Strukturen schafft, das rechtliche und politische System konsolidiert und den Lebensstandard der Bevölkerung anhebt, kann es nicht im Konzert der großen Mächte mitspielen, weil die Menge an inneren Unsicherheitsfaktoren die internationale Zuverlässigkeit zu sehr hemmt. Verläuft dieser Prozess aber erfolgreich, wobei dafür eine nicht unerhebliche Zeitspanne veranschlagt werden sollte, kann die Welt Russland zu einem späteren Zeitpunkt als euroasiatische Macht in das multipolare Gefüge aufnehmen. Für die russische Außenpolitik würde das eine Verselbständigung bedeuten, auf die sie lange hingearbeitet hat und deren Früchte sie dann als eine der Großmächte ernten könnte.

¹⁷⁸Das bereits existierende 19+1-Gremium sollte thematisch marginal erweitert und damit in G20 umbenannt werden.

7. Anhang

Exkurs: Innenpolitische Akteure mit Einfluss auf die Außenpolitik, Stand: 1991 – 1994

- Regierungsintern

Der Sicherheitsrat ist ein Beratungsorgan, dessen Kompetenzen 1992 auf folgende Aufgabenbereiche ausgeweitet wurden: „Entwicklung wesentlicher Grundsätze und Strategien der Politik des russischen Präsidenten sowohl in bezug auf innenpolitische als auch außenpolitische Fragen, die als Handlungsgrundlage für die Exekutivorgane der Russischen Föderation (RF) gelten¹⁷⁹. Er beeinflusst die Politik nicht unmaßgeblich und dient als Sprachrohr der National-Konservativen, stellt also ein Gegengewicht zur westorientierten Außenpolitik Kosyrevs dar.

Die Außenpolitische Kommission beim Präsidenten zeichnet sich für die interministerielle Koordination verantwortlich. Auch hier herrscht konservative Prägung vor. „One of the concept’s fundamental tenets is that in the emerging new system of international relations, the Russian Federation, despite the crisis it is experiencing, remains a great power in terms of its potential, its influence on the course of world events and the responsibility it bears as a result of this.“¹⁸⁰

Das Verteidigungsministerium/Militär genießt schon aufgrund der Größe und Macht des militärischen Apparates Ansehen. Mit der Formulierung von außenpolitischen Zielsetzungen in der 1993 veröffentlichten Militärdoktrin überschritt es eigentlich seine Kompetenzen, konnte jedoch wegen der Loyalität während des Putsches politische Zugeständnisse von Jelzin erwarten, z.B. im Hinblick auf die Osterweiterung der NATO.

Der Beraterstab des Präsidenten nimmt schon durch Informationssteuerung Einfluss auf die Entscheidungen. Man unterstellt ihm im allgemeinen geringes außenpolitisches Interesse, er nutzt seine Möglichkeiten eher im Rahmen der Bereitstellung einer Zugangsmöglichkeit zum Präsidenten.

¹⁷⁹Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1997, S. 64

¹⁸⁰Chernov, Vladislav: Russia's national interests and threats to its security, in: Current digest of the Post-Soviet Press, Vol. XLV, No. 17, S. 13f.

Der Auslandsnachrichtendienst – hervorgegangen aus dem KGB - stellt Informationen über die Länder bereit, mit denen man sich in der außenpolitischen Debatte beschäftigt. Seiner Einschätzung wird meist vertraut, auch hier ergeben sich natürlich Steuerungsmöglichkeiten je nach Auslegung der Fakten.

- Regierungsextern

„Beim Rat für Außen- und Sicherheitspolitik handelt es sich um ein einflussreiches außenpolitisches Gremium, welches sich aus Vertretern aus Parlament und Regierung und aus Wirtschaftskreisen, den Medien sowie den Wissenschaftsinstituten zusammensetzt“¹⁸¹. Seine grundsätzliche Einschätzung der Bedrohungslage ist eher negativ: “The West has not lost its ability to resurrect its containment system quickly in a variant that would even be harsher and qualitatively less advantageous to Russia“¹⁸², dementsprechend fallen seine Empfehlungen aus.

Das Parlament nimmt an der Gestaltung der Außenpolitik gemäß Art. 106¹⁸³ der russischen Verfassung teil, aufgrund der instabilen Parteienlandschaft und der damit verbundenen schwierigen Mehrheitsfindung wirkt es überwiegend als Plattform für einzelne Interessengruppen, die ihren Einfluss über wirtschaftliche Lobbies verstärken.

Der militärisch-industrielle Komplex (MIK) kann nicht auf eine direkte Verbindungen zur Regierung zurückgreifen. Dennoch lassen die „Beziehungen zu Mitgliedern des Sicherheitsrates sowie zu den in der Duma vertretenen Parteien darauf schließen, dass der MIK insgesamt auf innerstaatlicher Ebene eine einflussreiche Lobby darstellt, die ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen nicht durch die Außen- und Sicherheitspolitik der russischen Regierung gefährdet sehen will“¹⁸⁴

¹⁸¹Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1997, S. 71

¹⁸²zitiert in: Crow, Suzanne: Competing blueprints for Russian foreign policy, in: RFE/RL Research Report, Vol.1, No. 50, 18.12.1992, S. 45-50

¹⁸³s. Fn. 7

¹⁸⁴Lepekhn, Vladimir: Interest groups in Present-day Russia and their role in the Political Process, in: Segbers/Spiegeleire: Post-Soviet Puzzles – Mapping the political Economy of the former Soviet Union – Russia, Ukraine and Belarus, Baden-Baden, 1995

8. Literaturverzeichnis

Primärliteratur:

- Die Verfassung der Russischen Föderation, in: <http://www.departments.bucknell.edu/russian/const/constit.htm>, 18.07.2001
- Russia's foreign policy concept, zitiert in: Rahr, A./Krause, J.: Russia's New Foreign Policy, 1. Aufl., Bonn 1995
- Erste Pressekonferenz des neuen russländischen Außenministers, Jewgeni Primakow, am 12.01.1996 in Moskau, Diplomatschewskij Westnik Nr. 02/96, zitiert in: Internationale Politik 07/1996, S. 104ff.
- Konzept der Nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation, 17.12.1997, zitiert in: Internationale Politik 10/1998, S. 70ff.
- Das Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation, 28.06.2000, zitiert in: Internationale Politik 10/2001, S. 86-95
- Erlass des amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, über das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation vom 10.01.2000, zitiert in: Internationale Politik 05/2000
- Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation, Paris 1997, siehe: <http://www.nato.int/docu/comm/m970527/uk-text.htm>, 27.09.2001
- Solana, J.: Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, zitiert in: Johnson's Russia List Archive, 17.01.1997
- Zeitungsbeitrag des russischen Außenministers, Igor Ivanov, über die Außenbeziehungen Russlands vom 20.01.2000, in: Internationale Politik 05/2000, S. 96-99
- Kosyrev, A.: Rede an der Johns-Hopkins-Universität Washington, zitiert in: Internationale Politik 11/95

Sekundärliteratur:

- Archiv der Gegenwart, 1990 - 2001
- Bellers, Jürgen: Internationale Politik und politische Moral, 1. Aufl., Münster 1982
- Boilard, Steve D.: Russia at the Twenty-first century - Political and social change in the Post-Soviet Era, Orlando/FL 1998

- Bowker, Mike: Russian foreign policy and the end of the Cold War, 1. Aufl., London 2000
- Buszynski, Leszek: Russian Foreign Policy after the End of the Cold War, 1. Aufl., Westport 1996
- Carnegie Endowment for International Peace (Hrsg.): U.S.-Russian Relations at the turn of the century, 1. Aufl., Washington D.C. 2000
- Cooper, Leo: Russia and the world, 1. Aufl., London 1999
- Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch-das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, 2. Aufl., München 1993
- Freedman, L./ Karsh, E.: The Gulf Conflict, Faber, London 1990/91
- Geworkjan/Kolesnikow/Timakowa: Aus erster Hand-Gespräche mit Wladimir Putin, 1. Aufl., München 2000
- Gorbatschow, Michail: Perestroika, 1. Aufl., New York 1989
- Hartmann, Jürgen: Internationale Beziehungen, 1. Aufl., Opladen 2001
- Hennis, W.: Politik und praktische Philosophie, 1. Aufl., Neuwied/Berlin 1963
- Heyward, Isham: Russia's Fate through Russian Eyes, 1. Aufl., Boulder 2001
- Hulsman, John C.: A Paradigm for the New World Order, 1. Aufl., London/New York 1997
- Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen, 4. Aufl., München 1998
- Kanet, R./ Kozhemiakin, A. (Hrsg.): The Foreign Policy of the Russian Federation, 1. Aufl., New York 1997
- Kissinger, Henry A.: Die sechs Säulen der Weltordnung, 1. Aufl., Berlin 1992
- Kissinger, Henry A.: Die Vernunft der Nationen, 1. Aufl., Berlin 1994
- LaFeber, Walter: America, Russia and the Cold War, 1945 – 1996, 8. Aufl., New York 1997
- Morgenthau, H.: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963
- Nagy, Piroška: The Meltdown of the Russian State, 1. Aufl., Cheltenham 2000
- Neack/Hey/Haney: Foreign policy analysis. Continuity and change in its second generation, 1. Aufl., Englewood Cliffs/New Jersey 1995
- Rahr, A./Krause, J.: Russia's New Foreign Policy, 1. Aufl., Bonn 1995
- Rahr, Alexander: Wladimir Putin, 1. Aufl., München 2000
- Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin, 1. Aufl., Frankfurt/Main 1997

- Shearman, Peter (Hrsg.): Russian Foreign Policy since 1990, 1. Aufl., Boulder 1995
- Shiraev, E./Zubok, V.: Anti-Americanism in Russia, 1. Aufl., Palgrave New York 2000
- Stadelbauer, Jörg: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Darmstadt: wiss. Buchgesellschaft Bd. 41, 1996
- Surovell, Jeffrey: Capitalist Russia and the West, 1. Aufl., Aldershot 2000
- Trofimenko, Henry: Russian National Interests and the Current Crisis in Russia, 1. Aufl., Aldershot 1999
- Wagensohn, Tanja: Russland nach dem Ende der Sowjetunion, 1. Aufl., Regensburg 2001
- Wagensohn, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin, 1. Aufl., Baden-Baden 2000
- Zoellick, R./Zellikow, Ph. (Hrsg.): America and Russia-Memos to a President, 1. Aufl., New York 2000

- Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
 - ♦ Alexandrova, O.: Entwicklung der außenpolitischen Konzeptionen Russlands, BIOst 13/1993
 - ♦ Bazhanov, Yevgeni: Russia's Changing foreign policy, BIOst 30/1996
 - ♦ Hoppe, H.-J.: Russland und der Jugoslawienkonflikt, BIOst 14/1997
 - ♦ Liparit, K.: Der chinesische Faktor in Russlands Ostasienpolitik. Teil II: „Strategische Partnerschaft“ oder kollektives Sicherheitssystem. BIOst, Nr. 26/1997
 - ♦ Oschlies, W.: (Kon)Föderation – Bosnien-Herzegowina?, BIOst 14/1994
 - ♦ Schneider, E.: Die russische Staatsdumawahl 1999, BIOst 03/2000
 - ♦ Schneider, E.: Präsident Putin: Aufstieg zur Macht und erste innenpolitische Schritte, BIOst 29/2000
 - ♦ Timmermann, H.: Russland und die internationalen europäischen Strukturen, BIOst 29/1999
 - ♦ Tschugrow, S.: „Irrungen – Wirrungen. Die Kurilenfrage und die russisch-japanischen Beziehungen“, BIOst 20/1999
 - ♦ von Borcke, A.: Russland und die Irak-Krise 1997/1998, BIOst 36/1998

- ♦ Wacker, G.: „Ein Anzug zum Hineinwachsen“ – Russland im asiatisch-pazifischen Raum, BIOst 39/1999
 - ♦ Weiss G.: Die russische Föderation zwischen imperialer Versuchung und legitimer Interessenpolitik – Zur westlichen Kritik an der russischen Außen- und Sicherheitspolitik, BIOst 23/1995
 - ♦ Will, G.: Russlands Südostasienpolitik, BIOst 40/1997
- Internationale Politik
 - ♦ Chladek, T.: Kommentar zu „Dokumente zu den Beziehungen Russlands mit dem Westen, in: Internationale Politik 05/2000
 - ♦ Luchterhandt, O.: „Starker Staat“ Russland – Putins ehrgeiziges Programm, in: Internationale Politik 05/2000
 - ♦ Puschkow, A.: Zur Partnerschaft verurteilt? Russland und die USA nach dem Kosovokrieg, in: Internationale Politik, Analysen 09/1999
 - ♦ Vogel, H.: Charisma und Zweifel – Präsident Putin vor großen Herausforderungen, in: Internationale Politik 10/2001
 - ♦ Vogel, H.: Gesicherte Partnerschaft NATO-Russland?, in: Internationale Politik, 07/1998
- Osteuropa
 - ♦ Adomeit, H.: Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Russlands, in: Osteuropa 4/5 2001
 - ♦ Baur, J.: Russische Außen- und Sicherheitspolitik: Entwicklungen und Tendenzen, in: Osteuropa 03/1999
 - ♦ Halbach, U.: Zwischen „heißen Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“ – Russlands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa 4/5 2001
 - ♦ Kanet, R.: Zwischen Konsens und Konfrontation. Russland und die Vereinigten Staaten, in: Osteuropa 4-5/2001
 - ♦ Schröder, H.-H.: „...it's good for America, it's good for Europe, and it's good for Russia...“, in: Osteuropa 02/98
 - ♦ Thurnherr, W.: Von der Partnerschaft mit dem Westen zur neuen Realpolitik – Ausblick auf die russische Außenpolitik nach dem Rücktritt von A. Kosyrev, in: Osteuropa 05/1996
 - ♦ Umbach, F.: Russland und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa 04-05/2001

- Sonstige Zeitungen / Zeitschriften
 - ♦ Freedman, R.: Russian-Iranian Relations, in: The Soviet and Post-Soviet Review, Bd. 25 Nr. 3
 - ♦ Freedman, R.O.: Moscow and the Gulf War, in Problems of Communism, Vol XL, No. 4
 - ♦ Gornostaev, D., in Nezavisimaja Gazeta, 21.11.1997, zitiert in: Interfax, 22.11.1997; Fernseh- und Hörfunkspiegel (Ausland), 29.01.1998
 - ♦ ITAR-TASS, 23.07.1994, zitiert nach Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 25.07.1994
 - ♦ ITAR-TASS, 30. 01.1993, zitiert in: Crow, Suzanne: Russia adopts a more active foreign policy, in RFE/RL Research Report, Vol. 2, No. 12, 19.03.1993, S.1-6
 - ♦ James, D.: Iranian President wants strong ties with Russia, in: Washington Times, 08.09.2000
 - ♦ Kulagin, Vladimir: I asked the Topol Missile – Putin’s words: a hint or a threat?, in: Novaya Gazeta No. 45, zitiert in: CDI Russia Weekly No. 161, 06.07.2001
 - ♦ Marantz, P.: Neither adversaries nor partners: Russia and the West search for a new relationship, in: International Journal, Vol. XLIX, No. 4
 - ♦ Russia says no arms for Teheran, in: New York Times 06.12.2000
 - ♦ SINUS Moskau 1996- Gesellschaft für Sozialwissenschaften und Marktforschung Moskau
 - ♦ The Arms Control Association, Fact Sheet, 19.06.1992
 - ♦ The World Bank Development Report 1996
 - ♦ Top arms inspector to rely on UN in Iraq, in: New York Times, 05.02.2000
 - ♦ Vishniakov, V.: Russian-Iranian Relations and regional stability, in: International affairs, Moscow 01/1999
 - ♦ Webber, Mark: The international Politics of Russia and the Successor States, Manchester University Press, Manchester/New York, 1996
 - ♦ Xinhua, 25.08.1999, zitiert nach SWB FE/3624 (27.08.1999), G/2-4

Jan Siebel

Information Warfare
Das Gefechtsfeld der Zukunft?

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1. Der Begriff des *Information Warfare*-Versuch einer Definition

2. *Information Warfare* und die moderne Informationsgesellschaft

2.1 Bedrohungen durch *Information Warfare*

2.1.1 Kritische Infrastrukturen

2.1.2 Bedrohungsszenarien

2.2 Kategorien von *Information Warfare*

2.3 Vorteile eines geführten *Information Warfare*

3. Einsatzformen von *Information Warfare*

3.1 *Command and Control Warfare*

3.1.1 Angriffe auf Kommandeure bzw. Kommandozentralen

3.1.2 Angriffe auf Kommandomittel

3.1.3 Effektivität des C2W

3.2 *Intelligence-Based Warfare*

3.2.1 Offensiver *Intelligence-Based Warfare*

3.2.2 Defensiver *Intelligence-Based Warfare*

3.3 *Electronic Warfare*

3.3.1 Antiradar

3.3.2 Angriffe auf Fernmeldekomponenten

3.3.3 Kryptografie

3.4 *Psychological Warfare*

3.4.1 Operationen gegen die öffentliche Meinung

3.4.2 Operationen gegen gegnerische Truppen

3.4.3 Operationen gegen gegnerische Kommandeure

3.4.4 Operationen gegen das kulturelle Bewusstsein

3.5 *Hacker Warfare*

3.6 *Economic Information Warfare*

3.6.1 Informationsblockade

3.6.2 *Information Imperialism*

3.7 *Cyberwarfare*

3.7.1 *Information Terrorism*

3.7.2 Semantische Attacken

3.7.3 *Simula-Warfare*

3.7.4 *Gibson-Warfare*

4. Angriffsmethoden im *Information Warfare*

4.1 Hardwareseitige Angriffsmethoden

4.1.1 Elektromagnetische Impulse

4.1.2 Elektronische Störsender

4.1.3 *Chipping*

4.1.4 Nanomaschinen und Mikroben

4.2 Softwareseitige Angriffsmethoden

4.2.1 Computerviren

4.2.2 Logische Bomben

4.2.3 Würmer

4.2.4 Trojanische Pferde

4.2.5 Falltüren

4.2.6 Denial of Service-Attacken

5. Schutz- und Abwehrmaßnahmen

5.1 Firewall

5.2 *Intrusion Detection- / Intrusion Response-Systeme*

5.3 Digitale Signatur

6. Völkerrechtliche Aspekte eines geführten *Information Warfare*

Schlusswort

Abkürzungen

Literatur- und Internetquellenverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Vorwort

Information Warfare ist seit Beginn der 90er Jahre ein Thema, was immer wieder von Politikern, Militärs, Nachrichtendiensten und den Medien aufgegriffen wird. Geprägt wurde dieser Ausdruck von amerikanischen Militärs, die in *Information Warfare* die Bedrohung und das Gefechtsfeld der Zukunft sehen.

Fragt man Laien, was sie unter *Information Warfare* verstehen, so bekommt man als Antwort, dass dies der Angriff auf Computernetzwerke und –systeme sei. Sogenannte Hacker würden in fremde Computersysteme eindringen, geschützte Informationen stehlen oder ein Programm (Virus, usw.) zur Schädigung des Systems installieren.

Dass *Information Warfare* weitaus mehr ist und auch konventionelle Angriffsmethoden beinhaltet, wissen die wenigsten. Zunächst nahmen sich nur amerikanische Experten dieses Themas an und auch heute noch ist der überwiegende Teil der Literatur aus dem amerikanischen Raum. Seit Mitte der 90er Jahre befassen sich auch zunehmend deutsche Institutionen wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Bundeswehr oder der Bundesnachrichtendienst (BND) - im Jahr 2000 veranstaltete dieser ein öffentliches Symposium - mit dem Thema.

Wie definiert man *Information Warfare*? Ist *Information Warfare* überhaupt eine Bedrohung für uns? Welche Formen gibt es? Was sind Angriffsmethoden und wie kann man sich wirksam verteidigen? Auf diese Fragen möchte ich im Rahmen dieser Arbeit eingehen.

Jan Siebel

1. Der Begriff des *Information Warfare* - Versuch einer Definition

„*Information Warfare*“¹ (IW) bedeutet wörtlich ins Deutsche übersetzt „Informationelle Kriegführung“ - doch was ist darunter zu verstehen? Ist darunter der Kampf **um** Informationen oder der Kampf **mit** Informationen gemeint? Handelt es sich um eine gänzlich neue Form der Kriegführung oder ist es nur eine Kriegführung mit neuartigen Mitteln? Wer kann einen Informationskrieg führen und welche Mittel sind dazu nötig?

Mittlerweile gibt es in der Literatur eine Vielzahl von Definitionen des IW, wovon ich hier einige kurz vorstellen möchte. Dabei ist anzumerken, dass sich innerhalb der Streitkräfte, staatlichen Institutionen und Think Tanks noch keine einheitliche Definition von IW durchgesetzt hat.

Ronald Fogleman² grenzt IW zunächst einmal vom „*Information Age Warfare*“, das heißt von der Kriegführung mit Mitteln der Informationstechnik, die nur zur Unterstützung von Kampfoperationen verwendet werden, ab. Seiner Meinung nach sind heutzutage fast alle militärischen Geräte mehr oder weniger informationstechnisch ausgerüstet, angefangen bei einfachen automatischen Zielvorrichtungen für Gewehre bis hin zu den komplexen Computersystemen in Kampfflugzeugen. Von IW spricht er nur, wenn die Information selbst als eigenständiger Bereich der Kriegführung betrachtet wird. Diese allein stellt für ihn sowohl Waffe als auch lukratives Ziel dar.

¹ In der Literatur werden auch folgende Synonyme verwendet: Cyberwar, Cyberkrieg, Informationskrieg.

² Fogleman, Ronald R.; Widnall, Sheila E.: Cornerstones of Information Warfare. United States Air Force: <http://www.af.mil/lib/corner.html>, Stand: 31.10.2001

Innerhalb des Bundesnachrichtendienstes wird IW wie folgt definiert:

*„Information Warfare (IW) ist der Kampf um und mit Informationen.
IW ist insbesondere die Gesamtheit aller Maßnahmen, die dem
Schutz der eigenen*

- *Informationen*
- *auf Informationen basierenden Prozesse sowie*
- *Informationstechnik selbst dienen*

oder die auf gegnerische

- *Informationen*
- *auf Informationen basierenden Prozessen sowie*
- *Informationstechnik einwirken.“*

Der Bundesnachrichtendienst zählt also nur den Kampf um **und** mit Informationen zu IW.

Dietrich Cerny versteht unter IW „die Austragung von Konflikten zwischen Parteien [...], wobei für die Durchsetzung ihrer jeweiligen Absichten Mittel der Informationstechnik zur Störung, Lähmung oder Zerstörung der Informationsversorgung der gegnerischen Partei und ihrer lebenswichtigen Informations- und Kommunikationssysteme eingesetzt werden.“³

Die amerikanische Luftwaffe definiert IW als jegliche Aktivität, um Informationen des Gegners auszuwerten, zu bestreiten, zu verfälschen oder zu

³ Cerny, Dietrich: Information Warfare: Eine neue Bedrohung für Staat und Wirtschaft?
Bonn: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik:
<http://www.bsi.bund.de/literat/tagungsb/cerny.htm>, Stand: 16.01.2001

zerstören, während die eigenen Informationen gegen ähnliche Maßnahmen geschützt und für die militärischen Operationen genutzt werden.⁴

Shen Weiguang definiert IW als *„eine Auseinandersetzung, bei der kampfbereite militärische (aber auch politische, wirtschaftliche, kulturelle und technologische) Einheiten gewaltsam die Infosphäre besetzen und einander die Informationsressourcen streitig machen.“*⁵ Er unterscheidet weiterhin zwischen strategischem und taktischem Informationskrieg. Unter strategischem IW versteht er *„einen Krieg außerhalb des durch Waffengewalt gekennzeichneten Gefechtsfeldes.“*⁶ Angriffsziel ist hier der Geist, das Denken des Gegners, vor allem jener Bereich, in dem Entscheidungen gefällt werden. Der taktische IW ist für ihn *„der Krieg zur Erlangung der Kontrolle über relevante Informationen, wobei die Information an sich das wesentliche Kriegsinstrument darstellt. Ziel ist es, die gegnerischen Aufklärungs- und Informationssysteme anzugreifen.“*⁷

Gebhard Geiger versteht IW als Form der strategischen Kriegführung, die *„sich auf Mittel und Methoden der nichtphysischen Zerstörung der Funktionsfähigkeit ziviler und militärisch genutzter C4I-Systeme (= Command, Control, Communication, Computer, Intelligence) stützt.“*⁸ Interessant bei dieser Definition ist das Ausschließen physischer Zerstörung (Bomben, Raketen etc.), was bedeutet, dass jegliche Art konventioneller Kriegführung für Geiger nicht zum IW zählt.

⁴Vgl. USAF Fact Sheet 95-20: Information Warfare zit. nach Ansorge, Peter, Streibl, Ralf E.: Schöner neuer Krieg: Information Warfare - Der neue saubere Krieg ohne Schrecken? aus: Krämer, J.; Richter, J.; Wendel, J.; Zinmeister, G. (Hrsg.): Schöne neue Arbeit. Die Zukunft der Arbeit vor dem Hintergrund neuer Informationstechnologien. Mössingen-Talheim: Talheimer, 1997, S. 268

⁵Weiguang, Shen: Der Informationskrieg. zit. nach Oetli, Philipp: Was ist Information Warfare. <http://www2.snm-hgkz.ch/~philipp/infowar/infowar.htm>, Stand: 16.01.2002

⁶Ebd.

⁷Ebd.

⁸Geiger, Gebhard: ‚Cyberwar‘ und neue Strukturen der internationalen Sicherheit. Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, 1997 zit. nach Oetli, Philipp: a. a. O.

John Arquilla und David Ronfeldt verstehen unter Cyberkrieg „*die informationsbezogene Durchführung bzw. Vorbereitung von Militäreinsätzen, das heißt, die Unterbrechung oder besser Zerstörung der für das Selbstverständnis des Gegners unerlässlichen Informations- und Kommunikationssysteme [...]*“⁹

Gerfried Stocker sieht als ultimatives Angriffsziel im Cyberwar die globale Informationsstruktur. Bei IW geht es für ihn „*um die Terminierung der Computer- und Kommunikationssysteme, Auslöschung der Datenbanken, Zerstörung der Kommando- und Kontrollsysteme des Gegners.*“¹⁰ Des Weiteren ist für ihn der „*Zugriff auf zivile Informations- und Kommunikationssysteme zum Zwecke der Beeinflussung der Bevölkerung*“¹¹ von Bedeutung. Interessant ist hierbei, dass er IW in eine nach außen und eine nach innen gerichtete Komponente unterscheidet und somit auch die Beeinflussung des öffentlichen Meinungsbildes innerhalb eines kriegführenden Staates unter den Begriff des IW subsumiert.

Die *United States Joint Chiefs of Staff* definieren IW wie folgt:

*„Actions taken to achieve information superiority by affecting adversary information, information-based processes, information systems and computer-based networks while defending one’s own information, information-based processes, information systems and computer-based networks.“*¹²

⁹Arquilla, John; Ronfeldt, David: *Information. Macht. Krieg: Ars Electronica '98*, Bd. 2. Wien: Springer, 1998, S. 31 zit. nach Oetli, Philipp: a. a. O.

¹⁰Stocker, Gerfried: *Information. Macht. Krieg: Ars Electronica '98*, Bd. 1. Wien: Springer, 1998, S. 22 zit. nach Oetli, Philipp: a. a. O.

¹¹Ebd.

¹²Committees of the North Atlantic Assembly: *Non-Lethal Weapons, Draft General Report*, von Lord LYELL (General Rapporteur). zit. nach Bertges, Florian; Hauck, Andreas: *Information Warfare -Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft*. München: Universität der Bundeswehr, 2000, S. 9. <http://www.rz.unibw-muenchen.de/~s51bcoll/Seminararbeiten2000.htm>, Stand: 22.11.2001

Auch hier wird wieder der grundsätzlich duale Charakter des IW in den Vordergrund gestellt. Zum einen werden Handlungen, die offensiv gegen gegnerische Informationen, informationsbasierte Systeme und Computernetzwerke gerichtet sind dem IW zugeschrieben. Zum anderen zählen auch alle Handlungen, die defensiv zum Schutz der eigenen Systeme dienen zu IW.

Das britische Nachrichtenmagazin *The Economist* ergänzt die bereits aufgeführten Definitionen durch eine explizite Aufzählung möglicher Einsatzarten:

„Information Warfare could mean disabling an enemy by wrecking his computing, financial, telecommunication or traffic control systems. The relevant weapons might be computer viruses, electromagnetic impulses, microwave beams, well-placed bombs or anything that can smash a satellite.“¹³

Was ist nun IW? Die aufgeführten Definitionen setzen unterschiedliche Schwerpunkte. Allen gleich sind nur die Angriffsmittel: alle Arten der Informationstechnologie und das Angriffsziel: Informationsüberlegenheit. Interessant ist auch, dass sich die Definitionen von IW nicht mehr unmittelbar auf die Streitkräfte beziehen. Somit stehen nicht mehr nur die Streitkräfte eines Gegners im Mittelpunkt der Kriegführung, sondern die gesamte Gesellschaft eines Staates. Szafranski unterscheidet dann auch in seiner „*Theory of Information Warfare*“ zwischen „*War*“ und „*Warfare*“. *Warfare* setzt dabei für ihn nicht unbedingt einen Krieg voraus und ist auch nicht nur auf zwischenstaatliche Auseinandersetzungen beschränkt. „*Jede tödliche und nichttödliche Aktivität zur Unterwerfung des feindlichen Willens eines Feindes oder Gegners*“¹⁴ zählt für ihn zum IW.

¹³Ebd.

¹⁴Szafranski, Richard: *A Theory of Information Warfare*. Preparing for 2020 zit. nach An-sorge, Peter, Streibl, Ralf E.: a. a. O.

Einige Definitionen, wie z. B. die von Gebhard Geiger, sind meiner Meinung nach zu eng gefasst. Der Ausschluss physischer Zerstörung von Informationssystemen und -strukturen grenzt IW zu sehr ein und beschränkt ihn auf die rein elektronischen Angriffsmethoden. Zusammenfassend würde ich IW wie folgt eingrenzen:

Information Warfare ist der Kampf zweier (oder mehrerer) Akteure um politische und militärische Informationsüberlegenheit nach innen und außen, sowie deren Schutz, unter Zuhilfenahme aller zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Mittel der konventionellen Kriegführung.

Diese Eingrenzung soll die Grundlage für die weitere Betrachtung des IW im Rahmen dieser Arbeit sein. Unter Akteuren sind dabei sowohl die traditionellen Nationalstaaten als auch Nichtregierungsorganisation (dazu zählen auch Terrororganisationen wie IRA, ETA, HAMAS, Al-Qaida usw.) nationaler und internationaler Art zu verstehen, sofern sie politische oder militärische Ziele verfolgen. Ausgeschlossen sind damit sowohl Wirtschaftsunternehmen, die ihre Konkurrenz ausspionieren oder durch Angriffe auf deren Computersysteme schädigen wollen, als auch einzelne Privatpersonen (sogenannte Hacker), die sich der Mittel und Möglichkeiten des IW bedienen, solange sie nicht von nationalen oder internationalen Akteuren dafür bezahlt werden bzw. für diese unentgeltlich tätig werden.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele müssen dabei nicht nur Mittel und Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologie) verwendet werden. Konventionelle Angriffsmethoden (hierzu gehört auch die ABC-Kriegführung) zählen ebenfalls zu IW, sofern sie dem Zweck der Erreichung der politischen oder militärischen Informationsüberlegenheit dienen. Somit ist unter IW sowohl die Bombardierung einer Telefonvermitt-

lungszentrale zu verstehen, als auch die Zerstörung der Software mittels eines Virenangriffes. Der Schutz der Vermittlungszentrale gegenüber Luftangriffen ist ebenso IW wie die Benutzung eines Antiviren-Programmes zum Schutz der Software.¹⁵

2. *Information Warfare* und die moderne Informationsgesellschaft

IW ist eigentlich nichts Neues: Der Kampf um Informationsüberlegenheit gehörte schon immer zu einem der wichtigsten strategischen Ziele kriegsführender Staaten. Das Wissen um die militärische Stärke des Gegners oder seiner nächsten Angriffsziele ist seit jeher mit kriegsentscheidend gewesen. Nur wer über ein Höchstmaß an Informationen über den Gegner, seine Stärken und Schwächen, seine Absichten und Ziele, seine Waffen und Informationen kannte, konnte sich einen gewissen Vorsprung bei der eigenen Operationsplanung und -durchführung sichern und so seine Siegchance erhöhen.

Neu bei IW sind die Mittel und Möglichkeiten der IuK-Technologie, die erst seit wenigen Jahren durch die zunehmende Vernetzung und Technisierung unserer Gesellschaft gegeben sind und so noch nie zuvor bestanden haben. Informationsüberlegenheit kann heute durch das Eindringen in zivile und militärische Computersysteme erlangt werden, ohne dass der Gegner davon etwas bemerkt.

Zunehmend revolutionieren informationselektronische Militärtechnologien auch die Bedingungen des Streitkräfteeinsatzes. Insbesondere die integrierten Aufklärungs-, Führungs- und Informationssysteme, die für die Erstellung eines umfassenden Lagebildes verantwortlich sind, sind davon betroffen. Hinzu kommen neue elektronisch gesteuerte Präzisionswaffen und die Vernetzung aller militärischen Mittel und Fähigkeiten

¹⁵ Vgl. Fogleman, Ronald R.; Widhall, Sheila E.: Cornerstones of Information Warfare. United States Air Force: <http://www.af.mil/lib/corner.html>, Stand 31.10.2001

zu einem räumlich, zeitlich und organisatorisch kohärenten Streitkräfteverbund.¹⁶

Daneben treten neue Formen und Möglichkeiten der „Informationsdominanz“ einer Konfliktpartei. Medien lassen sich gezielt dazu einsetzen, das Bild des sicherheitspolitischen Verhaltens einer Konfliktpartei in der Öffentlichkeit zu manipulieren. Dies hat beträchtliche Rückwirkungen auf den Streitkräfteeinsatz eines Landes oder Bündnisse wie der NATO.¹⁷

Zu Beginn des 21. Jahrhundert gründet sich unsere Gesellschaft im zunehmenden Maße auf die Mittel der modernen IuK-Technologie. Mobilfunk und Internet, Computer und die allgemeine Digitalisierung unseres Lebensumfeldes (digitales Radio und Fernsehen, E-Books, usw.) sind aus allen Lebensbereichen unserer westlichen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie spielen sowohl im zivilen als auch im militärischem Umfeld eine entscheidende Rolle.

Streitkräfte sind seit jeher auf die Unterstützung ziviler Einrichtungen (Transport und Verkehrswesen, Energie- und Treibstoffversorgung, Telekommunikationsdienste) angewiesen. In unserer modernen Informationsgesellschaft hat sich diese Abhängigkeit noch weiter gesteigert. Dies ist vor allem auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: Erstens verwendet das Militär zunehmend aus Kostengründen handelsübliche Informationstechnologien¹⁸, auf die Entwicklung eigener Hard- und Software wird verzichtet; es findet allenfalls noch eine zweckspezifische Anpassung statt und zweitens werden zu-

¹⁶ Vgl. Geiger, Gebhard (Hrsg.): Sicherheit der Informationsgesellschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000, S. 13

¹⁷ Ebd. S. 14; siehe auch den Abschnitt 3.4 *Psychological Warfare*

¹⁸ In der englischsprachigen Fachliteratur wird dafür der Begriff „*Commercial Off the Shelf (COTS)*“ verwendet.

nehmend elementare Bereiche des Militärs durch sogenanntes „outsourcing“ in den zivilen Sektor verlagert.¹⁹

Am Beispiel der Bundeswehr sollen die Verbindungen zwischen zivilen und militärischem Bereich näher betrachtet werden.²⁰

So nutzt die Bundeswehr ISDN-Strecken der Deutschen Telekom AG (DTAG) für ihr militärisches Fernmeldenetz (sog. ISDNBw). Die Schaltstellen, aber auch die Vermittlungsstellen für ISDNBw-interne Gespräche werden dabei von der Bundeswehr unter eigener Kontrolle betrieben, ebenso die Übergänge zwischen ISDNBw und öffentlichem ISDN-Netz der DTAG. Eine Zugriffsmöglichkeit von Seiten der DTAG, und somit eine eventuelle Manipulation oder Sabotage, ist somit ausgeschlossen. Der überwiegende Teil der Übertragungskapazitäten innerhalb des ISDNBw wird jedoch von der DTAG angemietet und die verwendete Schaltstellen- und Vermittlungs-Hard- und Software ist fast ausschließlich kommerzieller Natur. Ein Ausfall des öffentlichen DTAG-Netzes würde somit zumindest eine Einschränkung im bundeswehrinternen Kommunikationsnetz nach sich ziehen. Mögliche Schwachstellen in der kommerziellen Hard- und Software sind allgemein bekannt und können so ebenfalls für IW-Angriffe genutzt werden.

Ein anderes Beispiel für die Abhängigkeit der Bundeswehr ist die Energieversorgung. Die Versorgung fester Einrichtungen erfolgt heute fast ausschließlich durch zivile Elektrizitätswerke. Notstromversorgungen sind zwar für sensible Einrichtungen vorhanden, doch diese können nur für eine begrenzte Zeit Energieausfälle überbrücken. Zudem sind diese Generatoren nur bedingt für den Anschluss empfindlicher informationstechnischer Anla-

¹⁹Vgl. Geiger, Gebhard: Sicherheit der Informationsgesellschaft. a. a. O., S. 14

²⁰Vgl. Jantsch, Susanne: Die Bedrohung der nationalen Informationsinfrastruktur und mögliche Auswirkungen auf den Einsatz der Streitkräfte. In: Geiger, Gebhard: Sicherheit der Informationsgesellschaft. a. a. O., S. 127 ff.

gen geeignet. Die Auswirkungen eines Energieausfalls treffen also sowohl den militärischen als auch den zivilen Bereich.

Ein weiterer militärisch wichtiger Bereich ist das Transport- und Verkehrswesen. Auch hier stützt sich die Bundeswehr zunehmend auf zivile Dienstleistungsanbieter. Dies beginnt bei Transportdienstleistungen sowohl für den Personen- als auch Gütertransport, geht weiter bei der Truppenversorgung und des Nachschubes bis hin zur Belieferung mit Rüstungsgütern. Die Koordinierung dieser Versorgungswege ist heute ohne leistungsfähige informationstechnische Unterstützung nicht mehr möglich.

Durch die zunehmende Bedeutung funktionierender ziviler IuK-Systeme führen Störungen und Fehlfunktionen in kritischen Systemen²¹ zu großen Problemen, vom einfachen Datenverlust im privaten oder beruflichen Umfeld bis hin zu wirtschaftlichen Krisen beim Ausfall von Börsensystemen und der Schwächung der Verteidigungsfähigkeit eines Landes.

Genau diese Abhängigkeit unserer Informationsgesellschaft von funktionierenden IuK-Systemen macht die informationelle Kriegführung so gefährlich. Eingriffe in die Informationssysteme, gleichgültig ob zivilen oder militärischen Ursprungs, bergen für unsere moderne Gesellschaft ein enormes Bedrohungs- und Zerstörungspotential, das eine wirksame Verteidigung und einen effektiven Schutz gegen solche Angriffe notwendig macht. Gleichwohl bietet sich natürlich auch die Gelegenheit zum offensiven Einsatz dieser Möglichkeiten an. Informationen gelten als Schlüssel zur Erlangung von Vormachtstellungen, etwa im wirtschaftlichen Bereich zwischen konkurrierenden Unternehmen. Auf der staatlichen Ebene spielt

²¹ „Die Infrastrukturen staatlicher wie nichtstaatlicher Organisationen werden als kritisch bezeichnet, wenn Einschränkungen ihrer Funktionsfähigkeit dazu führen, dass wichtige Aufgaben einer Gesellschaft oder in einem Unternehmen nicht mehr wahrgenommen und damit wesentliche Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können.“ (Geiger, Gebhard: Sicherheit der Informationsgesellschaft. a. a. O., S. 11)

renden Unternehmen. Auf der staatlichen Ebene spielt die Information eine ebenso entscheidende Rolle, wenn es beispielsweise um die Verteidigung von Einflussphären oder die Erschließung von Rohstoffquellen geht.

Das Kriegsbild des IW unterscheidet sich somit wesentlich von den konventionellen, tradierten Konfliktmustern. Ein Angreifer kann jederzeit ohne Vorwarnung und ohne den Einsatz militärischer Mittel, kritische zivile Funktionsprozesse, wie z. B. in der Telekommunikation, der Energieerzeugung, dem Banken- oder Verkehrswesen, stören bzw. zerstören. Ein weiterer Unterschied von *Information Warfare* zu *Conventional Warfare*²² ist der Bereich der Anwendbarkeit. IW ist jederzeit, auch außerhalb militärischer Konflikte, gegen jeden Gegner einsetzbar, wohingegen die konventionelle Kriegführung immer als letztes Mittel der Politik angesehen wird.

IW gewinnt durch diese wesentlichen Unterschiede eine neue Dimension, die den revolutionären Charakter dieser Art von Kriegführung ausmacht.

2.1 Bedrohungen durch *Information Warfare*

1995 wurden ca. 250 000 Hackerangriffe allein auf die Informationssysteme des amerikanischen Verteidigungsministeriums verübt²³ und der ehemalige Chef der FBI *Computer Security Section*, Jim Settle, formulierte das Ausmaß der Bedrohung so: „*You bring me 10 hackers and within 90 days I'll bring this country [USA] to its knees.*“²⁴

Einem potenziellen Angreifer bieten sich heutzutage eine Vielzahl von Angriffsmöglichkeiten an, was auf die immer zentralere Rolle von Informations- und Kommunikationssystemen (IuK-Systemen) in unserer Gesell-

²² Konventionelle Kriegführung (mit Panzern, Artillerie, Kampfflugzeugen und -schiffen, hier aber auch ABC-Waffen)

²³ Vgl. *Military Information Operations in a Conventional Warfare Environment*, Air Power Studies Center zit. nach Ansorge, Peter; Streibl, Ralf E.: a. a. O.

²⁴ Ebd.

schaft zurückzuführen ist. Die Einbindung der neuen IuK-Technologien in globale Telekommunikationsnetze, wie das Internet, schafft eine Struktur, die einen globalen Datentransfer ohne zeitliche oder räumliche Restriktionen erlaubt. Diese Möglichkeit stellt den Kern dessen dar, was unter den Begriff der „Informationsgesellschaft“ subsumiert wird. Zusammengenommen ergeben alle IuK-Systeme eines Staates die „Nationale Informationsinfrastruktur“. Diese Infrastruktur ist Voraussetzung für das Funktionieren eines modernen Staates, seiner Wirtschaft und das Zusammenleben seiner Bürger.

Grundsätzlich sind jedoch alle Informationen und Datenverarbeitungsprozesse, die über elektronische Netze laufen, potenziellen gegnerischen Angriffen ausgesetzt.²⁵

2.1.1 Kritische Infrastrukturen

Brian C. Lewis zählt zu den sensibelsten Bereichen unserer Gesellschaft:

- die Energieversorgung
- die Kommunikationsinfrastruktur
- das Finanzwesen und
- das Verkehrswesen.²⁶

²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag: Vierter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ zum Thema Sicherheit und Schutz im Netz, Drucksache 13/11002, Bonn 1998, S. 30

²⁶ Vgl. Brian C. Lewis: Information Warfare. Washington D.C.: Federation of American Scientist: <http://www.fas.org/irp/eprint/snyder/infowarfare.htm>, Stand 09.10.2001

In einem Bericht der *President's Commission on Critical Infrastructure Protection (PCCIP)*²⁷ werden diese Bereiche näher charakterisiert:²⁸

Zur **Energieversorgungsinfrastruktur** werden Einrichtungen zur Produktion von Energie (Elektrizitätswerke, Ölraffinerien, Gaswerke usw.) und zu ihrer Verteilung (Stromnetze, Pipelines, Pumpstationen) gezählt. Zur Gewährleistung einer gleichbleibenden Versorgung und zur effizienten Ausnutzung der Ressourcen ist diese Infrastruktur auf überregionale und sogar internationale Verbundsysteme angewiesen. Solche Verbundsysteme sind ohne entsprechende informationstechnische Steuerung nicht mehr funktionsfähig. Der Ausfall der Energieversorgung - insbesondere der Versorgung mit Elektrizität - bedeutet im wesentlichen einen Stillstand der wirtschaftlichen Produktionsprozesse und eine empfindliche Störung beinahe aller Bereiche des Lebens einer Gesellschaft.

Die **Kommunikationsinfrastruktur** umfasst neben den nationalen öffentlichen Kommunikationsnetzen auch das Internet und Rechner in der Wirtschaft, im akademischen Bereich, bei den Verwaltungen und in den Haushalten. Diese Infrastruktur ist Grundlage für die Verarbeitung und Übertragung von Informationen aller Art, ihr Ausfall schränkt wesentliche Funktionen und Dienstleistungen innerhalb der Gesellschaft ein oder verhindert sie.

Die **Infrastruktur des Finanzwesens** ist Voraussetzung für das Funktionieren unserer Wirtschaft. Der Zahlungsverkehr hat zunehmend internationale bzw. globale Dimensionen erreicht und baut im wesentlichen auf informationstechnische Systeme auf. Ihr Ausfall bedeutet eine Bedrohung der Fi-

²⁷ Dies ist eine vom amerikanischen Präsidenten Clinton 1996 eingerichtete Kommission, die sich mit der Entwicklung von Strategien zum Schutz kritischer Infrastrukturen befasst hat.

²⁸ Vgl. Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. In: Geiger, Gebhard: a. a. O., S. 23 ff.

nanzmärkte mit Auswirkungen auf die Volkswirtschaften in ihrer Gesamtheit als auch für den Einzelnen.

Zum **Verkehrswesen** zählen Autobahnen, Eisenbahnlinien, Häfen und Wasserwege, Luftwege, Pipelines sowie Nahverkehrssysteme und deren Einrichtungen (Bahnhöfe, Fluss- und Seehäfen, Schleusen, Flughäfen, Pumpstationen usw.). Ihre Verfügbarkeit und ihre ordnungsgemäße Arbeitsweise sind Voraussetzung für die Beförderung von Gütern und Personen. Die zunehmende Verkehrsdichte erfordert ein effizientes Management dieser Ressourcen und hat dazu geführt, dass informationstechnische Systeme zur Steuerung und Lenkung des Verkehrsflusses eingesetzt werden. Ein Ausfall dieser Systeme führt zu Behinderung von Produktionsprozessen in der Industrie (z. B. bei der „Just-in-time“-Produktion) und zur Unterbrechung der Versorgung der Wirtschaft und des privaten Bereichs mit notwendigen Gütern.

Als fünfter Bereich wird im Bericht der PCCIP noch zusätzlich die **Infrastruktur der lebenswichtigen Dienste** aufgeführt. Dazu zählen die Funktionsfähigkeit von Notdiensten (Polizei, Feuerwehr usw.) und die Dienste der staatlichen Verwaltung. Der Ausfall der zugehörigen informationstechnischen Systeme hat insbesondere Auswirkungen für den Einzelnen und erschwert die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Die Sicherstellung der Versorgung von Industrie und Bevölkerung mit Wasser wird ebenfalls zu diesem Infrastrukturbereich gezählt.

Wie bereits dargestellt, ist die Energieversorgung Grundlage unserer modernen Gesellschaft - ohne Elektrizität funktioniert keiner der anderen Bereiche. Daneben kommt jedoch der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur eine herausgehobene Stellung zu. Da sie querschnittliche Funktionen in allen anderen Bereichen wahrnimmt, stellt sie das Nervensystem der modernen Informationsgesellschaft dar und ist eine notwendige Voraus-

setzung für das reibungslose Funktionieren des Informationsaustausches zwischen den anderen Infrastrukturbereichen. Diese können zwar auch über ihre eigenen, aufgabengebundenen IuK-Systeme verfügen, in der Mehrzahl werden sie jedoch auf gemeinsame öffentliche Kommunikationsnetze zurückgreifen.²⁹

Vor allem die „sektoralen“ Infrastrukturen informationsgestützter Technologien bei der Energieversorgung und dem Verkehrswesen sind in den letzten Jahrzehnten durch eine ständige Erweiterung ihrer Funktionsbereiche gekennzeichnet. Ihre bisherige lokale Bedeutung hat sich, im Zuge der Globalisierung, zu einer regionalen, nationalen oder weltweiten Dienstleistungs- und Versorgungsaufgabe gewandelt. Dadurch entziehen sich diese Bereiche zunehmend der politischen Kontrolle und -im Angriffsfall - auch der Verteidigung durch den Staat.³⁰

Die Verletzbarkeit und mögliche Bedrohungen vernetzter Informationsinfrastrukturen sind mittlerweile wesentlich komplexer und daher, sowohl in begrifflicher als auch in praktischer Hinsicht, äußerst schwierig zu erfassen. Klassische Schutz- und Verteidigungsmaßnahmen (Aufklärung, Frühwarnung, Abschreckung, Vergeltung) sind im IW nahezu gegenstandslos. Die Sicherheitspolitik muss sich so vor allem auf passive Abwehrmaßnahmen im Bereich der Computer-, Netzwerk- und IT-Sicherheit stützen, die in Kapitel 5 näher vorgestellt werden.

2.1.2 Bedrohungsszenarien

Computersysteme werden heutzutage in allen Infrastrukturbereichen eingesetzt, sie steuern Heizungen und Verkehrsampeln, überwachen Kraftwerke und den Flugverkehr und helfen bei der Abwicklung von Finanzgeschäften.

²⁹ Vgl. Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. a. a. O., S. 25

³⁰ Vgl. Geiger, Gebhard: Sicherheit der Informationsgesellschaft. a. a. O., S. 11

Überall dort, wo diese Systeme miteinander vernetzt sind, bzw. wo sie eine Schnittstelle zur Außenwelt haben, kann IW betrieben werden.

In zahlreichen Ländern sind staatliche Untersuchungen erstellt worden, die die Schwachstellen der nationalen Informationsinfrastruktur aufdecken. Zumeist werden diese Analysen im Hinblick darauf, dass sie einem potentiellen Angreifer als Planungsgrundlage dienen könnten, unter Verschluss gehalten. Möglichkeiten und Folgen eines tatsächlich geführten IW auf das zivile Umfeld lassen sich aber auch mit ein wenig Phantasie selbst ausmalen.

Gelingt es einem Angreifer in die Verkehrsleitsysteme einer Großstadt wie Berlin einzudringen und alle Ampeln auf „Grün“ zu stellen, so wäre innerhalb kürzester Zeit ein Verkehrschaos gewaltigen Ausmaßes die Folge. Das Eindringen in die Regelungs- und Steuerungstechnik von Kraftwerken oder Staudämmen ist eine weitere Angriffsmöglichkeit. Ganze Landstriche können unter Wasser gesetzt werden, wenn ein Angreifer die Schleusen eines Staudammes öffnet. Noch beängstigender wäre ein Eingriff in die Regelungstechnik eines Kernkraftwerkes. Eine Abschaltung des Kühlungskreislaufes und eine darauf folgende Kernschmelze würde weite Landstriche radioaktiv verseuchen.

Für eine Übung der Bundeswehr im Herbst 2001 wurde folgendes Szenario erstellt:³¹ Um Deutschland zu zwingen, die militärischen Kontingente aus dem Kosovo zurückzuziehen, legt eine mafiose Gruppe die Computer eines Berliner Stromversorgungsunternehmens lahm. Während eine Eingreiftruppe aus Polizei, Telekom und Innenministerium versucht, den Schaden zu beheben, sabotieren die Angreifer weite Teile des Telefonnetzes. Speziell programmierte PCs blockieren durch Dauerwahl die Telefone, und ein

³¹ Vgl. Krach, Wolfgang; Mascolo, Georg; Schiessl, Michaela: Angst vor der @-Bombe. In: Der Spiegel 11/2001, S. 119

eingeschleuster Täter setzt letztendlich noch das Rechenzentrum einer Großbank außer Betrieb. Die Folgen dieses Angriffes „lösen über Folgewirkungen den vorübergehenden Zusammenbruch des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens aus.“³²

All diese Bedrohungsszenarien sind nicht unbedingt neu. Schon in früheren Kriegen wurden gezielt Staudämme³³ angegriffen. Neu am IW ist jedoch, dass eine physische Präsenz des Angreifers nicht mehr zwingend notwendig ist. Er muss nicht mehr vor Ort sein, um eine Staumauer zu sprengen. Mit Hilfe der Informationstechnik ist es ihm möglich, über Tausende von Kilometern hinweg sein Ziel zu erreichen, indem er in das Steuerungssystem eines Staudammes eindringt und den Befehl zum Öffnen der Schleusen gibt. Dadurch sinkt sein Entdeckungsrisiko und er bleibt anonym. Dem Angegriffenen wird es schwer fallen zu beweisen, dass ein anderer Staat dafür verantwortlich ist, viel mehr wird für einen Bedienungsfehler oder für eigenverantwortliches technisches Versagen sprechen.

Somit entsteht eine ganz neue Qualität von Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Es besteht erstmals in der Geschichte der Kriegführung die Möglichkeit, durch die Ausnutzung der Abhängigkeit von den IuK-Systemen unserer modernen Gesellschaft, Staaten zu schwächen oder gar zu besiegen, ohne dass Streitkräfte einen direkten physischen Angriff (also dem Krieg im traditionellen Sinne) durchführen müssen.

2.2 Kategorien von *Information Warfare*

IW kann auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden, wodurch sich eine völlig neue Einteilung des Krieges ergibt. Der gesellschaftsumgreifende

³² Ebd.

³³ So zerstörten z. B. die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg den Ederstaudamm bei Bad Wildungen, Hessen.

Charakter von IW bewirkt eine potenzielle Anwendbarkeit von IW auf drei Ebenen:

- *Personal Information Warfare*
- *Corporate Information Warfare*
- *Global Information Warfare*³⁴

Die Ebene des „*Personal Information Warfare*“ umfasst Daten und Informationen des Einzelnen. Angriffsziel ist die individuelle elektronische Privatsphäre, z. B. E-Mail, Online-Banking und Passwörter.

Die zweite Ebene, „*Corporate Information Warfare*“, dient dazu, auf wirtschaftlicher Ebene Geschäftsgeheimnisse auszuspionieren oder wirtschaftliche Konkurrenten zu bekämpfen und zu schwächen.

„*Global Information Warfare*“ ist Informationskriegführung zwischen Staaten bzw. Akteuren. Informationstechnologie wird dazu benutzt, um ganze Industriezweige, Regierungseinrichtungen, militärische Bereiche sowie die staatliche Infrastruktur (Telekommunikation, Transportsysteme, Energieversorgung) anzugreifen respektive zu zerstören. Die Folge eines solchen Angriffes könnte die vollständige Handlungsunfähigkeit eines Staates sein.

In der Literatur werden grundsätzlich diese drei Formen des IW unterschieden. Im Rahmen dieser Arbeit wird IW jedoch auf die eingangs aufgestellte Definition beschränkt. Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist somit die Form des „*Global Information Warfare*“.

³⁴ Vgl. Haeni, Reto E.: What is Information Warfare? Washington D.C.: George Washington University. Cyberspace Policy Institute, 1997: <http://www.seas.gwu.edu/~reto/infowar/what.htm>, Stand 09.10.2001

2.3 Vorteile eines geführten *Information Warfare*³⁵

Ein geführter IW hat für einen Angreifer einige wesentliche Vorteile:

- **IW ist vergleichsweise günstig.** Die nötigen technischen Mittel für einen Angriff sind preiswert und für jeden verfügbar. Es genügt eigentlich schon ein normaler PC mit Netzanbindung und geeigneter Software, die zudem im Internet bereitgestellt wird und nur noch heruntergeladen werden muss. Mit vergleichsweise geringen Kosten lässt sich ein verhältnismäßig hoher Schaden anrichten, so dass ein sehr günstiges Kosten-/Nutzenverhältnis besteht. Des Weiteren ist die Entwicklung, Beschaffung und der Einsatz von Waffensystemen, die in der Lage sind, Kampfmittel (z. B. Bomben, Lenkwaffen) über größere Entfernungen zu transportieren, nicht mehr notwendig.
- **IW ist schwer erkennbar und nachweisbar.** Die Vorbereitungsaktivitäten für einen Angriff sind schwer oder überhaupt nicht erkennbar. Das Risiko der Entdeckung ist für einen Angreifer gering, da er seine elektronischen Spuren leicht verwischen und ein Angriff weit entfernt vom eigentlichen Ziel eingeleitet und durchgeführt werden kann; durch die weltweite Vernetzung ist ein Betreten fremden Territoriums nicht mehr notwendig. Zudem ist es möglich, den Angriff gezielt einem Anderen unterzuschieben. Es ist nicht einmal notwendig, die Information zu vernichten. Eine zeitweilige Beeinträchtigung der Verfügbarkeit oder die Veränderung der Information im Sinne des Angreifers

³⁵ Vgl. RAND Research Review Vol. XIX, No. 2: Information War and Cyberspace Security. Herbst 1995. <http://www.rand.org/publications/randreview/issues/RRR.fall95.cyber/> - Stand: 06.11.2001; Cerny, Dietrich: Information Warfare: Eine neue Bedrohung für Staat und Wirtschaft? a. a. O.; Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. a. a. O., S. 29 f.

führt zu einem Verlust von Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Information und in die Verlässlichkeit der eigenen IuK-Systeme und kann ihn damit in seinen Entscheidungs- und Steuerungsprozessen wesentlich behindern.

- **IW ist global.** Es gibt keine zeitlichen und geografischen Beschränkungen für einen IW. Staatliche Grenzen sind ebenso unbedeutend wie gesellschaftliche Schranken. IW verfügt über keine Frontlinie - der Angriff auf zivile Netzwerke kann ebenso erfolgreich sein wie der auf rein militärische Netzwerke.
- **IW ist schnell.** Der Zweck eines Angriffes kann in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden.
- **IW ist relativ unblutig.** Der Grad der physischen Zerstörung der gegnerischen Infrastruktur und der Verlust von Menschenleben auf Seiten des Angreifers kann durch IW minimiert werden.

All diese Vorteile und die niedrigen Kosten ermöglichen es auch kleinen Staaten und Gruppen von Akteuren IW-Angriffe durchzuführen oder zumindest mit ihnen zu drohen. Voraussetzung ist lediglich ein gewisses technisches Grundwissen beim Umgang mit dem PC.

3. Einsatzformen von *Information Warfare*

In der Literatur werden verschiedene Einsatzformen von IW unterschieden. Die zweifellos am häufigsten zitierte Klassifikation ist die von Martin C. Libicki, Senior Fellow an der *National Defense University* in Washington D.C., USA. Er unterscheidet sieben Einsatzformen des *Information Warfare*:

- *Command and Control Warfare (C2W)*
- *Intelligence-based Warfare (IBW)*

- *Electronic Warfare* (EW)
- *Psychological Operations* (PSYOPS)
- *Hacker Warfare*
- *Information Economic Warfare* (IEW)
- *Cyber Warfare*^{36 37}

Einige dieser Einsatzformen sind allseits bekannt, so „*Command and Control Warfare*“ (C2W), „*Intelligence-based Warfare*“ (IBW) oder „*Psychological Operations*“ (PSYOPS). Der Angriff auf die Führungsstrukturen des Gegners (C2W), der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel (IBW) oder psychologische Kriegführung (PSYOPS) gehören seit jeher zu den Mitteln menschlicher Kriegführung. „*Electronic Warfare*“ (EW) ist eine seit dem Zweiten Weltkrieg bekannte und angewandte Methode der modernen Kriegführung. Lediglich „*Hacker Warfare*“, „*Information Economic Warfare*“ (IEW) und „*Cyber Warfare*“ sind in dieser Aufstellung gänzlich neue Begriffe. Allen gemeinsam ist die neue, erweiterte Dimension, die durch die Möglichkeiten und Abhängigkeiten unserer Gesellschaft von der IuK-Infrastruktur entstanden ist.

³⁶ Vgl. Libicki, Martin C.: What Is Information Warfare? Washinton D.C.: National Defence University Strategic Forum, Institute for National Strategic Studies, Number 28, May 1995 <http://www.ndu.edu/inss/strforum/forum28.html>, Stand: 31.10.2001

³⁷ Die NATO unterscheidet in ihrem Dokument MC 348 folgende Einsatzformen:

- Psychological Operations
- Military Deception
- Electronic Combat
- Physical Destruction
- Operations Security
- Information Blockade.

Das *Allied Joint Publication* ergänzt diese Aufzählung mit „*Media- and Public Information Operations*“ (Zit. nach: Jertz, Walter: Die NATO-Friedensbemühungen auf dem Balkan. Vortrag anlässlich des Symposiums des BND „Information Warfare/Information Operations“ am 2. November 2000 in München)

3.1 *Command and Control Warfare*³⁸

Das *Department of Defense* (DoD) der USA definiert *Command and Control Warfare* (C2W) wie folgt:

*„C2W is the military strategy that implements Information Warfare on the battlefield and integrates physical destruction. Its objective is to decapitate the enemy's command structure from its body of command forces.“*³⁹

C2W kann auf zwei unterschiedliche Arten durchgeführt werden:

1. durch einen Angriff auf die Kommandeure / Kommandozentralen („*Antihead*“) und
2. durch einen Angriff auf die Kommandomittel („*Antineck*“).

3.1.1 Angriffe auf Kommandeure bzw. Kommandozentralen

Angriffe auf den / die Kommandeur(e) des Gegners sind so alt wie die Kriegführung selbst. Schon in der Antike wurde versucht, den gegnerischen König zu töten, im amerikanischen Bürgerkrieg wurden gezielt Scharfschützen auf gegnerische Generäle angesetzt und auch im Golfkrieg oder im Afghanistan-Krieg war und ist man bemüht, die Führungspersönlichkeiten Saddam Hussein bzw. Osama bin Laden aufzuspüren und zu töten.

Heutzutage werden Armeen von komplexen Kommandostrukturen geführt, die sich oft weitab vom eigentlichen Kriegsschauplatz befinden. Ein Angriff auf ein Kommandozentrum kann kriegswichtige Operationen unterbrechen,

³⁸ Vgl. Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 3, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch03.html>, Stand 26.12.2001

³⁹ MOP-30 des DoD zit. nach: Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 3, a. a. O.

ohne dass heute noch ein hochrangiger Kommandeur getötet werden muss.

Der gezielte Terroranschlag auf das amerikanische Verteidigungsministerium im September 2001 ist ein Paradebeispiel für diese Art von Kriegführung. In diesem Fall wurde eine „klassische“ Bombe (Zivilflugzeug) als Waffe gebraucht. Doch dies ist nicht der einzige Weg, um moderne Kommandostrukturen zu stören bzw. zu zerstören. Im modernen Krieg erhalten die Kommandeure ihr Bild vom weit entfernten Kriegsschauplatz durch eine Vielzahl von Informationen unterschiedlichster Art, die ihnen jedoch größtenteils auf elektronischem Weg zugehen. So führt die Störung der Energiezufuhr⁴⁰ in einem Krieg genauso zum Ziel, wie die Störung mittels elektromagnetischer Impulse. Eine andere Möglichkeit stellt das Einschleusen eines Computervirus in die Kommandosysteme dar.

Verschiedenste Maßnahmen sind getroffen worden, um das Risiko einer Zerstörung der Kommandozentrale zu minimieren. Indem man die Kommandozentrale in einen Bunker verlegt, ist sie vor Bombenangriffen geschützt, Elektrogeneratoren machen sie unabhängig von der externen Energiezufuhr. Elektronische Systeme können gegen elektromagnetische Impulse abgeschirmt werden und das Einbringen eines Computervirus kann durch Abschottung von Computernetzwerken und Schaffung von unabhängigen, nicht vernetzten Systemen wirkungsvoll verhindert werden. Doch alle diese Maßnahmen kosten viel Geld, das viele Staaten nicht für ihre Armeen bereitstellen oder bereitstellen können und somit mit dem Risiko leben müssen.

⁴⁰ Z. B. griffen die alliierten Streitkräfte im Kosovokrieg 1999 gezielt Kraftwerke und Umspannwerke Jugoslawiens an, auch, um den Gegner seiner Führungsmöglichkeiten zu berauben.

3.1.2 Angriffe auf Kommandomittel

Armeen werden seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch die elektronische leitungsgebundene Kommunikation (Telegraf, Telefon) und seit den 1920er Jahren durch die drahtlose Kommunikation (Funk) geführt. Werden diese Kommunikationsmöglichkeiten unterbrochen, so sind die Führungsmöglichkeiten ebenfalls unterbrochen oder zumindest eingeschränkt. Auch diese Form der Kriegführung ist nicht neu: Im amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) zerstörten die Südstaaten systematisch Telegrafienlinien der Union und im Kosovokrieg waren Sendeanlagen des jugoslawischen Militärs Primärziele der NATO.

Neu ist die Kommunikationsmenge im Informationszeitalter. So sind Luftverteidigungssysteme effektiver, wenn sie miteinander vernetzt sind, als wenn sie unabhängig voneinander arbeiten. Das Ausmaß, in dem heute militärische Operationen von einem ungehinderten Informationsfluss zwischen Front und Kommandozentrale abhängig sind, macht einen Angriff auf die Kommunikationsinfrastruktur für einen potenziellen Gegner wertvoll.

Die gezielte Zerstörung der Kommunikationsinfrastruktur setzt allerdings voraus, dass man Kenntnis von möglichen Angriffspunkten hat. Studien über die Gefährdung der nationalen Infrastruktur, zu der die Kommunikationsinfrastruktur zählt, wurden mittlerweile in vielen Ländern erstellt.⁴¹ So besitzen Deutschland und die Niederlande nur je einen zentralen Übergabeknoten zum Internet, in Amsterdam und bei der Decix in Frankfurt am Main.⁴² Auch besitzen viele Entwicklungs- und Schwellenländer nur eine einzige Übergangsstelle zum internationalen Telefonnetz oder einen wichtigen Knotenpunkt für die landesweite Telekommunikation und dieser wurde meist

⁴¹ In der Bundesrepublik Deutschland hat eine Arbeitsgruppe „Informationstechnische Bedrohungen für Kritische Infrastrukturen (AG KRITIS)“ der Bundesregierung eine solche Studie erarbeitet. Teile davon wurden 1999 veröffentlicht.

⁴² Vgl. Schmudt, Hilmar: Attacke aus der Kabelwelt. In: Der Spiegel Nr. 45/2001. S. 222 f.

noch von westlichen Firmen erbaut. So war es für die USA im Golfkrieg einfach, die Telekommunikationsstruktur des Irak zu stören: Das AT&T-Gebäude im Zentrum Bagdads stellte einen solchen wichtigen Verbindungsknoten dar und wurde daraufhin bombardiert und zerstört.

Ähnlich den Kommandozentren können natürlich auch die Kommunikationsstrukturen gestört werden, indem gezielt die Energieversorgung angegriffen oder Computerviren in Vermittlungsstationen eingeschleust werden. Drahtlose Verbindungen, wie Richtfunk, Mobilfunk oder Satellitenkommunikation, können durch Störsender unterbrochen werden.

Zum Schutz vor derartigen Angriffen ist ein engmaschiges Kommunikationsnetzwerk mit vielen kleinen Verteilerknoten oder Sendeanlagen vorteilhaft. Die Zerstörung einzelner Verteilerknoten ist leichter zu kompensieren und bei drahtlosen Netzstrukturen kommt es zu Überlappungen von Sendegebieten, so dass der Ausfall von einzelnen Sendeanlagen ebenfalls nur zu geringen Störungen führt.

3.1.3 Effektivität des C2W

Der Erfolg des C2W hängt auch von der Führungskultur der Armee ab. Armeen sind zwar grundsätzlich hierarchisch organisiert, in westlichen Armeen wird jedoch die Eigenverantwortung und -initiative und die Selbstständigkeit bei der Befehlsausübung hervorgehoben, während vor allem in den östlichen Armeen die strikte Befehlsausführung im Vordergrund stand bzw. steht.

So hatten die Alliierten im Golfkrieg leichtes Spiel mit den irakischen Soldaten. Nachdem sie die Kommandostrukturen und -mittel in Bagdad zerstört hatten, waren die irakischen Soldaten an der Front auf sich allein gestellt und ergaben sich größtenteils kampflös den vorrückenden Alliierten.

Andere Armeen erlauben den lokalen Kommandeuren mehr Autonomie. So war der Vietcong zwar auch stark hierarchisch organisiert, die Feldkommandeure konnten und mussten jedoch eigenständige Operationen über längere Zeit durchführen und kompensierten so den häufigen Ausfall der Verbindungen zu ihren zentralen Kommandostrukturen durch selbstständige Aktionen in vielfacher Hinsicht.

Die Zerstörung der Kommandostrukturen kann aber auch das Gegenteil bewirken: Sind die zentralen Kommandostrukturen bereit, den Kampf einzustellen, aber nicht in der Lage, dies auch den Soldaten an der Front mitzuteilen, geht der Kampf u. U. solange weiter, bis eine entsprechende Mitteilung an die Frontsoldaten erfolgt ist.

Angriffe auf die Kommandostrukturen sind immer dann am effektivsten, wenn feindliche Armeen unter positiver Kontrolle („Niemand schießt ohne Befehl!“) stehen. Eine Zerstörung der Kommandostrukturen ist auf gar keinen Fall mit der Vernichtung einer Armee gleichzusetzen. Sind die lokalen Kommandeure instruiert, selbstständig zu handeln und Operationen durchzuführen (Guerillataktik), kann eine Zerstörung zentraler Kommandostrukturen kontraproduktiv sein, da ein zentraler Verhandlungspartner zur Beilegung eines Konflikts fehlt. Die Schwierigkeiten in Bosnien-Herzegowina, wo die zentrale serbische Führung in Jugoslawien bereits einen Friedensvertrag unterzeichnete, die bosnischen Serben jedoch weiterkämpften, oder in Mazedonien, wo auf albanischer Seite von Anfang an eine Guerillataktik verfolgt wurde und erst nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten Verhandlungspartner gefunden werden konnten, sind Beispiele hierfür aus jüngster Vergangenheit.

Auch die Zerstörung der Kommandomittel ist kein Garant für einen schnellen Sieg. Werden zum Beispiel sichere (verschlüsselte) Kommunikationsstrecken zerstört, so ist ein Ausweichen auf offene Kommunikationsstrecken

möglich. Eine „verwundete“ Infrastruktur wird immer nach Mitteln und Möglichkeiten suchen, Nachrichten auf anderen Wegen zu übermitteln. Menschliche Boten, Brieftauben oder Meldehunde sind im Fall des Falles genauso zweckmäßig wie eine moderne Kommunikationsinfrastruktur - auch wenn sie nicht so schnell und zuverlässig sein können. C2W ist dann am effektivsten, wenn es die Kommandostruktur und ihre Mittel zum Zeitpunkt eines Gegenangriffes stört respektive zerstört und somit eine schnelle Gegenreaktion des Feindes verhindert.

Command and Control Warfare ist eine Möglichkeit militärischer informationeller Kriegführung. Einen physischen militärischen Gegenschlag kann es jedoch nicht ersetzen. Das Informationszeitalter hat neue Möglichkeiten auf dem Gebiet des C2W eröffnet, sowohl im offensiven als auch im defensiven Bereich. Insgesamt hat die Verletzlichkeit zentraler Kommandostrukturen stark zugenommen. Doch die kontinuierliche Entwicklung hin zu weitgehend selbstständig operierenden Einheiten des Militärs wird die Effektivität eines C2W in Zukunft wieder zunehmend verringern. Libicki meint hierzu: „*The status of information warfare [insbesondere C2W] may reach its apogee just as the target set is accelerating its shift out from under the bombsights.*“⁴³

3.2 *Intelligence-Based Warfare*⁴⁴

Von *Intelligence-Based Warfare* (IBW) spricht man, wenn aufgeklärte Informationen direkt in militärische Operationen umgesetzt werden. Im Gegensatz zum C2W greift IBW direkt in das Kampfgeschehen ein. Immer mehr Waffen sind heutzutage mit elektronischen Systemen ausgestattet. Insbesondere Kampfflugzeuge und Bomber, Marschflugkörper und Raketen ver-

⁴³ Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 3, a. a. O.

⁴⁴ Vgl. Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 4, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch04.html>, Stand: 26.12.2001

fügen über zahlreiche Systeme, wie elektronische Zieleinrichtungen oder Feuerkontrollsystemen. Die moderne Kriegführung erlaubt und erfordert ein permanentes Aufklären des Kampffeldes mittels Aufklärungsdrohnen oder Satelliten. Die gesammelten Daten können in Echtzeit an die Kampfflugzeuge usw. gesendet werden und ermöglichen eine präzise Zielbekämpfung. Diese Möglichkeiten werden zum *Intelligence-Based Warfare* gezählt.

3.2.1 Offensiver *Intelligence-Based Warfare*

Die Kriegführung des 20. Jahrhunderts war geprägt von einer Konzentration der Kampfmittel (z. B. Panzer, die sowohl Angriffssensoren (Ziellaser) als auch Waffen zur Bekämpfung des Zieles vereinten). Die informationelle Kriegführung dagegen wird geprägt von der globalen Vernetzung der unterschiedlichen Sensorsysteme.

Schon heute ist der moderne Kriegsschauplatz geprägt von einer Vielzahl von Sensorsystemen, die zusammen ein genaues Lagebild in Echtzeit liefern. Man unterscheidet dabei vier Gruppen von Sensoren:

- Langstreckensensoren (z. B. militärische Satellitenaufklärung, seismische oder akustische Sensoren)
- Kurzstreckensensoren (z. B. Spionageflugzeuge (U2), AWACS-Aufklärungsflugzeuge, Drohnen (UAVs⁴⁵), Radaranlagen)
- Nahbereichssensoren (z. B. akustische, gravimetrische, biochemische und landgestützte optische Sensoren)
- Waffensensoren (z. B. Laser-, Radar- und Infrarotsensoren zur Entfernungsmessung und Zielanvisierung)

⁴⁵ **U**n**m**anned **A**erial **V**ehicles

Allein diese Aufzählung veranschaulicht, wie schwer es ist, sich der umfassenden Überwachung des Kriegsschauplatzes zu entziehen. Tarnmaßnahmen sind oft nur begrenzt wirksam. Nebelgranaten können optische Sensoren stören, radarabweisende Materialien und Lackierungen verringern das eigene Sensorbild und leise Motoren verhindern eine frühzeitige Entdeckung - eine vollständige Tarnung gegenüber allen Sensorarten wird jedoch nie erreicht.

Die Vernetzung der verschiedenen Sensorinformationen ermöglicht es, dass ein Ziel von verschiedenen Sensoren (Drohnen, Satelliten) identifiziert und erfasst wird und der Pilot eines Flugzeuges lediglich eine Rakete abschießt, die von automatischen Zieleinrichtungen direkt in das sich bewegendes Ziel gelenkt wird. Alle diese Vorgänge werden zudem automatisch protokolliert und erlauben somit eine leichtere Identifizierung von Fehlerquellen bzw. eine schnellere Erhöhung der Effektivität militärischer Operationen. Diese Art von Kriegführung wurde im Golfkrieg von den Amerikanern erstmals erprobt und im Kosovokrieg sowie im Afghanistankrieg weiter perfektioniert. Fehlschläge, wie die Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad, gingen dabei immer auf menschliche Fehler zurück; die Verknüpfung der verschiedenen Systeme an sich war in jedem Fall äußerst effektiv.

IBW macht auch Veränderungen in den Nachrichtendiensten notwendig. In der traditionellen Kriegführung dienen Nachrichtendienste dazu, Informationen über die gegnerische Stärke, über die Waffen und die Einsatzpläne zu beschaffen - kurzum, sie sollen militärische Überraschungen bei der Durchführung der eigenen Pläne vermeiden. Gute nachrichtendienstliche Informationen erlauben dabei koordinierte militärische Operationen. Das Ziel der Nachrichtendienste ist dann erreicht, wenn der Kampf so verläuft, dass eine Seite genau weiß, was zu tun ist und alle militärischen Streitkräfte Hand in Hand einen klar definierten Kampfauftrag ausführen, während der

Gegner von einer militärischen Niederlage in die nächste gerät und somit schockiert und gelähmt keinen effektiven Widerstand leisten kann.

3.2.2 Defensiver *Intelligence-Based Warfare*

Der defensive IBW hat die eigene „Unsichtbarkeit“ bzw. die Verlängerung der Reaktionszeit zum Ziel. IBW-Systeme sind in vielfacher Weise angreifbar. Spionageflugzeuge, wie die amerikanische U2, Aufklärungssysteme wie die AWACS-Flugzeuge oder Drohnen können abgeschossen werden.⁴⁶ Sensorsysteme können natürlich auch durch die Zerstörung ihrer Stromzufuhr oder durch das Einbringen von Viren in ihre Computersysteme gestört werden.

Libicki meint in seinem 1995 erschienen Aufsatz „*What Is Information Warfare?*“, dass die wahrscheinlichste Verteidigungsstrategie in den nächsten 10 bis 20 Jahren eine Mischung aus traditionellen Tarnungsstrategien und Täuschungsmethoden in Verbindung mit Stealth-Techniken⁴⁷ sein wird. Lassen sich Sensoren nicht täuschen, so ist das Ziel des defensiven IBW eine Verzerrung zwischen dem, was die Sensoren messen, und dem, was das Sensorsystem bzw. der menschliche Auswerter daraus schlussfolgert.⁴⁸ Dieses Ziel lässt sich besonders gut in städtischen Umgebungen, in (tropischen) Wäldern, im Gebirge und in trüben Gewässern verwirklichen, da ein einzelnes Objekt allein nicht auffällt und schon durch die ihn umgebende

⁴⁶ So gelang es im Mai 1960 der sowjetischen Luftverteidigung ein amerikanisches Spionageflugzeug vom Typ U2 über sowjetischen Luftraum abzuschießen.

⁴⁷ Libicki merkt hier an, dass Stealth-Techniken auf Grund der hohen Kosten nur Spezialeinsätzen vorbehalten sein werden. Die letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass vor allem die amerikanischen Stealthbomber immer häufiger eingesetzt wurden (so in Jugoslawien und in Afghanistan), und der Kostenaspekt dabei vernachlässigt wird. Auch die Entwicklung von Schiffen und Drohnen mit Stealth-Technik ist hierfür ein Indiz.

⁴⁸ So täuschten die Engländer im zweiten Weltkrieg der deutschen Luftaufklärung die Zusammenziehung starker alliierter Streitkräfte in Ostengland mit Hilfe aufblasbarer Panzer vor, während die eigentlichen Landungsvorbereitungen in Südengland stattfanden. Im Kosovokrieg baute die jugoslawische Armee Holzpanzer als potentielle Angriffsziele für die NATO auf, die diese dann auch „erfolgreich“ zerstörte.

Umwelt getarnt ist. Selbst in der näheren Zukunft wird es keine Aufklärungssysteme geben, die alle relevanten Informationen innerhalb einer komplexen Umwelt zeitnah herausfiltern können.

Eine effektive Verknüpfung der verschiedenen IBW-Systeme kann diesen Umstand, zumindest teilweise, beseitigen. Hat ein Satellitensystem Aufnahmen von Truppenbewegungen gemacht, so können UAVs eingesetzt werden, um die Truppenbewegungen weiter zeitnah zu verfolgen, was allein mit Satelliten nicht möglich wäre, da diese ein zu beobachtendes Gebiet nur unregelmäßig überfliegen.

3.3 *Electronic Warfare*⁴⁹

Die dritte Form des IW ist „*Electronic Warfare*“ (EW), hierzu zählen militärische Fernmeldekomponenten, Radar sowie kryptografische Techniken. EW ist der Versuch, die physischen Grundlagen der Informationsverarbeitung zu stören bzw. zu zerstören, während kryptografische Methoden deren Schutz dienen.

3.3.1 Antiradar

Eine wichtige Komponente des EW sind Antiradar-Maßnahmen, wie Störsender und deren Abwehr. Beim Impulsradar sendet eine rotierende Richtantenne eine Impulsfolge im Zenti- oder Dezimeterwellenbereich aus, die gleichzeitig als Empfangsantenne für die vom Objekt reflektierten Echos dient. Aus der Impulslaufzeit wird die Entfernung und aus dem Antennenwinkel die Richtung des Objekts ermittelt. Um das Radar zu stören, wird ein gleichfrequentes Signal ausgesandt, das so die Reflektionsstrahlung überstrahlt. Moderne Radarsysteme „springen“ zwischen verschiedenen Fre-

⁴⁹ Vgl. Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 5, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch05.html>, Stand: 26.12.2001

quenzbändern hin und her, was eine ständige Anpassung des Störsignals notwendig macht. Die fliegenden Störsender sind allerdings leicht identifizierbar und somit auch angreifbar. Jedoch verhindern sie zumindest die genaue Identifizierung der angreifenden Flugzeuge.

Radaranlagen sind auf Grund ihres Ausgangssignals ein leicht zu identifizierendes Angriffsobjekt. Antiradarraketen, wie die amerikanische HARM⁵⁰, folgen dem Radarstrahl und zerstören die Radaranlage, wenn sie nicht zuvor abgeschaltet wurde. So haben die jugoslawischen Bedienmannschaften im Kosovokrieg aus Angst vor der Effektivität dieses Systems ihre Radaranlagen häufig gar nicht erst angeschaltet, um einer Bombardierung und Zerstörung vorzubeugen und somit eine effektive Luftverteidigung verhindert.

3.3.2 Angriffe auf Fernmeldekomponenten

EW gegen militärische Fernmeldekomponenten ist weitaus schwieriger als gegen Radarsysteme. Da die Signalstärke mit zunehmender Entfernung abnimmt, ist eine Lokalisierung des Senders weitaus schwieriger. Im Gegensatz zu Radarsystemen, die direkt in den gegnerischen Raum strahlen, versucht man beim Kommunikationsverkehr eine Abstrahlung in gegnerisches Gebiet durch Signalzerstreuung zu verhindern. Durch Verschlüsselungstechniken und das Senden auf verschiedenen Frequenzen wird eine Störung und Unterbrechung des Fernmeldeverkehrs zusätzlich erschwert. Digitale Kompression verbunden mit redundanten Signalen⁵¹ ermöglicht die Wiederherstellung von Funksprüchen, auch wenn große Teile der Meldung zerstört wurden.

⁵⁰ **H**ighspeed **A**nti **R**adiation **M**issile

⁵¹ Überflüssige Signale. Diese ermöglichen es, nur zum Teil erhaltene Meldungen wieder vollständig herzustellen.

3.3.3 Kryptografie

Der Schutz eigener Informationen und der Angriff auf gegnerische Informationen ist ein Kernelement des IW und kann vor allem durch die Verschlüsselung bzw. die Entschlüsselung von Daten erreicht werden. Die zunehmende Verbreitung digitaler Nachrichtenübermittlung hat die Verschlüsselung von Daten vereinfacht und ihre Entschlüsselung bei Verwendung von hinreichend starken Verschlüsselungstechniken⁵² in akzeptabler Zeit unmöglich gemacht. Digitale Signaturen ermöglichen es zudem, die Unversehrtheit einer Nachricht (deren Nichtmanipulation) zu überprüfen.

3.4 *Psychological Warfare*⁵³

„*Psychological Warfare*“ (auch „*Psychological Operations*“- PSYOPS) - psychologische Kriegführung - setzt im Zusammenhang mit IW die Benutzung von Informationen bzw. von Mitteln und Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik zur Durchsetzung politischer bzw. militärischer Ziele voraus (vgl. Definition). Ansonsten wäre jeder Aspekt eines Krieges eingeschlossen, denn seit jeher ist es im Krieg das Ziel, den gegnerischen Willen zu brechen. Libicki unterscheidet vier Arten von PSYOPS im IW:

- gegen die öffentliche Meinung / das Nationalgefühl
- gegen gegnerische Truppen
- gegen gegnerische Kommandeure und

⁵² Hierzu zählen Schlüssellängen von 128 Bit und mehr und die Verwendung von sicheren Passwörtern.

⁵³ Vgl. Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 6, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch06.html>, Stand: 26.12.2001

- gegen das kulturelle Bewusstsein.

Diese Einteilung macht die schon Eingangs in den Definitionen dargestellte neue Dimension des IW deutlich. Operationen gegen die öffentliche Meinung haben ganz klar die Zivilgesellschaft als Ziel und können auch abseits einer militärischen Auseinandersetzung durchgeführt werden.

3.4.1 Operationen gegen die öffentliche Meinung

Die Beeinflussung des öffentlichen Meinungsbildes und die Zustimmung der Bevölkerung für militärische Operationen ist eine immer wichtiger werdende Komponente der psychologischen Kriegführung. Dabei erweitern die modernen IuK-Technologien die Möglichkeiten und vor allem die Wirkung der psychologischen Kriegführung beträchtlich. Ein Beispiel für eine derartige Beeinflussung ist der Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Somalia.

Die USA stellten einen Teil der UN-Friedenstruppe, die 1993 den Frieden im ostafrikanischen Somalia wiederherstellen sollte. Bei einem Angriff somalischer Rebellen wurden neun Amerikaner getötet. Der somalische Rebellenführer Aidid ließ die Leichen der Soldaten durch die Straßen der somalischen Hauptstadt Mogadischu schleifen, direkt vor das Hotel, in dem die westlichen Journalisten wohnten und somit direkt vor die Kameras des amerikanischen Nachrichtensenders CNN, der diese Bilder weltweit verbreitete. Die Aufnahmen führten zu heftigen Diskussionen in den USA über den Sinn des Einsatzes amerikanischer Soldaten in Somalia und schließlich, auf Grund des innenpolitischen Drucks, zum Rückzug der Amerikaner aus Somalia und kurz darauf zum Scheitern der UN-Mission.

Dieses Beispiel zeigt, dass globale Fernsehsender wie CNN in unserer Zeit dafür sorgen, dass jedes Ereignis, egal wo es auf der Welt passiert, ob es authentisch ist oder, wie im dargestellten Fall, inszeniert wird, innerhalb kür-

zester Zeit von einem großen Publikum wahrgenommen werden kann. Die Möglichkeiten der digitalen Bildbearbeitung und die Erstellung computergenerierter (Fernseh-) Bilder erlauben Manipulationen in einem Ausmaß, wie es bisher nicht möglich war,⁵⁴ und über das Satellitenfernsehen kann heute jeder sein politisches Programm direkt und live in alle Welt verkünden und erreicht so ein großes Publikum zu relativ niedrigen Kosten.⁵⁵

Auch die USA sind sich der Wichtigkeit der modernen psychologischen Kriegführung bewusst, stellen ihre Informationspolitik um und nutzen die neuen Möglichkeiten offensiv. 1999 schuf Präsident Clinton eigens zu diesem Zweck das *International Public Information System*. Dabei handelt es sich um Vertreter verschiedener Ministerien (Innen-, Verteidigung-, Justiz-, Finanz- und Handelsministerium) und Nachrichtendienste (CIA, NSA), deren Auftrag es ist, Methoden zu entwickeln, „um Krisen zu verhindern und zu lindern und um ausländisches Publikum zu Gunsten der Ziele der US-Außenpolitik [zu] beeinflussen.“⁵⁶ Und Präsident Bush gründete, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, im Oktober 2001 das *Office for Strategic Influence*, dessen Aufgabe die Beeinflussung der internationalen Medien, auch mittels Fehlinformationen und Propaganda, ist.

Im amerikanischen *State Department* gibt es z. B. eigens für diesen Zweck ein *International Information Programs Bureau* mit einer speziellen Abteilung für *International Military Information*. Aufgabe dieser Abteilung war es z. B., in Zusammenarbeit mit dem Radiosender *Voice of America* und dem amerikanischen Finanzministerium, sicher zu stellen, dass der ehemalige jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic bei den letzten serbischen Präsi-

⁵⁴ Vgl. Szenen in dem Spielfilm „Forest Gump“, in denen der Hauptdarsteller Tom Hanks längst verstorbenen Persönlichkeiten unter Verwendung historischen Filmmaterials die Hand schüttelt.

⁵⁵ Das Leasing eines Satellitenkanals kostet jährlich ca. 2 Mio. US-\$.

⁵⁶ Vgl. Madsen, Wayne: Der Schutz kritischer Infrastrukturen, Information Warfare und Bürgerrechte. Hannover: Verlag Heinz Heise: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/info/6837/1.html>, Stand: 07.11.2001

dentschaftswahlen nicht wiedergewählt wurde. Diese Abteilung produzierte auch einen Videofilm, der die Verbrechen des liberianischen Präsidenten Charles Taylor zeigte und landesweit ausstrahlte. Im Afghanistankonflikt initiierte diese Abteilung die Kooperation von Paschtunen und der Nordallianz, was den Sturz des Talibanregimes maßgeblich unterstützte.⁵⁷

In einem Dokument des amerikanischen Verteidigungsministeriums, das sich eigentlich mit internationalen Rechtsfragen bei Informationsoperationen befasst, wird eine weitere Möglichkeit der psychologischen informationellen Kriegführung erwogen: *„Es wäre möglich, mit Hilfe von Computer-Morphingtechniken das Bild eines feindlichen Staatschefs zu kreieren, der seine Truppen [bzw. Bevölkerung] darüber informiert, dass eine Feuerpause oder ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde.“*⁵⁸

3.4.2 Operationen gegen gegnerische Truppen

Die traditionellen Themen bei der Benutzung psychologischer Methoden gegen die gegnerischen Truppen sind zum einen das Schüren von Angst vor dem Tod bzw. vor Verlusten und zum anderen von Unstimmigkeiten zwischen Front und Heimatfront. Der technologische Fortschritt hat auch in diesem Bereich effektivere Methoden entstehen lassen. Während im Zweiten Weltkrieg Propagandasendungen nur über Kurzwelle in schlechter Qualität ausgestrahlt werden konnten, ermöglicht das Netz von Fernseh-satelliten die ungehinderte Ausstrahlung von Propagandasendungen in bester Fernsehqualität direkt in die heimischen Wohnzimmer oder auf transportable Fernsehgeräte direkt an die Front.

IW ermöglicht zudem eine abgestimmte Propaganda auf einzelne Frontabschnitte bzw. sogar auf einzelne Einheiten und Soldaten. Schon in früheren Kriegen wurde den gegnerischen Frontsoldaten erzählt, dass ihre

⁵⁷ O. A.: Washington Wins Infowar Battel in: Intelligence Online, No. 423

⁵⁸ Vgl. Madsen, Wayne: a. a. O.

Frauen zu Hause fremdgingen. Durch das Einbrechen in Datenbanken mit personenbezogenen Daten ist es möglich, diese Botschaften zu individualisieren und ihre Wirkung somit enorm zu steigern und innerhalb kurzer Zeit gezielt die Moral einzelner Einheiten zu untergraben.

3.4.3 Operationen gegen gegnerische Kommandeure

Verwirrte und orientierungslose Kommandeure sind das beste Mittel, um gegnerischen Widerstand zu unterminieren. In der modernen Gesellschaft übersetzen die Kommandeure den Willen der politischen Führung für ihre Unterebenen. Sie erteilen ihren Unterebenen klare Aufträge und versuchen unnötige (d. h. private) emotionale Belastungen der Soldaten zu vermeiden.

Kommandeure fällen ihre Entscheidungen im Krieg auf Grund von erwarteten Ereignissen. Im zweiten Weltkrieg waren die Deutschen fest davon überzeugt, dass die Alliierten eine Landung auf dem europäischen Festland bei Calais versuchen würden. Indem die Alliierten diesen Glauben durch Aufstellen einer Scheinarmee in Südostengland unterstützten, war die Überraschung der deutschen Führung, als die Landung in der Normandie erfolgte, perfekt. Bis zuletzt glaubten die deutschen Kommandeure an der Westfront, dass es sich lediglich um ein Ablenkungsmanöver handelt und die eigentliche Landung bei Calais erst noch bevorsteht. Auch im Golfkrieg nutzten die Amerikaner diese Strategie. Die Iraker erwarteten auf Grund von Schiffsbewegungen der alliierten Streitkräfte im Persischen Golf einen seeseitigen Angriff zur Befreiung Kuwaits. Doch die Operation „*Desert Storm*“ erfolgte auf dem Landwege - die Überraschung und Verwirrung der irakischen Führung war perfekt.

Im IW sind reale Täuschungsmanöver nicht mehr notwendig; hier reicht es dem Gegner Informationen virtuell, d. h. auf seine Informationssysteme, zuzuspielen. So ist es denkbar, dass man in das gegnerische Computersystem eindringt und dann ganz gezielt die Informationen manipuliert, die man glaubt, dass sie vom Gegner erwartet werden. Die Manipulation des gegnerischen Lagebildes und die Beeinflussung der Entscheidungen der gegnerischen Kommandeure kann somit viel wirkungsvoller und mit relativ geringem Aufwand erreicht werden.

3.4.4 Operationen gegen das kulturelle Bewusstsein

Libicki zählt auch den so genannten „Kampf der Kulturen“⁵⁹ zum Gebiet der PSYOPS. Viele Kulturen sehen ihre traditionelle Lebensweise durch den Einfluss der westlichen (vor allem der amerikanischen) Kultur bedroht.

Durch die Mittel und Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien hat die Verbreitung und der Einfluss vor allem der westlichen Kultur zweifellos zugenommen und die westlichen Staaten haben definitiv eine Vorreiterrolle auf dem Computersektor inne. Allerdings handelt es sich beim so genannten „Kampf der Kulturen“ nicht um eine geplante Aktion der USA bzw. der westlichen Welt gegen andere Kulturen, sondern um eine Entwicklung im Rahmen der Globalisierung. Meiner Ansicht nach ist der „Kampf der Kulturen“ somit nicht zum IW zu zählen, er ist aber hier auf Grund seiner Erwähnung in der einschlägigen Fachliteratur der Vollständigkeit halber mit aufgeführt.

⁵⁹ Samuel Huntington

3.5 *Hacker Warfare*⁶⁰

Fragt man Laien, was sie unter *Information Warfare* verstehen, so bekommt man als Antwort, dass dies der Angriff auf Computernetzwerke und -systeme sei. Sogenannte Hacker würden in fremde Computersysteme eindringen, geschützte Informationen stehlen oder ein Programm (Virus, usw.) zur Schädigung des Systems installieren. Was der Laie unter IW versteht, wird in der Fachliteratur *Hacker Warfare* genannt. Gemeint sind damit alle Angriffe auf Computersysteme unter Ausnutzung von spezifischen Eigenschaften und bekannten Sicherheitsmängeln in der Programmstruktur.

Hacker Warfare ist sehr vielschichtig. Der Angreifer kann sich direkt vor Ort befinden oder irgendwo auf der Welt. Er kann ein System zum totalen Zusammenbruch bringen oder periodisch auftretende Systemabstürze und Fehler generieren. Er kann sämtliche Informationen stehlen, nur bestimmte Dienste missbrauchen (z. B. Telefonieren ohne zu bezahlen) oder gezielt Informationen beschaffen. Dabei bedient er sich Computerprogrammen wie Viren, Trojanischen Pferden und logischen Bomben, die noch in Kapitel 4 einzeln vorgestellt werden, oder Sicherheitslücken und Programmfehlern (sog. „Bugs“) der Software.

Unter *Hacker Warfare* werden alle Angriffe auf zivile Ziele verstanden; Angriffe auf militärische Ziele, soweit sie Führungs-, Informations- und Kommandostrukturen umfassen, werden unter den Begriff des *Command and Control Warfare* subsumiert. Obwohl Angriffe auf zivile und militärische Ziele vergleichbar sind, gibt es doch einige wesentliche Unterschiede, da militärische Systeme vergleichsweise sicher konstruiert sind. Militärische Systeme sind nicht für den öffentliche Zugang konzipiert und verfügen daher über

⁶⁰ Vgl. Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 7, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch07.html>, Stand: 26.12.2001

weitaus weniger Angriffspunkte (d. h. Schnittstellen zu externen Systemen) als zivile Systeme.

Hacker Warfare wird in offensive und defensive Operationen unterteilt. Unter defensivem *Hacker Warfare* sind die verschiedenen nationalen Arbeitsgruppen zu verstehen, die sich mit der Erstellung von Schwachstellenanalysen der nationalen Informationsinfrastruktur beschäftigen und geeignete Schutz- und Abwehrmaßnahmen ergreifen. Offensiver *Hacker Warfare* sind alle Angriffe auf Computersysteme. Einige Experten sind der Meinung, dass ein softwareseitiger Hacker-Angriff nur durch einen gleichartigen Gegenangriff bekämpft werden kann, so dass hier die begriffliche Unterscheidung zwischen offensiven und defensiven *Hacker Warfare* schwierig ist.

Die einfachste Methode, ein Computersystem vor einem Hackerangriff zu schützen, ist, es vollständig von der Außenwelt zu isolieren, d. h., keinerlei Verbindungen zu externen Netzwerken bestehen zu lassen. Eine Verifizierung der verwendeten Software stellt zusätzlich sicher, dass diese keine Schadprogramme (Computerviren, usw.) enthält. Ein derart konzipiertes System ist zwar sicher, aber nur von geringem Gebrauchswert. Denn gerade die Vernetzung unterschiedlicher Systeme, die Eingabe verschiedener Sensorinformationen und deren Verarbeitung steigern den Gebrauchswert eines Computersystems. Somit ist das eigentliche Problem die Verarbeitung der eingehenden Daten, also die Unterscheidung zwischen zulässigen und unzulässigen Dateneingaben.

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist die Analyse aller eingehenden Daten. Der Computer entscheidet, was mit einer eingehenden Nachricht zu tun ist, indem er analysiert, was die Nachricht enthält und erst dann entscheidet, wie er diese verarbeitet. Eine andere Möglichkeit ist die Abschottung der Kernbestandteile des Computersystems, so dass keine eingehende Nach-

richt auf diese Kernbestandteile Zugriff erhält und sie somit nicht verändern kann.

Viele Firmen, aber auch staatliche Institutionen, haben in der Vergangenheit professionelle Hacker engagiert, um ihre Computersysteme testen zu lassen. Dabei sind Sicherheitslücken aufgedeckt und behoben worden. Solange staatliche und militärische Institutionen selbstentwickelte Software benutzten, war dies eine probate Lösung. Mittlerweile greifen aber auch Verwaltung und Militär auf kommerzielle Software (z. B. Microsoft Windows und Office) zurück; auf die Entwicklung eigener Software wird schon allein aus Kostengründen zunehmend verzichtet. Fehler in der Programmierung, insbesondere von Betriebssystemprogrammen wie Windows, sind heutzutage unvermeidbar, schon allein auf Grund der Größe des Quellcodes. Viele dieser Fehler und Angriffsmöglichkeiten sind allseits bekannt und im Internet recherchierbar. Updates, Programme zur Fehlerbehebung, sind meist sogar verfügbar, jedoch hat nicht jeder Systemadministrator Kenntnis davon bzw. installiert diese auch. So haben es potenzielle Angreifer besonders leicht, wenn sie auf ein System stoßen, das weitverbreitete Software benutzt, deren Fehler zwar bekannt, aber noch nicht behoben sind.

3.6 *Economic Information Warfare*⁶¹

Unter *Economic Information Warfare* ist die Kombination des traditionellen Handelskrieges (Seeblockaden u. a.) und des IW zu verstehen. Man unterscheidet zwei Formen: Informationsblockade und „*Information Imperialism*“.

⁶¹ Vgl. Libicki, Martin C.: What Is Information Warfare?, Chapter 8, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch08.html>, Stand: 26.12.2001

3.6.1 Informationsblockade

Unter einer Informationsblockade ist das Abschneiden von externen Informationsmöglichkeiten (z. B. Internet) zu verstehen. Die Effektivität einer Informationsblockade ist davon abhängig, inwieweit eine Gesellschaft auf einen ungehinderten Informationsfluss angewiesen ist (ähnlich der heutigen Abhängigkeit von einem ungehinderten Warentransport).

Die Informationsblockade kann als Variante der traditionellen Handelsblockade verstanden werden. Wird ein Staat Handelsbeschränkungen unterworfen, so will man die Produktionsprozesse des Landes stören und langfristig gesehen die Vorteile des Außenhandels (Exporterlöse usw.) zerstören. Eine Informationsblockade verhindert den Informationsaustausch des ihr unterworfenen Landes und führt so zu Informationsrückständen, erschwert den Handel und schränkt es in den Möglichkeiten der psychologischen Kriegführung ein.

Schon allein die Blockade des elektronischen Informationsflusses ist sehr effektiv. Das blockierte Land ist von Echtzeit-Interaktionen (Börse!) abgeschnitten und hat keinen Zugriff mehr auf große Informationsmengen, wie sie z. B. bei Satellitenbildmaterial anfallen. Wird zudem der physische Informationsfluss (Bücher, CD-ROM, DVD) ebenfalls sanktioniert, kann eine moderne Gesellschaft sehr schnell in die wirtschaftliche Handlungsunfähigkeit geführt werden.

Der Vorteil einer elektronischen Informationsblockade ist die leichte Durchführbarkeit und Kontrollierbarkeit. Während bei einer klassischen Handelsblockade vielfältige Penetrationsmöglichkeiten bestehen, z. B. entlang der gesamten Grenze eines Staates, genügt bei der elektronischen Informati-

onsblockade das Zerstören physischer Leitungen⁶², und terrestrische Funkverbindungen können mittels Störsendern blockiert werden. Wesentlich schwieriger ist die Störung von Satellitenverbindungen. Diese werden zu meist von kommerziellen Firmen betrieben und sind somit staatlichen Einflussmöglichkeiten entzogen. Es besteht weiterhin die Möglichkeit der Kostenübernahme des Anrufers gegenüber einem Gesprächspartner im blockierten Land. Außerdem ist es für Satelliten nahezu unmöglich, das Ziel von Signalen zu bestimmen und noch weitaus schwieriger, ihre Herkunft zu verifizieren. Die Verschlüsselung von Gesprächen verhindert zudem die Erkennung der Gesprächsteilnehmer.

Nur unter bestimmten Voraussetzungen ist eine Nation überhaupt durch eine Informationsblockade verletzbar. Die sanktionierende Nation muss einerseits den Informationsfluss effektiv auf hohem Niveau kontrollieren können und selbst über einen relativ unverwundbaren Informationsfluss verfügen, um Gegenmaßnahmen gewachsen zu sein.⁶³

Vergleiche lassen sich auch mit der traditionellen Handelskriegführung anstellen. Die Effektivität von Handelsblockaden hängt davon ab, inwieweit das sanktionierte Land vom Außenhandel abhängig ist. Länder, die auf Lebensmittelimporte (z. B. Großbritannien), auf Rohstofflieferungen (z. B. Japan) oder Rohstoffexporte (z. B. Irak) angewiesen sind, sind besonders verletzlich. Andere Staaten, wie z. B. die Russische Föderation, sind auf Grund ihrer geografischen Lage und ihrer Rohstoffsituation unabhängiger und von Handelssanktionen weit weniger betroffen.

Für eine Informationsblockade benötigt man eine vergleichbare Macht bzw. Ausgangssituation. Das sanktionierte Land muss von einem ständigen äu-

⁶² So hat z. B. England während des Ersten Weltkrieges die Überseekabel Deutschlands nach Amerika zerstört.

⁶³ Momentan besitzen die USA als einzige Nation der Welt diese Voraussetzungen.

ßeren Informationsfluss⁶⁴ abhängig sein. Eine Nation, die einer Informationsblockade unterliegt, muss auch noch lange nicht in ihrem Außenhandelsverkehr beschränkt sein. Sie kann sich zwar nicht mehr der modernen Möglichkeiten der Geschäftsabwicklung (z. B. Computerzahlungsverkehr) bedienen, es ist ihr aber weiterhin möglich, Geschäfte bilateral im normalen Grenzverkehr abzuwickeln. Eine Informationsblockade ist somit am effektivsten im Verbund mit traditionellen Handelssanktionen.

Denkbare Anwendungen der Zukunft, wie z. B. die Wartung von Computersystemen und die Durchführung von medizinischen Operationen über das Internet, Fernunterricht und Navigation von Gütertransporten, sind hingegen ideale Angriffspunkte für eine Informationsblockade. Je weiter eine Nation entwickelt ist und je mehr ihre Volkswirtschaft vom Funktionieren internationaler Informationsverbünde wie das Internet abhängig ist, um so verletzbarer ist sie auf Grund einer Informationsblockade.

3.6.2 *Information Imperialism*

Libicki versteht unter *Information Imperialism* die Benutzung wirtschaftlicher Informationen zur Herstellung von Abhängigkeiten und Einflussmöglichkeiten auf andere Volkswirtschaften. *Information Imperialism* ist somit, ähnlich dem „Kulturkampf“⁶⁵, die Verbreitung von Informationen und kulturellen Werten auf ökonomischem Gebiet.

Genau wie beim „Kulturkampf“ ist es auch beim *Information Imperialism* schwierig, von vorsätzlich herbeigeführten Entwicklungen zu sprechen. Im Rahmen der Globalisierung und der Verschmelzung von Unternehmen zu

⁶⁴ Zu beachten ist, dass nur ein geringer Teil des Informationsflusses wirtschaftlicher Natur ist. Ein großer Teil (z. B. Satellitenfernsehen, Telefon) dient der Unterhaltung und hat somit keinen wirtschaftlichen Einfluss auf das sanktionierte Land. Die Sanktionierung dieser Teile des Informationsflusses hat höchstens moralische Auswirkungen auf die sanktionierte Bevölkerung und ist zum Teil auch nicht beabsichtigt (siehe PSYOPS, insbesondere 3.4.1 Beeinflussung des öffentlichen Meinungsbildes).

⁶⁵ Vgl. 3.4.4 Operationen gegen das kulturelle Bewusstsein

international operierenden Konzernen ist die Entstehung von Abhängigkeiten und Einflussmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften unvermeidbar. Ich meine jedoch, dass dies, genau wie der „Kulturkampf“, nicht dem IW zugerechnet werden sollte, sondern dass es sich um eine Entwicklung im Rahmen der Globalisierung handelt.

3.7 *Cyberwarfare*⁶⁶

Von den insgesamt sieben Formen des IW ist *Cyberwarfare* die futuristischste. Libicki subsumiert eine breite Palette von Varianten unter *Cyberwarfare*: Informationeller Terrorismus („*information terrorism*“), semantische Angriffe, *Simula-Warfare* und *Gibson-Warfare*.

3.7.1 *Information Terrorism*

Unter *Information Terrorism* sind Hackerangriffe mit terroristischer Zielsetzung zu verstehen. Dabei ist das Ziel nicht die Zerstörung von ganzen Computersystemen (wie beim *Hacker Warfare*), sondern eine Vielzahl einzelner Angriffe auf bestimmte Personen oder Institutionen. Auch die Zerstörung von Datenbeständen bzw. die Drohung mit der Veröffentlichung von Daten ist schon heute eine wirksame Möglichkeit des Informationsterrorismus.

Michael Zanini und Sean J. A. Edwards haben einige Beispiele für *Information Terrorism* gesammelt, die aufzeigen, dass dieser Teil des IW schon heute eine reale Bedrohung ist:⁶⁷

⁶⁶ Vgl. Libicki, Martin C.: *What Is Information Warfare?*, Chapter 9, Washinton D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/a003ch09.html>, Stand: 26.12.2001

⁶⁷ Vgl. Zanini, Michael; Edwards, Sean J. A.: *The Networking of Terror in the Information Age*. S. 44 ff. In: Arquilla, John; Ronfeldt, David (Hrsg.): *Networks and Netwars: The Future of Terror, Crime and Militancy*. <http://www.rand.org/publications/MR/MR1382>, Stand: 01.11.2001; Burger, Reiner: *Der Angriff via Internet wird immer einfacher*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.08.2001

1998 haben die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) eine virtuelle Bombenattacke auf alle diplomatischen Missionen Sri Lankas durchgeführt. Sie benutzten ein automatisches Programm, das täglich mehr als 800 E-Mails an die Botschaften Sri Lankas versandte und sie somit blockierte. Der Inhalt der E-Mails verwies eindeutig auf die terroristische Absicht des Angriffs. In ihnen hieß es: „Wir sind die schwarzen Tiger des Internets, und wir tun dies, um ihre Verständigung zu stören.“ Japanische Gruppen griffen die Kontrollsysteme des öffentlichen Personennahverkehrs in mehreren großen Städten an und legten diese für Stunden lahm. Eine Gruppe pakistanischer Hacker, die sich selbst *Muslim Online Syndicate* nennen, verunstaltete im Jahr 2000 mehr als 500 indische Webseiten, um so auf den Kaschmirkonflikt aufmerksam zu machen.

Während in diesen Fällen nur zeitweilige Störungen und Beeinträchtigungen auftraten, ist es durchaus denkbar, dass bei zukünftigen Angriffen der Tod von Menschen (z. B. durch Eingriffe in die Luftraumüberwachung) oder die Zerstörung von Sachwerten in Kauf genommen wird.

3.7.2 Semantische Attacken

Unter semantischen Attacken versteht man das Vorspielen falscher Tatsachen für das Computerprogramm. In das betreffende Programm wird zu diesem Zweck ein Programmcode eingefügt, der jederzeit von außerhalb aktiviert werden kann. An einem Beispiel soll dies näher verdeutlicht werden: Kernkraftwerke besitzen als Teil ihres Sicherheitssystems seismische Sensoren, die im Falle eines Erdbebens eine automatische Abschaltung des Kernkraftwerkes durchführen. Gelingt es, diese Sensoren zu täuschen, so dass sie annehmen, dass ein Erdbeben stattfindet, so läuft die automatische Abschaltungsprozedur an und der Stromerzeugungsprozess wird eingestellt.

Das tückische an semantischen Attacken ist, dass das Programm lange Zeit völlig normal arbeitet und die Implementierung des zusätzlichen Programmcodes unentdeckt bleibt. Somit ist es möglich, eine semantische Attacke lange Zeit vor dem eigentlichen Schadensereignis durchzuführen und den Programmcode erst im richtigen Moment (z. B. wenn eine militärische Operation geplant ist) ausführen zu lassen.

Bei vielen Systemen sind automatisch ablaufende Prozesse wie im vorgestellten Beispiel sinnvoll, da die menschliche Reaktionszeit wesentlich länger ist als die von Computern. Um semantischen Attacken vorzubeugen, ist es deshalb am sinnvollsten, kritische Systeme, wie z. B. Sicherheitseinrichtungen von Kernkraftwerken, physisch von externen Netzen zu trennen. Allein die physische Trennung kann einen Hackerangriff und somit die externe Implementierung von Programmcodes auf sensiblen Computersystemen verhindern.

3.7.3 *Simula-Warfare*

Simula-Warfare ist die Simulation von Konflikten; aber auch Ausbildungsmaßnahmen unter Nutzung von IuK-Systemen werden dazu gezählt. Die Simulation von Konflikten und das Aufzeigen von Schwachstellen kann zu einer wesentlich effektiveren Kriegführung beitragen und vielleicht sogar einen Krieg verhindern, wenn in der Simulation deutlich wird, dass der Gegner wesentlich stärker ist und diplomatische Bemühungen zur Vermeidung des Konflikts besser geeignet wären.

Schießkinos (z. B. AGSAP bei der Bundeswehr), Simulatoren für Flugzeuge, Panzer und Artilleriewaffen sind Beispiele für *Simula-Warfare* auf Ausbildungstechnischem Gebiet. Sie tragen nicht nur zur Verbesserung der Ausbildungsergebnisse bei, sondern reduzieren auch in erheblichem Maße die Ausbildungskosten.

Auch bei *Simula-Warfare* ist eine Subsumtion unter dem Begriff IW schwierig. Nach meiner Eingangs formulierten Definition fehlt dem *Simula-Warfare* vor allem die Komponente des Kampfes - es ist eben nur die Simulation eines Kampfes und dies ist meiner Meinung nach nicht der Kriegführung zurechenbar. Ganz klar haben die Möglichkeiten der IuK die militärischen Ausbildungsmöglichkeiten enorm gesteigert und realitätsnäher gemacht, doch der eigentlichen Kriegführung ist dies nicht zurechenbar. Ich bin somit der Meinung, dass *Simula-Warfare* keine Form des IW darstellt.

3.7.4 Gibson-Warfare

*Gibson-Warfare*⁶⁸ ist momentan noch absolute Sciencefiction, denn darunter ist die Verschmelzung von Menschen mit Computern zu verstehen. Ein weiterer Aspekt des *Gibson-Warfare* ist die



Abbildung 1 Der Soldat der Zukunft?

Austragung von kriegerischen Konflikten innerhalb einer virtuellen Realität. Wie gesagt, *Gibson-Warfare* ist momentan noch absolute Fiktion und eine mögliche Spielart des IW in der Zukunft, doch schon heute ist die Entwicklung hin zu einem *Gibson-Warfare* gegeben.

Am *Massachusetts Institute of Technology* werden zum Beispiel tragbare Computer entwickelt, bei denen die Bildschirminhalte auf Brillengläser

direkt vor das Auge projiziert werden. Für diese Entwicklungen interessiert sich auch das Militär, denn damit wäre es möglich, die Soldaten der Zukunft mit aktuellen Lageinformationen direkt am Einsatzort zu versorgen (z. B. könnte beim Betreten eines Gebäudes ein Gebäudeplan angezeigt werden, auf dem der Soldat selbst, aber auch noch nicht sichtbare Gegner dargestellt sind). Die obenstehende Abbildung zeigt weitere Beispiele für eine Technisie-

⁶⁸ Nach William Gibsons Sciencefiction Roman „Neuromancer“

rung des Infanteriesoldaten, wie sie im Februar 2002 auf einer Präsentation von Technologieunternehmen des Silicon Valley vorgestellt wurden.⁶⁹ Dies ist zwar noch nicht *Gibson-Warfare*, aber es sind doch immerhin erste sichtbare Ansätze einer Entwicklung hin zur Verschmelzung von Mensch und Computer.

Auch im Internet kann man heute schon so etwas wie *Gibson-Warfare* beobachten: Manch ein Computernutzer, der in einer Newsgroup, in einem Chat oder auf seiner eigenen privaten Homepage kritische, revolutionäre oder andersartige Äußerungen verbreitet, sieht sich häufig mit einer Unmenge von E-Mail-Zusendungen konfrontiert. Dieses sogenannte „*flamen*“ hat die systematische Handlungsunfähigkeit des Computernutzers zum Ziel, denn bei einem dauernden Zustrom von Hunderten oder sogar Tausenden von E-Mails bricht irgendwann das angegriffene Computersystem zusammen bzw. wird dauerhaft blockiert. Auch dies ist kein virtueller Krieg wie er unter *Gibson-Warfare* verstanden wird, aber er kommt diesem doch schon sehr nahe.

⁶⁹ Vgl. Schiessl, Michaela: Genialität auf dem Schlachtfeld. In: Der Spiegel, 8/2002, S. 86

4. Angriffsmethoden im *Information Warfare*⁷⁰

Allgemein bekannte Angriffsmethoden des IW sind Computerviren und Hackerangriffe. Doch es gibt noch weitere Möglichkeiten, um IW zu betreiben. Dazu zählen jedoch nicht nur informationstechnische Angriffsmethoden, auch konventionelle Angriffsmittel können in einem Informationskrieg benutzt werden.

4.1 Hardwareseitige Angriffsmethoden

Bei der Darstellung der einzelnen Formen des IW wurden schon einige konventionelle Angriffsmöglichkeiten angesprochen. Die Zerstörung von Informationsinfrastrukturen mittels Bomben oder Raketen soll hier nicht weiter diskutiert werden, da dem Leser Art und Folge eines solchen Angriffes bekannt sein dürften. Konventionelle Angriffsmethoden im IW können aber auch der Einsatz von A-Waffen und Störsendern sein, von Nanomaschinen und Mikrowellenwaffen.

4.1.1 Elektromagnetische Impulse

Sogenannte HERF-Waffen⁷¹ senden gezielt starke elektromagnetische Impulse aus. Durch die kurzzeitigen, enormen Spitzen im elektromagnetischen Spektrum kommt es zu einem Elektronenfluss, der, je nach Stärke, Mikroprozessoren und andere mikroelektronische Systeme stört oder zerstört. Mit

⁷⁰ Vgl. Haeni, Reto E.: *Information Warfare - An Introduction*. Washinton D.C.: George Washington University. Cyberspace Policy Institute, 1997: <http://www.guest.seas.gwu.edu/~reto/info-war/exampl.htm>, Stand 09.10.2001; Bertges, Florian; Hauck, Andreas: *Information Warfare -Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft*. München: Universität der Bundeswehr, 2000; Cerny, Dietrich: *Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung*. a. a. O., S. 27 f.; Pohl, Hartmut: „Business Information Warfare“ - Elektronische Kriegführung zwischen Unternehmen. In: Geiger, Gebhard: *Sicherheit der Informationsgesellschaft*. a. a. O., S. 47 ff.; Felzmann, Frank W.: *Programme mit Schadensfunktionen*. In: Geiger, Gebhard: *Sicherheit der Informationsgesellschaft*. a. a. O., S. 81 ff.

⁷¹ **H**igh **E**nergy **R**adio **F**requency

solch einer Waffe sind z. B. gezielte terroristische Angriffe⁷² auf Autos denkbar. Da heutzutage viele Prozesse im Auto von Computern gesteuert werden, würde ein solcher Angriff zu einem Ausfall von Fahrzeugfunktionen wie Bremsen usw. führen. Ein Unfall hätte dann möglicherweise tödliche Folgen für die Insassen.

Zur flächendeckenden Zerstörung von Informationssystemen können Atombomben oder spezielle EMP-Bomben⁷³ eingesetzt werden.

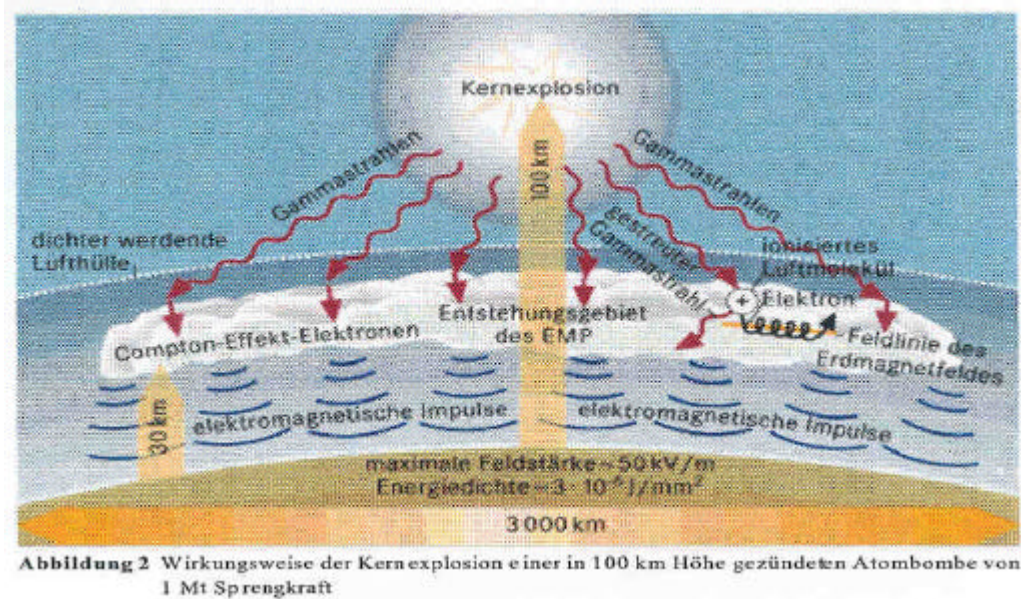
Bei der exosphärischen Explosion einer Atombombe tritt kurzzeitig eine äußerst intensive elektromagnetische „Stoßwelle“ auf. Diese wird durch die bei der Explosion entstehende Gammastrahlung verursacht. Die Photonen (Gammaquanten) schleudern bei ihrem Auftreffen auf die Luftmoleküle auf Grund des Compton-Effektes Elektronen heraus. Infolge der Ladungstrennung entsteht ein elektrisches Feld, dessen zeitliche Änderung mit den spiralförmigen Bewegungen der Elektronen um die Feldlinien des Erdmagnetfeldes eine sehr intensive elektromagnetische Welle hervorruft. Noch mehrere 100 km vom Explosionsort entfernt kann diese elektromagnetische Welle zu elektrischen Feldstärken von bis zu 50 kV/m⁷⁴ führen. Dadurch werden starke Ströme in elektronischen Geräten induziert, was einen Ausfall dieser Geräte (z. B. Computer, Radaranlagen) zur Folge hat. Ein Schutz elektronischer Baugruppen vor einem elektromagnetischen Impuls ist zwar möglich (z. B. mittels eines faradayschen Käfigs), jedoch auf Grund der Vielzahl der zu schützenden Systeme äußerst umfangreich und kostenaufwendig.⁷⁵

⁷² Vgl. 3.7.1 *Information Terrorism*

⁷³ **E**lectromagnetic **P**ulse

⁷⁴ Kilovolt pro Meter

⁷⁵ Vgl. Brockhaus multimedial 2002 premium. Mannheim: Bibliografisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001



4.1.2 Elektronische Störsender

Störsender wurden schon im Zweiten Weltkrieg eingesetzt, um die gegnerische Kommunikation zu stören. Aber auch im IW sind sie ein probates Mittel zur Erreichung der Informationshoheit. Ziel ist es, elektromagnetische Übertragungen (z. B. Funk) zu stören. Dazu werden eigene Störsender benutzt, die auf Grund ihrer speziellen Frequenzstruktur die Sende- und Empfangsfrequenzen des Gegners überlagern und somit blockieren. Eine neue Möglichkeit im IW ist auch die Überflutung von gegnerischen Sensoren mit falschen Daten. Dadurch wird der Glaube des Gegners an die Verlässlichkeit der eigenen Systeme zerstört bzw. der Dateneingang kann nicht mehr zeitgerecht analysiert werden und die richtigen Informationen gehen in der Flut der Daten unter.

4.1.3 Chipping

Chipping ist das Aufbringen von verborgenen Funktionen auf Hardwarekomponenten. Bereits bei der Herstellung von Computerchips werden zusätzliche Funktionen integriert, die bei Eintritt bestimmter Bedingungen Fehlfunktionen auslösen und somit die gegnerische Informationsstruktur zerstören oder lähmen können.

Chipping ist eine ernstzunehmende Bedrohung. Die meisten Hardwarekomponenten werden mittlerweile in asiatischen Entwicklungsländern produziert und auf Grund der Vielzahl von elektronischen Schaltungen und Transistoren⁷⁶, die heutzutage bei Computerchips üblich sind, ist eine Entdeckung von fehlerhaften oder zusätzlichen Schaltungen äußerst schwierig.

4.1.4 Nanomaschinen und Mikroben

Nanomaschinen sind kleine Roboter (im Mikro- oder Nanometerbereich), die in Zukunft die Hardware gegnerischer Informationssysteme angreifen könnten. Denkbar ist auch die Züchtung von Mikroben, die sich von Silizium ernähren (vergleichbar heutigen ölfressenden Bakterien) und so ebenfalls die Hardware von Informationssystemen zerstören würden.

4.2 Softwareseitige Angriffsmethoden

Informationstechnische Angriffsmethoden des IW können sein:

- Eindringen in (geschützte) Datenbanken
- Verbreitung von Schadprogrammen
- Abhören von Informationen
- Unterbrechen von Verbindungen bzw. die Überlastung von Systemen.

Entsprechend der Zielsetzung bedient sich ein potenzieller Angreifer unterschiedlicher programmtechnischer Instrumente, die im folgenden näher beschrieben werden.

⁷⁶ Ein Pentium 4 Prozessor von Intel besteht z. B. aus 55 Mio. Transistoren.

4.2.1 Computerviren⁷⁷

Ein Computervirus ist eine unselbstständige Programmroutine, die sich selbst reproduziert und eine Schadensfunktion besitzt, zur Ausführung aber ein sog. Wirtsprogramm benötigt.⁷⁸ Ein Virus kann erst aktiv werden, wenn er in dieses Wirtsprogramm hinein kopiert wurde, diese Aufgabe übernimmt das Virus selbst, und wenn dieses Wirtsprogramm ausgeführt wird. Es verbreitet sich dann weiter, infiziert andere Programme und führt seine Schadensfunktion aus. Diese Schadensfunktionen reichen von relativ harmlosen, unsinnigen Textmeldungen bis hin zum Verändern oder auch Löschen von Dateien. Einige Viren modifizieren Dateien, indem sie Wörter oder auch nur einzelne Buchstaben vertauschen oder Datensätze und Zahlenwerte verändern. Dabei werden bei jedem Programmstart nur einige wenige Daten modifiziert, um eine frühzeitige Entdeckung des Virus zu vermeiden. Erst nach mehreren Programmstarts ist der angerichtete Schaden offensichtlich und häufig irreparabel.

Um eine Entdeckung durch Antivirenprogramme zu vermeiden, verschlüsseln einige Viren ihren Programmcode. Sogenannte „Stealth“- oder „Tarnkappen“-Viren gehen dabei noch einen Schritt weiter. Sie nutzen spezielle Eigenschaften des Betriebssystems aus und fangen gezielt Systemaufrufe ab und geben diese verfälscht wieder. Dadurch täuschen sie einem Virens Scanner den Originalzustand (z. B. Originallänge einer Datei ohne Virencode) vor und verhindern so ihre Entdeckung.

Man unterscheidet verschiedene Grundtypen von Computerviren:

⁷⁷ Vgl. Kurzinformationen zu aktuellen Themen der IT-Sicherheit: Computerviren. Bonn: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: <http://www.bsi.bund.de/literat/faltbl/kurzvire.htm>, Stand: 22.01.2002

⁷⁸ 1984 veröffentlichte der Amerikaner Fred Cohen eine Arbeit mit dem Titel „Computer Viruses -Theory and Experiments“. Auf ihn ist auch die erste Definition eines Computervirus zurückzuführen: „A ‘computer virus’ is a program that can ‘infect’ other programs by modifying them to include a possibly evolved version of itself.“ (Felzman, Frank W.: a. a. O., S. 82)

- **Boot-Viren** befinden sich im Bootsektor einer Diskette bzw. Festplatte oder im Partitionssektor einer Festplatte und werden durch den Start des Computers aktiviert. Beim „Booten“ eines Computers wird normalerweise das Betriebssystem des Computers geladen. Bootviren überschreiben die Betriebssysteminformationen mit ihrem eigenen Programmcode; der originale Code wird an eine andere Stelle auf dem Datenträger verlagert. Beim Start wird so erst der Virencode ausgeführt und danach erst der verlagerte Originalcode, es scheint als ob der Computer wie gewohnt startet. Der Boot-Virus gelangt so jedoch vor dem Laden des Betriebssystems in den Arbeitsspeicher und verbleibt dort für die gesamte Betriebszeit. So ist es ihm möglich, den Boot-Sektor jeder nicht schreibgeschützten Diskette, die während des Rechnerbetriebes benutzt wird, zu infizieren und sich so zu verbreiten. Die Bedeutung der Boot-Viren hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Durch die zunehmende Verwendung von i. d. R. nicht bootfähigen CD-ROMS als Standarddatenträger wurde die Diskette als Datenaustauschmedium verdrängt, so dass der Verbreitungsweg der Boot-Viren nicht mehr vorhanden ist.
 - **File-Viren** hängen sich an Programmdateien (= Wirtsprogramm) an und werden beim Start des infizierten Programmes aktiviert.
 - **Makro-Viren** benutzen Steuersequenzen von Daten-Dateien als Wirt. Heutige Programme erlauben es, immer wiederkehrende Prozesse, z. B. in Textverarbeitungen, in so genannten Makros zu hinterlegen. Makroviren sind vom verwendeten Betriebssystem

unabhängig, da Makro-Befehle nicht von einem Compiler⁷⁹ übersetzt, sondern von einem Interpreter⁸⁰ abgearbeitet werden. Dadurch kann sich ein Makrovirus sowohl auf PCs unter Microsoft Windows Betriebssystemen als auch unter Macintosh Betriebssystemen verbreiten. Die Verbreitung von Makro-Viren hat in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass in immer größerem Umfang Dokumentendateien (z. B. Winword-Dokumente) per E-Mail oder Internet versandt und ausgetauscht werden. Beim Lesen der E-Mail oder beim Aufruf der Dokumentendatei wird automatisch das assoziierte Programm (bei Winword-Dokumenten Microsoft Word) aufgerufen und das Dokument geöffnet. Enthält das Dokument einen Makro-Virus, so erfolgt sofort die Infektion der zugehörigen Rechnerumgebung. Ende Oktober 1999 gab es weltweit bereits mehr als 4 600 Makroviren, pro Monat ist mit der Entwicklung von weiteren 100 mit steigender Tendenz zu rechnen.⁸¹

Computerviren sind weitverbreitet, und fast jeder Computeranwender ist schon mal mit einem Computervirus konfrontiert worden. Moderne Antivirenprogramme kennen mehr als 58 000 Computerviren⁸², wovon die meisten allerdings nicht im Umlauf sind.

⁷⁹ Computerprogramm, das ein vollständiges, in einer problemorientierten höheren Programmiersprache formuliertes „Quellprogramm“ in das Maschinenprogramm („Objektprogramm“) übersetzt. Ein Compiler erzeugt eine Liste von Maschinencode-Befehlen, dem so genannten Objektcode, der auf dem Quellcode basiert. Der erzeugte Objektcode ist ein ablauffähiges, sehr schnelles Programm.

⁸⁰ Programm, das eingegebene Befehle einer höheren Programmiersprache in die Maschinensprache übersetzt. Im Gegensatz zu einem Compiler analysiert der Interpreter nacheinander jede Anweisung des Quellprogramms und arbeitet diese unmittelbar ab.

⁸¹ Vgl. Felzmann, Frank W.: a. a. O., S. 89

⁸² Vgl. Symantec Norton Antivirus 5.0 mit Virendefinition vom 07.02.2002

4.2.2 Logische Bomben

Logische Bomben („*logical bombs*“) sind selbstständige Programme bzw. Programmbestandteile, die nur bei Eintritt einer bestimmten Konstellation, also einer logischen Bedingung, zu einem unkalkulierbaren, schädigenden Ereignissen führen. Der auslösende „Zünder“ („*trigger*“) wird vom Angreifer auf ein bestimmtes Signal (z. B. Ansteigen der Alarmstufe bei militärischen Systemen, bestimmte Uhrzeit, Datum) hin programmiert, welches vom Angreifer selbst oder durch eine Anwenderaktion ausgelöst werden kann.

Ein Beispiel für eine logische Bombe ist der Fall „GURUGS“. Ein Programmierer der Münchner Bundeswehruniversität hatte ein Grafikprogramm für Großrechner geschrieben, das als verborgenen Befehl ein halbjährlich zu änderndes Ablaufdatum enthielt. Als es Streit um die Bezahlung gab, versagte das Programm zum Jahreswechsel 1985/86. Dies ist keineswegs ein Einzelfall, es gibt viele dokumentierte Fälle, in denen unzufriedene Programmierer sich durch solche Schadensroutinen an ihren Arbeitgebern (z. B. nach ihrer Entlassung) gerächt haben.⁸³

4.2.3 Würmer

Ein Wurm ist eine selbstständige Programmroutine, die sich selbstständig von Computersystem zu Computersystem verbreitet, aber, im Gegensatz zu Computerviren, in der Regel keine anderen Programme modifiziert. Dies geschieht üblicherweise dadurch, dass sie an alle Personen in einem Adressbuch (z. B. Microsoft Outlook) eine E-Mail mit einem Dateianhang, der den Programmcode enthält, versendet. Durch die ständige Reproduktion und dem damit verbundenen E-Mail-Versand kommt es zu einer Überlastung des für die Weiterleitung zuständigen Mailservers und zum Zusammenbruch des Systems. Ein Wurmangriff dient somit vor allem der Störung

⁸³ Vgl. Felzmann, Frank W.: a. a. O., S. 81

des Informationsflusses eines potenziellen Gegners, da sämtliche E-Mails nicht mehr weitergeleitet werden können.

4.2.4 Trojanische Pferde

Trojanische Pferde sind selbstständige Programme, die undokumentierte schädliche Funktionen enthalten und diese ohne Wissen des Anwenders ausführen, sich jedoch, anders als Computerviren und Würmer, nicht selbstständig verbreiten. Ein Trojanisches Pferd kann sowohl in einem eigenständigen Programm als auch in handelsüblicher Software wie Office- oder Grafikprogrammen⁸⁴ versteckt sein. Das Trägerprogramm verrichtet dabei die von ihm erwarteten Aufgaben, während das Trojanische Pferd im Hintergrund, also ohne Wissen des Anwenders, z. B. Passwörter, Kreditkartennummern oder andere interessierende Daten protokolliert und diese z. B. per E-Mail versendet. Trojanische Pferde sind häufig auch Trägerprogramm für Viren und Würmer.

4.2.5 Falltüren

Falltüren, sogenannte „*trap doors*“, sind vom Programmierer oder Hacker zusätzlich installierte, nicht dokumentierte Funktionen in einem Softwareprogramm. Diese „Hintertür“ ermöglicht es, in ein System unter Umgehung der üblichen Sicherheitseinrichtungen (z. B. passwortgeschützte Anmeldung oder geschützter Zugriff auf Daten) einzudringen und dadurch Schaden anzurichten oder Daten auszuspionieren.

4.2.6 Denial of Service-Attacken

Bei Denial of Service-Attacken (DoS-Attacken) werden Web-Server mit sinnlosen Anfragen oder Datenpaketen unter Beschuss genommen und durch die Flut der eingehenden Daten lahmgelegt. Im Vorfeld von DoS-

⁸⁴ So enthalten Raubkopien von bekannten Softwareprodukten wie Microsoft Office häufig trojanische Pferde.

Attacken wird versucht, auf möglichst viele Rechner im Internet ein Programm zu installieren, welches zu einer festgelegten Zeit die Anfragen von diesem Rechner losschickt.

5. Schutz- und Abwehrmaßnahmen

Ein vollständiger Schutz von IuK-Systemen gegen IW-Angriffe ist bisher nicht erreichbar und wird wohl auch in absehbarer Zukunft nicht erreichbar sein. Schutzmaßnahmen in IuK-Systemen haben in der Regel nur eine zeitlich sehr beschränkte Wirksamkeit, da v. a. neue Softwareprogramme neue Sicherheitslücken beinhalten und somit neue Angriffsformen ermöglichen. In einem IW ist es somit nicht ausgeschlossen, dass die nationale Informationsinfrastruktur gestört oder geschädigt wird. Gleichwohl sollten kritische Bereiche⁸⁵ soweit abgesichert werden, so dass mögliche Schäden minimiert und lebenswichtige Funktionen aufrechterhalten werden können.⁸⁶

Ein effektiver Schutz der Informationsinfrastrukturen erfordert vor allem umfassende ganzheitliche Systemkonzepte, sowohl auf staatlicher als auch auf privater Ebene.

Nicht zu vernachlässigen sind internationale Kooperationen zum Schutz der globalen Informationsinfrastrukturen (hier vor allem das Internet).⁸⁷

Zur Erkennung von lokal begrenzten Angriffen auf Informationssysteme stehen schon heute einige Verfahren zur Verfügung:

- *Intrusion Detection Systeme*
- Virenerkennungsprogramme
- Plausibilitätskontrollprogramme
- Programme zur Beweissicherung.

⁸⁵ Siehe 2.1.1 Kritische Infrastrukturen

⁸⁶ Vgl. Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. a. a. O., S. 32

⁸⁷ Geiger, Gebhard: Sicherheit der Informationsgesellschaft. a. a. O., S. 11

Sogenannte *Computer Emergency Response Teams*⁸⁸ haben sich zudem die Warnung vor Viren zur Aufgabe gemacht. Eine zuverlässige Erkennung eines Informationskrieges ist mit diesen Mitteln jedoch nicht möglich, da sie entweder nur lokal einsetzbar sind (d. h. nur für einzelne Computersysteme/-netzwerke und nicht für die gesamte Informationsinfrastruktur eines Landes) oder nur vor bestimmten Gefahren (hier Computerviren) warnen.⁸⁹

Bei der Konzeption von Schutzmaßnahmen ist eine klare Trennung von kritischen und nichtkritischen Systemen wichtig, um gezielt und kostenwirksam Sicherheitsmaßnahmen zu planen und zu realisieren. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Übergänge zu öffentlichen bzw. internationalen Netzen, da diese erst einen wirkungsvollen IW-Angriff ermöglichen.⁹⁰ Zu diesem Zweck werden sogenannte *Firewalls* eingesetzt.⁹¹

Problematisch ist auch die zuverlässige Identifizierung von Kommunikationspartnern. Hierfür sind zuverlässige Authentisierungsmaßnahmen notwendig. Der Einsatz Digitaler Signaturen zeigt Manipulationen an und Verschlüsselungsmechanismen verhindern das unbefugte Mitlesen.⁹²

⁸⁸ In Deutschland existiert eine solche Arbeitsgruppe beim BSI. Darüber hinaus geben auch kommerzielle Anbieter von Antivirenprogrammen regelmäßig Warnhinweise heraus. Zahlreiche Newsgroups im Internet informieren ebenfalls über neu aufgetauchte Viren; diese Hinweise sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da es sich häufig um Scherzmeldungen (sog. Hoaxes) handelt.

⁸⁹ Vgl. Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. a. a. O., S. 30

⁹⁰ Trotzdem ist auch ein vollkommen abgeschottetes Computernetz nicht hundertprozentig sicher. Zum einen besteht immer die Gefahr eines Innentäters, der absichtlich ein IuK-System sabotiert (so werden ca. 90 % der Fälle von Computerkriminalität von Innentätern verübt [Information Week (Hrsg.), Security Survey. New York 1998. In: Pohl, Hartmut: a. a. O.]), zum anderen können eingebrachte Datenträger (Disketten, CD-ROMs) Viren enthalten und bei unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen (fehlende Verwendung von Virenschaltern) ebenfalls Schaden anrichten.

⁹¹ Vgl. Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. a. a. O., S. 33

⁹² Ebd.

Problematisch ist auch die Verwendung kommerzieller Softwareprodukte in kritischen Infrastrukturbereichen, da man davon ausgehen muss, dass diese Schwachstellen (Fehler im Programmcode [sog. „Bugs“] oder auch absichtliche Einfügungen⁹³) enthalten, die für Angriffe ausgenutzt werden können. Einen Ausweg bietet hier die Nutzung evaluierter und zertifizierter Produkte. Bei einer Evaluierung - für den öffentlichen Bereich in Deutschland erfolgt diese durch das BSI, für den privatwirtschaftlichen Bereich bietet dies der TÜV an - werden die Sicherheitseigenschaften eines Programmes überprüft, bewertet und vorhandene Schwachstellen aufgezeigt. Die Zertifizierung bestätigt die Durchführung des Evaluierungsprozesses und bescheinigt somit die sichere Funktion eines Produktes.⁹⁴

Verschiedentlich wurde schon auf einzelne Schutzmaßnahmen eingegangen. So ist es möglich, elektronische Systeme gegen elektromagnetische Impulse abzuschirmen, redundante Signale und das Senden auf verschiedenen Frequenzen (sogenanntes „Frequenzhopping“) verhindern die Störung durch Störsender.

Hinsichtlich der Abwehr von IW-Angriffen ist jedoch die Schaffung eines Problembewusstseins am allerwichtigsten. Vielen Verantwortlichen wird erst nach und nach klar, wie abhängig wir von unserer modernen Informationsinfrastruktur sind, welche Angriffsmöglichkeiten es gibt und welche gravierenden Auswirkungen ein Angriff hätte. Während in den USA bereits an einem so genannten „Internet-Schutzschild“ gebaut wird⁹⁵, wird man sich in Deutschland erst allmählich über die Gefahren des Informationszeitalters bewusst. Dieses sogenannte „Fidnet“ soll sich wie ein Schirm über die emp-

⁹³ Logische Bomben, Trojanische Pferde, Falltüren

⁹⁴ Vgl. Cerny, Dietrich: Schutz kritischer Infrastrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. a. a. O., S. 34

⁹⁵ Vgl. Ewert, Burkhard; Littger, Peter: USA bauen Internet-Schutzschild auf. <http://www.handelsblatt.com>, Stand: 04.03.2001; Ewert, Burkhard; Littger, Peter: USA forcieren „virtuellen Schutzschild“. In: Handelsblatt, 05.03.2001

findlichen Infrastrukturen der USA spannen. Ein Großrechner soll in Echtzeit alle angeschlossenen Netzwerke auf Unregelmäßigkeiten überprüfen und Anomalien an ein Analysezentrum melden. Für dieses anspruchsvolle Vorhaben hat die amerikanische Regierung 30 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt und schon 2003 soll das System einsatzbereit sein.⁹⁶

5.1 Firewall⁹⁷

Eine Firewall ist ein Softwareprogramm, das den Datenaustausch zwischen zwei Netzen, üblicherweise zwischen einem internen Netz und dem Internet, protokolliert und begrenzt. Dadurch werden nur zugelassene netzübergreifende Aktivitäten möglich und Missbrauchs- bzw. Angriffsversuche können frühzeitig erkannt und verhindert werden.

5.2 *Intrusion Detection- / Intrusion Response-Systeme*⁹⁸

Intrusion Detection-Systeme (IDS) können am besten mit einer Alarmanlage verglichen werden, während *Intrusion Response-Systeme* (IRS) der automatischen Abwehr der erkannten Angriffe dienen. Gelingt es einem Angreifer eine Firewall zu überwinden und z. B. einen Virus zu installieren, so soll das IDS einen Alarm auslösen, damit geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Ein IDS wertet im Grunde genommen alle Geschehnisse, die sich innerhalb eines Netzwerkes ereignen, aus und entscheidet dann, ob diese auf einen Hackerangriff hindeuten oder nicht. Problematisch ist dabei die große Datenmenge, die das IDS zu verarbeiten hat.

⁹⁶ Vgl. Krach, Wolfgang; Mascolo, Georg; Schiessl, Michaela: Angst vor der @-Bombe. a. a. O. S. 119

⁹⁷ Vgl. Firewall-Systeme. Bonn: Bundesbeauftragter für den Datenschutz: http://www.bfd.bund.de/technik/Ori_int/ohint_3.html, Stand 23.01.2002; IT-Grundschutzhandbuch Juli 2001. Bonn: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: <http://www.bsi.bund.de/gshb/deutsch/b/73.htm>, Stand 23.01.2002

⁹⁸ Vgl. Grundlagen, Forderungen und Marktübersicht für Intrusion Detection Systeme und Intrusion Response Systeme, debis IT Security Services, 2001 S. 4 ff. <http://www.bsi.bund.de/>, Stand 22.01.2002

Zur Entdeckung von Angriffen gibt es zwei Hauptunterscheidungsmerkmale. Zunächst einmal muss das IDS feststellen, ob ein bestimmtes Systemereignis ein Indiz für einen Angriff ist. Dazu kann es das Systemereignis isoliert betrachten oder es mit früheren bzw. nachfolgenden Systemereignissen vergleichen. Im Zweifelsfall ist diese Unterscheidung relativ schwierig: Erhält ein System mehrere Megabyte an E-Mail pro Minute, so könnte dies - isoliert betrachtet - ein Hackerangriff sein, der die Überlastung des Mailservers zum Ziel hat. Wurde jedoch zuvor z. B. eine Fragebogenaktion gestartet, so könnte es sich bei der Mail-Flut um die erwarteten Reaktionen der Angeschriebenen handeln. In beiden Fällen muss das IDS unterschiedlich reagieren.

Das zweite Merkmal ist die Einbeziehung von Wahrscheinlichkeiten, die die Gefahr von Fehlalarmen verringern. Beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass mehrere MByte E-Mail pro Minute empfangen werden p , so löst das IDS erst dann einen Alarm aus, wenn $p > P$ gilt, d. h. wenn der Eingangsstrom an E-Mail so unwahrscheinlich ist, dass er den fest vorgegebenen Schwellenwert P überschreitet.

5.3 Digitale Signatur

Die Digitale Signatur, auch digitale Unterschrift, ist eine Methode, um die Identifikations- und Integritätssicherheit elektronischer Dokumente zu garantieren. Eine digitale Signatur stellt eine Bitfolge dar, die aus dem zu signierenden Text und dem privaten Schlüssel des Unterzeichners bestimmt wird. Bei Veränderung der Nachricht stimmt diese Bitfolge nicht mehr mit dem veränderten Text überein, und der Empfänger wird somit auf die Manipulation der Nachricht aufmerksam gemacht.

6. Völkerrechtliche Aspekte eines geführten *Information Warfare*⁹⁹

Aus völkerrechtlicher Sicht sind die „älteren“ Formen des IW relativ unproblematisch. Das Ausspähen des Gegners oder die Zerstörung von Telekommunikationsleitungen und militärischen Einrichtungen wie Radaranlagen sind während kriegerischer Auseinandersetzungen akzeptabel und aus völkerrechtlicher Sicht unproblematisch. Doch die Entwicklung der Informationstechnologie eröffnet, wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt, neue Angriffsformen und auch neue Angriffsziele. Einem Angreifer ist es mittlerweile möglich, über internationale Computernetze Angriffe durchzuführen, ohne jemals den Boden des angegriffenen Landes betreten, überfliegen bzw. sich ihm überhaupt physisch genähert zu haben. Die dargestellte Abhängigkeit von Informationssystemen und der Dual-Use Charakter von Informationssystemen und Infrastruktureinrichtungen verwischen die Grenze zwischen zivilen und militärischen Zielen bzw. eröffnet eine breite Palette neuer Angriffsziele.

Aus einem IW ergeben sich drei wesentliche völkerrechtliche Problemstellungen:

1. Kollateralschäden, die bei IW-Angriffen entstehen, unterscheiden sich wesentlich von konventionellen Kollateralschäden. Die Zerstörungen, die durch Bombardierungen entstehen, sind für jeden offensichtlich. Der angerichtete Schaden einer fehlgeleiteten Bombe oder Rakete ist augenscheinlich und eine Wiedergutmachung relativ schnell möglich.¹⁰⁰ Im Gegensatz dazu ist bei einem Angriff auf die Informationssysteme eines

⁹⁹ Vgl. Greenberg, Lawrence T.; Goodman, Seymour E.; Soo Hoo, Kevin J.: *Information Warfare and International Law*. Washington D.C.: National Defense University Press. <http://www.dodccrp.org/iwilchapter1.htm>, Stand: 21.01.2002

¹⁰⁰ Bei den alliierten Angriffen auf Jugoslawien im Rahmen des Kosovo-Konfliktes kam es z. B. zu Kollateralschäden in Bulgarien, die von den Alliierten stillschweigend repariert (d. h. bezahlt) wurden.

Landes der Kollateralschaden nicht so leicht erkennbar. Die Störung des Funktionierens der Zivilgesellschaft ist hier am ehesten mit Handelssanktionen vergleichbar, die völkerrechtlich gesehen ein Mittel in Friedens- und nicht in Kriegszeiten sind.

2. Problematisch ist auch die nationale und territoriale Souveränität eines Staates, da elektronische Signale in internationalen Netzwerken an keiner Landesgrenze halt machen. Des Weiteren ist die Grenzverletzung auf Grund elektromagnetischer Wellen und Signale nicht mit dem traditionellen Verständnis des Völkerrechts vereinbar.
3. Wie bereits mehrfach dargestellt, ist bei IW eine Unterscheidung in militärische (völkerrechtlich legitime) und zivile (völkerrechtlich verbotene) Ziele äußerst schwierig. Der Angriff auf zivile Einrichtungen (z. B. Kraftwerke) ist bei IW militärisch gesehen ein legitimes Ziel, völkerrechtlich gesehen jedoch äußerst problematisch.

Wichtig ist weiterhin, dass das Völkerrecht bis jetzt keine Verbotsergelungen für IW-Angriffe enthält. Die technologische Entwicklung ist der Fortentwicklung des Völkerrechts vorausgeeilt, und auf absehbare Zeit wird sich dieser Zustand auch nicht ändern.

Schlusswort

Ist *Information Warfare* nun das Gefechtsfeld der Zukunft? Ich meine auf der einen Seite ja, auf der anderen Seite aber auch nein! Nein, da IW eigentlich nichts wirklich neues ist. Wie ich gezeigt habe, wurden schon im amerikanischen Bürgerkrieg, im Ersten und Zweiten Weltkrieg Angriffsmethoden, die heute zum IW gezählt werden, erfolgreich angewandt. Damals sprach man jedoch noch nicht von informationeller Kriegführung, so dass diese Angriffsmethoden als Sabotageakte (Zerstören von Telekommunikationsverbindungen) oder als psychologische Kriegführung (Vortäuschen von Angriffen) bezeichnet wurden. Ja, weil heutzutage der Stellenwert von Informationen und ihre jederzeitige Verfügbarkeit wesentlich höher ist, als es je zuvor in der Menschheitsgeschichte der Fall war. Dieser Stellenwert wird in der Zukunft noch weiter zunehmen; und genau dieser höhere Stellenwert hat meiner Meinung nach auch zur Schaffung des Begriffes des *Information Warfare* geführt. Wie die unzähligen Definitionen zeigen, ist es auch in Fachkreisen noch äußerst umstritten, was IW eigentlich ist. Die einen zählen nur den Kampf um und mit Informationen mit informationstechnischen Angriffsmethoden dazu. Andere fassen den Begriff weiter und schließen physische, konventionelle Angriffsmethoden mit ein.

Ziel bei IW ist es jedenfalls die Informationshoheit („*information dominance*“) zu erlangen bzw. zu verteidigen. Das Beispiel des somalischen Rebellenführers Aidid verdeutlicht, dass auch ein militärisch unterlegener Gegner im Informationskrieg Chancen auf einen militärischen Erfolg hat und sogar eine Weltmacht wie die USA zum Rückzug zwingen kann, wenn es ihm gelingt, diese Informationshoheit zu erlangen und so die innenpolitische Diskussion und die öffentliche Meinung des gegnerischen Staates zu beeinflussen.

So steht insbesondere die Beeinflussung der öffentlichen Meinung momentan im Blickpunkt der Militärs. Die Amerikaner haben in den letzten Jahren

zahlreiche Unterabteilungen und Arbeitsgruppen in den verschiedenen Ministerien gegründet und ausgebaut, zuletzt wurde im Herbst 2002 das *Office for Strategic Influence* gegründet, die sich allein dieser Aufgabe widmen. Um den Antiterrorkrieg gegen Afghanistan besser „verkaufen“ zu können, beauftragte das Pentagon sogar eine Werbeagentur, und stellte ihr ein monatliches Budget von 100 000 US-Dollar zur Verfügung. Doch gerade dieser Teil wird von den wenigsten Laien zu IW gezählt, für sie ist das eher psychologische Kriegführung.

Dies ist sogar verständlich, denn IW ist wie gesagt nichts Neues; IW verändert aber die althergebrachten Formen der Kriegführung, wozu auch die psychologische Kriegführung zählt. Die althergebrachten Formen der Kriegführung, Libickis Klassifikation des IW orientiert sich meiner Meinung nach ganz bewusst an ihnen, haben durch die modernen IuK-Technologien einen Wandel erfahren, der es notwendig machte, einen neuen Oberbegriff für diese Art der Kriegführung zu schaffen: *Information Warfare*. So fasst der Begriff des IW die Veränderungen in der Kriegführung zusammen, ähnlich wie der Begriff der Informationsgesellschaft die Veränderungen gegenüber der Industriegesellschaft verdeutlicht.

Abkürzungen

AT&T	American Telephone and Telegraph Company
AWACS	Airborne Early Warning and Control System
BND	Bundesnachrichtendienst
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
C2W	Command and Control Warfare
C4I	Command, Control, Communication, Computer, Intelligence
CD	Compact Disc
CIA	Central Intelligence Agency
CNN	Cable News Network
COTS	Commercial Off the Shelf
DoD	Department of Defense
DoS	Denial of Service
DTAG	Deutsche Telekom Aktiengesellschaft
DVD	Digital Versatile Disk
EMP	Electromagnetic Pulse
ETA	Euzkadi Ta Azkatasuna
EW	Electronic Warfare
FBI	Federal Bureau of Investigation
HAMAS	Harakat al-muqawama al-islamija
HARM	Highspeed Anti Radiation Missile
HERF	High Energy Radio Frequency
IBW	Intelligence Based Warfare
IDS	Intrusion Detection System
IEW	Information Economic Warfare
IRA	Irish Republican Army
IRS	Intrusion Response System
ISDN	Integrated Services Digital Network
ISDNBw	ISDN-Netz der Bundeswehr

IT	Informationstechnik
IuK	Informations- und Kommunikations- (-Systeme, -Technologie)
IW	Information Warfare
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NSA	National Security Agency
PC	Personal Computer
PCCIP	President's Commission on Critical Infrastructure Protection
PSYOPS	Psychological Operations
ROM	Read Only Memory
TÜV	Technischer Überwachungsverein
UAV	Unmanned Aerial Vehicles
UN	United Nations
USA	United States of America
USAF	United States Air Force

Literatur- und Internetquellenverzeichnis

ANSORGE, Peter; STREIBL, Ralf E.: Schöner neuer Krieg. Information Warfare -der neue saubere Krieg ohne Schrecken? In: KRÄMER, J.; RICHTER, J.; WENDEL, J.; ZINMEISTER, G. (Hrsg.): Schöne neue Arbeit. Die Zukunft der Arbeit vor dem Hintergrund neuer Informationstechnologien. Mössingen-Talheim: Talheimer, 1997, S. 268-285.

ARQILLA, John, RONFELDT, David (Hrsg.): Networks and Netwars: The Future of Terror, Crime and Militancy. <http://www.rand.org/publications/MR/MR1382>, Stand: 01.11.2001

BERTGES, Florian; HAUCK, Andreas: Information Warfare - Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft. München: Universität der Bundeswehr, 2000: <http://www.rz.unibw-muenchen.de/~s51bcoll/Seminararbeiten2000.htm>, Stand: 22.11.2001

BUNDESAMT FÜR SICHERHEIT IN DER INFORMATIONSTECHNIK: Kurzinformationen zu aktuellen Themen der IT-Sicherheit: Computerviren. Bonn: <http://www.bsi.bund.de/literat/faltbl/kurzvire.htm>, Stand: 22.01.2002

BUNDESAMT FÜR SICHERHEIT IN DER INFORMATIONSTECHNIK: IT-Grundschatzhandbuch. Bonn, Juli 2001: <http://www.bsi.bund.de/gshb/deutsch/b/73.htm>, Stand 23.01.2002

BUNDESBEAUFTRAGTER FÜR DEN DATENSCHUTZ: Firewall-Systeme. Bonn: http://www.bfd.bund.de/technik/Ori_int/ohint_3.html, Stand 23.01.02

CERNY, Dietrich: Information Warfare: Eine neue Bedrohung für Staat und Wirtschaft? Bonn: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: <http://www.bsi.bund.de/literat/tagungsb/cerny.htm>, Stand: 16.01.2001

DEBIS IT SECURITY SERVICES: Grundlagen, Forderungen und Marktübersicht für Intrusion Detection Systeme und Intrusion Response Systeme, 2001: <http://www.bsi.bund.de/>, Stand 22.01.2002

DEUTSCHER BUNDESTAG: Vierter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ zum Thema Sicherheit und Schutz im Netz. Drucksache 13/11002, Bonn, 1998

EWERT, Burkhard; LITTGER, Peter: USA bauen Internet-Schutzschild auf. <http://www.handelsblatt.com>, Stand: 04.03.2001

EWERT, Burkhard; LITTGER, Peter: USA forcieren „virtuellen Schutzschild“. In: Handelsblatt, 05.03.2001

FOGLEMEN, Ronald R., WIDNALL Sheila E.: Cornerstones of Information Warfare. United States Air Force: <http://www.af.mil/lib/corner.html>, Stand 31.10.2001

GEIGER, Gebhard (Hrsg.): Sicherheit der Informationsgesellschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000

GREENBERG, Lawrence T.; GOODMAN, Seymour E.; SOO HOO, Kevin J.: Information Warfare and International Law. Washington: National Defense University Press. <http://www.dodccrp.org/iwilchapter1.htm>, Stand: 21.01.2002

HAENI, Reto E.: What is Information Warfare? Washington D.C.: George Washington University. Cyberspace Policy Institute, 1997: <http://www.guest.seas.gwu.edu/~reto/infowar/what.htm>, Stand 09.10.2001

HAENI, Reto E.: Information Warfare - An Introduction. Washington D.C.: George Washington University. Cyberspace Policy Institute, 1997: <http://www.guest.seas.gwu.edu/~reto/infowar/exempl.htm>, Stand 09.10.01

JERTZ, Walter: Die NATO-Friedensbemühungen auf dem Balkan. Vortrag anlässlich des Symposiums des BND „Information Warfare/Information Operations“ am 2. November 2000 in München

KRACH, Wolfgang; MASCOLO, Georg; SCHIESSL, Michaela: Angst vor der @-Bombe. In: Der Spiegel Nr. 11/2001

LEWIS, Brian C.: Information Warfare. Washington D.C.: Federation of American Scientist: <http://www.fas.org/irp/eprint/snyder/infowarfare.htm>, Stand 09.10.2001

LIBICKI, Martin C.: What is Information Warfare? Washington D.C.: National Defence University, Strategic Forum, Institute for National Strategic Studies, Number 28, May 1995: <http://www.ndu.edu/inss/strforum/forum28.html>, Stand: 31.10.2001

LIBICKI, Martin C.: What is Information Warfare? Washington D.C.: Institute for National Strategic Studies: <http://www.ndu.edu/inss/actpubs/act003/>, Stand: 26.12.2001

MADSEN, Wayne: Der Schutz kritischer Infrastrukturen, Information Warfare und Bürgerrechte. Hannover: Verlag Heinz Heise: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/info/6837/1.html>, Stand: 07.11.2001

o. A.: Washington Wins Infowar Battle. In: Intelligence Online, No. 423

OETLI, Philipp: Was ist Information Warfare. <http://www2.snm-hgkz.ch/~philipp/infowar/infowar.htm>, Stand: 16.01.2001

RAND Research Review Vol. XIX, No. 2: Information War and Cyberspace Security. Herbst 1995. <http://www.rand.org/publications/randreview/issues/RRR.fall95.cyber/>, Stand: 06.11.2001

SCHIESSL, Michaela: Genialität auf dem Schlachtfeld. In: Der Spiegel Nr. 8/2002

SCHMUNDT, Hilmar: Attacke aus der Kabelwelt. In: Der Spiegel Nr. 45/2001

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Der Soldat der Zukunft?

Quelle und ©: Der Spiegel Nr. 8/2002, S. 86

Abbildung 2 Wirkungsweise der Kernexplosion einer in 100 km Höhe gezündeten Atombombe von 1 Mt Sprengkraft

Quelle und ©: Brockhaus multimedial 2002 premium

Christian Comtesse



Wirtschaftsspionage im Aufwind ?
Eine Bedrohungsanalyse der deutschen Wirtschaft

1 EINLEITUNG

2 BEGRIFFLICHE UND RECHTLICHE ABGRENZUNGEN

2.1 STAATLICH GELENKTE WIRTSCHAFTSSPIONAGE

2.1.1 Wirtschaftsspionage

2.1.2 Strategische Wirtschaftsaufklärung durch die Nachrichtendienste

2.1.3 Militärstrategische Wirtschaftsaufklärung durch die Nachrichtendienste

2.1.4 Proliferation/ Illegaler Technologietransfer

2.2 KONKURRENZSPIONAGE/INDUSTRIESPIONAGE

2.2.1 Konkurrenzspionage/Industriespionage/Betriebsspionage

2.2.2 Markt-, Konkurrenz- und Wettbewerbsanalyse

2.3 UNTERSCHIEDSMERKMALE ZWISCHEN KONKURRENZ- UND WIRTSCHAFTSSPIONAGE

2.4 UNTERSCHIEDUNG ILLEGALER TECHNOLOGIETRANSFER UND WIRTSCHAFTSSPIONAGE

2.5 RECHTLICHE BETRACHTUNG

2.5.1 Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG)

2.5.2 Deutsches Strafgesetzbuch

3 BEDROHUNGSANALYSE

3.1 BEDROHUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

3.1.1 Wirtschaftsspionage als Bedrohungsperzeption ?

3.1.2 Deutschland als Zielland für Wirtschaftsspionage

3.1.3 Besonders gefährdete Wirtschaftszweige

3.1.4 Aufklärungsziele für die Wirtschafts-/Konkurrenzspionage

3.2 WIRTSCHAFTSSPIONAGE AM BEISPIEL DES MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT DER DDR

3.2.1 Aufgaben und Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit

3.2.2 Sektor Wissenschaft und Technik

3.2.2.1 Organisationstruktur des SWT

3.2.2.1.1 Abteilung XIII der HVA:

3.2.2.1.2 Abteilung XIV der HVA:

3.2.2.1.3 Abteilung XV der HVA:

3.2.2.1.4 Abteilung V der HVA:

3.2.3 Involvierung anderer staatlicher Stellen in der DDR

3.2.4 Implementierung der nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen

3.2.5 Kooperation zwischen MfS und KGB

3.2.6 Übergabe von Quellen und Akten an das KGB

3.2.7 Resümee zur Wirtschaftsspionage durch das MfS

3.3 BEDROHUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT DURCH DIE NACHRICHTENDIENSTE

3.3.1 Die Nachrichtendienste der USA

3.3.1.1 Central Intelligence Agency

3.3.1.2 National Security Agency

3.3.1.3 Departmental Intelligence Elements

3.3.1.4 Wirtschaftsspionage durch die USA

3.3.2 Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation

3.3.2.1 Vom KGB zu den Nachrichtendiensten der Russischen Föderation

3.3.2.2 Slushba Wneschnej Raswedki (SWR)

3.3.2.3 Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU)

3.3.2.4 Federalnoje Agenstwo Prawitelstvennoj Swajsti I Informazij (FAPSI)

3.3.2.5 Wirtschaftsspionage durch die Russische Föderation

3.3.3 Die Nachrichtendienste Frankreichs

3.3.3.1 Direction général de la sécurité extérieur (DGSE)

3.3.3.2 Wirtschaftsspionage durch Frankreich

3.4 BEDROHUNG DURCH KONKURRENZSPIONAGE

3.4.1 Konkurrenzspionage durch eigene Abteilungen in Unternehmen

3.4.2 Konkurrenzspionage durch spezialisierte Firmen

3.4.3 École de Guerre Economique

3.5 DER GROßE LAUSCHANGRIFF

3.5.1 ECHELON

3.5.1.1 Entstehungsgeschichte

3.5.1.2 Voraussetzungen für ein globales Satellitenabhörsystem

3.5.1.2.1 Zugang zu den Trägern der Kommunikation

3.5.1.2.2 Filterung und Auswertung des Informationsaufkommens

3.5.1.3 Nutzung des Echelon-Systems zum Zwecke der Wirtschaftsspionage

3.5.2 Russische Überwachung der Internetkommunikation/SORM

3.6 DER KLEINE LAUSCHANGRIFF

4 ÖKONOMISCHE KONSEQUENZEN

5 PROBLEME STAATLICH GELENKTER WIRTSCHAFTSSPIONAGE

5.1 AUFTRAGSANNAHME

5.2 IMPLEMENTIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTLICHEN ERKENNTNISSE

5.2.1 Gefahr eines ungewollten nachrichtendienstlichen Wissensabflusses

5.2.2 Auswahl der Endabnehmer

5.2.3 Problemfall: Multinationale Unternehmen

5.3 REPUTATION EINES STAATES

5.4 WIRTSCHAFTSSPIONAGE ALS NULLSUMMENSPIEL?

6 WIRTSCHAFTSSPIONAGE ALS AUFTRAG FÜR DEN BUNDESNACHRICHTENDIENST?

7 SCHLUSSBETRACHTUNG

1 Einleitung

Das Phänomen der Wirtschaftsspionage ist nicht neu. Ganz im Gegenteil, schon seit Jahrhunderten wird sie in vielfältiger Weise angewandt, um von den technischen Innovationen anderer zu profitieren. Daher scheint es nicht weiter verwunderlich, dass im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaftsspionage neue Bedeutung zukommt. Für einige Staaten dieser Welt erscheint sie angesichts wachsenden Konkurrenzdrucks als opportunes Mittel zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Weltmarkt.

Wer sich mit der Bedrohung Deutschlands durch die Wirtschaftsspionage auseinandersetzt, steht dennoch unausweichlich vor einem Dilemma: Im Jahr 2000 wurden im Bereich der Konkurrenzspionage¹ deutschlandweit gerade einmal 241 Fälle eines Verstoßes gegen § 17 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb festgestellt², der für die unerlaubte Weitergabe von Firmengeheimnissen angewendet wird. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass das Gros der bekannt gewordenen Fälle auf Mitarbeiter zurückgeht, die kurz vor dem Verlassen der Firma Daten aus dem Computer kopierten und in ihrer neuen Firma widerrechtlich verwendeten³. Betrachtet man dagegen den Bereich der nachrichtendienstlich gesteuerten Wirtschaftsspionage in der Kriminalitätsstatistik 2000 (Geheimdienstlichen Agententätigkeit (§99 StGB)), so findet dieser keine Erwähnung. Vermutlich lag dem BKA im Berichtsjahr kein Fall dazu vor. Bei diesen Straftatbeständen ist jedoch mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen. Die Kriminalitätsstatistik eignet sich schon daher nicht besonders gut, um einen Nachweis zur Wirtschaftsspionage in Deutschland zu führen, weil die wenigsten Firmen ein Interesse daran haben, mögliche Spionagefälle in ihrer Firma publik zu machen, schließlich geht es um Imagewahrung.⁴ Die oft in den Medien zitierten Fälle der Wirtschafts-

¹ Definition des Begriffes Konkurrenzspionage siehe Punkt 2.2.1.

² Vgl. BKA, Kriminalamt, Bundeslagebericht „Wirtschaftskriminalität“, Wiesbaden, 2000, S. 131

³ Ebenda, S. 133

⁴ Ebenda. S. 132

spionage bieten bei näherer Betrachtung zu wenig Substanz, um sie hier in aller Ausführlichkeit zu betrachten. Ferner gibt es zu diesen Fällen erheblich voneinander abweichende Stellungnahmen, die sich für eine Analyse nicht immer eignen. Erschwerend wirkt darüber hinaus die Politik vieler Unternehmen, keinerlei Stellungnahmen zu Spionagefällen oder gar Spionagevorwürfen abzugeben. Dennoch soll diese Vielzahl der Fälle, in denen der Vorwurf der Wirtschafts- oder Konkurrenzspionage aufgekommen ist, nicht unerwähnt bleiben. In der Anlage 1 werden kurze Fallbeschreibungen von Konkurrenz- und Wirtschaftsspionagefällen wiedergegeben; es wird allerdings nur auf wenige näher eingegangen.

Durch das Voranschreiten des Globalisierungsprozesses haben sich die Vorzeichen im weltweiten wirtschaftlichen Wettlauf grundlegend verändert. „Im 21. Jahrhundert sind Fertigkeiten und Wissen der einzige Weg zum Erfolg, die einzige Möglichkeit, um als Einzelperson, als Unternehmen oder als Land konkurrenzfähig zu sein.“⁵ Schon deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, dass Anfang der 90er Jahre eine Diskussion in den Vereinigten Staaten von Amerika darüber entbrannte, ob die Nachrichtendienste nicht auch zum Zwecke der Wirtschaftsspionage genutzt werden sollten⁶. Diese Überlegung beruht vermutlich auch auf den fünf grundlegenden strukturellen Veränderungen durch die Globalisierung: Zum einen hat der politische Wandel, bedingt durch das Ende des Kommunismus als große ideologisch geprägte Weltanschauung, zu einer zusätzlichen Dynamisierung des Globalisierungsprozesses geführt, da sich damit ein weiteres Drittel der Weltbevölkerung der kapitalistischen Welt angeschlossen hatten.⁷

⁵ Vgl. SZ, Thurow, Lester, Kolumbus irrte richtig, 13/14.02.99, abgedruckt in: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263, Bonn, 1999, S. 5

⁶ Vgl. Randall, Fort M., Economic Espionage : Problems and Prospects

⁷ Vgl. BpB, Inf. politische Bildung, Globalisierung, S. 5

Zum zweiten entstand ein wirtschaftlicher Strukturwandel. Wirtschaftliche Prosperität hing kausal mit dem Zugang und der günstigen Nutzung von natürlichen Rohstoffen zusammen, während heute die Industriezweige von herausragender Bedeutung sind, die auf künstlicher, bzw. auf menschlicher Intelligenz beruhen.⁸ Nicht umsonst gilt Bill Gates, der Gründer des Software-Giganten Microsoft, heute als reichster Mensch der Welt. Vermutlich würde die Ölkrise der 70er Jahre heute nicht mehr die gleichen tiefgreifenden Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben, auch wenn noch immer eine nicht unwesentliche Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Erdöl besteht. Informationen haben heute im wirtschaftlichen Konkurrenzstreit ebenso bedeutenden Charakter wie der Zugang von Rohstoffen vor einigen Jahrzehnten.

Drittens ist nach Schätzungen der Weltbank davon auszugehen, dass in den nächsten 30 Jahren die Weltbevölkerung um 50 % steigen wird. Dieser demografische Anstieg findet jedoch überwiegend in den Ländern der Dritten Welt statt. In den Industrienationen dagegen führt der Rückgang der Geburtenrate zu einer „Überalterung“ der Gesellschaft. Aus dieser Entwicklung resultiert schon heute die größte Völkerwanderung in der Geschichte der Menschheit, von den wirtschaftlich ärmeren Ländern hin zu den führenden Wirtschaftsnationen.⁹

Viertens – und im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaftsspionage von besonderer Bedeutung – sind zum ersten Mal die Voraussetzungen für eine globale Weltwirtschaft gegeben: Die modernen Kommunikations- und Transporttechnologien schaffen das Fundament für den globalen Warenhandel und die weltweite Produktionsauslagerung großer und sogar mittelständischer Unternehmen.¹⁰ „Heute werden die Nationalökonomien durch eine Globalökonomie ersetzt“, was zu einer „rapiden Abnahme nationalstaatlicher Macht“¹¹

⁸ Ebenda

⁹ Ebenda

¹⁰ Ebenda

¹¹ Ebenda

führt, ohne dass es eine überstaatliche Institution gäbe, die diesem ökonomischen Wandel regulierend und beaufsichtigend entgegenwirken könnte. Das Fehlen von Reglementierungen für den globalen wirtschaftlichen Wettstreit durch eine supranationale Institution und der sukzessive Abbau wirtschaftliche Einflussmöglichkeiten der Nationalstaaten könnte viele Länder dazu verleiten, mit Hilfe von Wirtschaftsspionage ihre eigene Wirtschaft im globalen Konkurrenzkampf zu unterstützen. Denkbar wäre daher die Wirtschaftsspionage als Mittel der aktiven Wirtschaftspolitik, um sich auf dem Weltmarkt einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, letztendlich zur Sicherung oder Schaffung der eigenen ökonomischen Prosperität.

Das fünfte Element des Strukturwandels der Globalisierung ist der Rückgang der Bedeutung von dominierenden Wirtschaftsmächten¹². Mit dem zunehmenden Grad der Globalisierung reduziert sich folglich auch der Einfluss der US-amerikanischen Wirtschaft auf die Weltwirtschaft, die derzeit als die dominierende Wirtschaftsmacht angesehen werden kann.

Obgleich der Kern der strukturellen Transformation auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleibt, ergeben sich auch für die politische Ebene nicht unerhebliche Veränderungen. Schließlich gilt es entweder die wirtschaftliche und soziale Prosperität zu wahren oder den Anschluss an die wirtschaftlich führenden Nationen zu schaffen, je nach dem Grad der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Damit ist heute die Wirtschaftsspionage vor dem Hintergrund einer völlig veränderten weltpolitischen Lage zu sehen, die in einem ständigen strukturellen Wandel begriffen ist. Die Bedeutung der Wirtschaftskraft ist hinsichtlich der Globalisierung schon deshalb so wichtig, da sich die Weltproduktion zwischen den Jahren 1985 und 1995, gerade einmal ein Zeitraum von 10 Jahren, verdoppelt hat. Noch dramatischer ist der Anstieg des Welthandels, der in dem gleichen Zeitraum um den Faktor 2,5 zugenommen hat¹³. Die eigene Wirtschaftskraft ist

¹² Ebenda

¹³ Vgl. BpB, Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263, 1999, S. 6

bei einem solch dynamischen, ökonomischen Prozess für die Industrienationen von elementarer Bedeutung, um den Anschluss an die Weltspitze nicht zu verlieren. Die Produkte der Industrienationen müssen sich heute mehr denn je mit Produkten aus Südostasien oder anderen wirtschaftlich aufstrebenden Regionen messen lassen, die bedingt durch niedrige Lohnkosten im internationalen Vergleich sehr kostengünstig angeboten werden können.

Je weiter die Reglementierungen von staatlicher Seite zugunsten der global agierenden Unternehmen und der weltweiten Finanzströme geöffnet werden, desto weniger wirtschafts- und finanzpolitische Steuerungsmöglichkeiten bestehen für den Nationalstaat, regulierend auf den globalen Markt mit Hilfe von Steuern und Zinsen einzuwirken¹⁴. „Da der Prozess der Globalisierung vor allem auf finanz- und handelspolitischen Entscheidungen beruht, ist Außenpolitik zu einem großen Teil zur globalen Wirtschaftspolitik geworden“ und unterstreicht nochmals deutlich den hohen Stellenwert, den die wirtschaftliche Entwicklung für die Nationalstaaten und insbesondere auch für die Bundesrepublik Deutschland einnimmt.

Ist es nicht schon deshalb ein logischer Schluss für jeden Staat, nach Methoden zur wirtschaftlichen Regulierung in einer globalisierten Wirtschaft zu suchen?

Der Zusammenbruch der DDR ermöglicht es heute, das sehr umfangreiche Aktenmaterial des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) heranzuziehen. Damit kann am Beispiel des MfS ein „funktionsfähiges“ System der Wirtschaftsspionage nachgewiesen werden. Eine wohl einmalige Chance, ist doch das höchste Gut der Nachrichtendienste in der Regel die Konspiration, was Analysen ihrer Strukturen nur bedingt erlaubt. Dennoch soll versucht werden, anhand von Indizien mögliche Hinweise für die Wirtschaftsspionagebemühungen anderer Länder aufzuzeigen. Des weiteren soll eine mögliche Bedrohung der deutschen Wirtschaft durch die

¹⁴ Ebenda, S. 7

nachrichtendienstliche Aufklärung durch einige Nachrichtendienste erörtert werden, wobei die Methodik der nachrichtendienstlichen und privatwirtschaftlichen Ausforschungsbemühungen nicht weiter beleuchtet wird, da sich die Methodik vermutlich nur marginal von der nachrichtendienstlichen Aufklärung in anderen Bereichen unterscheidet. In diesem Zusammenhang soll es vor allem darum gehen, anhand der bekannten Strukturen einen Nachweis über die Wirtschaftsaufklärung zu erbringen.

Auch das vielzitierte globale Abhörsystem Echelon der Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Neuseelands und Australiens soll beleuchtet werden, da Echelon ein Schwerpunktthema in der Berichterstattung der Medien der vergangenen Jahre im Hinblick auf Wirtschaftsspionageaktivitäten bildete.

Letztlich geht es jedoch um die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland und damit ihre ökonomische Prosperität durch die nachrichtendienstliche Wirtschaftsaufklärung anderer Länder gefährdet ist und ob sich die Bedrohungssituation Deutschlands in den letzten Jahren erheblich verändert hat. Es stellt sich damit die Frage, ob sich die Gefährdung der deutschen Industrie Opfer von Wirtschaftsspionage zu werden, wirklich erhöht hat.

2 Begriffliche und rechtliche Abgrenzungen

Leider ist festzustellen, dass in den meisten Publikationen zum Thema Wirtschaftsspionage die Begrifflichkeiten nicht näher definiert und oftmals in ihrer Bedeutung vermischt werden. Nur so lässt es sich erklären, warum Konkurrenz-, Industrie-, Betriebs- und Wirtschaftsspionage sooft gleichbedeutend verwendet werden. Um eine wissenschaftliche Betrachtung der Thematik zu ermöglichen, ist eine genaue Differenzierung der zur Verwendung kommenden Terminologie erforderlich. Zum einen ist die Trennung zwischen staatlicher und privater Informationserhebung und –verarbeitung unerlässlich; zum anderen sind auch die Methoden, die zur Informationsbeschaffung verwendet werden, zu unterscheiden. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal stellt die Informationserhebung als solche dar.

2.1 Staatlich gelenkte Wirtschaftsspionage

2.1.1 Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage (WS) ist die von gegnerischen Nachrichtendiensten gesteuerte¹⁵, zielgerichtete Beschaffung¹⁶, Analyse und Weitergabe von Informationen über ausländische Unternehmen und Institutionen des Wirtschaftslebens. Primär geht es den fremden Nachrichtendiensten darum, die beschafften und analysierten Informationen der eigenen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, um damit einen ökonomischen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern zu erlangen.

¹⁵ Vgl. LfV, Baden-Württemberg: Wirtschaftsspionage - Die gewerbliche Wirtschaft im Visier fremder Nachrichtendienste, Stuttgart 1998, S. 9 und Enberding, Rainer O. M.: Spionageziel Wirtschaft – Technologie zum Nulltarif, Düsseldorf 1993. S. 4

¹⁶ „Was rechtlich als Informationserhebung bezeichnet wird, heißt im Sprachgebrauch der Dienste [der Verf.: der deutschen Nachrichtendienste] **Beschaffung**...“, aus: Rieger, Thomas: Der Bundesnachrichtendienst im demokratischen Rechtsstaat, Ellwangen 1986, S. 35

Bei der Wirtschaftsspionage werden alle Mittel und Methoden der nachrichtendienstlichen Beschaffung genutzt, die durch die Legislative des jeweiligen Landes begrenzt sein können, wie beispielsweise § 3 des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst, der in Verbindung mit § 8 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes die Methoden für die nachrichtendienstliche Informationserhebung für alle deutschen Sicherheitsbehörden reglementiert.

2.1.2 Strategische Wirtschaftsaufklärung durch die Nachrichtendienste

Bei der strategischen Wirtschaftsaufklärung durch die Nachrichtendienste handelt es sich um die zielgerichtete Beschaffung und Auswertung von ökonomischen Eckdaten. Im Gegensatz zur WS ist sie eine sozioökonomische und makroökonomische Betrachtung eines im Aufklärungsauftrag der Nachrichtendienste befindlichen Landes und dient im Rahmen der Krisenfrüherkennung als Indikator möglicher Bedrohungslagen¹⁷.

Zu trennen ist die strategische Wirtschaftsaufklärung von der Wirtschaftsspionage schon insoweit, als dass keinerlei Detailinformationen über ausländische Unternehmen erhoben und weitergegeben werden. Diese nachrichtendienstliche Analyse fremder Volkswirtschaften ist nötig, um für die politische Entscheidungsebene fundierte Analysen zur gesamtwirtschaftlichen Situation anderer Länder zu erstellen, die von essentieller Bedeutung für die Betrachtung der politischen Handlungsfähigkeit eines Landes sind, die in einem unmittelbaren Zusammenhang zu den finanziellen Mittel eines Staates stehen, sie vielmehr begrenzen.

¹⁷ Vgl. Bernd Jakob, Geheime Nachrichtendienste und Globalisierung, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt/M., 1998, S. 188-189

2.1.3 Militärstrategische Wirtschaftsaufklärung durch die Nachrichtendienste

Die militärstrategische Wirtschaftsaufklärung ist die zielgerichtete, nachrichtendienstliche Beschaffung und Auswertung von Informationen zu vorhandenen Rüstungspotentialen, -technologien und dem rüstungstechnischen Forschungsstand anderer Länder. Sie impliziert darüber hinaus den Erkenntnisaustausch mit den inländischen Rüstungsunternehmen.

Durch die militärstrategische Wirtschaftsaufklärung können mögliche Bedrohungslagen besser eingeschätzt werden; neuartige Waffensysteme können frühzeitig erkannt, Abwehrmaßnahmen ergriffen, bzw. Abwehrtechnologien entwickelt werden. Somit ist diese Art der Wirtschaftsaufklärung von essentieller Bedeutung für die Erhaltung der militärischen und politischen Balance of Power und damit originärer Aufklärungsauftrag für die Nachrichtendienste.

2.1.4 Proliferation/ Illegaler Technologietransfer

Beim illegalen Technologietransfer geht es in erster Linie um die nachrichtendienstlich unterstützte Beschaffung von Gütern und Waren, die aufgrund von Embargobestimmungen nicht importiert werden dürfen.¹⁸

In der Zeit des Ost-West-Konflikts wurden durch die westliche Welt die sog. COCOM-Embargobeschränkungen¹⁹ für den Handel mit den Ostblockstaaten erlassen, die den Export von Militärtechnologie und

¹⁸ Vgl. Leysieffer, Uwe, Die nachrichtendienstlich gesteuerte Wirtschaftsspionage der Warschauer-Pakt-Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der DDR und der UdSSR, Diplomarbeit, Gesamthochschule Wuppertal, 1989, S.60

¹⁹ Im Jahre 1949 wurde von den NATO-Mitgliedsstaaten eine Güterliste vereinbart. Die dort aufgeführten Güter durften von den NATO-Partnern nicht in die kommunistischen Ländern exportiert werden. Zur Kontrolle der Einhaltung dieses Embargos wurde ein Komitee mit dem Namen Committee for East-West-Trade Policy (COCOM) gegründet. Dieses hatte den Zweck, die westlichen Sicherheitsinteressen durch die Verhinderung des Technologietransfers vom West nach Ost zu gewährleisten. Vgl. Leysieffer, S. 37-38, 53 ff

Dual-Use-Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, in den Osten verbot. Die kommunistischen Länder versuchten ihrerseits mit einem komplexen und überaus effektiven Beschaffungssystem die COCOM-Beschränkungen des Westens zu umgehen.

Der Vollständigkeit halber sollte noch erwähnt werden, dass vorwiegend in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zunehmend die Beschaffung von ABC-Waffen und entsprechenden Trägersystemen forciert wird. Belege hierfür sind unter anderem die Bemühungen Libyens, eine Giftgasanlage in Rabta mit deutscher Hilfe zu errichten.

2.2 Konkurrenzspionage/Industriespionage

2.2.1 Konkurrenzspionage/Industriespionage/Betriebsspionage

In diesem Abschnitt werden die Begriffe der Industrie-, Betriebs- und Konkurrenzspionage zusammengefasst und innerhalb dieser Ausarbeitung als Konkurrenzspionage bezeichnet, da die Begriffe in der vorliegenden Literatur ohnehin eine gleichbedeutende Verwendung finden.

Unter Konkurrenzspionage versteht man die zielgerichteten Bemühungen eines Unternehmens, nicht offen zugängliche Informationen über ein Konkurrenzunternehmen unter Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden zu beschaffen und auszuwerten. Damit bewegt sich das Unternehmen im Bereich der Illegalität und verstößt gegen einschlägige Regeln des Wettbewerbsrechtes. Dennoch sind nicht alle Beschaffungsbemühungen illegal; überwiegend bewegt man sich bei dieser Form der Informationsbeschaffung in einer rechtlichen Grauzone. Auf die besondere Problematik wird unter Punkt 2.3 genauer eingegangen.

2.2.2 Markt-, Konkurrenz- und Wettbewerbsanalyse

Die Marktanalyse oder auch Konkurrenzanalyse²⁰ ist die Bestrebung eines Unternehmens, zielgerichtet Informationen über ein Konkurrenzunternehmen zu beschaffen und zu analysieren, um sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem marktwirtschaftlichen Mitstreiter zu verschaffen. Im weiteren Verlauf soll hierfür die Bezeichnung Konkurrenzanalyse benutzt werden. Dazu werden beispielsweise offen zugängliche Publikationen ausgewertet; oftmals finden sich dort Strukturen, Methoden und Strategien bestimmter Unternehmen wieder. So kann ein Interview in einem einschlägigen Wirtschaftsmagazin u. U. sehr aufschlussreich sein.

Die Technik der Konkurrenzanalyse wird von Analyseabteilungen großer Konzerne und Unternehmensberatungen angewandt, um eigene Fertigungsmethoden und Zulieferer- und Absatzsysteme an die Erfordernisse einer immer globaler werdenden Wirtschaft anpassen zu können. Oftmals wird diese Technik vermutlich dazu genutzt, eigene Defizite besser zu erkennen und neue Marktstrategien zu erarbeiten. In diesem Kontext wird die Konkurrenzanalyse als integraler Bestandteil eines Marketingkonzeptes eines Unternehmens gesehen²¹. In der vorliegenden Literatur wird jedoch nur selten zwischen der Konkurrenzspionage und der Konkurrenzanalyse differenziert. Überwiegend wird die Auswertung offen zugänglicher Informationen als integraler Bestandteil der Konkurrenzspionage betrachtet. Dennoch muss die Konkurrenzanalyse wohl eher als selbstständiges Marketinginstrument gesehen werden.

2.3 Unterscheidungsmerkmale zwischen Konkurrenz- und Wirtschaftsspionage

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg unterscheidet zwischen Wirtschafts- und Konkurrenzspionage „hinsichtlich

²⁰ Im Nachfolgenden werden die Begriffe Markt- und Wettbewerbsanalyse unter als Konkurrenzanalyse zusammengefasst.

²¹ Brezski, Eberhard, Konkurrenzforschung im Marketing, Analyse und Prognose, Wiesbaden, 1992, S. 6

des Auftraggebers und des Angriffsziels sowie hinsichtlich der Strategie bei der Beschaffung von Informationen“²². Als wichtiges Abgrenzungskriterium zur WS stellt es heraus, dass die Konkurrenzspionage „grundsätzlich kurzfristig angelegt ist“.. Im Gegensatz dazu ist „die nachrichtendienstlich gesteuerte Spionage [...] langfristig konzipiert und bestrebt, möglichst umfassende Informationen aus allen interessierenden Bereichen zu erhalten“²³.

Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die zur Anwendung kommenden nachrichtendienstlichen Methoden vom Wesen her grundsätzlich unterscheiden. Im Bereich der sogenannten Human Intelligence²⁴ (HUMINT), also das Anwerben und Abschöpfen von Quellen, sind die Vorgehensweisen hinsichtlich der Methodik kaum voneinander zu unterscheiden. Lediglich die personellen wie auch die materiellen Potentiale der Nachrichtendienste unterscheiden sich doch vermutlich erheblich von den Potentialen der Privatwirtschaft.

Für eine vergleichende Betrachtung fehlt es jedoch an entsprechend gesicherten Erkenntnissen über Struktur und Potential sowohl in der Privatwirtschaft als auch im staatlichen Sektor. Darüber hinaus ist auch eine klare Zuordnung des Bereiches Konkurrenzanalyse innerhalb großer Unternehmen kompliziert. Nicht jedes Unternehmen, das Konkurrenzanalyse mit dem Ziel betreibt, auch auf lange Sicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, und für das es unumgänglich ist, Veränderungen am Markt zu beobachten, betreibt auch gleichzeitig Beschaffungsbemühungen nachrichtendienstlicher Art. Vielmehr ist es für ein Unternehmen im Zeitalter der Globalisierung von essentieller Bedeutung, eine nachfrage- bzw. kundenorientierte Produktanalyse zu betreiben.

Die Arbeitsweise von Nachrichtendiensten ist konspirativ und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und so bleiben auch hier eine Vielzahl von

²² Vgl. LfV, BW, Wirtschaftsspionage, S. 9

²³ Vgl. Ebenda

²⁴ Unter **Human Intelligence** versteht man die nachrichtendienstliche Ausforschung mit Hilfe menschlicher Quellen, die durch die Nachrichtendienste angeworben und geführt werden.

unbekannten Variablen bestehen, die eine Analyse mit möglichst geringer Fehlerquote erschweren.

Die Potentiale in der Signal Intelligence-Aufklärung²⁵ (SIGINT), der technischen Beschaffung von Informationen, sind schon im Wettstreit unter den Nachrichtendiensten völlig unterschiedlich einzuschätzen. So wird beispielsweise der National Security Agency (NSA) der USA nachgesagt, mit Hilfe des ECHELON-Systems die Satellitenkommunikation weltweit abhören zu können. Bei einem direkten Vergleich zwischen Privatwirtschaft und den Nachrichtendiensten hätten die Unternehmen das Nachsehen. Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe, wie ein Spionagesatellit, sind für die Privatwirtschaft wohl nicht möglich. Eine genaue Studie über die technischen Möglichkeiten jedoch zeigt, dass schon mit einem relativ geringen Aufwand gezielte Abhörmaßnahmen möglich sind.

Aufgrund der immer weiter fortschreitenden Technisierung der Unternehmen im Bereich der Informationstechnologie und der sich daraus ergebenden Abhängigkeiten von Kommunikationssystemen entstehen Angriffsflächen für gezielte Sabotageaktionen.

2.4 Unterscheidung illegaler Technologietransfer und Wirtschaftsspionage

Betrachtet man den illegalen Technologietransfer genauer, so wird man in Abgrenzung zur Wirtschaftsspionage feststellen, dass es hierbei insbesondere um die nachrichtendienstlich gesteuerte Beschaffung von materiellen Gütern geht, die aufgrund von Embargorestriktionen nicht auf dem „normalen“ Wirtschaftsweg importiert werden können. „Wirtschaftsspionage“ dagegen „ist in erster Linie auf die Beschaffung von Informationen ausgerichtet und hat neben den technischen Vorlagen und Produktproben auch allgemeine Wirtschaftsdaten zum Ziel“²⁶. Damit sind bei der WS eher aktuelle Forschungsergebnisse und Produktinnovationen von Interesse und we-

²⁵ **Signal Intelligence** ist die nachrichtendienstliche Aufklärung mit Hilfe von technischen Mittel. Sie umfasst die Überwachung aller technischen Kommunikationssysteme.

²⁶ Leysieffer, S. 59

niger das Produkt selbst. Obwohl der illegale Technologietransfer wie auch die WS von Nachrichtendiensten gesteuert und ausgeführt werden, gibt es doch wichtige methodische Unterschiede: Die Wirtschaftsspionage zeichnet sich durch konspirative, nachrichtendienstliche Beschaffungsmethoden aus, während für den illegalen Technologietransfer vorwiegend bestehende Handelswege genutzt werden, die zunächst keinen nachrichtendienstlichen Hintergrund erkennen lassen²⁷. Allerdings lässt sich nicht immer eindeutig zwischen dem Technologietransfer und der Wirtschaftsspionage differenzieren, da auch im Bereich der WS materielle Güter beschafft werden können. So kann die Beschaffung und Analyse einer Produktinnovation durchaus zur WS gezählt werden, wenn dadurch versucht werden soll, den Anschluss an den technischen Stand anderer Länder zu erreichen. Darüber hinaus wurde der Terminus illegaler Technologietransfer vorwiegend im Zusammenhang mit der Technologiebeschaffung der Warschauer-Pakt-Staaten verwendet und steht in aktuellen Publikationen eher im Zusammenhang mit der Beschaffung von Proliferationsgütern, was auch auf den politischen Wandel zurückzuführen ist.

2.5 Rechtliche Betrachtung

Im Wesentlichen existieren im deutschen Rechtssystem nur zwei Gesetze, mit denen der Konkurrenz- und der Wirtschaftsspionage begegnet werden kann, zum einen sind es die Regelungen im Strafgesetzbuch (StGB) und zum anderen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG).

Im Wesentlichen ist hier eine Betrachtung des Endabnehmers erforderlich. Somit stellt sich die Frage, ob der Endabnehmer respektive der Auftraggeber aus dem privaten oder staatlichen Sektor stammt. Im Bereich der Konkurrenzspionage finden sich die entsprechenden Regelungen im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG). Rechtsverstöße durch die staatlich gesteuerte Wirtschaftsspionage hingegen werden auf der Grundlage des Straf-

²⁷ Ebenda, S. 59-60

hingegen werden auf der Grundlage des Strafgesetzbuches (StGB) geahndet.

Der Grundgedanke des Gesetzgebers bei der Schaffung des UWG war es, den wirtschaftlichen Wettstreit in geregelte Bahnen zu lenken und damit Normen für das Wettbewerbsrecht in Deutschland zu schaffen; damit ist es integraler Bestandteil des Wettbewerbsschutzrechtes.

Im Internationalen Recht gibt es allerdings keine Normen, die diesen wettbewerbs- oder strafrechtlichen Schutz gewähren können. Somit ergeben sich in jedem Staat von einander abweichende Regelungen oder sie fehlen ganz.

Andere Rechtsnormen bleiben von dieser Betrachtung unbeachtet, obwohl in vielen Fällen der Konkurrenzspionage auch noch andere Regelungen des Gesetzgebers betroffen sein können, wie etwa das Patentrecht.

2.5.1 Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG)

Mit dem im Jahre 1986 in Kraft getretenen Gesetz wurden von dem Gesetzgeber rechtliche Normen für den wirtschaftlichen Wettstreit geschaffen, und es soll seither einen wirksamen Schutz gegen die gefährlichen Formen der Industriespionage ermöglichen.²⁸

In den §§ 17, 18 UWG wird der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen unter Strafe gestellt. Schwierig stellt sich schon die Subsumtion des Begriffes des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses dar, da im Gesetz keine Legaldefinition zu finden ist. Marshall definiert in seinem Kommentar zum UWG das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis als das, „was der betreffende Geschäftsführer als geheim oder vertraulich behandelt sehen möchte, und was nicht allgemein bekannt ist“²⁹. Damit gehören Kundenlisten, Zuliefererfirmen (-konditionen), Personalunterlagen, besondere Erzeugnisse und Verfahren

²⁸ Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 23/95, Müller/Wabnitz, Wirtschaftskriminalität – Eine Bedrohung für Staat und Geschichte, S. 30

²⁹ Marshall, Unlauterer Wettbewerb – Materielles Recht und Verfahren in Wettbewerbs-sachen, München, 1989, S. 117

zu schützenswerten Rechtsgütern und können von betroffenen Unternehmen auf dem Rechtswege geschützt werden. Die Tatbestände aus §§ 17, 18 UWG sind zwar Straftaten, werden aber nur auf Antrag der geschädigten Unternehmen verfolgt.³⁰

Aus dem §17 (1) UWG ergibt sich eine Strafbarkeit des Verrates von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, begangen durch Angestellte, Arbeiter und Auszubildende eines Betriebes. In erster Linie gilt dies jedoch vorrangig für die Dauer des Dienstverhältnisses. Damit können Arbeitnehmer erworbene Kenntnisse aus ihrem früheren Beschäftigungsverhältnis frei nutzen, „sofern sie nicht für längere Zeit durch üblicherweise vereinbarte Konkurrenzklauseln daran gehindert werden. Das heißt aber nicht, dass diese betreffenden Personen vor ihrem Ausscheiden systematisch Geschäftsunterlagen abschreiben oder kopieren dürfen, um sie dann nach ihrem Ausscheiden zu verwenden. Lediglich der normale, erworbene Erkenntnisstand darf weiter verwertet werden“³¹ Damit wäre das Verhalten des ehemaligen Opel-Managers Lopez nach § 17 (1) UWG rechtswidrig bzw. sogar strafbar. Ihm wurde vorgeworfen, bei seinem Wechsel von Opel zu VW geheime Produktionsunterlagen mitgenommen zu haben³². Von einer strafrechtlichen Verfolgung wurde seitens General Motors (GM), deren Tochtergesellschaft die Adam Opel AG ist, abgesehen³³.

Im weiteren werden die motivlichen Voraussetzungen zur Erfüllung des Tatbestandes aufgezählt: so muss die Informationsbeschaffung entweder zu Wettbewerbszwecken, aus Eigennutz oder zugunsten eines Dritten erfolgen oder in der Absicht, einen Geschäftsinhaber Schaden zuzufügen.

³⁰ Vgl. Schlomann, Friedrich-Wilhelm, Operationsgebiet Bundesrepublik, Spionage, Sabotage, Subversion, Bonn, 1986, S. 217

³¹ Marshall, S. 117

³² Vgl. Süddeutsche Zeitung: Volkswagen und Opel zeigen sich zufrieden, Nr. 8, 11.01.1997, S. 22

³³ Die Unternehmen einigten sich auf eine Schadenersatzzahlung von VW in Millionenhöhe. Darüber hinaus verpflichtete sich VW bei den GM-Zuliefererfirmen in einem Zeitraum von 7 Jahren Teil in Wert von 1 Milliarde US\$ zu erwerben. Vgl. Ebenda; Im Mai 2000 meldete jedoch die amerikanische Presseagentur American Press (AP), dass gegen Lopez in den USA Anklage erhoben wurde, vgl. AP-Pressemitteilung, Ex-VW-Manager Lopez wegen Industriespionage angeklagt, ap/633/ug/mi, 23.05.00

Darüber hinaus wird in § 17 (2) UWG auch die Verwertung der rechtswidrig beschafften Informationen unter Strafe gestellt. Mit dem § 17 (3) UWG wird weiter festgeschrieben, dass schon der Versuch einer Handlung nach § 17 UWG unter Strafe steht.

Eine Betrachtung des Strafmaßes für die Tatbestände des § 17 UWG ergibt eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. In besonders schweren Fällen kann sogar eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren verhängt werden, wenn der Täter bei der Informationsweitergabe davon Kenntnis hat oder haben musste, dass die Informationen im Ausland verwertet werden sollen, oder er sie selbst im Ausland verwertet.

In § 18 UWG wird die sog. unbefugte Vorlagenverwertung mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe oder Geldbuße geahndet, bei der zur Tatbestandserfüllung „anvertraute“ Unterlagen unbefugt mitgeteilt resp. verwertet werden müssen. „Der Begriff „anvertraut“ bedeutet, dass diese Unterlagen entweder ausdrücklich oder stillschweigend unter Geheimhaltungsverpflichtung überlassen werden, mit der Auflage, wenn sie verwertet werden sollen, sie nur zum Zwecke der vertraglichen Vereinbarungen zu nutzen“³⁴.

Welche Unterlagen insbesondere den besonderen Schutz nach § 18 UWG genießen, wird im Gesetz beispielhaft aufgeführt. Dazu zählen insbesondere: Vorschriften technischer Art, Zeichnungen, Schablonen, Modelle usw.

Für einen Verstoß nach § 18 UWG ist ein Strafmaß von bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe oder eine Geldstrafe vorgesehen.

Der § 19 UWG ist neben den strafrechtlichen Bestimmungen aus §§ 17 und 18 UWG eine rein zivilrechtliche Bestimmung, wonach Verstöße gegen den Schutz der Betriebsgeheimnisse auch zivilrechtlich geahndet werden können. Somit ist dem Geschädigten der durch den Rechtsverstoß entstandene Schaden zu ersetzen.

³⁴ Marshall, S. 118

2.5.2 Deutsches Strafgesetzbuch

Nach herrschender Meinung ist man der Ansicht, dass die Ausforschungsbemühungen eines ausländischen Nachrichtendienstes auf dem Wirtschaftssektor unter den Straftatbestand der geheimdienstlichen Agententätigkeit nach § 99 StGB zu subsumieren sind. Der § 99 StGB ist einer der Landesverratsdelikte und ist seines Wesens nach eher ein Auffangtatbestand und erfasst alle geheimdienstlichen Tätigkeiten für einen fremden Staat, solange der nachrichtendienstliche Charakter der Tätigkeit vorhanden ist.³⁵ Damit steht aber auch fest: „Ein von einem Industrieunternehmen unterhaltener „Geheimdienst“ fällt nicht unter § 99 StGB“³⁶ und ist damit nicht als fremde Macht im Sinne des Strafgesetzbuches zu sehen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass sich fremde Mächte natürlich auch Tarnrichtungen in Form eines Unternehmens der Privatwirtschaft bedienen können. Um hierbei den Tatbestand nach § 99 StGB erfüllen zu können, ist sowohl ein Nachweis über die geheimdienstliche Steuerung der Tarnorganisation, als auch der Vorsatz des Beschuldigten erforderlich, was sich in der Praxis oftmals schwer nachweisen lässt.³⁷

Die Wirtschaftsspionagebemühungen anderer Länder können in der Regel nicht direkt den Landesverratsnormen aus §§ 94, 96 98 StGB unterworfen werden, da hierfür der Verrat von Staatsgeheimnissen erforderlich ist. Folgt man der Legaldefinition des Staatsgeheimnisses aus § 93 StGB, so muss durch die Kenntnisnahme einer fremden Macht die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gegeben sein.

Folgt man der Argumentation des Bundesverfassungsgerichtes, so ist für die äußere Sicherheit nur eine ganzheitliche Betrachtung des Rechtsgutes äußere Sicherheit zulässig. Danach gehört die wirt-

³⁵ Vgl. Stree/Steinberg-Lieben, Kommentar zum StGB, §99 StGB, S. 1095

³⁶ Ebenda, S. 1096

³⁷ Vgl. Schlomann, S. 217

schaftliche Prosperität durchaus zu dem schützenswerten Rechtsgut äußere Sicherheit.³⁸

Das Strafmaß für die geheimdienstliche Agententätigkeit nach § 99 StGB liegt bei bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe oder entsprechender Geldbuße. In besonders schweren Fällen, also bei einer Weitergabe von als geheimhaltungsbedürftig ausgewiesener Informationen durch staatliche Stellen, bei Missbrauch einer verantwortlichen Stellung oder bei der Herbeiführung eines besonderen Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland, kann das Strafmaß bei bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe liegen.

Natürlich darf man der Vollständigkeit halber nicht vergessen, dass es noch andere, speziellere Straftatbestände gibt, zu nennen wären hierbei insbesondere § 202a (Ausspähen von Daten), § 203 (Verletzung von Privatgeheimnissen), § 204 (Verwertung fremder Geheimnisse) und andere. Des weiteren wären noch die Straftatbestände aus dem Bereich der Computerkriminalität zu zitieren, wie etwa die §§ 303a und 303b, die einmal die Datenveränderung und die Computersabotage unter Strafe stellen.

³⁸ Engberding, Rainer O. M., Spionageziel Wirtschaft, Technologie zum Nulltarif, Düsseldorf, 1993, S. 5

3 Bedrohungsanalyse

3.1 Bedrohung der deutschen Wirtschaft

3.1.1 Wirtschaftsspionage als Bedrohungsperzeption ?

Seit sich mit dem Fall der Mauer die weltpolitische Lage grundlegend geändert hat, mehren sich die Zeitungsberichte zum Thema Wirtschaftsspionage. Manchmal könnte man geradezu annehmen, dass in dieser Hinsicht bewusst Demagogie betrieben wird und keine seriöse Berichterstattung. Auch die Publikationen, die sich speziell mit dieser Thematik auseinandersetzen, haben sprunghaft zugenommen. Existiert das Phänomen Wirtschaftsspionage nur in unseren Köpfen?

Nein, Wirtschaftsspionage existiert, auch wenn es zunehmend schwieriger wird, entsprechende Bemühungen aufzudecken. Jedoch hat sich der Charakter der Wirtschaftsspionage erheblich verändert: Während bis zum Ende der Ost-West-Konfrontation vor allem Informationen zu Wirtschaftsgütern oder deren Beschaffung unter Umgehung der COCOM-Embargobestimmungen im Vordergrund der Beschaffungsbemühungen der kommunistischen Länder standen, so geht es heute darum, den Technologievorsprung des Westens zu minimieren, ihn in Zukunft vielleicht sogar wirtschaftlich zu dominieren. Die westlichen Industrienationen müssen nunmehr nicht nur das militärische Gleichgewicht gegenüber dem Osten im Auge haben, sondern müssen versuchen auch in einer immer weiter globalisierenden Weltordnung im Vergleich zu wirtschaftlich aufstrebenden Staaten wie die Tiger-Staaten in Südostasien weiterhin wettbewerbsfähig zu sein. Dabei könnte es für die alten Industrieländer und die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten gleichermaßen von Vorteil sein, die eigenen Nachrichtendienste zur Förderung oder Unterstützung der heimischen Wirtschaft zu nutzen.

Hinsichtlich der Bedrohungsperzeption der Wirtschaftsspionage durch anderer Länder ist jedoch festzustellen, dass diese auch innerhalb der westlichen Staaten oftmals stark divergiert.

In den USA beispielsweise wird die Wirtschafts- und Konkurrenzspionage schon seit Mitte der 90er Jahre als reale Bedrohung empfunden, so stellt das Defence Intelligence Journal³⁹ in einem Beitrag zur Wirtschaftsspionage fest: „foreign economic espionage remains a major national security concern“⁴⁰. Die Globalisierung hat die Welt erheblich verändert; so dass heute das wirtschaftliche Potential der USA als integraler Bestandteil ihrer nationalen Sicherheit angesehen wird. Damit wird der wirtschaftlichen Prosperität ein besonders hoher Stellenwert zuteil, den es unter allen Umständen zu schützen gilt. Auch wenn die Subsumtion der wirtschaftlichen Prosperität unter den Begriff der nationalen Sicherheit auch in USA nicht unumstritten ist⁴¹, so stellen die Amerikaner besonders heraus, dass die militärische und politische Macht eines Staates vorwiegend über dessen Wirtschaftskraft definiert wird, was unweigerlich dazu führen muss, dass die Nachrichtendienste weltweit in zunehmendem Maße Wirtschaftsinformationen zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit sammeln werden.⁴² Unterstrichen wird diese US-amerikanische Bedrohungsperzeption durch den im Jahre 1996 durch den US-Senat verabschiedeten Economic Espionage Act (EEA)⁴³, der Ausforschungsbemühungen in der Wirtschaft unter schwere Strafe stellt und explizit ein Zusammenhang zwischen der nationalen Sicherheit und der wirtschaftlichen Prosperität der USA herstellt. Weiter werden der Bundespolizei FBI durch den EEA weitergehende Kompetenzen

³⁹ Das **Defence Intelligence Journal** wird vom Joint Military Intelligence College herausgegeben. Es ist eine Institution, die für das US-amerikanische Verteidigungsministerium Nachwuchskräfte ausbildet, die später in gehobenen Positionen im sicherheitspolitischen Bereichen eingesetzt werden sollen.

⁴⁰ Defence Intelligence Journal (DIJ), Stephen P. Ferris and Gordan Livingston, Economic Espionage as Neo-Merchantilism, Vol. 10, 2001, S. 13

⁴¹ Vgl. Ford, Randall, Economic Espionage: Problems and Prospects, Washington DC, 1993, S. 2-7

⁴² „In a world where national and military power is increasingly measured in economic terms, the pressure on national intelligence services to collect economic information will grow“, Ebenda, S. 16

⁴³ Economic Espionage Act of 1996

zuteil: „to investigate cases where a foreign intelligence service attacks U.S. firms to gather information of a proprietary or commercial nature to benefit companies in their home country. No longer is the FBI limited in its authority to cases where the target is a classified government program or technology.“⁴⁴ Damit lässt sich erahnen, welchen Stellenwert die Abwehr von Wirtschafts- und Konkurrenzspionage in den USA bereits eingenommen hat.

Aber auch die Schweiz hat die Gefahr erkannt, die sich aus der Wirtschaftsspionage durch andere Länder ergeben. So meldet u. a. die Neue Zürcher Zeitung in einem Artikel aus dem Jahre 1996, dass in dem letzten zehn Jahren 46 Fälle von Wirtschaftsspionage in der Schweiz aufgedeckt worden waren, und darüber hinaus solle die Schweizer Bundesstaatsanwaltschaft von einer Zunahme der Bedeutung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf dem Wirtschaftssektor ausgegangen sein⁴⁵.

Aber auch in Deutschland wurde die Gefahr, die durch die Konkurrenz- und Wirtschaftsspionage entsteht, erkannt: Statistiken wie beispielsweise des LfV Baden-Württemberg belegen, dass im Rahmen der Spionageabwehr 45% der festgestellten Spionageaktivitäten dem Bereich der Wirtschaftsspionage zuzurechnen sind. Rechnet man den Anteil der sensitiven Exporte respektive die Proliferationsbemühungen, also die Versuche ABC-Waffentechnologie mit entsprechenden Trägersystemen zu erlangen hinzu, so ist die deutsche Wirtschaft mit 62% der festgestellten Spionagebemühungen absolut führendes Aufklärungsziel innerhalb der entdeckten Spionagetätigkeiten von Nachrichtendiensten anderer Länder.⁴⁶ Die politische Aufklärung, zur Zeit des Kalten Krieges zusammen mit der militärischen Aufklärung wohl das wichtigste Spionageziel, verliert mit gerade mal 19 % ihre ursprüngliche Bedeutung.⁴⁷

Darüber hinaus erscheint es nur allzu einleuchtend, dass der „globale Konkurrenzkampf um Ressourcen, Märkte und Know-how“ in einer

⁴⁴ DIJ, Economic Espionage as Neo-Merchantilism, Vol. 10, 2001, S. 19

⁴⁵ Vgl. NZZ, Nachrichtendienst und Wirtschaftsspionage, 12.02.1996

⁴⁶ Vgl. LfV Baden-Württemberg: Wirtschaftsspionage, S. 5

⁴⁷ Ebenda

„verschärften internationalen Wettbewerbssituation“⁴⁸ immer mehr an Bedeutung gewinnt. So versuchen die Staaten „in einem stärker werdenden Wettkampf untereinander, Defizite aufzuholen, wobei auch der illegale Wissenstransfer forciert wird“. Höchst bedenklich ist hier, wie durch das LfV Brandenburg festgestellt wird, dass nicht nur die staatlich gelenkten Angriffe fremder Nachrichtendienste auf den Wirtschaftsstandort Deutschland zunehmen, sondern dass sie ferner umfassender und mit einer höheren Professionalität geführt werden.⁴⁹

3.1.2 Deutschland als Zielland für Wirtschaftsspionage

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihres liberalen, demokratischen Staatssystems für fremde Nachrichtendienste ein nahezu ideales Operations-⁵⁰ oder sogar Zielgebiet⁵¹. Innerhalb des Landes besteht in der Regel keinerlei Bewegungskontrolle (außer konkrete Verdachtsmomente rechtfertigen eine gezielte polizeiliche Überwachung) und das Schengen-Abkommen sorgt zusätzlich für eine freie Beweglichkeit in weiten Teilen der Europäischen Union. Des Weiteren sehen die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes und des G10-Gesetzes eine nur sehr beschränkte Post- und Fernmeldekontrolle vor. Auch das Internet untersteht keiner generellen Kontrolle. Die Strafverfolgungsbehörden versuchen lediglich, Straftaten im Internet zu verfolgen, soweit dies überhaupt in der dezentralen Struktur des weltweiten Datennetzes möglich ist. Im Vordergrund stehen hierbei Straftaten wie Kinderpornographie und Rechtsverstöße im Bereich der Computerkriminalität. Die Aufdeckungsfahr nachrichtendienstlicher Aktivitäten einer fremden Macht ist im Vergleich zu weniger liberalen Staaten also eher gering. Begünstigt wird dieses noch durch die Tatsache, dass sich die Sicherheitsbehörden in einem sehr

⁴⁸ LfV, Baden-Württemberg, Verfassungsschutzbericht 2000, Punkt G, Spionageabwehr, S.1

⁴⁹ Vgl. LfV, Brandenburg: Abwehr von Wirtschaftsspionage – eine Aufgabe des Verfassungsschutzes, www.verfassungsschutz-brandenburg.de

⁵⁰ Ein Operationsgebiet ist der regionale Bereich, in dem die Nachrichtendienste tätig werden.

⁵¹ Das Zielgebiet ist der regionale Bereich, der durch die Nachrichtendienste aufgeklärt werden sollen.

engen gesetzlichen Rahmen für ihr nachrichtendienstliches Handeln bewegen, der u. a. durch die Artikelgesetze (Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BNDG), Gesetz über das Bundesamt für Verfassungsschutz (BVerfSchG), Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MADG)) in Verbindung mit dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) genau vorgegeben ist. Das BDSG zeichnet sich im wesentlichen durch den Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung aus, wonach dem Individuum gegenüber dem Staat weitgehende Rechte eingeräumt werden, die eine Datenerhebung der Sicherheitsbehörden auch im Rahmen der Gegenspionage erheblich eingeschränkt. Was die Kommunikationsmöglichkeiten anbelangt, so stehen fremden Nachrichtendiensten alle erdenklichen technischen Möglichkeiten zur Verfügung. Die Nutzung von Verschlüsselungstechniken ist grundsätzlich erlaubt und erregt eher selten den Verdacht illegaler Handlungen. Auf der anderen Seite führt dieser hohe Grad an Technisierung zu einer erhöhten Transparenz des Individuums und erleichtert die Forschungsbemühungen anderer Nachrichtendienste. Mit ihrer Vielzahl an innovativen Produkten gerade auch in den zukunfts-orientierten Branchen wie der Informations- und Kommunikationstechnik, Energie- und Umwelttechnik bietet sich Deutschland als Zielland für die Beschaffung von High-Tech-Produkten geradezu an. So führt beispielsweise Harald Woll, Leiter der Abteilung Spionageabwehr des LfV Baden-Württemberg, in seinem Vortrag im Rahmen des Symposiums Spionageabwehr an: „Baden-Württemberg verfügt über ein breit gefächertes Spektrum innovativer Unternehmen und weltweit führender Forschungseinrichtungen im Hochschulbereich“⁵². Dies gilt jedoch nicht allein für Baden-Württemberg, da es auch noch weitere Hochtechnologiestandorte in Deutschland gibt. Sicherlich kann diese Aussage in weiten Teilen für den gesamten Industriestandort Deutschland übernommen werden. Des weiteren ist in diesem Zusammenhang interessant: „Nach einer Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft

⁵² Woll, Harald, LfV BW, Vortrag im Rahmen eines Symposiums des Innen- und Wirtschaftsministeriums: Spionageabwehr – ein Beitrag zur Sicherung des Technologiestandortes Baden-Württemberg, Wettbewerbsverzerrung durch Wirtschaftsspionage, Haus der Wirtschaft, Stuttgart, 24.06.99, S. 10

(EUROSTAT) entfiel 1997 der größte Teil der innerhalb der EU im Hightech-Bereich beschäftigten Arbeitnehmer auf Deutschland (27,5 %)“⁵³. Damit kommt der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Union eine Führungsrolle zu, die auch in Zukunft die wirtschaftliche Prosperität und damit das hohe soziale Niveau erhalten soll. Denn „alle, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, sind sich darüber schnell einig: Der Schutz von Wissen ist unverzichtbar für die Generierung wirtschaftlicher Erfolge. Vorteile im Wettbewerb setzen voraus, dass die Konkurrenz nicht den gleichen Wissensstand hat“⁵⁴. Daraus ergibt sich aber auch eine Verpflichtung für den Staat, die Wirtschaft vor Ausforschungsbemühungen anderer Staaten zu schützen. Dieser kann natürlich nicht allumfassend sein und sollte als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden.

In der heutigen Zeit nehmen Informationen einen enorm großen Stellenwert ein, so geht auch Horst Mehrländer, ein Staatssekretär des Landes Baden-Württemberg, davon aus, dass das Wissen die wichtigste Ressource Deutschlands ist, nicht umsonst würden in Baden-Württemberg 3,7 % des Bruttoinlandsproduktes [18,2 Mrd. DM, ca. 9.3 Mrd. Euro, Zahl stammt aus dem Jahr 1995, der Verf.] für Forschung und Entwicklung ausgegeben⁵⁵, die es auch zu schützen gilt. Darüber hinaus wird oftmals auch die Globalisierung der Weltwirtschaft als ein wichtiges Motiv für die Wirtschaftsspionagebemühungen fremder Länder genannt. So kommt das Landesamt für Verfassungsschutz des Landes Brandenburg zu dem umfassenden Schluss: „Die Globalisierung der Märkte, die zunehmende Verknappung der Ressourcen sowie die Durchlässigkeit der Grenzen verstärken die Konfliktsituation vieler Staaten und zwingen sie förmlich, in

⁵³ Ebenda

⁵⁴ Britsch, Werner, Leiter Unternehmenssicherheit der DaimlerChrysler AG, Symposium: Spionageabwehr – ein Beitrag zur Sicherung des Industriestandortes BW, Haus der Wirtschaft, Stuttgart, 24.06.99, S. 2

⁵⁵ Mehrländer, Horst, Staatssekretär im Innenministerium des Landes BW, Symposium: Spionageabwehr – ein Beitrag zur Sicherung des Industriestandortes BW, Haus der Wirtschaft, Stuttgart, 24.06.99, S. 3

einem stärker werdenden Wettkampf untereinander Defizite aufzuholen, wobei auch der illegale Wissenstransfer forciert wird.“⁵⁶

3.1.3 Besonders gefährdete Wirtschaftszweige

Die Beschaffungsbemühungen fremder Nachrichtendienste zielen vor allem auf die „forschungs- und entwicklungsintensiven Hochtechnologien“ ab. Damit sind vor allem folgende Industriezweige gemeint:

- Informationsverarbeitung / Kommunikation / Elektronik
- Luft- und Raumfahrt / Verkehrstechnik
- Werkstoffe (Materialsynthese und –verfahren)
- Produktionstechnik
- Biotechnik / Medizintechnik
- Energie- und Umwelttechnik
- Rüstungsindustrie⁵⁷

Diese Industriezweige sind allesamt dem Bereich der Zukunftstechnologien zuzuordnen. Sie sollen auch in Zukunft die globale Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland sichern. Sie sind damit für die weitere ökonomische Prosperität von essentieller Bedeutung.

Grundsätzlich ist jedoch „jedes Unternehmen, besonders wenn es in einer innovativen Branche tätig ist“, gefährdet, Opfer von Konkurrenz- oder Wirtschaftsspionage zu werden.⁵⁸ In dem jährlichen Bericht zur Wirtschaftsspionage in den USA durch das National Counterintelligence Centre wird darüber hinaus von einer Bedrohung für alle Wirtschaftssektoren ausgegangen, da die Analyse der Aufklärungsbemühungen keine Differenzierung zwischen militärischen und zivilen Aufklärungsinteresse durch die fremden Nachrichtendienste mehr zulässt: „For the most part, foreign collectors do not distinguish between

⁵⁶ LfV, Brandenburg, Abwehr von Wirtschaftsspionage – eine Aufgabe des Verfassungsschutzes, 1999, www.verfassungsschutz-brandenburg.de

⁵⁷ Vgl. LfV Baden-Württemberg: Wirtschaftsspionage, S. 12-13

⁵⁸ Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW), Lagebericht/Analyse Nr. 158, Bonn, 2001, S. 2

military technology, civilian technology, proprietary information, and trade secrets – they simply collect what they find to be of value⁵⁹.

Nicht nur Großkonzerne geraten in die Optik fremder Nachrichtendienste. Viel interessanter sind zumeist kleine und mittelständische Unternehmen.⁶⁰ Sie verfügen nur in den seltensten Fällen über ausgereifte Sicherheitskonzepte, seltener noch über Sicherheitsmaßnahmen, die geeignet wären, potentielle Angreifer abzuwehren oder zumindest einmal ein Mindestmaß an Sicherheit für das Unternehmen zu garantieren. Zumeist ist gerade einmal ein Minimalschutz der Systeme der Informationstechnologie vor einem unbefugten Datenzugriff gegeben.

Großunternehmen dagegen beinhalten in ihrer Unternehmensstruktur zumeist einen kleinen Bereich, der für die Unternehmenssicherheit zuständig ist.

3.1.4 Aufklärungsziele für die Wirtschafts-/Konkurrenzspionage

Für den Konkurrenten aber auch für die Nachrichtendienste kann im Grunde genommen jeder Unternehmensbereich von Interesse sein. In erster Linie – und damit entscheidend - ist hierbei das Informationsinteresse der aufklärenden Institution. Im wesentlichen stehen jedoch die Unternehmensbereiche

- Forschung und Entwicklung
- Einkauf
- Personal
- Produktion
- Distribution
- Verkauf
- Marketing
- Zielmärkte
- Produktlinien

⁵⁹ NACIC, Annual Report to the Congress on Foreign Economic Collection and Industrial Espionage 1998, Overview of the Threat, <http://www.nacic.gov/fy98.htm>,

⁶⁰ Vgl. ASW, Lagebericht/Analyse Nr. 158, Bonn, 2001, S. 1

- Finanzen und Controlling⁶¹
im Mittelpunkt des Interesses.

Betrachtet man die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen, so stellt man fest, dass diese Abteilungen geradezu prädestiniert sind, um Angriffsziele von Nachrichtendiensten oder durch Konkurrenzunternehmen zu werden. Sowohl Nachrichtendienste als auch Konkurrenzunternehmen sind an den neuesten Forschungsprojekten/-ergebnissen innovativer Unternehmen interessiert, um sie für die eigenen ökonomischen Zwecke zu nutzen. Sowohl bei der Konkurrenzspionage als auch bei der Wirtschaftsspionage kann von den eingesparten Forschungs- und Entwicklungskosten profitiert werden. Sollen die gewonnenen Informationen erfolgreich in die eigene Wirtschaft implementiert werden, so sind aber auch Kostenanalysen, Zuliefererkonditionen von Interesse.

3.2 Wirtschaftsspionage am Beispiel des Ministerium für Staatssicherheit der DDR



Durch den Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik und der Eingliederung des Staatsgebietes der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich die einzigartige Gelegenheit, in authentische Dokumente eines Nachrichten- bzw. Geheimdienstes Einblick zu nehmen. Bisher war man immer auf Dokumente angewiesen, die von Regierung veröffentlicht wurden, um ihre politischen Interessen durchzusetzen oder solche Dokumente, die durch die Nachrichtendienste aufgrund ihrer historischen Bedeutung zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Allein die Auswahl der Dokumente stellt jedoch bereits eine wesentliche Wertung dar, nur selten wird umfangreiches Aktenmaterial der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Durch den Zusammenbruch der DDR jedoch, kann auf ein sehr umfassendes Aktenmaterial zugegriffen werden, dass einen Nachweis dafür er-

⁶¹ Vgl. Hummelt, Roman, Wirtschaftsspionage auf dem Datenhighway, Strategische Risiken und Spionageabwehr, München, 1997, S. 38

bringt, dass die DDR mit enorm großem Aufwand Wirtschaftsspionage in der Bundesrepublik betrieb.

Obgleich in der Wendezeit 1989/1990 massenhaft brisante Dokumente durch die Stasi vernichtet wurden, so bleiben heute der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (BStU) immer noch ein paar Jahre Arbeit, bis die Hinterlassenschaften der Staatssicherheit der DDR vollständig aufgearbeitet worden sind. Aber im Jahre 12 nach der Wiedervereinigung sind doch einige umfangreiche Erkenntnisse zur Tätigkeit des MfS im Bereich Wissenschaft und Technik vorhanden.

3.2.1 Aufgaben und Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war ein allumfassender Geheimdienst, der nach dem Vorbild des russischen Komitees für Staatssicherheit (KGB) gegliedert war. Somit war es sowohl für die Inlands- als auch für die Auslandsaufklärung zuständig. Nach dem Fall der Mauer zeigte sich das gesamte Ausmaß der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), sowohl nach innen als auch nach außen. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter stieg bis auf 85.000 am Ende des SED-Regimes.⁶² Wobei davon nur ein kleiner Teil auf den Bereich der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) entfiel, die für die Auslandsspionage zuständig war. Es war jedoch auch für die HVA möglich, auf andere Abteilungen bzw. deren Erkenntnisse zurückzugreifen. So konnten Erkenntnisse aus der Fernmeldeüberwachung des Westens auch der HVA zur Verfügung gestellt werden.

Die HVA, die sich als Schwerpunktaufgabe mit der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ausforschung des Westens beschäftigte, hatte 1989 einen Personalbestand von 4126 Mitarbeitern und hatte ihren Hauptsitz in der Normannen- bzw. Gotlindenstraße in Berlin-Lichterfelde.

⁶² Siebenmorgen, Peter, Staatssicherheit der DDR, Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Berlin, 1993, S. 31

„Mit der Wirtschaftsspionage war der Sektor Wissenschaft und Technik mit seinen vier Abteilungen und mindestens drei Arbeitsgruppen betraut.“⁶³ Der Sektor Wissenschaft und Technik war integraler Bestandteil der Auslandsspionage der HVA des MfS.

Spätestens im Jahre 1983 wurde mit der Dienstanweisung 2/83 die „Wirtschaftsaufklärung“ zu den „zentralen Schwerpunktaufgaben aller Dienststeinheiten erklärt“⁶⁴, mit Sicherheit schon deswegen, weil die desolante wirtschaftliche Lage des Landes erkannt wurde und mit Hilfe der WS eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage herbeigeführt werden sollte.

3.2.2 Sektor Wissenschaft und Technik

„Die Beschaffung von westlichen Unterlagen aus den Bereichen der Forschung, Entwicklung und Produktion hat in der Geschichte des MfS eine lange Tradition“ konstatiert Reinhard Buthmann in seiner Analyse und weist damit darauf hin, dass schon im Jahre 1962 die vorher existierende Arbeitsgruppe Wissenschaftlich-technische Auswertung (WTA) der Abteilung V der HVA zugegliedert wurde.⁶⁵ Weiter heißt es in seiner Analyse: „Alle im MfS „anfallenden wissenschaftlich-technischen“ Materialien wurden in dieser Gruppe [WTA, der Verf.] zentral gesammelt und ausgewertet. Des weiteren wurden hier die Wertschätzungen und Neutralisierungen vorgenommen sowie die Übergaben an die Auswerter „zur zweckmäßigen Auswertung zum Nutzen der Volkswirtschaft“ veranlasst“.⁶⁶ Diese gezielte Beschaffung von immateriellen und materiellen Technologien wurden auf Grundlage der Anforderungen der Ministerien von dem Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) organisiert.⁶⁷ Dies zeigt allerdings auch, dass die

⁶³ Müller-Enbergs, Helmut (Hrsg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil II: Anleitung für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1997, S. 234

⁶⁴ Ebenda, S. 233

⁶⁵ Reinhard Buthmann, Hochtechnologien und Staatssicherheit, Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, Hg. BStU, Analysen und Berichte, Reihe B, 2000, S. 261

⁶⁶ Ebenda

⁶⁷ Ebenda

Aufklärungsbemühungen des MfS weit über die in dieser Arbeit festgestellte Definition der Wirtschaftsspionage hinausgingen; natürlich impliziert WS auch die Beschaffung materieller Güter beispielsweise zur Auswertung des verwendeten technologischen Know-hows. „Es kam der HVA jedoch nicht so sehr darauf an, einzelne wissenschaftliche und technische Forschungsergebnisse des Gegners auszuspähen“⁶⁸, vielmehr ging es dem MfS darum, „Grundlagen der modernen industriellen Fertigung und Schlüsseltechnologien flächendeckend zu erforschen, die die DDR und ihre östlichen Partner nicht entwickeln konnten“.⁶⁹ „Dabei ging es nicht um eine punktuelle Ausforschung potentieller Konkurrenten oder herausragender technologischer Entwicklungen, sondern um den systematischen Diebstahl fremder ökonomischer Werte“⁷⁰, konstatiert Hubertus Knabe.

Der DDR ging es in ihrer nachrichtendienstlichen Aufklärung der westlichen Ökonomien nicht nur um den wirtschaftlichen Anschluss an die hochentwickelten Industrieländer, sondern sie war der Utopie verfallen, „eine grundlegende Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers“⁷¹ herzustellen. Eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität, die geradezu typisch für die sozialistischen Staaten waren.

Zur SWT gehörten die Abteilungen XIII bis XV der HVA. Ihre Aufgaben bestanden vorwiegend in der Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Informationen. Beschafft wurden materielle wie immaterielle Güter, nicht selten unter bewusster Umgehung der westlichen Embargobestimmungen. Dabei war die Zielrichtung für die Wirtschaftsaufklärung vorwiegend das Territorium der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Dies bestätigt auch noch einmal eindrucksvoll der 1. Kommentar zur Richtlinie 2/79: Hier wird im Punkt 2.3. [Territoriale Schwerpunkte der operativen Arbeit, Das Operati-

⁶⁸ Peter Siebenmorgen, S. 182

⁶⁹ Peter Siebenmorgen, S. 182-183

⁷⁰ Knabe, Hubertus, Die unterwanderte Republik, Stasi im Westen. Berlin, 1999, S. 417-418

⁷¹ Ebenda

onsgebiet der HVA, der Verf.] die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland für die Aufklärungsarbeit besonders hervorgehoben. So wird unter anderem festgestellt: „Die operative Arbeit der HVA konzentriert sich vorrangig auf die BRD“⁷². Begründet wird das Aufklärungsinteresse an der BRD neben der „ökonomischen und politischen Vormachtstellung in Europa“⁷³ auch mit der direkten Konfrontation zwischen den „Hauptkräften von Imperialismus und Sozialismus“⁷⁴. Seit den 70er Jahren hat sich das Zielgebiet um weitere „hochindustrialisierte“ Länder erweitert, so werden neben der BRD als weitere geographische Schwerpunkte die USA, Westeuropa sowie die NATO-Staaten generell angegeben.

3.2.2.1 *Organisationstruktur des SWT*

3.2.2.1.1 Abteilung XIII der HVA

Die Abteilung XIII der HVA war für die „Aufklärung, Beschaffung und Auswertung von Forschungsergebnissen der Physik, Chemie, Geologie, Biologie und anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen“⁷⁵ zuständig. Sie gliederte sich in sechs Referate und wird mit einer personellen Kapazität von etwa 65 Mitarbeitern angegeben.

Aufklärungsziele der Abteilung XIII waren unter anderem: Die Siemens AG in dem Unternehmensbereich Kraftwerk-Union AG, die Höchst AG, die Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig, das Pflanzenschutzzentrum der Bayer AG in Monheim und das Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung in Hannover.

⁷² Vgl. 1. Kommentar zur Richtlinie 2/79 des Ministers [des MfS, der Verf.] für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet. Abgedruckt in : Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 525

⁷³ Vgl. Ebenda

⁷⁴ Vgl. Ebenda

⁷⁵ Reinhard Buthmann, S. 268

3.2.2.1.2 Abteilung XIV der HVA

Organisatorisch war die Abteilung XIV der HVA in sechs Referate gegliedert und beschäftigte etwa 70 hauptamtliche Mitarbeiter.⁷⁶ Ihre Aufgabe bestand in der „Aufklärung, Beschaffung und Auswertung von Forschungsergebnissen der Elektrotechnik und Elektronik sowie wissenschaftlichen Gerätebaus.“⁷⁷

Das Referat 3 nahm in dieser Abteilung eine Sonderrolle ein, denn es war in Form einer Außenstelle organisiert, die im VEB Kombinat Carl Zeiss in Jena untergebracht war. Dabei ging es im wesentlichen um Fragen der Feinmechanik, Optik und Lasertechnik⁷⁸.

Arbeitsschwerpunkte bildeten unter anderem folgende Aufklärungsobjekte und deren Mitarbeiter in der BRD:

Die Forschungsgemeinschaft für angewandte Naturwissenschaften, die Elektronik-System-Gesellschaft und die Flugelektronik GmbH in München. Der Zentralverband der elektronischen Industrie, die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, das Max-Planck-Institut für Festkörperphysik, AEG-Telefunken, die Siemens AG, die Standard-Elektronik-Lorenz, eher unter SEL bekannt, die Philips AG, IBM Deutschland und Carl Zeiss in Oberkochen⁷⁹.

3.2.2.1.3 Abteilung XV der HVA:

Die zuletzt von Oberst Günter Ebert geleitete Abteilung war in vier Referate untergliedert. Die Aufgaben dieser Abteilung der HVA werden jedoch vielfach kontrovers dargestellt: So sieht Reinhard Buthmann die Aufgaben dieser Abteilung in der „Aufklärung und Beschaffung und Auswertung von Forschungsergebnissen vor allem der Militär- und Raumflugtechnik“⁸⁰. Diese Definition erscheint aber zu allgemein und enthält vermutlich nicht annähernd den gestellten Aufklärungsauftrag. Müller-Enbergs geht von einem weitergehenden Aufklä-

⁷⁶ Müller-Enbergs, Helmut, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 237

⁷⁷ Buthmann, Reinhard, Hochtechnologie und Staatssicherheit, S. 264

⁷⁸ Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 234

⁷⁹ Ebenda, S. 238

⁸⁰ Buthmann, Reinhard, Hochtechnologie und Staatssicherheit, S. 264

zungsspektrum aus: Neben der Luft- und Raumfahrttechnik waren dem zufolge auch noch die Bereiche Flugzeug-, Fahrzeug- und Schifffahrtstechnik von Interesse, wobei hier eingeschränkt werden muss, dass der Schwerpunkt der Aufklärung eindeutig in der Beschaffung von militärtechnischen Embargogütern bestand.⁸¹

Besonderes Aufklärungsinteresse der Abteilung XV bestand gegenüber der Kraus-Maffei-AG in München (besonders im Bereich militärischen Fahrzeugen und Schiffsbau), der Krupp-Maschinenbau und der HDW in Kiel.“⁸²

Aber auch der Sektor Luft- und Raumfahrttechnik war für die HVA von Interesse. Aufklärungsziele waren unter anderem die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG), die Dornier GmbH und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), die vermutlich „die meisten nachrichtendienstlichen Angriffe zu verkräften hatte“⁸³. Ferner waren für die Abteilung XV der HVA die Wirtschafts- und Industrieverbände und die Großbanken der Bundesrepublik von besonderem Interesse⁸⁴.

3.2.2.1.4 Abteilung V der HVA

Die Abteilung V war innerhalb des SWT das zentrale „Auswertorgan“⁸⁵ und konnte darüber hinaus auf ein IM-Netz zurückgreifen, an die oftmals das beschaffte Material zur Bewertung übergeben wurde: Es wurde „in größerem Umfang wissenschaftliche oder technische Unterlagen an externe Auswerter“⁸⁶ weitergegeben. „Zu diesem Zweck erhielten Wissenschaftler in neutralisierter Form und unter „Legende“⁸⁷ die nach Vertraulichkeitsgraden bewerteten Materialien, um sie zu begutachten“⁸⁸. Was die Aufgabe der Abteilung V der HVA

⁸¹ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 239

⁸² Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 239

⁸³ Ebenda, S. 239-240

⁸⁴ Ebenda, S. 239-240

⁸⁵ Siebenmorgen, Peter, Staatssicherheit der DDR, S. 194

⁸⁶ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 242

⁸⁷ Unter einer **Legende** versteht man die Vertarnung des nachrichtendienstlichen Hintergrundes von Personen und Sachverhalten, so dass dieser nicht mehr erkennbar ist.

⁸⁸ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 242

angeht, so gibt es unterschiedliche Meinungen: Peter Siebenmorgen geht davon aus, dass die Abteilung V keine Auswertung im engeren Sinne betrieb, sondern sie soll „sich auf die Steuerung des Informationsgeschehens, die Weiterleitung beschaffter Materialien an die Bedarfsträger, die Verwaltung der Aufklärungsergebnisse sowie auf administrative und finanztechnische Bearbeitung“⁸⁹ konzentriert haben. So weit allerdings eine Analyse des eingehenden Materials mit der eigenen Expertise möglich war, kann man wohl auch von der Auswertung als Schwerpunkt innerhalb ihrer Aufgaben ausgehen. Besonders interessant scheint bei der Betrachtung der Abteilung V jedoch, dass sie auch Inoffizielle Mitarbeiter in der Bundesrepublik führte⁹⁰, die vermutlich auch in die Bewertung des operativ beschafften Materials involviert waren. Inwieweit die IM über die Kooperation mit dem ostdeutschen Geheimdienst MfS eingewiesen waren, bleibt weiter offen.

3.2.3 Involvierung anderer staatlicher Stellen in der DDR

Darüber hinaus liefert das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ein Beispiel für den nahezu perfekt organisierten illegalen materiellen und immateriellen Wissenstransfer, da die Bemühungen weit über die in dieser Arbeit zur Grundlage genommenen Definition der Wirtschaftsspionage hinaus gingen, sie enthielt mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung, kurz KOKO, geleitet von Alexander Schalk-Golodkowski, auch noch den illegalen Technologietransfer und Teile der klassischen militärischen Aufklärung. Nicht nur der Sektor Wissenschaft und Technik der HVA war mit der Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen beauftragt, sondern auch die Bezirksverwaltungen des MfS und die KOKO mit einer großen Anzahl von Tarn- und Scheinfirmen, die vordergründig einer normalen Geschäftstätigkeit nachgingen⁹¹. Nachdem die SWT eine exponierte Stellung innerhalb des MfS aufgrund ihres prioritären Auftrages innehatte, konnte sie auf die Hilfe anderer Abteilungen und Dienststellen

⁸⁹ Siebenmorgen, Peter, Staatssicherheit der DDR, S. 194

⁹⁰ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 242

⁹¹ Engberding, Spionageziel Wirtschaft, S. 88-89

des MfS zurückgreifen. So wurden für die Suche nach Zielpersonen auch die sog. Reisekader, die aus politisch zuverlässigen Personen zusammengestellt wurden, nach ihrer Reise in die Bundesrepublik eingehend zu Personen etc. befragt.⁹²

3.2.4 Implementierung der nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen

Mit der Weitergabe der operativ gewonnenen Informationen und Nutzung innerhalb der eigenen Volkswirtschaft löste das MfS eines der größten Probleme der Wirtschaftsspionage: die Implementierung der Erkenntnisse in die Wirtschaft, auch wenn dies bei einer staatlich gelenkten Volkswirtschaft sicherlich einfacher verwirklicht werden kann, als in einer freien Marktwirtschaft.

Nachdem die Informationen durch die operativen Abteilungen XIII, XIV, XV der HVA beschafft wurden, hatten diese zunächst einmal für eine „völlige Neutralisation“ der Informationen zu sorgen.⁹³ „War die Konspiration auf andere Weise nicht zu gewährleisten, konnten die liefernden Dienstleistungen diese in drei verschiedenen Stufen auch als vertraulich deklarieren“⁹⁴ und damit nur einem kleinen Personenkreis zur Aus- und Bewertung zugänglich machen. Zunächst wurden die erlangten Erkenntnisse der Abteilung V der HVA übergeben, die wiederum „das eingehende Material, das „kofferweise“, mitunter als „Wagenladung“ ankam, sichteten. Die Abteilung V bewertete und analysierte die beschafften Informationen, die sowohl immaterielle wie materielle Informationen sein konnten, und formulierte neue Beschaffungsaufträge.⁹⁵ Zur Bewältigung dieser Aufgabe konnte sie auf ein Netzwerk von Inoffiziellen Mitarbeitern zurückgreifen, die teilweise auch ohne Wissen um den wahren Hintergrund ihrer Tätigkeit für den SWT Analysetätigkeiten übernahmen.⁹⁶ Mit dem weitreichenden IM-Netz der SWT auch und besonders in der eigenen Wirtschaft war es

⁹² Ebenda, S. 90-91

⁹³ Hubertus Knabe, Die Unterwanderte Republik, S. 432

⁹⁴ Ebenda, S. 432

⁹⁵ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 242

⁹⁶ Ebenda

wohl nicht besonders problematisch, nachrichtendienstlich gewonnene Informationen an die Bedarfsträger weiterzugeben. Für bessere Abstimmungsmöglichkeiten zwischen dem Endabnehmer der Wirtschaftsinformationen und der Beschaffung wurden in mehreren großen Volkskombinaten und in Ministerien der DDR sogen. Operative Außengruppen geschaffen, die für „einen engen Kontakt zum Auftraggeber sorgten“⁹⁷ und organisatorisch sowohl den beschaffenden Abteilungen XIII-XV als auch der auswertenden Abteilung V angehören konnten. Damit war eine Kommunikation zwischen Wirtschaft und Beschaffung gesichert, die eine bedarfsorientierte Beschaffung ermöglichen sollte.

3.2.5 Kooperation zwischen MfS und KGB

Der Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR erfolgte „unter unmittelbarer Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR“⁹⁸, damals noch als MGB bezeichnet. Daher ist auch nicht weiter verwunderlich, dass die Strukturen entsprechende Parallelen aufwiesen bzw. das MfS nahezu als Ebenbild des russischen Counterparts erschaffen wurde, denn schon damit war eine Kooperation erheblich erleichtert. In der Gründungsphase und lange Zeit darüber hinaus stand das MfS unter der Kontrolle des KGB, was auch ein ehem. MfS-Offizier nach seinem Übertritt im Jahre 1959 in die BRD bestätigte: so wurden „alle Schritte“ des MfS „durch sowjetische Berater kontrolliert und beeinflusst“⁹⁹. Im Laufe der sozialistischen Herrschaft in der DDR wurde die Anzahl und teilweise auch die Funktion dieser Berater verändert; sie wurden verringert und ihre Stellung veränderte sich zu sogenannten Verbindungs-offizieren. „Zur Gewährleistung des durch die Vereinbarung über die Zusammenarbeit festgelegten engen Zusammenwirkens“ so ein Protokoll über die Regelung der Zusammenarbeit zwischen dem Komitee

⁹⁷ Knabe, Die Unterwanderte Republik, S. 433

⁹⁸ Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit, Das Phänomen des Verrats, –Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum, 1995, S. 56

⁹⁹ Ebenda, S. 57

für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR und der gleichnamigen Institution der DDR, „verfügt die Vertretung des KfS [Komitee für Staatssicherheit (KGB), der Verf.] beim MfS über Verbindungsoffiziere“. Diese stehen „im ständigen Arbeitskontakt“ zu den wichtigsten Hauptverwaltungen der HVA und den Bezirksverwaltungen des MfS. Die Aufgaben der sowjetischen Verbindungsoffiziere bestanden unter anderem in der „Durchführung des Austausches von Aufklärungsinformationen“ und in der „Kontrolle der Erfüllung der gemeinsamen Pläne“ und der „gegenseitigen Verpflichtungen“¹⁰⁰. Eine Aussage zur Omnipotenz der sowjetischen Verbindungsoffiziere und ihrem Einfluss auf die Arbeit des MfS lässt das Protokoll jedoch nicht zu. Denkbar ist jedoch, dass dies von der Priorität des Aufklärungsbereiches und dem persönlichen Verhältnis zwischen den Verbindungsoffizieren der russischen und ostdeutschen Seite abhängig war. Das Protokoll spiegelt sowohl die hegemoniale Stellung der UdSSR gegenüber der DDR wider; es weist allerdings auch auf eine bilaterale, nachrichtendienstliche Kooperation und nicht nur auf einen oktroyierten Beschaffungsauftrag an das MfS hin. Wobei dies nicht darüber hinweg täuschen sollte, dass grundsätzlich ein „Doppel der operativ beschafften Informationen“ an das KGB weitergegeben wurde. Es kann und muss folglich davon ausgegangen werden, dass die Aufklärungsergebnisse des MfS zumindest inhaltlich in vollem Umfang an das KGB weitergegeben wurden, was im Gegenzug aber nicht zwangsläufig die Kenntnis aller Quellen des MfS durch das KGB voraussetzt¹⁰¹. In diesem Kontext ist vor allem eine Zeugenaussage im Prozess gegen den langjährigen Leiter der HVA, Markus Wolf, erwähnenswert, wonach die Weitergabe der nachrichtendienstlich beschafften Informationen durch das MfS an die UdSSR als „politische Selbstverständlichkeit“ bezeichnet wurde¹⁰². Auf der anderen Seite

¹⁰⁰ Protokoll über die Regelungen des Zusammenwirkens zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR und der Vertretung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Nr. 446/76, aus ZAIG 5627a, abgedruckt in: Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit, S. 114-120

¹⁰¹ Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit, S. 65

¹⁰² Vgl. Aussage von Heinz Busch vor dem Düsseldorfer Oberlandesgerichte gegen den langjährigen HVA-Leiter Markus Wolf, aus: Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit, S. 75

„wurde der Sektor Wissenschaft und Technik in den 70er und 80er Jahren im direkten Auftrag sowjetischer KGB-Stellen tätig, um sein umfangreiches Agentennetz für spezielle Beschaffungswünsche des KGB zu nutzen“¹⁰³ Ihre Tätigkeit soll im Bereich Luft- und Raumfahrt-technik sogar überwiegend im Auftrage der UdSSR erfolgt sein. Zu keinem anderen Land der sowjetischen Einflussphäre unterhielt die UdSSR so enge Kontakte wie zur DDR, vor allem auf nachrichtendienstlicher Basis: „Die Verflechtungen von MfS und KGB waren durch eine so enge Zusammenarbeit bestimmt, wie sie in keinem anderen Sicherheits- und Spionagedienst der früheren Warschauer-Pakt-Staaten gegeben war“¹⁰⁴.

3.2.6 Übergabe von Quellen und Akten an das KGB

Durch den Kollaps der DDR verlor das KGB ein wichtiges Standbein in ihrem operativen Informationsaufkommen, da das MfS in der Westaufklärung, insbesondere in der Aufklärung Westdeutschlands, mit erheblichem personellen Aufwand aktiv war und das KGB mit entsprechenden Erkenntnissen mitversorgte. Schon deshalb war das KGB selbst in der Deutschlandaufklärung verhältnismäßig schwach vertreten, obgleich die Sowjetunion auf eine eigene nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung nicht verzichten wollte. Daher wurde ein großer Teil der nachrichtendienstlichen Operationen gegen den Westen aus eigenen Dienststellen vom Territorium der DDR geleitet, die jedoch nach dem Fall der Mauer sukzessive abgebaut werden mussten und spätestens mit dem sowjetischen Truppenabzug im Jahre 1994 aufgegeben wurden. Das brachte das KGB, bzw. seine Nachfolgedienste in den Zugzwang, die dadurch entstandenen Informationslücken zu schließen. So wurde nicht nur in der Wendezeit versucht, MfS-Quellen zu übernehmen, sondern vor allem in den Jahren 1992/93. Der Verfassungsschutzbericht aus dem Jahre 1992 berichtet sogar darüber hinaus von zahlreichen Versuchen der Russen, besonders wertvolle ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter des MfS – ohne

¹⁰³ Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit, S. 71

¹⁰⁴ Fricke/Marquardt, DDR-Staatssicherheit, S. 65

Einbeziehung ihrer vorherigen Führungsoffiziere – für eine Mitarbeit zu gewinnen, obgleich sie von ihren MfS-Führungsoffizieren bereits abgeschaltet worden waren¹⁰⁵. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass ein großer Teil der operativen Vorgänge des MfS, vornehmlich die besonders ergiebigen Quellen, noch vor der Auflösung des Ministeriums an den KGB übergeben worden sind. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass „eine größere Anzahl der für das ehemalige MfS tätig gewesenen Agenten bereit war, die bisherige Verratstätigkeit“ auch unter veränderten Vorzeichen fortzusetzen und sie „die Chance, sich durch den Mauerfall aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen“, nicht wahrgenommen haben.¹⁰⁶ In welchem Umfang jedoch die Aktenübergabe stattgefunden hat, kann nicht durch Aktenmaterial der BStU belegt werden. In einem Artikel aus der Berliner Zeitung wird jedoch die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zitiert: „Das Original der beim US-Geheimdienst als Kopie vorliegenden Agentenkarteien der früheren Stasi-Hauptverwaltung A [HVA, der Verf.] ist bereits seit der politischen Wende der DDR im Besitz des russischen Geheimdienstes“¹⁰⁷. Demnach ist auch eine umfangreichere Übergabe der „Operativen Vorgänge“, wie die Agentenakten im Jargon der Staatssicherheit genannt wurden, sehr wahrscheinlich. Die Aussagen der Bundesanwaltschaft stützen sich nach eigenen Angaben überwiegend auf Augenzeugen, die bei der Aktenübergabe bzw. der Übergabe der Agentenkarteien mitgewirkt hatten. Das Thema Aktenübergabe an die russischen Dienste wird uns wohl auch in den nächsten Jahren noch beschäftigen und viel Raum für Spekulationen lassen.

¹⁰⁵ Vgl. BfV, Verfassungsschutzbericht 1992, Köln, 1993, S. 183

¹⁰⁶ Ebenda, S. 184

¹⁰⁷ Diese Aussage wurde in diesem Zeitungsartikel von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe durch Bundesanwalt Lampe bestätigt, der nach eigenen Angaben über entsprechende Erkenntnisse verfügt, aus: Berliner Zeitung, Agentenakten der Stasi liegen in Moskau, Andreas Förster, 17./18.11.2001

3.2.7 Resümee zur Wirtschaftsspionage durch das MfS

Der Sektor Wissenschaft und Technik der HVA hat durchaus nachrichtendienstliche Erfolge erzielt, das wurde mit dem Übertritt des Oberleutnants Werner Stiller aus dem Sektor Wissenschaft und Technik auch für den Westen unübersehbar. Die Verfassungsschutzbehörden hatten bis dato die Dimension der Wirtschaftsspionage und des illegalen Technologietransfers schlichtweg unterschätzt und hatten sich den neuen Herausforderungen zu stellen.¹⁰⁸ Um die Effizienz der von dem Sektor Wissenschaft und Technik forcierten Wirtschaftsspionage herauszustellen, wurden die vermeintlichen Erfolge durch Berichte in regelmäßigen Abständen an die politische Führung weitergemeldet. Darin wurden die volkswirtschaftlichen Ersparnisse in Valuta-Mark aufgelistet, die durch die Erlangung neuer Technologien erzielt worden waren.¹⁰⁹ Diese Berechnungen sind allerdings nicht immer nachvollziehbar und stehen vermutlich aus betriebswirtschaftlicher Sicht auf sehr schwachen Füßen. Nachvollziehbar sind jedoch Einsparungen, die aufgrund von Lizenzgebühren angefallen wären, wenn nicht entsprechende Blaupausen aus dem Westen beschafft worden wären. So wird in einem Halbjahresbericht des SWT aus dem Jahre 1971 die Ersparnis durch die Beschaffung von „Lizenzmaterialien“ auf fünfzehn Millionen DM geschätzt. Darüber hinaus wird in Schätzungen von einem jährlichen Nutzen der SWT-Informationen von 150 und 300 Millionen DM für die Volkswirtschaft der DDR gesprochen.¹¹⁰ Auch wenn diese „Erträge“ den wirtschaftlichen Kollaps der DDR weder verhindern noch aufhalten konnten, so kann dem MfS ein nachrichtendienstlicher Erfolg letzten Endes nicht abgesprochen werden.

Ohne die Frage, ob Wirtschaftsspionage überhaupt erfolgreich betrieben werden kann, vorwegzunehmen, ist eine nähere Betrachtung der

¹⁰⁸ „Die durch den Übertritt des ehemaligen MfS-Oberleutnants Stiller gewonnenen Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass Intensität und Erfolg der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage der DDR-Nachrichtendienste bisher in der Bundesrepublik unterschätzt worden sind.“, aus: LfV, NRW, VerfSchBericht, 1980, Düsseldorf, S. 83

¹⁰⁹ Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 438-439

¹¹⁰ Ebenda, S. 437

DDR-Wirtschaft unumgänglich. Das Scheitern der Planwirtschaft in der DDR lag wohl in erster Linie in der ökonomischen Struktur begründet, die sich nicht an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierte, sondern an einer oktroyierten Planerfüllung. In einer globalen Betrachtung zeigen sich doch eindeutige Anzeichen für die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Systeme des Westens gegenüber den planwirtschaftlichen Systemen der ehemaligen kommunistischen Staaten. Die wirtschaftlichen Leistungen unterscheiden sich erheblich, ohne dabei Rücksicht auf soziale Kriterien zu nehmen. Ein Grund für das Scheitern der Wirtschaftsspionage des MfS lag nicht in der mangelnde Effizienz der beschaffenden Bereiche des SWT. Das Scheitern der Wirtschaftsspionage wird aus Sicht des ehemaligen Leiters der HVA, Werner Großmann, darin gesehen, dass zum einen der SWT keine bedarfsorientierte Informationsbeschaffung betrieb und zudem auf zu breiter Basis aufklärte, ohne sich auf Schlüsselprojekte zu konzentrieren¹¹¹. Des weiteren verließ man sich darauf, mit Blaupausen etc. den technologischen Rückstand gegenüber dem Westen aufzuholen, ohne dabei die eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeit entsprechend zu fördern.¹¹² Die nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen konnten nicht nur nicht schnell genug in die Wirtschaft implementiert werden, sondern es fehlte auch nicht zuletzt an den erforderlichen Voraussetzungen: „Auch wo ausgespähte Wirtschaftsgeheimnisse des Klassenfeindes in die Produktion gelangten, führten sie nicht zum durchschlagenden Erfolg. Regelmäßig fehlte es an einer leistungsfähigen Infrastruktur“¹¹³, die letztlich für eine erfolgreiche Implementierung unumgänglich ist.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass mit der Auflösung des MfS ein erhebliches nachrichtendienstliches Know-how freigesetzt wurde. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter soll zum Ende des SED-Regimes etwa 85.000 betragen haben. Der Sektor Wissen-

¹¹¹ Vgl. Frankfurter Rundschau, Industriespionage war eine Nummer zu groß für die kleine DDR, Karl-Heinz Baum, 29.06.2001

¹¹² Ebenda

¹¹³ Nathusius, Ingo, Wirtschaftsspionage – Gefahren, Strukturen, Bekämpfung, Heidelberg, 2001, S. 38

schaft und Technik der HVA unterhielt nach Berechnungen von Leysieffer etwa 120 Führungsoffiziere, das sich als Schwerpunktaufgabe mit der Beschaffung von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Informationen beschäftigte¹¹⁴. Diese wurden mit dem Mauerfall arbeitslos und – was vermutlich noch schlimmer war – erfuhren auch eine gesellschaftliche Ächtung.

Was aus der Vielzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit geworden ist, dazu kann pauschal keine Aussage getroffen werden. Fest steht jedoch, dass sich diese für die Wirtschafts- und Konkurrenzspionage bestens eignen würden. Darüber hinaus ist aber auch davon auszugehen, dass ein großer Teil der MfS-Agenten noch nicht enttarnt wurde und möglicherweise im Laufe der Zeit beispielsweise durch die russischen Dienste übernommen wurden. Gerade die Inoffiziellen Mitarbeiter, die auch heute noch nicht enttarnt sind, könnten für einen Reaktivierungsversuch durch die Nachrichtendienste kompromittierbar sein.

3.3 Bedrohung der deutschen Wirtschaft durch die Nachrichtendienste

Weltweit existieren mehrere hundert Nachrichtendienste, die je nach Land unterschiedliche Befugnisse und Aufgaben wahrnehmen. Die Aufträge für die nachrichtendienstliche Aufklärung werden in der Regel durch die Regierungen bestimmt und unterliegen unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen, die je nach kulturellen, regionalen und ideellen Grundlagen oftmals stark voneinander abweichen. In der Regel unterhält jedes Land Inlands- und Auslandsdienste, die entweder ein internes oder externes Aufklärungsinteresse haben, jedoch im Rahmen der Sicherheitspolitik eines Staates untereinander regen In-

¹¹⁴ Leysieffer geht in seiner Diplomarbeit von etwa 120 Führungsoffizieren im Bereich des SWT aus; teilweise müssen jedoch die Mitarbeiter aus dem Bereich KOKO von Schalk-Golodkowski hinzugerechnet werden, die in den illegalen Technologietransfer in weiten Teilen involviert waren. Eine genaue Zahlenangabe ist daher zur Zeit noch nicht möglich. Aus: Leysieffer, S. 71

formationsaustausch betreiben oder in wichtigen Schlüsselbereichen auch kooperieren. Deshalb ist oftmals eine Betrachtung der Nachrichtendienste in ihrer Gesamtheit erforderlich, die nicht immer gewährleistet werden kann. Um die Thematik einzugrenzen, werden aus den aufgeführten Ländern in der Regel nur die Auslandsnachrichtendienste betrachtet, da sie hauptsächlich die Träger der Wirtschaftsspionage sind.

3.3.1 Die Nachrichtendienste der USA

Die US-amerikanische Intelligence Community besteht aus 10 voneinander unabhängigen Nachrichtendiensten und drei State Departments, deren Aktivitäten durch den Director of Central Intelligence, der auch gleichzeitig Leiter des CIA ist, koordiniert und überwacht werden.¹¹⁵ Dazu gehören: Central Intelligence Agency (CIA), Federal Bureau of Investigation (FBI), Defense Intelligence Agency (DIA), National Security Agency (NSA), National Imagery and Mapping Agency, National Reconnaissance Office (NRO), Air Force Intelligence, Marine Corps Intelligence, Army Intelligence, Naval Intelligence aber auch Department of State, Department of Energy und das Department of Treasury. Die letzten drei Mitglieder der Intelligence Community sind keine Nachrichtendienste, sondern Ministerien, und daher eher als Empfänger von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen einzustufen, ohne selbst nachrichtendienstlich tätig zu sein¹¹⁶.

¹¹⁵ Vgl. William Albert Hewgley, The Intelligence Community – in brief, <http://www.angelfire.com/hi/intellcommunity/index.html>,

¹¹⁶ Ebenda

3.3.1.1 Central Intelligence Agency



Die Central Intelligence Agency (CIA) wurde unter Harry Truman im Jahre 1947 mit dem National Security Act ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe besteht darin, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, das National Security Council und andere Repräsentanten der US-amerikanischen Sicherheitspolitik mit Informationen zu versorgen, soweit es die nationale Sicherheit betrifft¹¹⁷. Darüber hinaus leitet sie die Aktivitäten im Bereich Gegenspionage und andere Aufgaben, die im Zusammenhang mit fremden Nachrichtendiensten und der nationalen Sicherheit stehen, je nach Weisung des US-amerikanischen Präsidenten. Dieses Statement des CIA zu ihren Aufgaben ist nicht besonders aussagekräftig und lässt viel Raum für Spekulationen und Eigeninterpretationen. Die CIA gesteht sich aber auch durch die veränderte weltpolitische Lage ein paar Schwerpunktverlagerungen ein. Besonders im Aufklärungsinteresse stehen heute die überregionalen Themengebiete wie Proliferationsverhinderung, Terrorismusbekämpfung, Gegenspionage, Bekämpfung des international organisierten Verbrechens, Drogenhandel usw.¹¹⁸ Über die Personalstärke möchte sich das CIA verständlicherweise selbst nicht näher äußern; Schätzungen zufolge liegt jedoch die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter zwischen 16.000 und 40.000.¹¹⁹ Lediglich das Budget der vergangenen Jahre wird publiziert: So hatte die CIA im Jahre 1998 26,7 Milliarden US-\$ zur Verfügung, das Budget für 1999 und das Jahr 2000 wird nicht genannt¹²⁰.

¹¹⁷ Vgl. Website der CIA, <http://www.cia.gov>, About the CIA,

¹¹⁸ Ebenda

¹¹⁹ Von etwa 16.000 hauptamtlichen Mitarbeitern geht die Federation of American Scientist in ihrer Internetplattform: Intelligence Agency's Budget and Staff, <http://www.fas.org/irp/agency/budget1.htm> aus; das LfV Baden-Württemberg geht jedoch in der Broschüre: Wirtschaftsspionage, 1998 von etwa 40.000 ha Mitarbeitern bei der CIA aus.

¹²⁰ Vgl. Website der CIA, http://www.cia.gov/cia/public_affairs/fag.htm, Frequently Asked Questions, How many people work for the Central Intelligence Agency and what is its budget?

3.3.1.2 National Security Agency



Die National Security Agency (NSA) ist als Nachrichtendienst in die Intelligence Community der USA voll integriert und unterliegt – wie alle anderen Dienste – einer permanenten parlamentarischen Kontrolle, auch wenn teilweise anderes behauptet wird. Die Mitarbeiterzahl des NSA ist offensichtlich nicht mit einfachen Methoden zu ermitteln bzw. zu schätzen. Nur so kann es sein, dass stark differierende Angaben gemacht werden. So geht beispielsweise James Bamford in seinem Buch über die NSA von etwa 38.000 Mitarbeitern¹²¹ der Behörde aus, während Nicky Hager in seinem Buch *Secret Power* von nur etwa 30.000 hauptamtlichen Mitarbeitern ausgeht¹²². Will man einer Zusammenfassung über Nachrichtendienste im Internet Glauben schenken, so ist von einer Personalstärke von etwa 21.000¹²³ auszugehen. In der Broschüre zum Thema Wirtschaftsspionage geht das Landesamt für Verfassungsschutz sogar von 100.000 Mitarbeitern¹²⁴ aus. Sich bei dieser Vielzahl von variierenden Angaben auf eine Größe festzulegen, sieht sich der Verfasser außer Stande. Die NSA beschreibt sich selbst auf ihrer Website:

“The National Security Agency is the Nation's cryptologic organization. It coordinates, directs, and performs highly specialized activities to protect U.S. information systems and produce foreign intelligence information. A high technology organization, NSA is on the frontiers of communications and data processing.”¹²⁵

¹²¹Vgl. TAZ, Im Dienste des Präsidenten, Wolfgang Gast, 17.07.2001, S. 18

¹²²Vgl. DIE ZEIT, Falsche Freunde, Oliver Ström und Thomas Schuler, Nr. 15/2000, S. 27

¹²³Vgl. Intelligence Agency's Budget and Staff, <http://www.fas.org/irp/agency/budget1.htm>, Maintained by [Steven Aftergood](#)

¹²⁴LfV, Baden-Württemberg, Wirtschaftsspionage, S. 43

¹²⁵NSA, About the NSA, http://www.nsa.gov/about_nsa/mission.html,

Folglich ist die NSA ein rein technischer Nachrichtendienst, der das sogenannte SIGINT-Aufkommen produziert. Dabei werden Informationen aus allen auf Technik basierenden Kommunikationssystemen beschafft und analysiert. Dies ist jedoch mit einem Nachteil verbunden: Technisches nachrichtendienstliches Informationsaufkommen hat rein rezeptiven Charakter, was bedeutet, dass die NSA nur auf die Informationen Zugriff nehmen kann, die auf elektronischem Kommunikationswege übermittelt werden. Zielgerichtetes Hinterfragen von Sachverhalten und damit das Auffüllen von Informationslücken ist mit dieser nachrichtendienstlichen Beschaffungsart nicht möglich. Dieses Problem könnte die NSA jedoch durch eine starke Kooperation in Form eines Wissensaustausches mit den anderen Diensten der Intelligence Community gelöst haben.

Ob jedoch die vielbeschriebene Omnipotenz des NSA wirklich der Realität entspricht, lässt sich nicht mit absoluter Gewissheit sagen. Jedoch machen Computerfachleute immer wieder darauf aufmerksam, dass von der Intelligence Community ein „Superschlüssel“ von den Kryptologie-Erzeuger gefordert wird: „In den USA fordern NSA, das FBI und die CIA, dass sie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einen sogenannten Superschlüssel von den Entwicklern der Verschlüsselungsprogramme erhalten.“¹²⁶ Darüber hinaus ist jedoch in den USA im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten die Verwendung von „als besonders sicher geltenden Verschlüsselungsprogrammen“ nicht erlaubt¹²⁷. Weiter wird der NSA vorgeworfen, in dem Windows-Betriebssystem des Softwareherstellers Microsoft einen zweiten für den Nutzer verborgenen Schlüssel, der als „NSAkey“ abgelegt worden sein soll, in Absprache mit Microsoft installiert zu haben. Mit Hilfe dieses Schlüssels soll sich die NSA Zugang zu Firmennetzwerken verschaffen können.¹²⁸ Die Verifizierung dieser Anschuldigungen kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.

¹²⁶Roman Hummelt, *Wirtschaftsspionage auf dem Datenhighway*, München, 1997, S. 105

¹²⁷Ebenda, S. 106

¹²⁸Vgl. *Die Woche*, Schönemann, Tyll, *Kalter Krieg im Netz*, 15.12.00

3.3.1.3 *Departmental Intelligence Elements*

Innerhalb der US-amerikanischen Intelligence Community gibt es – wie bereits erwähnt – noch weitere Organisationen/Institutionen, die nicht direkt nachrichtendienstliche Aufgaben wahrnehmen und damit nicht als solche zu bezeichnen sind. Dazu zählen:

Einmal das Departement of Energy, deren Aufgabe unter anderem in der Proliferationsprävention und der Erhaltung der nationalen Sicherheit bestehen. Es verfügt über etwa 300 Mitarbeiter und einen Etat in Höhe von 40 Mio. US\$¹²⁹.

Weiter gibt es im State Departement ein „Bureau of Intelligence & Research“ mit einer Personalstärke von wiederum etwa 300 Mitarbeitern und einem Jahresetat in Höhe von 20 Mio. US\$¹³⁰. Es könnte sich dabei um eine Art Verbindungsstelle zwischen den Ministerien und den Nachrichtendiensten handeln, genaues ist leider nicht bekannt.

Darüber hinaus gibt es im Departement of Treasury gleich drei Einheiten, die zur Community gehören:

Das Office of Intelligence Support, bei dem weder die Personalstärke noch der Etat bekannt ist.

Das Financial Crimes Enforcement Network. Es verfügt über 150 Mitarbeiter und über 20 Mio. US\$ Jahresetat¹³¹. Vermutlich handelt es sich dabei um eine stark mit den Nachrichtendiensten kooperierende Stelle, die vor allem bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten mitwirken soll. Der Secret Service, ein weiteres Organ der Intelligence Community im Finanzministerium, das Spekulationen Tür und Tor öffnet. Ohne genaue Aufgabenbeschreibung, aber mit dem Budget und der Personalstärke, lassen sich daher nur sehr vage Aussagen über die Aufgaben treffen. Diese Institution verfügt über einen Etat in Höhe von 30 Mio. US\$ und etwa 300 Mitarbeiter. Zu den „Departmental Intelligence Elements“ gehört auch noch das Federal

¹²⁹Federation of American Scientists (FAS), Intelligence, Intelligence Agency Budget and Staff, <http://www.fas.org/irp/agency/budget1.htm>,

¹³⁰Ebenda

¹³¹Ebenda

Bureau of Investigation (FBI). Das FBI ist selbst kein Nachrichtendienst, sondern eine Strafverfolgungsbehörde und mit dem Economic Espionage Act of 1996, wie bereits erwähnt in Fragen der Gegenespionage respektive der Spionageabwehr tätig.

3.3.1.4 *Wirtschaftsspionage durch die USA*

Die Diskussion um die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der US-Amerikaner wurde in den letzten Jahren im wesentlichen durch die Thematik ECHELON bestimmt. So wurde und wird den USA vorgeworfen, mit dem vom NSA betriebenen weltweiten Abhörsystem systematisch Wirtschaftsspionage zu betreiben. (siehe auch Pkt. 3.5.1 ff) Aber nicht nur im SIGINT-Bereich sind Vorwürfe laut geworden, auch der CIA soll systematische Wirtschaftsspionage betreiben. Um noch einmal zu unterstreichen, dass die amerikanische Intelligence Community keinerlei WS betreibt, äußerte sich der CIA-Direktor, George J. Tenet, vor dem Ausschuss des Kongresses für Nachrichtendienste (House Permanent Select Committee on Intelligence):

“There also have been allegations that the Intelligence Community is conducting industrial espionage to provide unfair advantages to US companies. I recognize that it is standard practice for some countries to use their intelligence services to conduct economic espionage, but that is not the policy or practice of the United States. If we lose the confidence of the American people because they think we are violating their privacy rights, or if we were to violate the trust of our allies and steal their business secrets to help US companies increase their profits, we would put your support for our SIGINT programs in jeopardy, and risk losing our eyes and ears — as well as US influence — around the world. I cannot afford to let that happen”¹³². Anders äußert sich dagegen der ehemalige CIA-Chef, R. James Woolsey, im Wall Street Journal Europe im Zusammenhang mit dem globalen Abhörsystem ECHELON und der Untersuchung dazu durch das Europäi-

¹³²Vgl. Website der CIA, www.cia.gov, Speeches and Testimony, Statement by Director of Central Intelligence George J. Tenet Before the House Permanent Select Committee on Intelligence, 12.04.2000

sche Parlament, was zu entsprechenden Irritationen geführt haben dürfte. Ganz unverhohlen konstatiert er Spionageaktivitäten gegen die Verbündeten des Kalten Krieges: „Ja, meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben euch ausspioniert. Und es stimmt, wir benutzen Computer, um Daten nach Schlüsselwörtern zu durchsuchen.“¹³³ Besonders viele Geheimnisse hat er damit jedoch nicht preisgegeben; bestenfalls lässt eine Interpretation den Rückschluss zu, dass die US-Amerikaner technische Aufklärung gegen Europa betreiben, was politisch nicht gerade unproblematisch ist. In dem o. g. Artikel wirft Woolsey den europäischen Ländern schließlich noch ihre Korruption vor, und nennt dies auch als einen Grund für die Aufklärungsaktivitäten der USA¹³⁴. Wirtschaftliche Informationen würden mit Blick auf die Proliferationsprävention gesammelt und der größte Teil der Wirtschaftsinformationen (95%) würde aus offen zugänglichen Quellen stammen.¹³⁵ Aber gegen den Vorwurf der Wirtschaftsspionage verwehrt sich auch Woolsey.

Allein durch die Struktur der US-amerikanischen Nachrichtendienste lassen sich keine Aktivitäten auf dem Gebiet der Wirtschaftsspionage belegen. Auch der deutsche Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, Ernst Uhrlau, lässt keinerlei Zweifel an den Aussagen der Amerikaner aufkommen, wobei dies natürlich auch als ein politisches Statement angesehen werden muss mit dem Hintergrund, keine Irritationen bei dem vermeintlich wichtigsten NATO-Partner hervorrufen zu wollen, auf den man im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt logistisch wie militärisch angewiesen war und ist¹³⁶. Ferner antwortete Uhrlau auf die Frage, ob er an eine planmäßige Erkundung deutscher Unternehmen durch die US-Geheimdienste glaube: „Ich halte das für Humbug“. Zu viele Kriterien sprächen nach seiner Meinung gegen eine systematische Ausforschung durch die US-Geheimdienste.¹³⁷ Auf der anderen Seite lassen sich die Spionagebemühun-

¹³³Nachdruck aus dem Wall Street Journal Europe; aus: Die Zeit, Ja, liebe Freunde, wir haben euch ausgehorcht, 14/2000, S. 1

¹³⁴Vgl. Ebenda, S. 2

¹³⁵Vgl. Ebenda, S. 3

¹³⁶Vgl. Interview mit Ernst Uhrlau in: DIE WOCHE, Ausgabe 34, 20.08.1999

¹³⁷Ebenda

gen der Amerikaner auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht eindeutig belegen, wodurch die Aussagen des deutschen Geheimdienstkoordinators aus politischer Sicht verständlich erscheinen. Im Zusammenhang mit den Wirtschaftsspionagevorwürfen gegen die USA wird jedoch immer wieder ein sog. Office of Intelligence Liaison (O/IL) erwähnt, dass im US-amerikanischen Finanzministerium angesiedelt sei und bereits im Jahre 1977 gegründet worden sein soll. Die Aufgaben dieses Büros werden folgendermaßen geschildert: „Its task was to handle "foreign intelligence" of interest to the Department. Its standing orders show that it was authorised to receive and handle SCI intelligence, i.e. Comint and Sigint. The creation of this office thus provided a formal mechanism whereby NSA and CIA data could be communicated and used to support U.S. commercial and trade interests.“¹³⁸ Das Office sei jedoch 1993 – als es von britischen Journalisten näher beleuchtet wurde – in Office of Executive Support umbenannt worden.¹³⁹ Ein Beleg für eine strukturierte und durch staatliche Seiten gelenkte Informationsweitergabe an die Wirtschaft kann die Existenz dieses Büros alleine jedoch nicht sein. Es mangelt an der Eindeutigkeit des Auftrages. Vielmehr ist es geradezu natürlich, dass Wissen aus den Nachrichtendiensten nicht nur an die Regierungen, sondern auch an Ministerien und andere Stellen weitergegeben werden. Brisant wird es erst, wenn man sich der Frage nach der Art der Informationen widmet, die weitergegeben werden. Duncan Campbell geht in seinem Bericht noch weiter und präsentiert weitere Belege für die Wirtschaftsspionageaktivitäten der US-Amerikaner: So sollen Mitglieder des Senatausschusses für die Nachrichtendienste und weitere führende Politiker nach dem Ende des Kalten Krieges die Regierung öffentlich dazu gedrängt haben, Informationen zum Zwecke der Wirtschaftsspionage zu sammeln.¹⁴⁰ Daraufhin soll in erster Linie der

¹³⁸Campbell, Duncan, COMINT Impact on International Trade, Punkt 17, 27.05.2001, www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/7752/1.html,

¹³⁹Campbell, Duncan, Interception Capabilities 2000, www.iptvreports.mcmail.com/ic2kreport.htm, Punkt 97, S. 19

¹⁴⁰“Members of the Senate intelligence committee and other leading politicians openly urged the administration to start collecting and using competitive intelligence.”, aus: Campbell, Duncan, COMINT Impact on International Trade, Punkt 17, 27.05.2001, www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/7752/1.html,

Schutz der eigenen Wirtschaft vor den Aufklärungsbemühungen anderer Staaten forciert worden sein. Wie auch schon eingangs erwähnt ist nicht jede Aufklärungsbemühung im wirtschaftlichen Bereich unter den Begriff Wirtschaftsspionage zu subsumieren. Vielmehr zeigt sich hier ein unendlich großer Facettenreichtum. So stellt auch das EU-Parlament in seinem Echelon-Bericht heraus: Die USA erklären offen, dass ein Teil ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit auch die Wirtschaft berührt. Darunter fällt z. B. die Überwachung der Einhaltung von Wirtschaftssanktionen, die Überwachung der Einhaltung der Regeln für Lieferung von Waffen und sogenannten DUAL-USE-Gütern, die Entwicklung auf Rohstoffmärkten und das Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten. Nach Erkenntnissen des EU-Parlaments befassen sich nicht nur die US-amerikanischen Nachrichtendienste mit diesem Thema und daran gibt es aus ihrer Sicht auch keine massive Kritik zu üben.¹⁴¹ Das zeigt ganz deutlich, dass die anfangs vorgenommene Definitionen der Aufklärungsarten auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht immer allumfassend sind. Am ehesten ließen sich damit die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der US-Amerikaner unter dem Begriff der strategischen Wirtschaftsaufklärung subsumieren, die nicht mit der Wirtschaftsspionage gleichgesetzt werden darf. Fest steht jedoch, dass die Bedrohung durch die Wirtschaftsspionage ernster genommen wird als in Deutschland. So wurde in den USA der sog. Economic Espionage Act of 1996 vom damaligen US-Präsidenten Bill Clinton unterzeichnet, der Spionageaktivitäten auf dem Wirtschaftssektor mit harten Strafen belegt, Lücken in den bestehenden Rechtsnormen schließt und dem FBI größere Befugnisse für die Bekämpfung der Wirtschaftsspionage einräumt¹⁴². Ein Umkehrschluss ist jedoch allein daraus nicht zu ziehen, denn die in der Literatur angegebenen vermeintlichen Spionagefälle lassen sich nicht hinreichend belegen.

¹⁴¹ EU-Parlament, Bericht über die Existenz eines globalen Abhörsystems für private und wirtschaftliche Kommunikation (Abhörsystem Echelon), Teil 1, Nichtständiger Ausschuss über das Abhörsystem Echelon, Berichterstatter: Gerhard Schmid, 11. 07.2001, S. 106

¹⁴² Annual Report to Congress on Foreign Economic Collection and Industrial Espionage, 1997, S.3

3.3.2 Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation

3.3.2.1 Vom KGB zu den Nachrichtendiensten der Russischen Föderation



Das KGB wurde 1954 gegründet und wurde „der mächtigste zentrale Nachrichtendienst der UdSSR“¹⁴³. Hinsichtlich der Personalstärke kommen viele Autoren zu dem Schluss, dass das KGB auch der größte Sicherheitsdienst der Welt war.¹⁴⁴

Das KGB war maßgeblich am Putschversuch am 19. August 1991 beteiligt. „Der Fehlschlag der Entmachtung des Staatspräsidenten besiegelte das Schicksal des KGB“¹⁴⁵, denn er wurde im Oktober 1991 aufgelöst und an seine Stelle traten „bis zur Auflösung der UdSSR im Dezember 1991 zentral strukturierte Sicherheitsbehörden“¹⁴⁶, was de facto einer Entmachtung des riesigen KGB-Apparates gleichkam. Des weiteren wurde bei den nun unabhängig gewordenen Teilrepubliken der UdSSR eine Tendenz sichtbar, eigene Sicherheitsbehörden zu schaffen, um eine weitreichende Autarkie von der ehemaligen Sowjetunion zu erlangen. Das ehemalige KGB in der Russischen Föderation wurde in mehrere „kleine“ Nachrichtendienste aufgeteilt und umorganisiert. Wobei „diese Reformbestrebungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Kern unklar bleibt, in welchem Umfang die neuen Organisationen weiter an den früheren Aufgaben und Methoden festhalten“¹⁴⁷. Weiter konstatiert das BfV in seinem Jahresbericht: „Sie [die neuen russischen Nachrichtendienste, der Verf.] vermitteln vielfach den Eindruck, als handele es sich in einem nicht unwesentlichen Bereich um Nachbildungen von Teilen des ehemaligen KGB.“¹⁴⁸ Im Jahre 1996 wurde die Aufklärungsarbeit der russischen Nachrichten- und Sicherheits-

¹⁴³ BfV, Verfassungsschutzbericht, 1992, S. 173

¹⁴⁴ Engberding, Spionageziel Wirtschaft, Düsseldorf, 1993, S. 24

¹⁴⁵ Ebenda

¹⁴⁶ BfV, VerfSchutzBer., 1992, S. 173

¹⁴⁷ Ebenda

¹⁴⁸ Ebenda

dienste mit dem Bundesgesetz Nr. 5 auf eine gesetzliche Grundlage gestellt¹⁴⁹. Inwieweit jedoch diese Normen obligatorisch sind, ist nicht bekannt. Das LfV BW geht jedoch von einer „ansatzweisen Demokratisierung“¹⁵⁰ aus, zumindest im Zusammenhang mit dem neugegründeten SWR.

Tabelle 1: Nachrichtendienste der Russischen Föderation mit Aufklärungsaufgaben¹⁵¹

Name	SWR	FSB	GRU	FAPSI
Ursprung	1. HV* des KGB	2. und 3. HV* des KGB	Sowjetischer GRU	8. HV* und 16. Abteilung des KGB
Aufgaben	Ziviler Auslandsnachrichtendienst	Zivile u. militärische Abwehr, Aufklärung und Gegenspionage	Militärischer Auslandsnachrichtendienst, sowie Aufklärung der Wissenschaft und Technik	Schutz und Unterhalt der staatlichen Kommunikationseinrichtungen der russischen Föderation sowie weltweite Aufklärung ausländischer Kommunikationskanäle
Zahl der Mitarbeiter	13.000-15.000	80.000-100.000	ca. 12.000	120.000 (einschließlich Fernmeldetruppen)

* Hauptverwaltung

¹⁴⁹ Vgl. LfV, Baden-Württemberg, Wirtschaftsspionage, S. 24

¹⁵⁰ Ebenda

¹⁵¹ Ebenda, S. 23

3.3.2.2 *Slushba Wneschnej Raswedki (SWR)*

Das SWR ist der zivile Auslandsaufklärungsdienst der Russischen Föderation, „der im wesentlichen aus der 1. Hauptverwaltung des



KGB hervorgegangen ist“¹⁵² und etwa 15.000 Mitarbeiter¹⁵³ umfasst. „Dem Auslandsaufklärungsdienst der Russischen Föderation (SWR) wurde neben der obligatorischen Informationsbeschaffung in den klassischen Zielbereichen

Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wissenschaft- und Technik insbesondere die Aufgabe zugewiesen, im westlichen Ausland verstärkt Aufklärung auf dem Sektor Wirtschaft/Wirtschaftspolitik zu betreiben“¹⁵⁴, womit im wesentlichen die Aufgaben aus dem Kalten Krieg überwiegend bestehen bleiben. In dem im Jahre 1992 verabschiedeten Gesetz über die Auslandsaufklärung der Russischen Föderation wird das SWR sogar „ausdrücklich angewiesen, die obersten Staatsorgane Russlands mit Informationen zu versorgen, die im ökonomischen Bereich benötigt werden“¹⁵⁵. Damit wird aus der Wirtschaftsspionage seitens der Russischen Föderation kein Hehl gemacht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist weiter darauf hin, dass in der SWR-Zentrale in Moskau eine Spezialabteilung existiert, die sich ausschließlich mit der Beschaffung von Informationen über die ökonomischen Verhältnissen und die Wirtschaftsentwicklungen in den führenden Industrienationen befasst¹⁵⁶. Daraus folgt, dass die Bundesrepublik Deutschland als führende Industrienation besonders im Interesse des SWR steht. „Das vereinigte Deutschland ist neben den USA für die Nachrichtendienste der Russischen Föderation von besonderem Interesse. Die Aufklärungsaktivitäten erfolgen sowohl von russischem als auch von deutschem Territorium aus.“¹⁵⁷

¹⁵² Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Verfassungsschutzbericht, 1992, Köln, S. 173

¹⁵³ BfV, Verfassungsschutzbericht, 1995, S.248

¹⁵⁴ BfV, Verfassungsschutzbericht, 1992, S. 175

¹⁵⁵ Ebenda

¹⁵⁶ Vgl. Ebenda

¹⁵⁷ Ebenda, S. 174

In diesem Zusammenhang ist noch von besonderem Interesse, dass das SWR auch die Struktur des KGB im Ausland übernommen hatte. So werden diplomatischen und konsularischen Strukturen des KGB im Ausland durch das SWR weiterhin für die nachrichtendienstliche Aufklärung genutzt.¹⁵⁸

3.3.2.3 *Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU)*

Die Hauptverwaltung Aufklärung beim Generalstab (GRU), wie die offizielle Übersetzung für das GRU lautet, ist der militärische Aufklärungsdienst der Russischen Föderation, mit einer entsprechenden Verankerung im russischen Verteidigungsministerium, und hat eine Personalstärke von etwa 12.000 hauptamtlichen Mitarbeitern.¹⁵⁹ Die GRU „hat den Auftrag, Informationen u. a. über Militärpolitik, militärische Planungen sowie Infrastruktur und Bewaffnung von Bundeswehr wie auch der westlichen Verteidigungsbündnisse zu beschaffen.“¹⁶⁰



Womit letztendlich die wichtigsten Industrienationen innerhalb des Aufklärungsschwerpunktes liegen, sieht man einmal von einigen Ländern in Asien ab. Darüber hinaus „befasst sich [die GRU, der Verf.] inzwischen nicht nur mit militärspezifischer Aufklärung, sondern versucht auch, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Informationen mit zivilen und militärischen Nutzungsmöglichkeiten zu beschaffen“.¹⁶¹ Dies unterstreicht noch einmal deutlich die russische Doktrin für die nachrichtendienstliche Aufklärung, wonach die Wirtschaftsspionage einen nicht unerheblichen Schwerpunkt bildet. Erstaunlich ist jedoch, dass dieser Dienst von den strukturellen und personellen Veränderungen innerhalb der russischen Nachrichtendienste weitestgehend verschont blieb.¹⁶²

¹⁵⁸ Ebenda

¹⁵⁹ BfV, Verfassungsschutzbericht, 1995, S. 249

¹⁶⁰ Vgl. Ebenda

¹⁶¹ Vgl. Ebenda

¹⁶² Vgl. LfV, Baden-Württemberg, Wirtschaftsspionage, S. 27

„Das Informationsinteresse der GRU konzentriert sich mehr auf die Bereiche Luft- und Raumfahrttechnik sowie den biologischen und medizinischen Sektor – letzteres im Hinblick auf eine mögliche militärische Bedeutung. Neben fachspezifischer Literatur und entsprechendem Informationsmaterial kauften GRU-Angehörige u. a. komplette Laboranalyseeinrichtungen.“¹⁶³ Damit bestätigt sich letztendlich noch einmal die Bedeutung der Aufklärungsaktivität auf dem Feld der Wirtschaft, möglicherweise um langfristig den ökonomischen Anschluss an die Industrieländer zu schaffen.

3.3.2.4 *Federalnoje Agenstwo Prawitelstvennoj Swajsti I Informazij (FAPSI)*

„Die „Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation“ (FAPSI) [...] ist aus den verschiedenen Abhör- und Kommunikationsabteilungen des ehemaligen UdSSR-KGB hervorgegangen und soll u. a. ausländische Fernmeldeverkehre erfassen und entschlüsseln.“¹⁶⁴ Neben den klassischen Aufgaben der Fernmeldeaufklärung übernimmt die FAPSI auch noch die Aufgabe der Sicherung der Kommunikations- und Nachrichtenverbindungen für den Präsidenten, die Regierung, die Sicherheitsdienste usw.¹⁶⁵ Ein weiteres Standbein der FAPSI ist jedoch der russische Inlandsmarkt für Telekommunikation. Hier tritt sie auch als Dienstleistungsunternehmen auf und bietet ihre Dienste auch auf internationalen Fachmessen an.¹⁶⁶ Auf dem internationalen Markt vertreibt sie jedoch überwiegend Datensicherheitssysteme und Verschlüsselungstechnik und eröffnet sich damit „ – neben besten Zukunftsperspektiven in finanzieller Hinsicht – einen idealen Ansatz, sich die verschlüsselte Kommunikation seiner Kundschaft zugänglich zu machen“¹⁶⁷.



¹⁶³Vgl. BfV, Verfassungsschutzbericht, Köln, 1995, S. 253

¹⁶⁴Vgl. BfV, Verfassungsschutzbericht, Köln, 1993, S. 196

¹⁶⁵Vgl. Ebenda

¹⁶⁶Vgl. LfV, Baden-Württemberg, Wirtschaftsspionage, S. 29

¹⁶⁷Vgl. Ebenda

Ferner sollen die russischen Nachrichtendienste per Gesetz dazu ermächtigt sein, die gesamte Internetkommunikation zu überwachen. Dazu sollen die russischen Internetprovider verpflichtet worden sein, alle ihre Server mit dem FSB, dem russischen Inlandsdienst, zu vernetzen. Inwieweit dabei die FAPSI involviert ist, bleibt unklar. Diese Thematik wird im Punkt 3.5.2 noch näher erörtert.

3.3.2.5 *Wirtschaftsspionage durch die Russische Föderation*

Die UdSSR forcierte besonders in Kooperation mit den kommunistischen Satellitenstaaten die Wirtschaftsspionage bzw. die Beschaffung von westlichen Embargogütern, was vor allem im Zusammenhang mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit eindeutig belegbar ist. So war „Westdeutschland [...] das europäische Hauptziel der Operationen der Gruppe X (wissenschaftlich-technische Spionage)“¹⁶⁸ und neben den USA das wichtigste Aufklärungsziel für die russische Wirtschaftsaufklärung.

Aber hat sich mit dem politischen Wandel in Russland auch die Aufklärungsdoktrin im Bereich der Wirtschaftsaufklärung geändert?

Im Jahr 1992 stand dem SWR der spätere russische Außenminister Jewgenij PRIMAKOW vor, der auch nach der Auflösung des omnipotenten KGB die nachrichtendienstliche Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Informationen als ein vorrangiges Anliegen der Auslandsaufklärung ansah, wie er auch öffentlich in einem Interview in der SUNDAY TIMES erklärte¹⁶⁹. Darin erklärte er: „Wir arbeiten nicht mehr gegen jemanden, sondern zur Verteidigung unserer nationalen Interessen. Das ist eine neue Definition“¹⁷⁰. Nicht, dass sich damit das Aufklärungsinteresse im wesentlichen geändert hatte, vielmehr sind die Zielgebiete der nachrichtendienstlichen Aufklärung die USA und die westeuropäischen Staaten geblieben¹⁷¹. Die Wirtschaftsspionage der Russischen Föderation soll die Hinwendung zur

¹⁶⁸Vgl. Andrew / Mitrochin, Das Schwarzbuch des KGB, Moskaus Kampf gegen den Westen, Berlin, 1999, S. 565

¹⁶⁹Vgl. BfV, Verfassungsschutzbericht, Spionageabwehr, Köln, 1992, S. 177

¹⁷⁰Ebenda

¹⁷¹Vgl. BfV, Verfassungsschutzbericht, Spionageabwehr, Köln, 1993, S. 196

Marktwirtschaft erleichtern und die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen: „Mit Beginn der schrittweisen Umgestaltung der alten sowjetischen Wirtschaftsordnung werden in der russischen Föderation in besonderem Maße Informationen für den Aufbau eines modernen Wirtschaftssystems benötigt. Seither lässt sich die politische Führung Russlands auch mit Hilfe der Nachrichtendienste verstärkt über die Funktionsmechanismen des freien Wettbewerbes sowie Regularien in Wirtschaftsabläufen in den westlichen Industrienationen unterrichten.“¹⁷² In diesem Zusammenhang wirft sich jedoch die Frage auf, ob diese Informationen nicht durch entsprechende offizielle Kontakte unter Wirtschaftswissenschaftlern beschafft werden könnten, ohne dabei politische Verstimmungen durch nachrichtendienstliche Aufklärungsaktivitäten fürchten zu müssen. Das Thema Wirtschaftsaufklärung wird in Russland jedoch offensichtlich als prioritär angesehen, denn auch der ehemalige russische Präsident JELZIN zeigte sich überzeugt, dass „die Auslandsaufklärung [...] zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit Russlands einen wichtigen Beitrag leisten“¹⁷³ könne. Solche Äußerungen lassen jedoch Raum für Spekulationen, obgleich die Aussage des russischen Präsidenten eher auf den präventiven Aspekt der nachrichtendienstlichen Aufklärung hinweist.

Durch die Verfassungsschutzbehörden wurde jedoch – vorwiegend in den ersten Jahren nach der politischen Wende in Russland – festgestellt, dass die russischen Nachrichtendienste zunehmend an sog. Joint-Ventures beteiligt sind¹⁷⁴ und damit am Wirtschaftsleben teilnehmen. Des weiteren sind viele russische Nachrichtendienst-Offiziere aus dem Dienst ausgeschieden und haben versucht, „sich in Russland oder in der Bundesrepublik Deutschland in privaten Wirtschaftsunternehmen zu etablieren“¹⁷⁵. Das BfV geht von einem nachrichtendienstlichen Hintergrund für einen Teil der ausgeschiedenen Offiziere aus. Wobei auf der anderen Seite gerade durch die Veränderung der politischen Situation eine Emigration ins Ausland erst da-

¹⁷² Vgl. BfV, Verfassungsschutzbericht, Spionageabwehr, Köln, 1994, S. 211

¹⁷³ Vgl. Ebenda, S. 212

¹⁷⁴ Vgl. Ebenda

¹⁷⁵ Ebenda

durch möglich war und sicherlich auch mit höheren Verdienstmöglichkeiten lockte. Inwieweit auch hier durch die ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter der russischen Nachrichtendienste Fachwissen zum Zwecke der Konkurrenzspionage zur Verfügung gestellt wurde, bleibt unklar.

In den Jahren 1997 und 1999 kam es bei dem Rüstungsunternehmen DaimlerChrysler AEROSPACE (DASA) zu zwei Verhaftungen von Mitarbeitern, die beide für den russischen Auslandsnachrichtendienst SWR Spionage betrieben haben und dafür auch rechtskräftig verurteilt wurden. Im Jahre 1997 wurde ein Mitarbeiter des DASA-Werkes in STADE festgenommen. „Er soll „im Zusammenwirken“ mit einem ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zuerst dem KGB und dann dem SWR „wertvolle Informationen aus der Luft- und Raumfahrttechnik“ geliefert haben“¹⁷⁶, so berichtete die TAZ am 10. August 1999.

Für mehr Aufsehen sorgte jedoch der zweite Fall: Im August 1999 wurde in einem Werk der DASA in Ottobrunn bei München ein Ingenieur, der bei der Lenkflugkörper-Systeme GmbH, einem Tochterunternehmen der DASA, beschäftigt war, unter dem Verdacht der geheimdienstlichen Spionagetätigkeit nach § 99 StGB verhaftet¹⁷⁷. Unter anderem sollen Informationen zu Panzerabwehrsystemen in erheblichem Umfang über einen Mittelsmann an den Russischen Aufklärungsdienst verkauft worden sein. Das Oberlandesgericht Celle verurteilte die beiden beteiligten Personen zu mehrjährigen Haftstrafen und „stellte schweren wirtschaftlichen Schaden und im Bereich Wehrtechnik „Nachteile von einigem Gewicht“ für die Bundesrepublik Deutschland fest“¹⁷⁸. Auch in diesem Fall soll nach einem Bericht der Tageszeitung DIE WELT vom 09.08.1999¹⁷⁹ ehemalige Offiziere des MfS die ersten Hinweise gegeben haben.

¹⁷⁶Vgl. TAZ, Klingelschmitt, Klaus-Peter, Mehr Spione in der Wirtschaft als im Militär, 10.08.1999

¹⁷⁷Vgl. Die Welt, Eurofighter für Russland ausspioniert?, 09.08.1999

¹⁷⁸Vgl. LfV, Bayern, Verfassungsschutzbericht, Spionageabwehr, München, 2000, S. 211

¹⁷⁹Vgl. Die Welt, Eurofighter für Russland ausspioniert?, 09.08.1999

Auch wenn die o. g. Fälle beide im Bereich der Rüstungstechnik aufgedeckt wurden, so ist das nicht mehr rein dem Bereich der präventiven militärischen Aufklärung zuzuordnen, sondern deckt sich auch hier mit Fällen der Wirtschaftsspionage, auch wenn nicht eindeutig zu belegen ist, dass die Informationen zur Implementierung in die eigene Wirtschaft beschafft wurden. Es fällt aber dennoch auf, dass im Rahmen der Entspannungspolitik Russland in vielen Bereichen in die NATO integriert ist und nach europäischem Ermessen keine unmittelbare Bedrohung Russlands durch die NATO-Staaten besteht. Daher liegt nahe, dass die militärischen Erkenntnisse, die die deutschen Agenten an die russischen Nachrichtendienste lieferten, mit dem Ziel beschafft wurden, eigene wirtschaftliche Defizite im militärischen Bereich zu beseitigen. Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang auch noch die Tatsache, dass Russland einer der größten Rüstungsexporteure weltweit ist und besonders Informationen zu militärischem Know-How sehr gut verwenden könnte.

3.3.3 Die Nachrichtendienste Frankreichs

In Frankreich gibt es im wesentlichen drei Nachrichtendienste: Erstens die Direction générale de la sécurité extérieure (DGSE), die mit der „Sammlung nachrichtendienstlicher Daten von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und technologisch/wissenschaftlicher Relevanz“ und der „Erfassung und Auswertung von die Sicherheit Frankreichs betreffenden Informationen“ und mit der „Spionageabwehr [außerhalb des nationalen Hoheitsgebietes, der Verf.]“ beauftragt ist¹⁸⁰. Die DGSE wird gesondert betrachtet, da sie für mögliche Wirtschaftsspionageaktivitäten besonders in Frage kommt.

¹⁸⁰Vgl. EU-Parlament, Bericht über die Existenz eines globalen Abhörsystems für private und wirtschaftliche Kommunikation (Abhörsystem Echelon), Übersicht über die Nachrichtendienste und parlamentarische Kontrollgremien der Mitgliederstaaten und UKUSA-Staaten, Berichterstatter: Gerhard Schmid, 11. 07.2001, S. 174

Zweitens existiert die Direction du renseignement militaire (DRM), die den Streitkräften Frankreichs die zur Auftragserfüllung erforderlichen militärischen Informationen beschaffen soll¹⁸¹.

Drittens existiert in Frankreich ein weiterer ziviler Nachrichtendienst, die Direction de la surveillance du territoire (DST), die für die „Spionageabwehr im französischen Hoheitsgebiet zuständig ist.

3.3.3.1 *Direction général de la sécurité extérieur (DGSE)*



Die DGSE ist der Auslandsnachrichtendienst Frankreichs und hat etwa 4.100 hauptamtliche Mitarbeiter¹⁸². Sie ist dem französischen Verteidigungsministerium untergeordnet und beschafft sowohl militärische als auch andere strategisch wichtige Informationen¹⁸³. Neben der nachrichtendienstlichen Aufklärung mit menschlichen Quellen betreibt die DGSE auch noch Fernmeldeaufklärung und ist ferner zuständig für die Gegenspionage außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes¹⁸⁴. Im wesentlichen ist die DGSE in fünf Direktorate aufgeteilt, die unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Die Aufklärungseinheit, die im englischen Intelligence Directorate genannt wird, soll überwiegend für die HUMINT-Aufklärung zuständig sein und hat ihre Zielrichtung seit den 80er Jahren geändert. So stellte die Federation of American Scientists (FAS) fest: “Traditionally oriented to the military intelligence, this Directorate was relatively weak concerning political, economic and technological intelligence until the beginning of the 1980s”¹⁸⁵. Seit dieser Zeit soll vor allem dem Bereich der Wirtschaftsspionage eine neue Bedeutung zugekommen sein¹⁸⁶.

¹⁸¹Vgl. Ebenda

¹⁸²Vgl. Ebenda

¹⁸³Vgl. Federation of American Scientists, Intelligence, DGSE, Steven Aftergood, <http://www.fas.org/irp/world/france/defense/dgse/>,

¹⁸⁴Ebenda

¹⁸⁵Ebenda

¹⁸⁶Vgl. Ebenda

3.3.3.2 Wirtschaftsspionage durch Frankreich

Gegenüber den französischen Nachrichtendiensten wird wiederholt der Vorwurf der Wirtschaftsspionage erhoben, eine entsprechende Beweislage ist jedoch nur schwer zu erbringen. Es sind auch hier vor allem Indizien zu nennen, die den Vorwurf der Wirtschaftsspionage rechtfertigen könnten: Die CIA soll nach Angaben der Federation of Americas Scientists (FAS) 1993 eine Beschaffungsliste des DGSE erhalten haben, wonach unter anderem Interesse an BOEING und besonders an Lenksystemen der BOEING-Flugzeuge bestand und als Profiteur die europäische AIRBUS-Gruppe in Frage kam¹⁸⁷. Darüber hinaus sollen auch andere große amerikanische Unternehmen als Ziele der französischen Ausforschung genannt worden sein.¹⁸⁸ Eine Verifizierung dieser Vorwürfe ist hier nicht möglich, so konstatiert auch das LfV BW in seinem Verfassungsschutzbericht: „Der Nachweis von Spionagebemühungen westlicher Länder fällt dagegen schwer.“¹⁸⁹. Letztendlich wird damit noch mal zusätzlich die Schwierigkeit herausgehoben, konkrete Nachweise für die Spionagetätigkeit westlicher Länder auf dem Gebiet der Wirtschaft zu erbringen. Voreilige Anschuldigungen könnten das politische Klima auf Jahre hin trüben, was vor allem in einem immer weiter – auch politisch – zusammenwachsenden Europa nicht unproblematisch sein könnte. Dennoch hält auch das Landesamt für Verfassungsschutz BW das Betreiben von Wirtschaftsspionage durch die Franzosen nicht für ausgeschlossen, auch wenn es in diesem Zusammenhang eher vorsichtig formuliert: „Entsprechende Verdächtigungen [das Betreiben von WS, der Verf.] klingen jedenfalls insofern plausibel, als es sich bei den vorrangig als „Profiteur“ in Betracht kommenden Einrichtungen um die in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen mit technologischer Schlüsselstellung handelt. Der Transfer der von staatlich gelenkten Nachrichtendiensten beschafften Informationen zu Staatsunternehmen wäre leicht zu bewerkstelligen.“¹⁹⁰ Diese Aussage des LfV

¹⁸⁷Vgl. Ebenda

¹⁸⁸Vgl. Ebenda

¹⁸⁹LfV, BW, Verfassungsschutzbericht, Spionageabwehr, Stuttgart, 2000, S. 2

¹⁹⁰LfV, BW, Wirtschaftsspionage, S. 45

ist jedoch nur vor dem Hintergrund richtig zu verstehen, dass Frankreichs Wirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf zwei wichtigen Säulen basiert. Erstens wurde nach dem Krieg eine Wirtschaftsplanung durch die staatliche Seite eingeführt und zweitens ist ein Teil der französischen Wirtschaft verstaatlicht.¹⁹¹ Obwohl sich in den letzten Jahren die Tendenz zu einer weiteren Privatisierung durchgesetzt hat, ist wohl nicht von einer Transformation aller Staatsunternehmen in Privatunternehmen auszugehen¹⁹². Dennoch könnte diese enge Verstrickung von Staat und Privatwirtschaft einen Austausch der Wirtschafts-Intelligence zwischen Nachrichtendiensten und der Wirtschaft erheblich erleichtern. Eine effektive Implementierung von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen in die Wirtschaft wird damit denkbar. Ein Nachweis kann letztlich nicht erbracht werden, dass Frankreich im Bereich der Wirtschaftsspionage tätig ist. Aber Ereignisse wie die Versenkung des Greenpeace-Schiffes Rainbow Warrior zeigen doch deutlich auf, dass die Hemmschwelle für politische Inkorrektheiten durch die französischen Nachrichtendienste als eher niedrig anzusiedeln sein dürften. Hinzu kommt noch, dass die französischen Nachrichtendienste bis heute keiner demokratischen Parlamentskontrolle unterliegen¹⁹³, woraus auch eine allgemeine Unkenntnis über die expliziten Aufklärungsziele der Dienste resultiert.

3.4 Bedrohung durch Konkurrenzspionage

Nicht nur für die Nachrichtendienste sind sensitive Informationen aus Wirtschaftsunternehmen von Interesse, auch der Sektor Wirtschaft soll sich an der Beschaffung beteiligen. „Einige Informationserhebungen gehen dabei jedoch über die üblichen betriebswirtschaftlichen Marktanalysen hinaus. Diese sind jedoch nur schwer detektierbar und

¹⁹¹Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Informationen zur politischen Bildung, Frankreich, Nr. 186, Staat und Wirtschaft, Bonn, 1994, S. 19

¹⁹²„So ist in den kommenden Jahren in Frankreich mit einem weiteren Abbau des staatlichen Wirtschaftssektors zu rechnen. [...] Eine Total-Privatisierung ist nicht vorgesehen; auch auf absehbare Zeit wird die französische Wirtschaft umfangreiche staatliche Beteiligungen an Unternehmen aufweisen.“ aus: Ebenda, S. 21

¹⁹³FOCUS: Weber-Lamberdière, Manfred, Besonders große Ohren, 14.04.01, S. 284

lassen sich aufgrund der Tendenz der Unternehmen, über Spionagefälle Stillschweigen zu bewahren, auch nur in den seltensten Fällen nachweisen bzw. aufzeigen. So wird in diesem Zusammenhang immer wieder der Frankfurter Sicherheitsberater Klaus Dieter Matschke zitiert: „Selbst wenn es eindeutige Beweise gibt und wir Täter ermitteln können, verzichten Unternehmen auf eine Strafanzeige.“¹⁹⁴ Daher besteht auch im Bereich der Konkurrenzspionage eine große Dunkelziffer, die eine qualitative Einschätzung der Bedrohungslage aus dem privatwirtschaftlichen Sektor noch zunehmend erschwert. Aber auch das EU-Parlament äußert sich in seinem Bericht zum globalen Abhörssystem Echelon besorgt über die zunehmende Zahl von Firmen, die auf dem Sektor der Konkurrenzspionage tätig sind: „Die Zahl der Firmen, die sich auf das Ausspähen von Daten spezialisiert haben, wächst ständig.“¹⁹⁵ Dabei „werden in der Regel auch legale Methoden eingesetzt“¹⁹⁶; dennoch gibt „es auch Firmen, die sich illegaler Methoden bedienen“¹⁹⁷.

3.4.1 Konkurrenzspionage durch eigene Abteilungen in Unternehmen

Durch das Fortschreiten der Globalisierung und der damit einhergehenden Zunahme des Konkurrenzdrucks sind Unternehmen, die auf dem Weltmarkt bestehen wollen, dazu gezwungen, ihre Marktposition auch weiterhin zu behaupten. So hebt auch der Leiter der Unternehmenssicherheit der DaimlerChrysler AG in seinem Vortrag im Rahmen eines Sicherheitssymposiums noch einmal besonders hervor: „Ein Unternehmen ist nur erfolgreich, wenn es seine Wettbewerber „versteht“ und in deren Bahnen „mitdenkt“. Competitive Intelligence, das Sammeln und Auswerten von Daten über Mitbewerber, ist selbstverständliche unternehmerische Aufgabe“¹⁹⁸ Dabei stellt er jedoch als

¹⁹⁴Vgl. Nathusius, Ingo, Wirtschaftsspionage, S. 14

¹⁹⁵Vgl. EU-Parlament, Bericht über die Existenz eines globalen Abhörsystems für private und wirtschaftliche Kommunikation (Abhörssystem Echelon), Pkt.10.3.2, 11.07.2001, S. 105

¹⁹⁶Ebenda

¹⁹⁷Ebenda

¹⁹⁸Vgl. Britsch, Werner, S. 4-5

obligatorisch heraus, dass „die Beschaffung dieser Informationen legal sein muss“¹⁹⁹. Weiter betont er auch, dass nicht jede Bemühung, wie beispielsweise eine gezielte Gesprächsabschöpfung²⁰⁰, zwangsläufig illegal sei.²⁰¹ Dennoch unterstreicht es die Bedeutung, die der Konkurrenzanalyse aus Sicht der Wirtschaft beigemessen wird, denn sie wird heute als integraler Bestandteil des Marketingkonzepts²⁰² eines Unternehmens betrachtet. So wird auch in einer betriebswirtschaftlichen Studie als oberste Zielsetzung der Konkurrenzanalyse „die Unterstützung bei der Entwicklung, Überprüfung, Anpassung und Weiterentwicklung erfolgreicher Absatzstrategien und –operationen“²⁰³ genannt. Dabei ist allerdings ein Dilemma evident: „Dem Unternehmen stehen bislang nur wenige Analyseinstrumente zur Verfügung, die eine umfassende und detaillierte Analyse und Erklärung des Konkurrenzverhaltens gestattet“²⁰⁴, schließlich können „die in der klassischen Marktforschung gängigen Verfahren der Datenerhebung (Experimente, Befragungen)“²⁰⁵ hierbei nicht genutzt werden. Der Rückschluss auf illegale Forschungsbemühungen der Unternehmen bezüglich der Konkurrenzanalyse ist damit aber noch keineswegs erbracht. Vielmehr bewegt sich damit die Konkurrenzanalyse in sehr eng begrenzten Bahnen²⁰⁶.

Denkbar ist jedoch in jedem Falle, dass einige Unternehmen auch auf dem Wege der illegalen Informationsbeschaffung im Rahmen der Konkurrenzanalyse Daten erheben und entsprechend nutzen. Ein möglicher Informationsvorsprung ist vor allem vor dem Hintergrund einer verschärften Konkurrenzsituation, verursacht durch die globalisierten Märkte, von zunehmender Bedeutung. Allerdings wird da-

¹⁹⁹Ebenda, S. 5

²⁰⁰Unter **Gesprächsabschöpfung** versteht man das gezielte Ausforschen auf dem Wege eines Gespräches, ohne das dabei der wahre Beweggrund gegenüber der abgeschöpften Person erkennbar wird.

²⁰¹Vgl. Britsch, Werner, S. 5

²⁰²Brezski, Eberhard, Konkurrenzforschung im Marketing, Analyse und Prognose, Wiesbaden, 1992, S. 6

²⁰³Brezski, Eberhard, Konkurrenzforschung im Marketing, S. 22-23

²⁰⁴Ebenda, S. 113

²⁰⁵Ebenda

²⁰⁶Ebenda, S. 114

durch nicht postuliert, dass die Unternehmen in ihrer Mehrzahl einer illegalen Informationsbeschaffung im Rahmen der Konkurrenzanalyse nachgehen und damit streng genommen Konkurrenzspionage betreiben. Schließlich steht bei einer aktiven Konkurrenzspionage auch die Reputation des Unternehmens auf dem Spiel. Dennoch besteht vermutlich ein kausaler Zusammenhang zwischen der zunehmenden Konkurrenzsituation und dem Versuch, auf illegalem Wege Konkurrenzinformationen zu erlangen.

3.4.2 Konkurrenzspionage durch spezialisierte Firmen

Nicht nur Großunternehmen bauen Abteilungen zur Marktanalyse auf; auch kleinere und mittlere Unternehmen im Dienstleistungssektor sollen sich an die veränderte Marktsituation angepasst haben und Konkurrenzspionage für ihre Auftraggeber betreiben²⁰⁷. Dabei kommen vor allem Detekteien und Unternehmensberater in Frage²⁰⁸. So soll unter anderem auch die deutsche Zentrale der weltweit tätigen Unternehmensberatergruppe Andersen Consulting eine Business Intelligence Unit aufgebaut haben, die sich mit der Konkurrenzanalyse beschäftigt.²⁰⁹ Inwieweit sich Andersen Consulting jedoch im legalen Bereich bewegt oder welche methodischen Ansätze für die Konkurrenzanalyse angewendet werden, bleibt offen.

Erschwert wird der Nachweis der Konkurrenzspionage durch die Reglementierung durch den Gesetzgeber, der ein solches Verhalten unter Strafe stellt. Damit ist eher unwahrscheinlich, dass beispielsweise ein Consulting-Unternehmen etwaige Vorwürfe selbst verifiziert.

²⁰⁷ Vgl. EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 10.3.2, S. 174

²⁰⁸ „Diese Unternehmen arbeiten häufig sowohl als Sicherheitsberatungsunternehmen als auch als Detekteien, die im Auftrag Informationen beschaffen, aus: EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 10.3.2, S. 174

²⁰⁹ Vgl. Nathusius, Ingo, Wirtschaftsspionage, S. 18

3.4.3 École de Guerre Economique

Im Jahre 1997 wurde in Paris nach Angaben mehrerer Zeitungsartikel von dem ehemaligen Leiter des französischen Auslandsnachrichtendienstes (DGSE), General de Marolles, eine „Hochschule für den Wirtschaftskrieg“ gegründet²¹⁰. Die Absolventen der Schule „sollen Profis in der offensiven, wirtschafts- und unternehmensbezogenen Informationsgewinnung werden. Gerüstet für Angriff und Verteidigung, um im weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu bestehen.“²¹¹ Die Hochschule soll zwei- bis achtmonatige Aufbaustudiengänge mit einem entsprechenden Master-Abschluss anbieten.²¹² Darüber hinaus rekrutiert sich das Lehrpersonal der Hochschule zum Teil aus Mitarbeitern der französischen Nachrichtendienste²¹³. Auch das LfV BW weist auf die Existenz einer solchen Institution hin, schränkt jedoch ein, dass dieses Wissen auf offenen Informationen zurückzuführen sei²¹⁴. Eine genaue Verifizierung über die expliziten Aufgaben dieser Hochschule, ob es sich schwerpunktmäßig um offensive oder eher defensive Lehrinhalte handelt, lässt sich nicht mit absoluter Sicherheit sagen. In dem Artikel des SECUMAC wird vor allem die offensive Zielrichtung hervorgehoben.

Eine Verwendung von Mitarbeitern der französischen Nachrichtendienste als Dozenten an dieser Hochschule indiziert aber doch eine vorhandene Expertise der französischen Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Wirtschaftsaufklärung.

²¹⁰Vgl. DIE WOCHE, Spenneberg, Lutz, Wenn die Sexfalle zuschnappt, 13.08.99 **und** SECUMAG (Das Magazin für Personen-, Sach- und Informationsschutz), Michel, P., Die Schule für den Wirtschaftskrieg, 07/08 2001, S. 20-24

²¹¹SECUMAG (Das Magazin für Personen-, Sach- und Informationsschutz), Michel, P., Die Schule für den Wirtschaftskrieg, 07/08 2001, S. 21

²¹²Ebenda, S. 23

²¹³Ebenda, S. 24

²¹⁴Vgl. LfV, Baden-Württemberg, Wirtschaftsspionage – Die gewerbliche Wirtschaft im Visier fremder Nachrichtendienste, Stuttgart, 1998, S. 45

3.5 Der große Lauschangriff

Obwohl die Thematik Echelon immer wieder in den Medien erscheint, darf nicht vergessen werden, dass auch andere Nationen eigene Abhörsysteme unterhalten. So geht Duncan Campbell in seinem Bericht „Inside Echelon“ von der Existenz mehrerer globaler Abhörsysteme aus, auch wenn dabei das Echelon-System das größte seiner Art ist: „Obgleich das größte Überwachungsnetzwerk von der US-amerikanischen NSA betrieben wird, ist es bei weitem nicht das einzige. Russland, China, Frankreich und andere Nationen unterhalten weltweite Netzwerke. Mehrere dutzend fortschrittliche Nationen betreiben elektronische Fernmeldeaufklärung als Hauptquelle ihrer Aufklärung. Sogar kleine europäische Nationen wie Dänemark, die Niederlande oder die Schweiz haben kürzlich kleine, Echelon-ähnliche Stationen errichtet, um Aufklärungsmaterial durch das Abhören ziviler Satellitenkommunikation zu erhalten und zu verarbeiten.“²¹⁵ Damit wird eines deutlich: Es bestehen mehrere nachrichtendienstliche Abhörnetzwerke, die vermutlich auf verschiedenen Techniken basieren, aber dennoch nicht unerhebliche Teile der weltweiten Kommunikation abhören können.

Im Zusammenhang mit dem Echelon-System wird jedoch mittlerweile auch in Europa diskutiert, inwieweit ein solches System nicht gegen die durch die UN vereinbarten Menschenrechte verstößt.

3.5.1 ECHELON

„*Echelon* (militärisches Englisch: Staffelung) ist ein System, das von der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) benutzt wird, um internationale Kommunikation abzuhören und zu verarbeiten, die über Kommunikations-Satelliten geleitet wird. Es ist Teil eines globalen Überwachungssystems, das bereits über 50 Jahre alt ist.“²¹⁶ Campbell weist weiter darauf hin, dass das Echelon-System nur ein

²¹⁵Campbell, Duncan, Inside Echelon – Zur Geschichte, Technik und Funktion des unter dem Namen Echelon bekannten Abhör- und Filtersystems, www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/6928/1.html, 25.07.2000

²¹⁶Ebenda

integraler Bestandteil eines vielschichtigen globalen Anhörsystems ist. Mit Hilfe des Echelon-Netzwerkes wird dabei im wesentlichen die Satellitenkommunikation abgehört²¹⁷ (siehe auch Anlage 2), die aus Kosten- und Kapazitätsgründen bei der weltweiten Kommunikation nicht unbedingt immer im Vordergrund stehen muss.

Am 11. Juli 2001 wurde der Bericht des Unterausschusses des Parlaments der Europäischen Union über die Existenz des globalen Abhörsystems beschlossen. Anhand von Indizien belegt das EU-Parlament die Existenz, aber auch die Funktionsweise des o. g. Systems. Dazu wurden Experten aus allen Mitgliedsländern der Europäischen Union und der an dem System mutmaßlich beteiligten Länder vorgeladen, um als Sachverständige auszusagen.

3.5.1.1 *Entstehungsgeschichte*

Das Echelon-Netzwerk „basiert auf der "UKUSA-Vereinbarung" von 1947, die britische und US-amerikanische Systeme, Personal und Stationen vereinte“²¹⁸. Damit wurde die Tradition der Kooperation zwischen den USA und Großbritannien während des 2. Weltkrieges im Bereich der SIGINT-Aufklärung weitergeführt und vertieft. Darüber hinaus „schlossen sich die Netzwerke der drei britischen Commonwealth-Länder Kanada, Australien und Neuseeland“²¹⁹ dem UKUSA-Abkommen an. „Später unterzeichneten andere Länder, darunter Norwegen, Dänemark, Deutschland und die Türkei geheime Abhörabkommen mit den USA und wurden so zu Drittländer-Beteiligten im UKUSA-Netzwerk.“²²⁰ Die Existenz dieses UKUSA-Abkommen wurde erst Ende der 90er Jahre sukzessive von den Mitgliederstaaten bestätigt und gilt damit anhand von Indizien für den Unterausschuss des EU-Parlaments als bewiesen. Der genaue Wortlaut der UKUSA-Vereinbarung ist jedoch bis heute nicht bekannt. Daher werden an-

²¹⁷Nach Angaben von Hager [Aussage als Sachverständiger] bildet dabei das Abhören von Satellitenkommunikation den Kernpunkt des heutigen Systems.“ aus: EU-Parlament, Bericht-Echelon, Pkt. 5.6.1, S. 70

²¹⁸Campbell, Duncan, Inside Echelon

²¹⁹Ebenda

²²⁰Ebenda

hand von offiziellen und inoffiziellen Aussagen durch ehemalige hauptamtliche Nachrichtendienstmitarbeiter Rückschlüsse auf die Existenz dieses Abkommens gezogen. Die fünf Kernstaaten des UKUSA-Abkommens gelten als gesichert. Inwieweit die von Campbell zitierten Drittstaaten an diesem System partizipieren bzw. welche Art von Kooperation besteht, bleibt allerdings auch mit dem EU-Bericht weiter unklar. Mit der Veränderung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik hat sich auch die eingesetzte Überwachungstechnik geändert und ist quasi mitgewachsen. So wurde eine Parallelität der INTELSAT²²¹-Entwicklung mit dem Bau von Bodenstationen der UKUSA-Staaten festgestellt, die unter anderem Merkmale für eine Überwachung der Satellitenkommunikation aufweisen, ohne jedoch selbst in die INTELSAT-Systeme als Down-Link-Station²²² eingebunden zu sein²²³.

3.5.1.2 Voraussetzungen für ein globales Satellitenabhörsystem

Um die weltweite Kommunikation abhören zu können, sind nach dem EU-Bericht zwei Faktoren maßgeblich: Zum einen unterliegt man der begrenzten Zugänglichkeit zum Träger der Kommunikation und zum anderen besteht das Problem der Filterung der interessanten Informationen aus der Fülle der stattfindenden Kommunikation.²²⁴

3.5.1.2.1 Zugang zu den Trägern der Kommunikation

Der begrenzte Zugang zu den Trägern der Kommunikation bereitet Nachrichtendiensten insoweit Schwierigkeiten, als dass es unterschiedliche Arten der Kommunikation, wie etwa kabelgebundene, funkgebundene und über geostationäre Satelliten geführte Kommuni-

²²¹ **INTELSAT** (International Telecommunication Satellite Organisation) wurde 1964 als eine Behörde gegründet mit einer Organisationsstruktur ähnlich der UN und dem Geschäftszweck, internationale Kommunikation zu betreiben. 2001 wurde sie privatisiert. Aus: EU-Parlament, Pkt.

²²² **Down-Link-Stationen** haben die Aufgabe, die Kommunikation zwischen Telekommunikationssatelliten und dem Telekommunikationsfestnetz zu gewährleisten.

²²³ Vgl. EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 5.3.2.1, S. 54

²²⁴ Ebenda, Pkt. 3.3, S. 33

kation gibt und für die unterschiedlichen Übertragungsformen auch verschiedenartige Abhörtechniken benutzt werden müssen. So unterscheiden sich beispielsweise Antennen zur Richtfunküberwachung in ihrer Bauart erheblich von den Antennen, die den Datenverkehr aus der Satellitenkommunikation überwachen sollen. Auch in punkto Reichweite sind die Übertragungsarten differenziert zu betrachten. Betrachtet man die kabelgebundene Kommunikation im Bereich Telefon- und Faxverkehre in Europa so stellt man fest, dass „die Inlandskommunikation meist im inländischen Netz gehalten“²²⁵ wird. Sie kann nur abgehört werden, wenn ein Zugang zu den Kabelverbindungen besteht; das gilt auch für interkontinentale Glasfaserverbindungen, die zumeist über Unterwasserkabel hergestellt sind²²⁶. Um diese abhören zu können, ist ein physischer Zugang nötig, der jeweils an den Punkten den Endpunkten der Unterwasserkabel existiert; damit kann die gesamte Kommunikation abgehört werden, die über dieses Kabel geleitet wird.²²⁷

Was die Datenübertragung via Internet anbelangt, die differenziert zum Telefon- und Faxverkehr betrachtet werden muss, so kommt das EU-Parlament zu dem Schluss, dass auch die innereuropäische Kommunikation „nur zu einem geringen Teil über die USA abgewickelt wird“²²⁸; diese verläuft aber überwiegend über London, und damit über Großbritannien, was zu den Gründerstaaten des UKUSA-Abkommens zählt. Die innerdeutsche Internetkommunikation jedoch soll zu 95% über den Switch in Frankfurt geleitet werden und verlässt das deutsche Territorium damit nicht.²²⁹

Bei der funkgebundenen Kommunikation ist die Reichweite der Funkwellen abhängig von der Wellenlänge und der Art der elektromagnetischen Wellen, die sich einmal längs der Erdoberfläche (Bodenwellen) oder in Richtung Weltraum (Raumwellen) ausbreiten.

²²⁵ Ebenda, Pkt. 3.3.1.1, S. 34

²²⁶ Ebenda, Pkt. 3.3.1.1, S. 33

²²⁷ Ebenda, Pkt. 3.3.1.1, S. 34

²²⁸ Ebenda, Pkt. 3.3.1.1, S. 35

²²⁹ Ebenda

Damit sind auch unterschiedliche Überwachungstechniken notwendig, um die unterschiedlichen Funkwellen abzufangen.²³⁰ Dabei kommt das EU-Parlament zu dem Schluss, dass „die UKUSA-Staaten mit terrestrischen Abhörstationen²³¹ nur auf einen geringen Teil der Funkkommunikation Zugriff haben“²³².

Die satellitengestützte Kommunikation wird überwiegend mit geostationären Satelliten betrieben, die „parallel zum Äquator in einer kreisrunden Umlaufbahn in 24 Stunden einmal die Erde umkreisen“, damit folgen sie „exakt der Erdumdrehung“²³³ und werden damit als geostationäre Satelliten bezeichnet. Sie befinden sich in etwa 36.000 km Höhe und ihre Ausleuchtzone kann sich – je nach Bündelung der Mikrowellen – auf bis zu 50 % der Erdoberfläche erstrecken.²³⁴ Erhöht man allerdings die Frequenzbündelung, so verkleinert sich die jeweilige Ausleuchtungszone bis hin zu regionalen Ausleuchtzonen. Mit drei INTELSAT-Satelliten gelang es 1967 bzw. 1968 eine globale Abdeckung zu erreichen, die jedoch aufgrund ihrer geringen Bündelung nur eine sehr begrenzte Leistungsfähigkeit besaß. Mit terrestrischen Bodenstationen in den einzelnen Ausleuchtzonen ist es daher möglich, mit entsprechenden Antennen, die gesamten Satellitenkommunikation innerhalb einer Ausleuchtzone zu überwachen. Das EU-Parlament benannte etwa 20 Abhörstationen der UKUSA-Staaten, die die Anforderungen für das Abhören von Satellitenkommunikation nach entsprechenden Indizien erfüllen würden bzw. deren Aufgaben nicht eindeutig geklärt werden konnten. Schließlich gibt es keinen Punkt auf der Erde, „von dem aus sich alle Satellitenverkehre weltweit erfassen lassen“²³⁵. Hinzu kommt noch die immense Vielzahl unterschiedlicher Systeme und die hohe Zahl der genutzten Satelliten: „Weltweit betreiben etwa 120 private Gesellschaften ca. 1200 Satelliten“²³⁶. Dennoch darf bei der Thematik ECHELON nicht ver-

²³⁰Ebenda. Pkt. 3.3.1.2, S. 36

²³¹**Terrestrische Abhörstationen** sind Stationen, die von der Erdoberfläche aus Funkwellen abhören.

²³²Vgl. EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 3.3.1.2, 11.07.2001, S. 36

²³³Ebenda Pkt. 4.2.1, 11.07.2001, S. 41

²³⁴Ebenda, Pkt. 4.2.5, S. 47

²³⁵Ebenda, Pkt. 5.1.2, S. 51

²³⁶Ebenda, Pkt. 4.2.3, S. 42

gessen werden: Es hat „der Anteil der Satellitenverkehre an der internationalen Kommunikation in den vergangenen Jahren in Mitteleuropa stark abgenommen; er liegt zwischen 0,4 und 5%“. ²³⁷ Vermutlich liegt dies auch darin begründet, dass die Kapazität eines Glasfaserkabels um den Faktor 128 die Kapazität der Satellitenkommunikation übertrifft. ²³⁸ Sollten die UKUSA-Staaten „in den notwendigen Regionen der Erde Abhörstationen betreiben, können sie im Prinzip den gesamten über solche Satelliten laufenden Telefon-, Fax- und Datenverkehr abhören“ ²³⁹. Grenzen sind dem jedoch durch die nicht unbeschränkte Auswertekapazität gegeben.

In wieweit beispielsweise Spionagesatelliten in das Echelon-System integriert sind, ist weiter fraglich. Zu deren technischen Möglichkeiten im Rahmen der Aufklärung der erdgebundenen Funkkommunikation stellt das EU-Parlament fest: „Funkwellen strahlen, solange sie nicht mit entsprechenden Antennen gebündelt werden, in alle Richtungen, also auch in den Weltraum. Niedrig umlaufende Signal Intelligence Satelliten können die aufzuklärenden Sender jeweils nur wenige Minuten erfassen. In dicht besiedelten, hoch industrialisierten Gebieten wird das Abhören durch die hohe Dichte von Sendern gleicher Frequenz so erschwert, dass einzelne Signale kaum herausgefiltert werden könnten“ ²⁴⁰ und schließt daraus, dass diese Satelliten nicht für die kontinuierliche Überwachung ziviler Kommunikation geeignet sind. ²⁴¹

Ein Umstand, der sich jedoch in den nächsten Jahren mit modifizierter Technik verändern könnte.

3.5.1.2.2 Filterung und Auswertung des Informationsaufkommens

Der zweite wichtige Faktor ist die Möglichkeit, die aufkommenden Datenmengen zu filtern und auszuwerten. Ein globales Abhörsystem muss aus der Informationsflut die Informationen herausfiltern können,

²³⁷ Ebenda, Pkt. 4.1, S. 40

²³⁸ Ebenda

²³⁹ Ebenda, Pkt. 3.3.1.3, S. 36

²⁴⁰ Vgl. EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 3.3.1.5, 11.07.2001, S. 37

²⁴¹ Ebenda

die je nach Auftragslage für den Endabnehmer von Interesse sind. Denn eine Auswertung des gesamten Datenaufkommens ist auch mit modernster Filtertechnik nicht möglich.²⁴² Darüber hinaus geht der EU-Bericht weiter davon aus, dass die technischen Möglichkeiten der automatischen Spracherkennung noch sehr begrenzt sind und sich schon daraus gewisse Grenzen des Abhörens der globalen Satellitenverkehre ergeben.²⁴³ Auch Campbell widerlegt die Anschuldigungen an die UKUSA-Staaten, sie würden die gesamte Kommunikation in Europa abhören: „Die ersten Berichte über Echelon in Europa sprachen dem System die Fähigkeit zu, "innerhalb von Europa jede E-Mail, Telefon- und Fax-Kommunikation" abzuhören. Dies hat sich als falsch herausgestellt. Weder Echelon noch das elektronische Spionagesystem, von dem es ein Teil ist, sind dazu in der Lage. Man geht davon aus, dass es derzeit kein technisches Equipment gibt, das die Kapazität hätte, um den Inhalt jeder Sprachnachricht oder jedes Telefonanrufs zu verarbeiten und zu erkennen. Aber das von den Amerikanern und Briten betriebene Netzwerk hat gemeinsam mit seinen Schwesternstationen Zugang zu den meisten Kommunikationssatelliten der Welt, kann die Informationen verarbeiten, automatisch analysieren und seinen Kunden, die sich möglicherweise auf anderen Kontinenten aufhalten, zur Verfügung stellen.“²⁴⁴

3.5.1.3 *Nutzung des Echelon-Systems zum Zwecke der Wirtschaftsspionage*

Der deutsche Berichterstatter des Echelon-Ausschusses des EU-Parlaments, Gerhard Schmidt, äußerte sich in einem Zeitungsinterview auf die Frage, ob seiner Meinung nach ein globales Abhörsystem existiere: „Ich bin nicht der Meinung, ich weiß es: Wir können es im Sinne eines Indizienbeweises mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit beweisen. Jeder Richter würde dies in einem Strafprozess anerkennen.“²⁴⁵ Dennoch gibt es „keinen einzigen belegten Fall, es gibt

²⁴² Ebenda, Pkt. 3.3.2, S. 37

²⁴³ Ebenda, Pkt. 3.3.3, S. 38

²⁴⁴ Vgl. Campbell, Duncan, Inside Echelon

²⁴⁵ Mannheimer Morgen, Interview mit Gerhard Schmidt, 31.05.2001

die Aussagen des ehemaligen CIA-Direktors, dass sie im Detail spionieren, wenn es um die Abwehr von Korruption und Bestechung geht. Aber er sagt, wir geben diese Informationen den eigenen Firmen nicht, das kann man glauben oder nicht.“²⁴⁶ Die USA dementierten nach einer Meldung der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) den Vorwurf, sie würden mit dem Echelon-System Wirtschaftsspionage betreiben, und stellten die Vorwürfe als schlichtweg falsch dar.²⁴⁷ Das EU-Parlament kommt bezüglich der Anschuldigungen, das Echelon-System zum Zwecke der Wirtschaftsspionage zu nutzen, zu dem Schluss, dass sich mit der strategischen Kontrolle internationaler Fernmeldeverkehre für die Konkurrenzspionage [i. S. v. Wirtschaftsspionage] bedeutsame Informationen nur als Zufallsprodukte gewinnen ließen. Viel bedeutsamer seien dabei die Versuche, mit Hilfe von menschlichen Quellen oder über den Einbruch in interne Computernetzwerke Informationen zu gewinnen.²⁴⁸ Diese Ansicht teilt zudem aber auch Harald Woll, Leiter Spionageabwehr des LfV Baden-Württemberg: „Gerade im wirtschaftlichen Bereich sind es nach wie vor menschliche Quellen, die einen großen Stellenwert haben, vor allem deshalb, weil sie in der Lage sind, Informationen zu bewerten und nicht nur eine Formel zu beschaffen, wie es vielleicht auf technischem Wege möglich ist“²⁴⁹. Ferner lassen sich die Aktivitäten der USA auf dem Gebiet der Wirtschaftsspionage nicht eindeutig belegen. Zumal die SIGINT-Aufklärung auch dem bereits angesprochenen Problem unterliegt, ihre Erkenntnisse nur selten verifizieren oder gar kausale Zusammenhänge aus diesem puzzleartigen Material ableiten zu können. Darüber hinaus ist ein Szenario, wonach das NSA mit Hilfe eines globalen Abhörsystems jegliche digitale Kommunikation abhören könne, als unrealistisch einzuschätzen²⁵⁰.

²⁴⁶ Ebenda

²⁴⁷ Vgl. Neue Zürcher Zeitung: Washington weist den Spionagevorwurf zurück, 07.07.00

²⁴⁸ Vgl. EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 10.6, S. 106-107

²⁴⁹ Interview mit Harald Woll, Landesamt für Verfassungsschutz, BW, Stuttgart, 18.12.01

²⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Totale Kontrolle durch Amerikaner unmöglich, 08.05.01

3.5.2 Russische Überwachung der Internetkommunikation/SORM

Nach einem Bericht des Heise Verlages (u. a. Herausgeber der Computerfachzeitschrift CT), bezüglich eines Artikels aus der Moscow Times vom 07.12.1999, befand sich ein russisches Abhörungssystem für das Internet gerade in der Realisierungsphase, das dem russischen Nachrichtendiensten die Möglichkeit geben soll, die Internetkommunikation zu überwachen.²⁵¹ Aufgrund eines Regierungsbeschlusses aus dem Jahre 1995 soll den Sicherheitsbehörden das Recht eingeräumt worden sein, unter Vorlage einer richterlichen Genehmigung alle Telekommunikationssysteme abhören zu können.²⁵² Im Jahre 1998 soll beschlossen worden sein, dass alle Internetprovider dazu verpflichtet seien, ihre Computersysteme auf eigene Kosten mit denen des FSB zu verbinden, um die gesamte Internetkommunikation (zumindest in Russland) überwachen zu können.²⁵³

Sollte dieses System tatsächlich realisiert worden sein, so ist keine Internetkommunikation, besonders im wirtschaftlichen Bereich, als sicher einzustufen. Es gibt leider keine weitere Verifizierung für die Existenz dieses Systems, dennoch sollte schon aufgrund solcher Meldungen die Internetkommunikation durch Nutzung von kryptologischer Software geschützt werden.

3.6 Der kleine Lauschangriff

Durch die fortschreitende Entwicklung von modernen Kommunikationstechnologien spielen große räumliche Distanzen, beispielweise zwischen dem Mutterkonzern und seinen ausländischen Dependancen, keine Rolle mehr. Die modernen Kommunikationsmittel helfen vielmehr, im Wirtschaftsleben global zu agieren. Moderne Kommunikationstechnik macht es vor allem im Bereich der Informationstechnologie möglich, mit Hilfe von Computernetzwerken mit den Kunden online verbunden zu sein, um beispielsweise auf Nachfrage-

²⁵¹Rötzer, Florian, Das russische Lauschsystem für das Internet wird eingerichtet, 09.12.1999, www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/5571/1.html,

²⁵²Ebenda

²⁵³Ebenda

schwankungen flexibel reagieren zu können. Darüber hinaus können Mitarbeiter mit mobilen Kommunikationsmitteln weltweit und jederzeit auf Datenbanken ihres Unternehmens zugreifen. Daraus ergibt sich eine Erweiterung der wirtschaftlichen Handlungsspielräume. Um in dieser globalisierten Wirtschaft auch weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben, ist es für alle Firmen unumgänglich, Medien wie das Internet, Mobiltelefone, Faxgeräte, tragbare Computer u. ä. für ihre interne und externe Kommunikation zu nutzen.

Allerdings ist durch die zunehmende Digitalisierung der Kommunikationssysteme eine nachrichtendienstliche Überwachung der Unternehmen mit technischen Mitteln immer einfacher geworden, sofern nicht für hinreichende Schutzmaßnahmen gesorgt wurde. Ferner ergibt sich aber auch für Nachrichtendienste und Träger der Konkurrenzspionage die Möglichkeit, mit einer kombinierten Aufklärung auf ganz bestimmte Informationen zuzugreifen. Gelingt es beispielsweise einem Nachrichtendienst in ein firmeninternes Computersystem einzudringen, so kann auf nahezu alle firmeninterne Informationen Zugriff genommen werden. Der Facettenreichtum dieser Ansatzpunkte für die nachrichtendienstliche Aufklärung ist jedoch so enorm, dass eine detaillierte Analyse hier unterbleiben muss.

Die Methoden, die zur technischen Aufklärung genutzt werden, sind u. a. :

- Diebstahl von Datenträgern
- Zugriff auf Daten
- Abhören des Telefons
- Abhören öffentlicher Informationsdienste
- Abhören kompromittierender Strahlung
- Abhören mit Minisendern
- Abhören mit Laserstrahl²⁵⁴

Um jedoch die Bedrohungssituation zu konkretisieren, sind in der Anlage 2 dieser Arbeit die Möglichkeiten des illegalen Abhörens grafisch dargestellt. Das Abfangen der kompromittierenden Strahlung aller e-

²⁵⁴ Vgl. Hummel, Wirtschaftsspionage auf dem Datenhighway, S. 58

elektronischen Kommunikationsmittel ist mit relativ geringem Aufwand möglich und die Inhalte der Daten einfach auszuwerten (siehe Anlage 3 dieser Arbeit).

Die Technik zur Überwachung einer Firma respektive ihrer Kommunikationswege ist nicht mit besonders hohen Kosten verbunden. Nachfolgend werden die Kosten und Voraussetzungen der Abhörmethoden kurz aufgeführt, die zeigen, dass es keines immensen Aufwandes bedarf, um effektives Abhören zu betreiben.

Tabelle 2: Kosten und Voraussetzungen der Abhörmethoden²⁵⁵

Übertragungstechnik	Abhörmethode	Entdeckungswahrscheinlichkeit	Vorkenntnisse	Kosten der Anschaffung in Euro
Funk	Passive Elektronik	Unwahrscheinlich	1	75,-
Kabel	Anzapfen privat	Vorhanden	2	25,-
Kabel	Anzapfen Bereich Telekom	Vorhanden, höher	2-3	425,-
Kabel	Anzapfen übriger Bereich	Niedrig bis unwahrscheinlich	3	425,-
Lichtwellenleiter	Anzapfen	Vorhanden, hoch	3	850,-
Richtfunk	Passive Elektronik	Unwahrscheinlich	3	2.500,-
Satellit	Passive Elektronik	Unwahrscheinlich	3-4	6.750,-

Vorkenntnisse: 1 = keine, 2 = Grundschule, Leitungsverlegung, 3 = elektronisches Wissen, 4 = Elektroingenieur mit geringem Computerwissen

²⁵⁵ aus: Hummel, Wirtschaftsspionage auf dem Datenhighway, S.66

4 Ökonomische Konsequenzen

Für den ökonomischen Schaden, der aufgrund von Wirtschafts- und Konkurrenzspionage entsteht, gibt es keine verlässlichen Zahlen. Eine Vielzahl an Variablen macht eine solide Berechnung nahezu unmöglich. Diverse Publikationen lassen viele Faktoren außer acht und basieren zumeist auf Hochrechnungen einzelner Spionagefälle. Ähnlich resümiert auch das EU-Parlament: „Aufgrund der hohen Dunkelziffer lässt sich das Ausmaß des Schadens durch Konkurrenz-/Wirtschaftsspionage nicht exakt beziffern“²⁵⁶ Des weiteren erschweren Eigeninteressen von Firmen aus der Sicherheitsbranche noch zusätzlich eine objektive Zahlenermittlung, denn gerade diese haben „ein verständliches Interesse, den Schaden am oberen Ende der realistisch möglichen Skala anzusiedeln“²⁵⁷. Schließlich ergibt sich eine Kausalität aus der Bedrohungssituation der Unternehmen und der ökonomischen Situation der Sicherheitsunternehmen.

Durch die Wirtschaftsspionage entstehen nicht nur Einbußen im Bereich der Forschung und Entwicklung, durch sie kann sogar die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens negativ beeinflusst werden. Ein Profiteur der Wirtschaftsspionage muss die zumeist immensen Forschungs- und Entwicklungskosten nicht tragen und kann allein durch derartige Einsparungen ein Produkt wesentlich günstiger auf dem Markt anbieten. Wenn bei dem mit nachrichtendienstlicher Hilfe entstandenen Konkurrenzprodukt die qualitativen Unterschiede beseitigt werden können, so wäre dieses „gestohlene“ Produkt durchaus wettbewerbsfähig und könnte sogar eine marktbeherrschende Stellung einnehmen. Damit entstehen für die innovativen Unternehmen, die hohe Investitionskosten im Forschungsbereich tragen müssen, Wettbewerbsnachteile, die langfristig gesehen nicht nur zu Umsatz- und Gewinnrückgängen führen können, sondern auch existenzbedrohende Ausmaße annehmen. Davon wären letztendlich auch

²⁵⁶ Vgl. EU-Parlament, Echelon-Bericht, Pkt. 10.2, 11.07.2001, S. 103

²⁵⁷ Ebenda

deutsche Unternehmen betroffen, die durch zusätzliche Stellenreduzierungen zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktsituation beitragen könnten.

Allerdings betrifft eine solche Entwicklung global betrachtet nicht nur einzelne Wirtschaftsunternehmen, sondern kann langfristig zu einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation eines Staates führen. So gehen „die Auswirkungen der Wirtschaftsspionage [...] weit über die wirtschaftlichen Interessen einzelner Unternehmen hinaus“²⁵⁸. Demnach kann durch „die Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit, der Verringerung des Wirtschaftswachstums, durch Arbeitsplatzverluste, Steuerausfälle und weitere soziale Folgekosten“²⁵⁹ die gesamte Volkswirtschaft in eine negative ökonomische Situation geraten. Dies kann besonders hinsichtlich der strukturellen Veränderungen, die durch die immer weiter fortschreitende Globalisierung entstehen, zu einer sukzessive abnehmenden globalen Wettbewerbsfähigkeit eines Staates führen.

5 Probleme staatlich gelenkter Wirtschaftsspionage

Das Betreiben von Wirtschaftsspionage ist nicht ganz unproblematisch. Es wirft eine Reihe von Problemen für die Staaten auf, die versuchen, mit Hilfe der nachrichtendienstlichen Aufklärung Wettbewerbsvorteile zugunsten ihrer Wirtschaft zu erzielen. In erster Linie ist jedoch zwischen den Staaten mit und ohne Technologiedefizit zu unterscheiden. Im wesentlichen liegt die Unterscheidung auch hier zwischen den Industrienationen im Norden und dem Rest der Welt, auch wenn hierbei noch feinere Differenzierungen vorgenommen werden könnten. In zweiter Linie ist das Betreiben von Wirtschaftsspionage für die westlichen Demokratien erheblich schwerer zu realisieren, als beispielsweise in Ländern ohne eine entsprechende demokratische Tradition. Wichtiger ist jedoch die Unterscheidung nach der Struktur

²⁵⁸Woll, Harald LfV Baden-Württemberg, Wettbewerbsverzerrung durch Wirtschaftsspionage, abgedruckt im Rahmen des Symposiums: Spionageabwehr – ein Beitrag zur Sicherung des Technologiestandortes Baden-Württemberg, Stuttgart, 1999, S. 29

²⁵⁹Ebenda, S. 29-30

der Wirtschaft: Wie hoch ist der Grad der Verstaatlichung der Wirtschaft? Und damit stellt sich aber auch die Frage, inwieweit die planwirtschaftlichen Strukturen in den ehemaligen kommunistischen Staaten weiterexistieren. Das Landesamt für Verfassungsschutz (BW), im Rahmen der Spionageabwehr unter anderem auch zuständig für den Schutz der Wirtschaft, differenziert hier nur hinsichtlich des technologischen Entwicklungsstandes eines Landes. Besteht kein Technologierückstand, wird dieser Staat in erster Linie versuchen, Strategien und politische Vorgehensweisen anderer Staaten auszukundschaften zum Zwecke einer Verbesserung der Positionierung auf dem Weltmarkt²⁶⁰. Während es bei Staaten mit einem Technologierückstand in erster Linie um Know-how und Produktanalyse und Nutzung der Erkenntnisse geht.²⁶¹

Aus diesen Gründen lassen sich die Probleme der Wirtschaftsspionage nur selten verallgemeinern; sie müssen differenziert betrachtet werden, was nicht immer gewährleistet werden kann.

5.1 Auftragsannahme

Ein nicht unerhebliches Problem für die erfolgreiche Kooperation zwischen Wirtschaft und Nachrichtendiensten ist die Auftragssteuerung durch die Wirtschaft, um eine bedarfsgerechte Aufklärung der Nachrichtendienste zu gewährleisten.

Ein solches Programm zur Unterstützung der Wirtschaft mit nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen zu realisieren, wäre eine große Herausforderung für die US-amerikanischen Nachrichtendienste²⁶² und damit letztendlich auch für die Nachrichtendienste der gesamten westlichen Industrienationen. Hier gilt es unter anderem auch die Frage zu klären, welches Unternehmen welche Information erhalten soll und welches Unternehmen prioritär zu behandeln ist, da si-

²⁶⁰Vgl. Interview mit Hrn. Woll, Landesamt für Verfassungsschutz, BW, Stuttgart, 18.12.01

²⁶¹ ebenda

²⁶² Ford, Randall M., S. 7

cherlich auch in einer so großen Intelligence Community wie in den USA die Kapazitäten für den Bereich Wirtschaftsspionage begrenzt sind²⁶³. Hierzu schlägt Stanfield Turner, der ehemalige Direktor des CIA vor, eine Fall-zu-Fall-Bewertung durch das Wirtschaftsministerium vornehmen zu lassen, was weder für das Wirtschaftsministerium noch für ein anderes Ministerium praktikabel ist.²⁶⁴ Dabei gilt also für die Industriestaaten, dass erst mal dieses Problem der Auftragssteuerung gelöst werden müsste, um eine erfolgreiche nachrichtendienstliche Beschaffung zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit zugunsten der eigenen Unternehmen zu organisieren.

Die Auftragsannahme war zu Zeiten des Kalten Krieges in den kommunistischen Ländern durch eine enge Verstrickung von Nachrichtendienst und staatlich gelenkter Wirtschaft, wie am Beispiel der ehemaligen DDR deutlich wird, nicht ganz so problematisch. So waren „Spitzenleute in Ministerien, Betrieben oder Institutionen der DDR [...] als inoffizielle Mitarbeiter verpflichtet und formulierten gegenüber dem MfS den Beschaffungsbedarf“²⁶⁵. Sollten diese alten Strukturen auch weiterhin funktionsfähig und aktiv sein, wäre eine erfolgreiche Implementierung der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse in den ehemaligen kommunistischen Staaten durchaus denkbar.

Eine Auftragssteuerung könnte aber auch seitens der politischen Entscheidungsträger vorgenommen werden, was im Bereich der Nachrichtendienste der Regel entspricht²⁶⁶. Demnach werden durch die externe Beschaffungssteuerung dem Nachrichtendienst die Aufklärungsinteressen der politischen Führung diktiert. Sie stellen einen Rahmen ähnlich wie die rechtlichen Vorgaben dar, innerhalb der sich ein Nachrichtendienst zu bewegen hat. Dabei werden mögliche Interessenprofile direkt zwischen den Entscheidungsträgern von Wirtschaft und Politik abgesprochen. Aber auch bei dieser Art der Auftragssteuerung könnten nicht die Aufklärungswünsche aller Unternehmen berücksichtigt werden. Das Problem der Selektion der zu

²⁶³ Ford, Randall M., S. 7

²⁶⁴ Ebenda

²⁶⁵ Knabe, Hubertus, Stasi im Westen, S. 433

²⁶⁶ Jakob, Bernd, Geheime Nachrichtendienste und Globalisierung, S. 57-59

bevorzugenden Unternehmen wird jedoch noch eingehend im Punkt 5.2.2 diskutiert.

5.2 Implementierung der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse

Nachdem eine Auftragssteuerung organisiert wurde, müssen die nachrichtendienstlich gewonnenen Erkenntnisse in die eigene Wirtschaft implementiert werden. Doch dabei ergeben sich weitere Probleme, die gelöst werden müssen, um durch die Wirtschaftsspionage der eigenen Nachrichtendienste zu profitieren:

5.2.1 Gefahr eines ungewollten nachrichtendienstlichen Wissensabflusses

Jede Weitergabe von Informationen bedingt die Gefahr eines ungewollten Geheimnisabflusses. Dabei können Mittel und Methoden nachrichtendienstlicher Arbeit gegenüber Dritten bekannt werden, die keinen Einblick in die konspirativen Vorgehensweisen der Nachrichtendienste bedürfen. Noch bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, dass durch den Abfluss von Detailinformationen ein Rückbezug auf die Quelle der Informationen möglich sein kann, was aus nachrichtendienstlicher Sicht inakzeptabel ist. Selbst wenn, wie bei der HVA des MfS (siehe dazu Pkt. 3.2.2.1.4), durch eine zentrale Stelle die Informationen neutralisiert wurden, um eben diese Rückschlüsse zu vermeiden, bleibt ein erheblicher Aufwand für die Nachrichtendienste.

Überaus schwierig ist es in diesem Zusammenhang, einerseits den Schutz von Methoden und nachrichtendienstlichen Quellen zu garantieren, andererseits die Wirtschaft mit sensitiven Informationen versorgen zu wollen. Dabei entstehen erhebliche Interessenkollisionen.²⁶⁷ Schließlich sind die Informationen, die auch für die Wirtschaft von Bedeutung sind, zumeist die, bei denen die Gefahr Methoden

²⁶⁷Ford, Randall M., *Economic Espionage*, S. 10

und Quellen²⁶⁸ offen zu legen am größten ist.²⁶⁹ Diese Ansicht wird vorwiegend aus dem Bereich der Nachrichtendienste vertreten, während es in der Wirtschaft oft am Verständnis für die Konspiration der Dienste fehlt. Vor allem bei der nachrichtendienstlichen Beschaffung durch menschliche Quellen bestehen jedoch besondere Risiken: „If Information supplied by a human agent is compromised, his or her safety and security are jeopardised. In many cases, the agent risk losing their life.“²⁷⁰ Auch wenn diese Ansicht nicht von jedermann geteilt wird, so steht doch fest, dass Nachrichtendienste einen guten Ruf hinsichtlich ihrer Verschwiegenheit vorweisen müssen, um weiterhin Quellen gewinnen zu können.

5.2.2 Auswahl der Endabnehmer

Nachrichtendienste beschäftigen sich mit geheimhaltungsbedürftigen Informationen. Daher liegt es in der Natur der Sache, den Kreis der Endabnehmer so klein wie möglich zu halten. Doch dabei entsteht ein Problem, das letztlich auch schon in Punkt 5.1 angesprochen wurde: Wem soll die nachrichtendienstlich gewonnene und analysierte Information zugute kommen? Besonders brisant wird es, wenn in einer Branche, deren Wettbewerbsfähigkeit durch Wirtschaftsspionage erhöht werden soll, eine starke Konkurrenzsituation innerhalb der eigenen Wirtschaft besteht. Eine Weitergabe an ein bestimmtes Unternehmen müsste dann durch den Staat besonders legitimiert sein, wie es beispielsweise im Bereich der Subventionen der Fall ist, sonst würde der Staat Gefahr laufen, mit Schadenersatzklagen in Millio-nenhöhe konfrontiert zu werden.

²⁶⁸ Als Quellen werden im nachrichtendienstlichen Jargon Personen bezeichnet, die konspirativ mit Nachrichtendiensten kooperieren und auftragsrelevante Informationen liefern sollen.

²⁶⁹ Ford, Randall M., *Economic Espionage*, S. 10

²⁷⁰ Ebenda, S. 11

5.2.3 Problemfall: Multinationale Unternehmen

Multinationale Unternehmen werden hier als ein aus zwei oder mehreren Grossunternehmen unterschiedlicher Nationalität bestehender Zusammenschluss verstanden, die auf dem Wege der Fusion zu einem Konzern verschmelzen. Ein multinationales Unternehmen ist nach dieser Definition beispielsweise der neu entstandene DaimlerChrysler-Konzern. Diese Konzerne stellen für die Staaten, die sich des Mittels der Wirtschaftsspionage bedienen, hinsichtlich der Implementierung der nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen ein Problem dar: Die Wirtschaftsspionage verfolgt per Definition die Aufgabe, der eigene Wirtschaft durch nachrichtendienstliche Information einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Doch was kennzeichnet die eigene Wirtschaft? Es gibt nur wenige Kriterien, um eine praktikable Unterscheidung treffen zu können, wenn sich beispielsweise ein deutsches und ein ausländisches Unternehmen zusammenschließen. Kriterien könnten beispielsweise die Nationalität der Mehrheitseigern eines Unternehmen sein. Diese Unterscheidungsart wird beispielsweise vom US-amerikanischen Wirtschaftsministerium genutzt²⁷¹ und zeigt, dass damit durchaus eine praktikable Differenzierung möglich ist, obgleich dies nicht selten eine diffizile Unterscheidung ist. Auch die Verfassungsschutzämter haben sich im Rahmen ihrer Geheimschutzfunktion mit dieser Frage auseinander zu setzen, sie bevorzugen jedoch die Unterscheidung nach dem Gerichtsstand des multinationalen Unternehmens.²⁷² Es wären aber noch andere Unterscheidungen denkbar.

Nicht selten werden diese Unternehmen länderübergreifend tätig und es ist nicht selten, dass Produktionskomponenten in andere Länder verlagert²⁷³. Damit lässt sich vor allem im Produktionsbereich nicht immer eindeutig zuordnen, in welchem Land die wirtschaftlichen Vorteile der Wirtschaftsspionage ihre Entfaltung finden könnten, da ein

²⁷¹Ford, Randall M., Economic Espionage, S. 8

²⁷²Interview mit Hrn. Woll, Landesamt für Verfassungsschutz, BW, Stuttgart, 18.12.01

²⁷³Vgl. BpB, Inf. politische Bildung, Globalisierung, S. 5

großer Teil der Wirtschaftsleistung im Ausland erbracht wird und dort einen positiven Einfluss auf das Bruttosozialprodukt hat.

Darüber hinaus gibt es eine Tendenz in der Wirtschaft, bei der immer mehr Grossunternehmen dazu übergehen, Allianzen zu schmieden, um in Bereichen wie Forschung und Entwicklung erheblich einzusparen. So sollen sich seit 1993 sechs große Unternehmen unterschiedlicher Nationalitäten zusammengeschlossen haben, um im Bereich der Entwicklung neuer Mobilkommunikationssysteme zu kooperieren²⁷⁴. Werden nachrichtendienstliche Informationen an ein Unternehmen aus dieser Allianz weitergegeben, so würden sie vermutlich auch bei den ausländischen Mitgliedern bekannt. Eine Gefahr, die auch die Reputation einer Nation in Misskredit bringen könnte. Daraus könnten ferner handelspolitische Konflikte entstehen, die die Wirtschaftskraft eines Landes negativ beeinflussen.

5.3 Reputation eines Staates

Bei der Analyse der Funktionalität von Wirtschaftsspionage ist natürlich auch zu berücksichtigen, dass nachrichtendienstliche Aktivitäten immer die Gefahr der Aufdeckung implizieren. Dabei sind in der Regel Verstimmungen auf politischer Ebene zu erwarten, die durchaus negative Auswirkungen auf die politische Einflussosphäre bedingen können. Somit ist das Betreiben von Wirtschaftsspionage besonders hinsichtlich der „political correctness“ fragwürdig: „policies involving economic espionage supported by the government will make enemies of other democracies“²⁷⁵. Des Weiteren konstatiert das Defence Intelligence Journal die besondere Bedeutung der Abwägung hinsichtlich des Betriebens der Wirtschaftsspionage, die als Konsequenz die Verminderung des internationalen Ansehens und die Verschlechterung der politischen Beziehungen zu anderen demokratischen Staaten bedeuten kann²⁷⁶.

²⁷⁴Ford, Randall M., Economic Espionage, S. 8-9

²⁷⁵Ferris/Livingston, Economic Espionage as Neo-Mercantilism, aus: DIJ, Economic Intelligence, Vol. 10, Nr. 2, Summer 2001, S. 25

²⁷⁶Ebenda

Es bleibt offen, ob ein Staat, der Wirtschaftsspionage zur Unterstützung seiner Wirtschaft betreibt, nicht unter den negativen Effekten in einem so starken Maße zu leiden hat, dass sich negative ökonomische Konsequenzen aus diesem Vorgehen ergeben.

5.4 Wirtschaftsspionage als Nullsummenspiel?

Die Arbeit der Nachrichtendienste wird von der politischen Ebene finanziert und gesteuert. Den Kosten der Nachrichtendienste steht zwar in Form von Analysen und Berichten auch ein Produkt gegenüber, dies muss sich jedoch nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien messen lassen. Den Aufwendungen zur Erlangung des nachrichtendienstlichen Endproduktes steht nicht wie in einem Wirtschaftsunternehmen ein entsprechender Ertrag gegenüber, mit dem sich ein Unternehmen finanziert. Die Nachrichtendienste unterliegen im Rahmen der Budgetierung zwar auch einem Zwang, mit den staatlichen Mitteln so sparsam und effizient wie möglich umzugehen, aber betriebswirtschaftlichen Prinzipien unterliegen sie nur selten. So konstatiert eine Analyse zur Wirtschaftlichkeit der US-Nachrichtendienste: „As a general rule, intelligence personnel and their consumers rarely think about intelligence as an economic good or consider the return on their intelligence „investment“²⁷⁷. Schon daher ist es durchaus denkbar, dass nicht immer eine optimale Ressourcennutzung erfolgt und unwirtschaftlich gearbeitet wird. Damit stellt sich die Frage, ob Nachrichtendienste im Bereich der Wirtschaftsspionage überhaupt effektiv eingesetzt werden können und ob die Kosten-Nutzen-Relation gewahrt bleibt. Am Beispiel der HVA im Ministerium für Staatssicherheit ist ersichtlich, dass die Aufklärungsarbeit nicht immer bedarfsgerecht erfolgte. Ferner konnten die Erkenntnisse auch nicht in allen Fällen erfolgreich in die Planwirtschaft der DDR implementiert werden. Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage, welche technische und wissenschaftliche Entwicklungsphase in einem Staat vorliegen muss, um mit den nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen einen wirt-

²⁷⁷ Jensen, Mark, Intelligence: An Economic Good, aus: DIJ, Economic Intelligence, Vol. 10, Nr. 2, Summer 2001, S. 67

schaftlichen Vorteil gegenüber den ausländischen Konkurrenten erzielen zu können. So bleibt es fraglich, ob es einem wissenschaftlich-technisch unterentwickelten Land möglich ist, nachrichtendienstlich gewonnene Informationen erfolgreich in die eigene Wirtschaft oder Forschung zu übernehmen. Harald Woll, der Leiter der Spionageabwehr des LfV Baden-Württemberg hält in diesem Kontext das Beispiel Indiens in der Internettechnologie für überaus aussagekräftig. Indien hat es verstanden, in einer neu entstehenden Technologie Fuß zu fassen. Es betätigt sich mit großem Erfolg im Bereich Softwareentwicklung und hat in diesem Bereich eine Führungsrolle übernommen. Deutsche Unternehmen, darunter auch DaimlerChrysler, lassen große Teile an Ingenieurleistung in Indien erbringen.²⁷⁸

Der Erfolg Indiens liegt mitunter darin begründet, dass es sich bei dem Versuch, den Technologieunterschied zu überwinden, auf einen Wirtschaftssektor konzentrierte und es damit schaffte, das Technologiegefälle zu überwinden.²⁷⁹

Indien ist in diesem Fall paradigmatisch: Auf der einen Seite rangiert es unter den 15 führenden Industrienationen, auf der anderen Seite leben 50% der indischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze und müssen mit weniger als 1,70 DM pro Tag auskommen.²⁸⁰ Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass Indien ohne nachrichtendienstliche Hilfe diesen zweifellos hohen technischen Entwicklungsstand im Bereich des neuen Marktes erreicht hat, so erscheint ein ähnlicher, auf der nachrichtendienstlichen Aufklärungsarbeit gestützter Erfolg als durchaus denkbar. Welcher technisch-wissenschaftliche Entwicklungsstand jedoch erreicht sein muss, um erfolgreich Wirtschaftsspionage zu betreiben, darüber kann keine pauschale Aussa-

²⁷⁸Interview mit Harald Woll, Leiter Spionageabwehr, Landesamt für Verfassungsschutz, 18.12.01

²⁷⁹Vgl. Interview mit Harald. Woll, Landesamt für Verfassungsschutz, BW, Stuttgart, 18.12.01

²⁸⁰Vgl. Harenberg Lexikon, Aktuell 2000, Staaten: Indien, 16. Jhg. Dortmund 1999, S. 594

ge getroffen werden, da in diesem Bereich nur wenige Erkenntnisse vorliegen.

Auch wenn der wirtschaftliche Wettstreit bedingt durch die Globalisierung der Märkte in den letzten Jahren an Intensität zugenommen hat, so betont Ford jedoch sehr deutlich, dass der wirtschaftliche Wettstreit nicht mit Wirtschaftskrieg gleichzusetzen ist²⁸¹. Im ökonomischen Wettbewerb gibt es immer Gewinner und Verlierer. Die globale Wirtschaft ist aber in weiten Teilen so stark miteinander verbunden, dass sich Gewinne und Verluste auch grenzübergreifend auswirken, da unter anderem in der Automobilindustrie die Zuliefererunternehmen global verteilt sind²⁸². So partizipieren auch ausländische Unternehmen von wirtschaftlichen Erfolgen von in Deutschland ansässigen Firmen; so wie sich rezessive ökonomische Entwicklungen auch negativ auf die ausländischen Zuliefererbetriebe auswirken können.

6 Wirtschaftsspionage als Auftrag für den Bundesnachrichtendienst?



Die Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes (BND) liegen in der Beschaffung und Auswertung von Informationen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind.²⁸³ Hierunter die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung zum Zwecke der Wirtschaftsspionage zu subsumieren, ist mehr als bedenklich, auch wenn sich die Aufklärungsprioritäten mit dem Ende des Kalten Krieges zweifellos geändert haben. So kamen mit der politischen Wende neue, überwiegend überregionale Themenschwerpunkte zum Aufklärungsauftrag des BND hinzu. Anlässlich des Dienstantritts des derzeitigen Präsidenten des BND, Dr. August Hanning, betonte Bundeskanzler Schröder die Be-

²⁸¹ Vgl. Ford, Randall M., Economic Espionage, S. 8-9

²⁸² Vgl. Ebenda, S. 6

²⁸³ Vgl. Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BNDG), § 1

deutung der neuen Aufgaben des BND, wie Proliferationsverhinderung, Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Aufklärung von Migrationsbewegungen und der Organisierten Kriminalität²⁸⁴. Die Wirtschaftsspionage war nicht darunter. Paradox wirkt es da geradezu, dass von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einer Pressemitteilung vom August 1999 gefordert wird, die Wirtschaftsspionage als Aufgabe für den BND in das BND-Gesetz aufzunehmen²⁸⁵.

Aus ethischen Gesichtspunkten ist das Betreiben von Wirtschaftsspionage als nicht akzeptabel zu bewerten, auch wenn es an internationalen Regelungen mangelt, die im Wege von Handelsabkommen ein solches Vorgehen eines Staates ächten. Darüber hinaus könnte man annehmen, dass das Betreiben von Wirtschaftsspionage vor allem für Mitglieder des christlichen respektive westlichen Kulturkreises einen Verstoß gegen eigene Wertvorstellungen darstellen könnte. Jedoch findet der ehemalige Direktor des CIA, Stanfield Turner, dies weniger verwerflich: „If economic strenght should now be recognized as a vital component of national security, parallel with military power, why should America be concerned about stealing and employing economic secrets?“²⁸⁶ Allerdings schränkt er diese Ansicht selbst ein, indem er voraussetzt, dass die wirtschaftliche Prosperität als ein Teil der nationalen Sicherheit der USA definiert werden muss, was bis dato nicht unumstritten ist.²⁸⁷

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht in seiner ganzheitlichen Betrachtung des Begriffes äußere Sicherheit explizit auch die wirtschaftliche Prosperität aufgeführt (siehe Pkt. 2.5.2) hat, so gilt dies in erster Linie für präventive Maßnahmen. Damit wäre eine nachrichtendienstliche Aufklärung der Wirtschaftsspionagebemühungen anderer Länder durchaus als Auftrag für den BND denkbar. Dafür sind

²⁸⁴Vgl. BND, Broschüre zur Amtsübergabe, München, 1998, S. 10-14

²⁸⁵Vgl. Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Niedersachsen, Pressemitteilung Nr. 184, 09.08.99; aus: www.nds.gruene.de/lft/themen/wirt_fi/fach0/000086b5.htm

²⁸⁶Ford, Economic Espionage, S. 5

²⁸⁷Vgl. Ebenda

aber in Deutschland in erster Linie die Verfassungsschutzämter zuständig, die im Rahmen ihrer Aufgaben auch die Geheimschutzbetreuung besonders sensibler Wirtschaftsunternehmen übernehmen. Somit ist auch in Zukunft davon auszugehen, dass der Bundesnachrichtendienst keine Wirtschaftsspionage zur Stärkung und Unterstützung der eigenen Wirtschaft betreibt.

7 Schlussbetrachtung

In den strukturellen Veränderungen durch die voranschreitende Globalisierung ist natürlich auch eine Gefahr enthalten: Die ohnehin schon bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Industrienationen im Norden und den Entwicklungsländern im Süden könnten noch größer werden.²⁸⁸ Daher werden sich vor allem Länder, die erst am Anfang einer industriellen Entwicklung stehen, besonders schwer gegenüber der weltweiten Konkurrenz behaupten können. Zu diesen Ländern zählen die Staaten der Dritten Welt und teilweise auch die ehemaligen kommunistischen Staaten.²⁸⁹ Diese Länder könnten auf lange Sicht unter solch starken ökonomischen Druck geraten, dass sie vor dem Mittel der Wirtschaftsspionage zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit nicht zurückschrecken, da auch der soziale Druck auf die Regierungen dieser Länder weiter steigen könnte, wenn sich die sozialen Unterschiede durch die mangelnde globale Konkurrenzfähigkeit weiter erhöhen.

Für die Industrienationen hat sich die Situation ebenfalls grundlegend geändert: Reiche Industrieländer wie Deutschland müssen mit kostengünstigeren und weniger arbeitsrechtlich reglementierten Produktionsstandorten konkurrieren. Dabei wirft sich die Frage auf, ob sich Deutschland auf lange Sicht das hohe soziale Niveau, die arbeitsrechtlichen Regelungen, die ökologischen Schutzmaßnahmen u. a. leisten kann, wenn es im globalen Wettstreit bestehen will²⁹⁰. Nicht

²⁸⁸Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263, Bonn, S. 6

²⁸⁹Ebenda

²⁹⁰Vgl. ebenda, S. 4

nur das produzierende Gewerbe hat mit der veränderten Konkurrenzsituation umzugehen, auch die Forschungs- und Entwicklungsbereiche, die sich einer günstigeren und – wie am Beispiel Indiens – auch konkurrenzfähigen Elite aus anderen Ländern gegenübersehen. Die Vision, dass sich Deutschland und die anderen Industrienationen zu reinen „Denkschmieden“ und Dienstleistungsgesellschaften entwickeln, die ihre produzierende Industrie aus Kostengründen aufgegeben haben, ist eher unwahrscheinlich. Daher wird die globale Konkurrenzsituation auch weiter zunehmen und die Industrienationen weiter unter Druck setzen, den Anschluss an die Weltspitze nicht zu verlieren.

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies ganz konkret, dass sie ihr Know-how vor den Ausforschungsbemühungen anderer Staaten schützen, aber auch ihr Ausbildungsniveau erhalten bzw. verbessern muss, um im Bereich der Zukunftstechnologien auch weiterhin im globalen wirtschaftlichen Wettstreit konkurrenzfähig zu bleiben.

Die strukturellen und politischen Probleme, die entstehen, wenn ein westliches Industrieland mit demokratischen Strukturen versucht, Wirtschaftsspionage zu betreiben, sind erheblich. Obgleich nicht auszuschließen ist, dass nicht auch westliche Nachrichtendienste zielgerichtet Wirtschaftsspionage betreiben. Auch wenn ein Nachweis vor allem für die westlichen Länder kaum zu erbringen ist, so steht doch fest, dass sich die Strukturen ihrer Nachrichtendienste dazu eignen, nachrichtendienstliche Aufklärung der Wirtschaft zu betreiben. Amerika verfügt beispielsweise mit Hilfe von Echelon über ein globales, satellitengestütztes Abhörsystem. Die Existenz dieses Systems darf als gesichert gelten. Jedoch gibt es auch Anzeichen dafür, dass es sich bei Echelon nur um einen Bestandteil eines globalen Abhörsystems handelt, mit dessen Hilfe auch große Teile der leitungsgebundenen Telekommunikation erfasst werden können. Damit sind auch zielgerichtete Lauschangriffe gegen Wirtschaftsunternehmen möglich.

Wie aus den Akten des MfS ersichtlich ist, betrieb die UdSSR ganz gezielt Wirtschaftsspionage. Die Russische Föderation, als legitimer Nachfolgestaat, stuft die Wirtschaftsaufklärung auch heute noch als prioritäre Aufgabe der Nachrichtendienste ein. Die Verfassungsschutzämter weisen in diesem Zusammenhang ferner darauf hin, dass auch heute noch Wirtschaftsspionage durch die Russische Föderation betrieben wird. Die beiden beschriebenen Verratsfälle bei dem DASA-Konzern unterstreichen die Bemühungen Russlands, an moderne hochentwickelte Technologien zu gelangen, auch wenn der Nachweis der russischen Spionageaktivität nur im Bereich der Rüstungswirtschaft erbracht werden kann. Die desolante wirtschaftliche Lage in Russland aber auch die zunehmende Abwanderung von wissenschaftlichen Spitzenkräften könnten die Russische Föderation dazu verleiten, wieder verstärkt auf das Mittel der Wirtschaftsspionage zu setzen, um den strukturellen Veränderungen bedingt durch die Globalisierung nicht zum Opfer zu fallen.

Dennoch zeigen die Probleme der Wirtschaftsspionage sehr deutlich, dass sich die nachrichtendienstliche Aufklärung der Wirtschaft nur sehr bedingt dazu eignet, den strukturellen Veränderungen der Globalisierung zu begegnen. Sie ist kein Allheilmittel, um die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Wirtschaftsunternehmen zu erhöhen, sie kann vielmehr nur unterstützend wirken. Dies unterstreicht auch sehr anschaulich der Niedergang der Volkswirtschaft der DDR, die zwar über nachrichtendienstliche Erkenntnisse durch den Sektor Wissenschaft und Technik verfügte, diese aber unter anderem aufgrund des eigenen wissenschaftlichen und technischen Defizits nicht erfolgreich verwenden konnte. Die planwirtschaftlichen Strukturen der DDR wirkten einem effizienten Wirtschaftshandeln noch zusätzlich entgegen und waren in diesem Zusammenhang auch ein bedeutender Faktor, der auf die Implementierung der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse negativen Einfluss hatte.

Der Bereich der Konkurrenzspionage stellt sich dagegen differenzierter dar. Mit Hilfe der Konkurrenzanalyse versuchen Unternehmen für

den nationalen wie internationalen Wettbewerb Marktstrategien zu entwickeln, um ihre Konkurrenzfähigkeit positiv zu beeinflussen. Diese Konkurrenzanalyse verfolgt in der Regel eine legale Informationserhebung, auch wenn es hierbei eine Grauzone gibt. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass Unternehmen, die Konkurrenzspionage zum Zwecke der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit betreiben, dies selbst wesentlich effektiver betreiben könnten, als über den Umweg über die Informationsbeschaffung der Nachrichtendienste, auch wenn es innerhalb des Unternehmens in der Regel an nachrichtendienstlicher Methodikkenntnis fehlt. Zur Umgehung dieses Problems kann jedoch die Informationsbeschaffung im Rahmen des ohnehin weit verbreiteten Outsourcings an kleinere spezialisierte Unternehmen abgegeben werden.

Für die Bedrohungsanalyse der deutschen Wirtschaft ist letztendlich aber unumgänglich, die stattfindenden strukturellen Veränderungen der Unternehmen anzusprechen, die eine Öffnung der Unternehmen zur Folge haben. Dabei wird aus wirtschaftlichen Erwägungen die Sicherheitsproblematik nicht selten als sekundär erachtet. So werden Forschungsstände und Produktinnovationen sehr früh öffentlich bekannt gegeben, um das Image eines innovativen und marktführenden Unternehmens zu erzielen oder zu bewahren²⁹¹. Durch das Outsourcing werden gesamte Unternehmensbereiche an externe Firmen übergeben und erlauben damit Einblicke in interne Vorgänge eines Unternehmens²⁹². Ferner findet eine starke Kooperation mit ausländischen Forschungseinrichtungen statt. Dabei werden nicht selten sensitive Forschungsaufträge an Staaten vergeben, „die für ihre intensive Spionageaktivität gegen Deutschland bekannt sind“²⁹³. Die zunehmende Nutzung der Informationstechnik durch Wirtschaftsunternehmen schafft einen hohen Grad an Transparenz, der nicht immer nur vorteilhaft sein kann. Wirtschaftliche Erwägungen zwingen ein Unternehmen aber nicht selten, sich gegen Sicherheitsmaßnahmen zu

²⁹¹Vgl. Britsch, Werner, S. 5

²⁹²Ebenda

²⁹³Ebenda

entscheiden, denn diese schränken die wirtschaftlichen Handlungsspielräume erheblich ein, was zwangsläufig eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hat. Dies vergrößert die Angriffsfläche eines Unternehmens für Spionageaktivitäten sowohl durch staatliche als auch durch private Stellen.

Auch wenn sich durch die oben genannten Faktoren die Angreifbarkeit der Unternehmen zweifellos erhöht, ist nicht mit Sicherheit festzustellen, dass sich damit auch die Gefahr erhöht, Opfer von Wirtschaftsspionage zu werden.

LITERATURVERZEICHNIS

Randall, Fort M.:

Economic Espionage: Problems and Prospects, Washington DC, 1993

Enberding, Rainer O. M.:

Spionageziel Wirtschaft – Technologie zum Nulltarif, Düsseldorf, 1993

Jakob, Bernd:

Geheime Nachrichtendienste und Globalisierung, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt/M., 1998

Leysieffer, Uwe:

Die nachrichtendienstlich gesteuerte Wirtschaftsspionage der Warschauer-Pakt-Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der DDR und der UdSSR, Diplomarbeit, Gesamthochschule Wuppertal, 1989

Brezski, Eberhard:

Konkurrenzforschung im Marketing, Analyse und Prognose, Wiesbaden, 1992

Marshall, Hans:

Unlauterer Wettbewerb – Materielles Recht und Verfahren in Wettbewerbssachen, München, 1989

Schlomann, Friedrich-Wilhelm:

Operationsgebiet Bundesrepublik, Spionage, Sabotage, Subversion, Bonn, 1986

Stree/Steinberg-Lieben:

Kommentar zum StGB, §99 StGB

Hummelt, Roman:

Wirtschaftsspionage auf dem Datenhighway, Strategische Risiken und Spionageabwehr, München, 1997

Siebenmorgen, Peter:

Staatssicherheit der DDR, Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Berlin, 1993

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR:

- Dokumente, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Berlin, 1993
- Analysen und Berichte, Reinhard Buthmann, Hochtechnologien und Staatssicherheit, Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, Berlin, 2000

Müller-Enbergs, Helmut:

Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil II: Anleitung für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1997

Knabe, Hubertus:

Die unterwanderte Republik, Stasi im Westen. Berlin, 1999

Fricke/Marquardt:

DDR-Staatssicherheit, Das Phänomen des Verrats, –Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum, 1995

Nathusius, Ingo:

Wirtschaftsspionage – Gefahren, Strukturen, Bekämpfung, Heidelberg, 2001

Andrew, Christopher / Mitrochin, Wassili:

Das Schwarzbuch des KGB, Moskaus Kampf gegen den Westen, Berlin, 1999

Bundesamt für Verfassungsschutz:

- Verfassungsschutzbericht 1992, Köln
- Verfassungsschutzbericht 1993, Köln
- Verfassungsschutzbericht 1994, Köln
- Verfassungsschutzbericht 1995, Köln

Bundeskriminalamt:

Kriminalamt, Bundeslagebericht „Wirtschaftskriminalität“, Wiesbaden, 2000

Landesamt für Verfassungsschutz, Brandenburg:

Abwehr von Wirtschaftsspionage – eine Aufgabe des Verfassungsschutzes, www.verfassungsschutz-brandenburg.de

Landesamt für Verfassungsschutz, Baden-Württemberg:

- Wirtschaftsspionage - Die gewerbliche Wirtschaft im Visier fremder Nachrichtendienste, Stuttgart, 1998
- Verfassungsschutzbericht 2000, Stuttgart

Symposium des Innen- und Wirtschaftsministeriums und des BWIHT in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg:

Spionageabwehr – ein Beitrag zur Sicherung des Technologiestandortes Baden-Württemberg, Haus der Wirtschaft, Stuttgart, 24.06.99:

- Woll, Harald, Leiter Spionageabwehr LfV BW, Wettbewerbsverzerrung durch Wirtschaftsspionage
- Britsch, Werner, Leiter Unternehmenssicherheit der Daimler Chrysler AG
- Vortragsskript: Mehrländer, Horst, Staatssekretär im Innenministerium des Landes BW

Landesamt für Verfassungsschutz, Bayern:

Verfassungsschutzbericht 2000, München,

Landesamt für Verfassungsschutz, Nordrhein-Westfalen:

Verfassungsschutzbericht 1980, Düsseldorf

Bundesnachrichtendienst:

Broschüre zur Amtsübergabe von Dr. Hanning, München, 1998

Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW):

Lagebericht/Analyse Nr. 158, Bonn, 2001

NACIC:

Annual Report to the Congress on Foreign Economic Collection and Industrial Espionage, 1998, Overview of the Threat,

<http://www.nacic.gov/fy98.htm>,

William Albert Hewgley:

The Intelligence Community – in brief,

<http://www.angelfire.com/hi/intellcommunity/index.html>,

Website der CIA:

- About the CIA, <http://www.cia.gov>

- Frequently Asked Questions, How many people work for the Central Intelligence Agency and what is its budget?,

http://www.cia.gov/cia/public_affairs/faq.htm

- Speeches and Testimony, Statement by Director of Central Intelligence George J. Tenet Before the House Permanent Select Committee on Intelligence, 12.04.2000

Campbell, Duncan:

- COMINT Impact on International Trade, Punkt 17, 27.05.2001, www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/7752/1.html

- Interception Capabilities 2000, Pkt. 97, www.iptvreports.mcmail.com/ic2kreport.htm

- Inside Echelon – Zur Geschichte, Technik und Funktion des unter dem Namen Echelon bekannten Abhör- und Filtersystems, www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/6928/1.html, 25.07.2000

EU-Parlament:

Bericht über die Existenz eines globalen Abhörsystems für private und wirtschaftliche Kommunikation (Abhörsystem Echelon), Nicht-ständiger Ausschuss über das Abhörsystem Echelon, Bericht-erstatte: Gerhard Schmid, 11. 07.2001

Federation of American Scientists:

<http://www.fas.org/>

Rötzer, Florian:

Das russische Lauschsystem für das Internet wird eingerichtet, 09.12.1999, www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/5571/1.html

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Niedersachsen:

Pressemitteilung Nr. 184, 09.08.99,
www.nds.gruene.de/lft/themen/wirt_fi/fach0/000086b5.htm

Harenberg Lexikon, Aktuell 2000:

Staaten: Indien, 16. Jhg. Dortmund 1999, S. 594

Bundeszentrale für politische Bildung:

- Informationen zur politischen Bildung, Globalisierung, Nr. 263, Bonn, 1999

- Informationen zur politischen Bildung, Frankreich, Nr. 186, Bonn, 1994

DIE WOCHE: Schönemann, Tyll, Kalter Krieg im Netz, 15.12.00

DIE WOCHE: Interview mit Ernst Uhrlau, Ausgabe 34, 20.08.1999

DIE WOCHE, Spenneberg, Lutz, Wenn die Sexfalle zuschnappt, 13.08.99

Berliner Zeitung: Agentenakten der Stasi liegen in Moskau, Andreas Förster, 17./18.11.2001

Süddeutsche Zeitung: Volkswagen und Opel zeigen sich zufrieden, Nr. 8, 11.01.1997

TAZ: Klingelschmitt, Klaus-Peter, Mehr Spione in der Wirtschaft als im Militär, 10.08.1999

TAZ: Im Dienste des Präsidenten, Wolfgang Gast, 17.07.2001

DIE ZEIT: Falsche Freunde, Oliver Ström und Thomas Schuler, Nr. 15/2000

DIE ZEIT: Ja, liebe Freunde, wir haben euch ausgehorcht, Nr. 14/2000

Die Welt: Eurofighter für Russland ausspioniert?, 09.08.1999

Mannheimer Morgen: Interview mit Gerhard Schmidt, 31.05.2001

Neue Zürcher Zeitung: Washington weist den Spionagevorwurf zurück, 07.07.00

Neue Zürcher Zeitung: Nachrichtendienst und Wirtschaftsspionage, 12.02.1996

Frankfurter Rundschau: Industriespionage war eine Nummer zu groß für die kleine DDR, Karl-Heinz Baum, 29.06.2001

FOCUS: Weber-Lamberdière, Manfred, Besonders große Ohren, 14.04.01

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Totale Kontrolle durch Amerikaner unmöglich, 08.05.01

SECUMAG (Das Magazin für Personen-, Sach- und Informationsschutz): Michel, P., Die Schule für den Wirtschaftskrieg, 07/08 2001

Defence Intelligence Journal: Economic Espionage as Neo-Merchantilism, Vol. 10, 2001, Nr. 2, 2001

Aus Politik und Zeitgeschichte:

Ausgabe 23/95, Müller/Wabnitz, Wirtschaftskriminalität – Eine Bedrohung für Staat und Geschichte